

Sitzungsbericht

54. Sitzung der Tagung 1997/98 der XIV. Gesetzgebungsperiode
des Landtages von Niederösterreich
Donnerstag, den 9. Oktober 1997

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Romeder (Seite ~~20~~).
2. Mitteilung des Einlaufes (Seite ~~30~~).
3. Anfragebeantwortungen (Seite ~~60~~).
4. Ltg. 642/A-8/21: Antrag der Abg. Gratzer u.a. auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde mit dem Thema "Semmering-Basistunnel".
Redner: Abg. Gratzer (Seite ~~1300~~), Abg. Ing. Dautzenberg (Seite ~~1500~~), Abg. Dr. Bauer (Seite ~~1600~~), Abg. Dr. Prober (Seite ~~1800~~), Abg. Haberler (Seite ~~2000~~), Abg. Muzik (Seite ~~2200~~), Abg. Mag. Schneeberger (Seite ~~2400~~), Abg. Kautz (Seite ~~2600~~), Abg. Treitler (Seite ~~2800~~), LR Schimanek (Seite ~~3100~~).
5. Ltg. 646/A-1/46: Antrag des Verfassungs-Ausschusses über den Antrag mit Gesetzentwürfen der Abg. Böhm, Dr. Bauer u.a. betreffend Neuregelung der Bezüge der Mandatare und Antrag der Abg. Böhm und Dr. Bauer gem. § 29 LGO betreffend Neuregelung der Bezüge der Mandatare.
Berichterstatter: Abg. Friewald (Seite ~~3200~~).
- Redner:** Abg. Gratzer mit Resolutionsantrag (Seite ~~3300~~), Abg. Ing. Dautzenberg (Seite ~~3500~~), Abg. Dr. Bauer (Seite ~~3600~~), Abg. Marchat (Seite ~~4000~~), Abg. Dr. Bauer (Seite ~~4300~~), Abg. Böhm (Seite ~~4400~~).
- Abstimmung** (Seite ~~4700~~).
6. Ltg. 644/K-1/4: Antrag des Gesundheits-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Krankenanstaltengesetzes.
Berichterstatter: Abg. Wöginger (Seite ~~4800~~).
- Redner:** Abg. Ing. Dautzenberg (Seite ~~4800~~), Abg. Ing. Gansch (Seite ~~4900~~), Abg. Rosenkranz (Seite ~~5200~~), Abg. Gruber (Seite ~~5400~~), Abg. Lugmayr (Seite ~~5800~~), Abg. Ing. Gansch mit Abänderungsantrag (Seite ~~5900~~), LR Wagner (Seite ~~6000~~).
- Abstimmung** (Seite ~~6100~~).
- 7.1. Ltg. 635/H-2/9: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Landeshaftung für die Landesausstellung "aufmüpfig und angepaßt - Frauenleben in Österreich" im Schloß Kirchstetten 1998.
Berichterstatter: Abg.—Breininger (Seite ~~6200~~).
- 7.2. Ltg. 636/H-2/10: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Ausstellung "Ägypten - Spätantike und Christentum am Nil" auf der Schallaburg 1998.
Berichterstatter: Abg.—Breininger (Seite ~~6200~~).
- Redner zu 7.1. - 7.2.:** Abg. Rosenkranz (Seite ~~6200~~), Abg. Auer (Seite ~~6300~~), Abg. Moser (Seite ~~6600~~), Abg. Preiszler (Seite ~~6800~~), Abg. Wöginger (Seite ~~6900~~), Abg. Hiller (Seite ~~7100~~).
- Abstimmung** (Seite ~~7400~~).
8. Ltg. 615/B-13/4: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über den Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Fremdenverkehrs-förderungs-fonds - Jahresbericht 1996.

Berichterstatter: Abg. Hoffinger (Seite 740).

Redner: Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 750), Abg. Keusch mit Resolutionsantrag (Seite 780), Abg. Breininger (Seite 820), LR Gabmann (Seite 850), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 880).

Abstimmung (Seite 890).

9. Ltg. 616/B-8/4: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über den Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds - Jahresbericht 1996.

Berichterstatter: Abg. Dr. Mautner Markhof (Seite 890).

Redner: Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 900), Abg. Rupp mit Resolutionsantrag (Seite 910), Abg. Haberler (Seite 930), Abg. Rupp (Seite 940), Abg. Hoffinger (Seite 940).

Abstimmung (Seite 970).

10. Ltg. 625/H-8/4: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Landesfinanzsonderaktion für Gemeinden - allgemeine Aktion. Erhöhung der Kredit- und Haftungsermächtigung.

Berichterstatter: Abg.—Kurzreiter (Seite 970).

Abstimmung (Seite 970).

11. Ltg. 626/B-5/5: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Wahrnehmungsbericht über den Gemeindeverband für Umweltschutz und Abgabeneinhebung im Bezirk Melk.

Berichterstatter: Abg. Hoffinger (Seite 970).

Redner: Abg. Haberler (Seite 980), Abg. Wöginger mit Resolutionsantrag (Seite 980), Abg. Moser (Seite 1010).

Abstimmung (Seite 1030).

12. Ltg. 631/W-12/2: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Wohnungsförderungsgesetzes.

Berichterstatter: Abg. Kautz (Seite 1030).

Redner: Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 1040), Abg. Knotzer mit Resolutionsantrag (Seite 1040), Abg. Ing. Hofbauer mit Resolu-

tionsantrag (Seite 1060).

Abstimmung (Seite 1070).

13. Debatte über die Beantwortung der Anfrage des Abg. Ing. Dautzenberg an LH Dr. Pröll betreffend Top ten-Regionen in Europa.

Redner: Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 1080), Abg. Grätzer (Seite 1100), Abg. Dr. Bauer (Seite 1100), Abg. Dirnberger (Seite 1120).

Abstimmung (Seite 1120).

* * *

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER (*um 13.00 Uhr*): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt, es wurde nicht beanstandet und gilt demnach als genehmigt. Von der heutigen Sitzung hat sich die Frau Landeshauptmannstellvertreter Liese Prokop entschuldigt.

(Präsident Mag. Romeder erhebt sich.)

Hohes Haus! Ich darf Sie am Beginn der fünften und letzten Tagung der XIV. Gesetzgebungsperiode des NÖ Landtages hier im neuen Landtagssitzungssaal zu St. Pölten herzlich begrüßen. Ich hoffe, Sie hatten im Sommer trotz mancher Anforderung auch erholsame Stunden, um für das neue Arbeitsjahr die entsprechende Kraft zu schöpfen. Der Sommer 1997 brachte wettermäßig schöne Wochen im August und September, aber durch die starken Niederschläge im Juli Hochwasserschäden und damit viel Leid für viele Bürger unseres Landes. Das Bundesland Niederösterreich bemühte sich im Rahmen seiner Möglichkeiten, schnell und zielführend in Zusammenarbeit mit unseren Gemeinden zu helfen. Das schlechte Wetter hatte natürlich auch negative Konsequenzen für den Tourismus in unserem Land.

Die Festsitzung vom 21. Mai 1997, mit der wir die historische Übersiedlung von Wien in unsere Landeshauptstadt St. Pölten abgeschlossen haben, ist bereits Geschichte. Vor den Sommerferien haben wir auch mit der Verabschiedung des Budgets 1998 bereits eine ganz entscheidende Weichenstellung für das kommende Jahr vollzogen. Auch die heutige Sitzung bringt uns, wie ein Blick auf die Tagesordnung zeigt, wichtige Entscheidungen. Etwa eine wesentliche Neuordnung der Situation der Landes- und Kommunalpolitiker. Ohne diese heute zu treffende Regelung jetzt persönlich werten zu wollen möchte ich doch dar-

auf hinweisen, daß wir nicht nur heute, sondern auch in Zukunft engagierte und idealistisch gesinnte Menschen brauchen, die bereit sind, sich in der Politik entsprechend für die Mitbürger einzubringen. Die Demokratie braucht heute mehr denn je Vertreter, die Vorbildwirkung haben, Bürgernähe repräsentieren und bereit sind, durch ihre Entscheidung aus der Verantwortung heraus rechtzeitig die richtigen Weichenstellungen zu treffen.

Hohes Haus! Vieles verändert sich. So gelten auch in der Wirtschaft die alten Regeln nur mehr bedingt. Daß zum Beispiel das Wirtschaftswachstum unbedingt gleichzusetzen ist mit der Zunahme von Arbeitsplätzen. Die Entwicklung beweist weltweit, daß dem nicht so ist und daher bedeutet dies für uns eine neue Herausforderung, um den Menschen in unserem Land im Bereich der Arbeitsplatz- und Lehrlingssituation neue Chancen zu eröffnen. Die Alterspyramide der Bevölkerung ist schon lange keine Pyramide mehr. Ihre Basis ist bedenklich schmal geworden und bringt in Zukunft neue Probleme für das gesamte Sozialsystem mit sich. Wir sind uns dessen bewußt, daß dies von uns nicht willkürlich veränderbar ist, aber die dadurch hervorgerufenen Probleme müssen natürlich gelöst werden. Wir befinden uns mitten in einer stürmischen Entwicklung, die auch im kommenden Arbeitsjahr unsere ganze Energie erfordert. Der Bürger würde sicher nicht verstehen, wenn wir etwa im Hinblick darauf, daß in einem halben Jahr Landtagswahlen stattfinden, notwendige Lösungen, die anstehen, nicht treffen.

Mit Schrecken mußten wir vor kurzem vernehmen, daß in einem Parlament ein Abgeordneter auf den anderen geschossen und diesen schwer verletzt hat. Natürlich besteht diese Gefahr Gottseidank bei uns nicht. Dieser Vorfall macht uns aber doch bewußt, daß Politik in unserer Demokratie ein Wettkampf der Ideen, der besseren Ideen sein muß. Und daß Probleme sicher nicht mit Brachialgewalt gelöst werden können. Dazu gehört aber auch heute mehr denn je, daß wir unserer Jugend die Demokratie verständlich machen und deren Regeln näherbringen. Der unverminderte Ansturm von Besuchergruppen in unser neues Landhaus wird zweifellos auch weiterhin für mehr Zuhörer bei den Landtagsdebatten sorgen und das Bild, das sich der Einzelne dabei macht, wird sein gesamtes Politikverständnis sicher beeinflussen.

Hohes Haus! Vor 50 Jahren, im September 1947, kam in Wr. Neustadt der erste große Transport mit 1.200 Heimkehrern aus russischer Kriegs-

gefangenschaft an. Viele von ihnen mußten die Reise in Güterwaggons mitmachen und sie waren dennoch glücklich, in die Heimat und in die Freiheit zu kommen. Das Glücksgefühl jener, die ihren Sohn, ihren Gatten oder Vater wieder in die Arme schließen konnten, können wir uns heute nur mehr schwer vorstellen; genauso schwer wie den Schmerz all jener, die vergeblich am Bahnhof gewartet haben. Wenn wir die Zeit seither betrachten, sollte es immer wieder beeindrucken, was geleistet und was geschaffen wurde. Mit welcher Begeisterung, mit welchem Optimismus und mit welcher Hoffnung unsere Landsleute von damals an die Arbeit gingen. Sie mußten all das hart erarbeiten, was uns und unseren Kindern heute so selbstverständlich erscheint. Hohes Haus! Wenn wir nur einen Teil dieser Begeisterung und dieses Optimismus haben, wird es uns auch heute gelingen, die Probleme in diesem Land zukunftsorientiert zu lösen.

Wir haben in diesen Wochen und Monaten als Landtag auch unsere Auslandskontakte fortgesetzt und für diese Legislaturperiode abgeschlossen. Wir konnten vieles an Erfahrungen weitergeben, aber auch manche Idee und Überlegung mit nach Hause nehmen. Politik braucht den Kontakt heute mehr denn je über die Landesgrenzen hinaus, um erfolgreich zu sein.

Hohes Haus! Beginnen wir unsere Arbeit heute für die nächsten Wochen und Monate mit dem Ziel, bis zur Landtagswahl im kommenden Jahr unser Bestes für die Menschen in diesem Land zu geben. Mit dieser Geisteshaltung und dieser Einstellung wollen wir heute die Arbeit aufnehmen. Ich danke Ihnen.

(Beifall im Hohen Hause. - Präsident Mag. Romeder nimmt Platz.)

Ich darf folgenden Einlauf zur Kenntnis bringen:

- Ltg. 641/A-13/1 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der NÖ Aufzugsordnung 1995 - und
- Ltg. 648/E-1/40 - Eingabe der Marktgemeinde Mauerbach betreffend Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes.

Ich weise hiemit beide Geschäftsstücke dem Bau-Ausschuß zur weiteren Behandlung zu.

Ltg. 644/K-1/4 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Krankenanstaltengesetzes.

Hiezu darf ich mitteilen, daß ich am 2. Oktober diese Vorlage dem Gesundheits-Ausschuß zugewiesen habe. Der Ausschuß hat dieses Geschäftsstück abschließend erledigt. Ich habe es daher auf die heutige Tagesordnung gesetzt.

Ltg. 643/M-3 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Musikschulgesetzes.

Diese Vorlage weise ich hiemit dem Kultur-Ausschuß zu.

Ltg. 633/B-11/4 - Bericht der Landesregierung betreffend NÖ landwirtschaftlicher Förderungsfonds; Bericht über die Gebarung und Tätigkeit im Jahre 1996,

Ltg. 638/B-9/4 - Bericht der Landesregierung betreffend Tätigkeit und Wahrnehmungen der NÖ Land- und Forstwirtschaftsinspektion im Jahre 1996 und

Ltg. 645/B-14/4 - Bericht der Landesregierung betreffend Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich für das Jahr 1996.

Ich weise diese drei Vorlagen hiemit dem Landwirtschafts-Ausschuß zur weiteren Beratung zu.

Ltg. 637/A-6/3 - Anfrage des Landesgerichtes für Strafsachen Wien um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung betreffend den Abgeordneten Ing. Josef Wagner.

Ich habe am 11. September dem Verfassungs-Ausschuß dieses Geschäftsstück zugewiesen. Der Verfassungs-Ausschuß hat am 2. Oktober 1997 diese Vorlage abschließend behandelt. Ich bringe das hiemit, Hohes Haus, zur Kenntnis.

Ltg. 640/E-1/28 - Eingabe von Dr. Manfred Machold betreffend Eingaben vom 21. 4. 1997 und vom 26. 6. 1997.

Ich weise dieses Geschäftsstück dem Verfassungs-Ausschuß zur weiteren Behandlung zu.

Ltg. 646/A-1/46 - Antrag mit Gesetzentwürfen der Abgeordneten Böhm, Dr. Bauer u.a. betreffend Neuregelung der Bezüge der Mandatare.

Dazu darf ich mitteilen, daß ich am 2. Oktober diese Vorlage dem Verfassungs-Ausschuß übermittelt habe. Der Verfassungs-Ausschuß hat dieses Geschäftsstück abschließend behandelt. Ich habe mir daher erlaubt, dieses Geschäftsstück auf die heutige Tagesordnung zu setzen.

Ltg. 653/A-1/47 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Böhm u.a. betreffend Änderung der NÖ Landtagswahlordnung 1992,

Ltg. 654/A-1/48 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Böhm, Dr. Bauer u.a. betreffend Änderung der NÖ Landesverfassung 1979,

Ltg. 655/A-1/49 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abg. Böhm, Dr. Bauer u.a. betreffend Änderung der NÖ Landtagswahlordnung 1992.

Ich weise diese drei Geschäftsstücke hiemit dem Verfassungs-Ausschuß zur weiteren Beratung zu.

Ltg. 626/B-5/5 - Bericht des Rechnungshofes betreffend Wahrnehmungsbericht über den Gemeindeverband für Umweltschutz und Abgabeneinhebung im Bezirk Melk.

Hiezu darf ich bekanntgeben, daß ich diese Vorlage am 18. August 1997 bereits dem zuständigen Ausschuß übermittelt habe.

Ltg. 631/W-12/2 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Wohnungsförderungsgesetzes

Hier habe ich die Zuweisung am 22. September 1997 getätigt.

Ltg. 635/H-2/9 - Vorlage der Landesregierung betreffend Landeshaftung für die Landesausstellung "auf-

müpfig und angepaßt -
Frauenleben in Österreich" im
Schloß Kirchstetten 1998.

Hier habe ich am 23. September die Zuwei-
sung veranlaßt.

Ltg. 636/H-2/10 - Vorlage der Landesregierung
betreffend Landeshaftung für
die Ausstellung "Ägypten -
Spätantike und Christentum
am Nil" auf der Schallaburg
1998.

Diese Vorlage habe ich ebenfalls am
23. September 1997 dem Wirtschafts- und
Finanz-Ausschuß übermittelt. Nachdem der
Ausschuß diese vier letztgenannten
Geschäftsstücke abschließend beraten hat,
stehen sie heute auf der Tagesordnung.

Ltg. 634/B-27/4 - Bericht der Landesregierung
betreffend Betriebsgesellschaft
Marchfeldkanal, Geschäftsbe-
richt 1996.

Ich weise hiemit diesen Bericht dem Wirt-
schafts- und Finanz-Ausschuß zur weiteren Bera-
tung zu.

Ltg. 627/A-5/66 - Anfrage des Abgeordneten
Dkfm. Rambossek an Herrn
Landesrat Gabmann betref-
fend Tätigkeiten der NÖ Tou-
rismuswerbung.

Diese Anfrage habe ich am 5. August 1997
dem Herrn Landesrat zugemittelt. Die Beantwor-
tung ist am 20. August 1997 erfolgt.

Ltg. 628/A-4/49 - Anfrage des Abgeordneten
Dkfm. Rambossek an Landes-
hauptmann Dr. Pröll betreffend
Plakataktion des Vereines
"MEZ-Stadtkommunikation".

Diese habe ich am 5. August dem Herrn Lan-
deshauptmann zur Beantwortung übermittelt. Die
schriftliche Beantwortung ist am 11. September
1997 eingelangt.

Ltg. 629/A-5/67 - Anfrage des Abgeordneten
Dkfm. Rambossek an Landes-
rat Mag. Freibauer betreffend
Steuermehrereinnahmen 1997.

Diese Anfrage habe ich ebenfalls am
5. August 1997 dem Herrn Landesrat zugewiesen.
Die schriftliche Beantwortung erfolgte am 12. Sep-
tember 1997.

Ltg. 630/A-4/50 - Anfrage des Abgeordneten
Dkfm. Rambossek an Landes-
hauptmann Dr. Pröll betreffend
islamische Aktivitäten in Nie-
derösterreich.

Hierzu darf ich mitteilen, daß ich am
14. August 1997 dieselbe dem Herrn Landes-
hauptmann zugemittelt habe. Die schriftliche Be-
antwortung ist am 22. September 1997
eingelangt.

Ltg. 632/A-5/68 - Anfrage des Abgeordneten
Dkfm. Rambossek an Landes-
rat Mag. Freibauer betreffend
Entwicklung des "Hauptstadt-
fonds" (früher "Rücklage für
Landeshauptstadtinvestitionen")

Diese Anfrage habe ich am 14. August 1997
dem Herrn Landesrat zugemittelt, die schriftliche
Antwort ist am 22. September 1997 eingelangt.

Ltg. 639/A-4/51 - Anfrage des Abgeordneten
Ing. Dautzenberg an Landes-
hauptmann Dr. Pröll betreffend
Schulung der NÖ Lenkerprüfer
in Amstetten.

Diese Anfrage habe ich am 22. September
1997 dem Herrn Landeshauptmann zur Beantwor-
tung übermittelt.

Ltg. 647/A-5/69 - Anfrage des Abgeordneten
Dkfm. Rambossek an Herrn
Landesrat Mag. Freibauer be-
treffend "Hauptstadtfonds", zu-
sätzliche Fragen.

Am 6. Oktober 1997 habe ich diese Anfrage
dem Herrn Landesrat zur Beantwortung über-
mittelt.

Ltg. 649/A-4/52 - Anfrage des Abgeordneten
Marchat an Herrn Landes-
hauptmann Dr. Pröll betreffend
Hubschrauberflüge des Lan-
deshauptmannes und deren
Finanzierung.

Diese Anfrage habe ich am 7. Oktober 1997 dem Herrn Landeshauptmann zur Beantwortung zugewiesen.

Ltg. 650/A-4/53 - Anfrage des Abgeordneten Ing. Dautzenberg an Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend "Richtlinien zur Besetzung leitender Dienstposten".

Hiezu darf ich bekanntgeben, daß ich diese Anfrage heute dem Herrn Landeshauptmann zur Beantwortung zugewiesen habe.

Ltg. 651/A-4/54 - Anfrage des Abgeordneten Ing. Dautzenberg an Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend "Wiesel-Busse".

Auch diese Anfrage habe ich heute dem Herrn Landeshauptmann übermittelt.

Ltg. 652/A-5/70 - Anfrage des Abgeordneten Dr. Strasser an Herrn Landesrat Schimanek betreffend Störung des "Internationalen Folklorefestivals Krems 1997".

Hiezu darf ich mitteilen, daß ich diese Anfrage ebenfalls heute dem Herrn Landesrat übermittelt habe.

Eingelangt sind weiters die Anfragebeantwortungen zu Ltg. 611/A-4/46, zu Ltg. 614/A-4/47, zu Ltg. 623/A-4/48 und zu Ltg. 624/A-5/65. Die Anfragebeantwortungen haben folgenden Inhalt:

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Ing. Dautzenberg an LH Dr. Pröll betreffend "Top ten-Regionen" in Europa, Ltg. 611/A-4/46-1997:

"Die Entwicklung Niederösterreichs in den letzten Jahren weist nach oben. Dies zeigen insbesondere die Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten, die unser Bundesland jeweils an der Spitze im Vergleich zu allen anderen österreichischen Bundesländern und dem Bund zeigen. So hat Niederösterreich im Vergleich zu allen anderen Bundesländern ein höheres Wirtschaftswachstum, wogegen die Zahl der Arbeitslosen wiederum vergleichbar zu den anderen Bundesländern am geringsten ist.

Niederösterreich kann ohne weiteres voll Stolz auf seine Stellung und seine Entwicklung blicken. Nicht nur als Wirtschaftsland, sondern auch als Kernland Österreichs und als Kernland

Europas. Mit der Öffnung der Grenzen und dem Wegfall des Eisernen Vorhanges Ende der 80iger Jahre sowie dem Beitritt zur Europäischen Union hat das Land tiefe Zäsuren erlebt. Ebenso mit der Schaffung einer eigenen Landeshauptstadt. Insbesondere durch die Erhebung St. Pöltens zur Landeshauptstadt konnten Impulse für alle Regionen und über unsere Grenzen hinaus bewirkt werden.

Unser Ziel ist es, unter die Top ten-Regionen Europas zu kommen. Das umfaßt einen attraktiven Standort mit neuen Technologien. Dazu wurde in den Ausbau der Kommunikationstechnik investiert, eine eigene Gesellschaft (NÖKOM) gegründet, die die niederösterreichische Position auf dem Daten-High-Way sicherstellen soll. Weiters wurden die Weichen für eine Vernetzung der Dienststellen des Landes mit der Zentrale in St. Pölten gestellt. Hintergrund ist der gesamte Weg der Verfahrensvereinfachung und -beschleunigung, ein Anreiz für ansiedlungswillige Unternehmen. Dazu kommen Milliarden-Investitionen in das Straßen- und Schienennetz. Ein Stichwort dazu: Nahverkehrsvertrag.

Top ten-Region heißt aber auch: Umfassender Umweltschutz, Landschaftspflege, Nationalparks und modernste Technologie in der Müllentsorgung. Die Summe all dieser Maßnahmen ergibt maximale Lebensqualität, und damit eine Top ten-Region.

Wenn man die Tüchtigkeit unserer Landsleute, die Kreativität und den Fleiß unserer Betriebe und unserer Landwirte, wenn man unsere Bestrebungen zur Entbürokratisierung der Verwaltung unter Mithilfe der Beamten des Landes betrachtet, wird deutlich, daß wir die besten Chancen haben, zu einer Musterregion Europas zu werden. Dies können wir insbesondere dann, wenn wir die uns zur Verfügung stehenden neuen Technologien nutzen, die weitere Abschlankung der Verwaltung forcieren, eine aktive Landes-Außenpolitik betreiben, kulturelle Eigenständigkeit zeigen, einer offensiven Bildungspolitik Vorzug einräumen und damit unserer Jugend neue Chancen eröffnen.

Bereits viele Unternehmen liegen im europäischen Spitzenfeld, etwa Umdasch AG, Berndorf AG, Magna International, Fried v. Neumann GmbH, Voith AG. Auch die Tourismusausbildung ist im europäischen Spitzenfeld, ebenso der landwirtschaftliche Bereich, so z.B. die Fleckviehzucht.

Zusammenfassend kann unser Bestreben, zu einer Spitzenregion Europas zu werden, so zusammengefaßt werden - Top ten werden heißt: Vertrauen in unsere Region gewinnen, Vertrauen für die Produkte aus dieser Region und damit Gewinn von internationaler Anerkennung."

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Ing. Dautzenberg an LH Dr. Pröll betreffend Ausschreibung und Auswahl von Leitungsfunktionen in der Landesverwaltung, Ltg. 614/A-4/47-1997:

"Vorerst ist darauf hinzuweisen, daß sich der von LAbg. Ing. Dautzenberg zitierte Artikel in der Zeitschrift 'profil' Nr. 20 vom 12. Mai 1997 'Neue Hüte, alte Köpfe' nicht auf die Besetzung von Leitungsfunktionen im öffentlichen Dienst, und insbesondere nicht auf solche in der NÖ Landesverwaltung bezieht. Auch der von 'profil' interviewte Personalberater (siehe Seite 56) behauptet keineswegs, daß von seiten des Landes als Auftraggeber auf ihn in unzulässiger Weise Einfluß bei der Personalsuche genommen worden sei.

Zu den Fragen im einzelnen:

Wurde dieses Unternehmen auch vom Land Niederösterreich herangezogen? Seit wann? In welchem Gesamtumfang? Ausschließlich oder neben anderen Firmen?

Mit Beschluß des NÖ Landtages vom 21. Jänner 1993 (zu Ltg. 94/A-1/14-1992) wurde die Landesregierung beauftragt, Verwaltungsmaßnahmen zu setzen, damit die Vergabe öffentlicher Dienstposten nach streng objektiv und sachlich orientierten Grundsätzen erfolgt. Mit diesem Landtagsbeschluß wurde die Erlassung eines eigenen Landes-Ausschreibungsgesetzes abgelehnt, und zwar mit dem Hinweis auf das Ausschreibungsgesetz des Bundes und '...die damit verbundene Verwaltungsaufblähung ...'. Vielmehr wäre '...eine begleitende Kontrolle ... bei der Besetzung leitender Dienstposten mittels auswärtiger Personalberatungsunternehmen der beste Weg ...'. Die Auswahl der dafür vorgesehenen Personalberatungsunternehmen solle durch öffentliche Ausschreibung erfolgen. Um den Intentionen dieser Landtagsresolution vom 21. Jänner 1993 schon vor dem Vorliegen der Ergebnisse dieser öffentlichen Ausschreibung und der Auftragserteilung an den Bestbieter Rechnung tragen zu können, habe ich bereits im Februar 1993 angeordnet, daß - als Vorgriff auf die zu bildende Auswahlkommission - bei den zwischenzeitlich anfallenden Nachbesetzungen von leitenden Dienstposten ein unabhängiges Personalberatungsunternehmen einzuschalten ist. Diese Aufgabe wurde vorerst der

Dr. Helmut Neumann Management-Beratungs Ges.m.b.H., 1090 Wien, übertragen. Dieses Beratungsunternehmen hat in der Folge bei 9 Leiterbestellungen (4 Abteilungsleiter des Amtes der NÖ Landesregierung, 4 Bezirkshauptmänner und 1 Gebietsbauamtleiter) mitgewirkt, wobei von dem Unternehmen vor allem Mag. Alfons Röhrenbacher als Personalberater tätig wurde.

Nach Auswertung der im Zuge der öffentlichen Ausschreibung vorgelegten Angebote hat die NÖ Landesregierung am 14. Dezember 1993 für die weitere Besetzung von leitenden Dienstposten die Mitwirkung des Unternehmens 'CATRO Personalsuche und -auswahl Gesellschaft mbH' beschlossen. Ab diesem Zeitpunkt unterblieb daher eine weitere Heranziehung von Neumann bei Auswahlverfahren zur Besetzung leitender Dienstposten.

Wurden die im Jahre 1996 geschaffenen Posten der neuen Gruppenleiter öffentlich ausgeschrieben? In welchen Medien?

Die NÖ Landesregierung hat in Vollziehung der zitierten Landtagsresolution am 16. März 1993 erstmals 'Richtlinien zur Besetzung leitender Dienstposten', in denen auch die Unabhängigkeit des beigezogenen Personalberatungsunternehmens festgelegt ist, kollegial beschlossen. Die im Jahre 1996 neu zu besetzenden Dienstposten für Gruppenleiter wurden diesen Richtlinien entsprechend durch Erlaß intern ausgeschrieben.

War der im 'profil' genannte Berater mit der Vorauswahl der Bewerber um die Funktion der Gruppenleiter im Jahre 1996 befaßt? Welche Direktiven, Prämissen oder sonstigen Vorgaben wurden ihm damals von seiten des Landes gegeben?

Der im 'profil' genannte Berater war mit der Vorauswahl der Bewerber um die Funktionen von Gruppenleitern nicht befaßt. Siehe dazu auch die Beantwortung der Fragen 1. und 2.

In welcher Form wurden die Positionen der Gruppenleiter-Stellvertreter ausgeschrieben und wann? Von welchem Organ des Landes wurden sie bestellt, wann geschah dies und auf welcher Basis?

Die von der Landesregierung beschlossenen 'Richtlinien zur Besetzung leitender Dienstposten' sehen eine Ausschreibung der Position des Gruppenleiter-Stellvertreters nicht vor. Die Betrauung mit der Vertretung erfolgt durch den jeweiligen Gruppenleiter, und zwar in Absprache mit dem

Landesamtsdirektor, der zuständigen Abteilung für Personalangelegenheiten sowie mit der Zentralpersonalvertretung. Es wird darauf hingewiesen, daß auch schon vor dem Jahr 1996 (entsprechend der Verordnung über die Geschäftsordnung des Amtes der NÖ Landesregierung, LGBl. 0002/1-0) Gruppen bestanden haben und die Betrauung mit der Vertretung der Gruppenleiter in dieser Form erfolgte.

Trifft es zu, daß Sie eine gesetzliche Grundlage für die Besetzung von Leitungsfunktionen in der Landesverwaltung bisher für entbehrlich hielten? Aus welchen Gründen? Halten Sie an dieser Auffassung auch nach der in der Öffentlichkeit geführten Diskussion über die 'Affäre Praschak' und den in der Folge bundesweit angebrachten Maßnahmen fest? Welche der zweifellos auch für Niederösterreich angebrachten Konsequenzen beabsichtigen Sie zu ziehen und bis wann?

Ich verweise nochmals auf die Begründung des eingangs zitierten Landtagsbeschlusses vom 21. Jänner 1993. Mit der darin enthaltenen Argumentation stimme ich durchaus überein. Die 'Affäre Praschak', welche sich im Bankenbereich abspielte, steht in keinerlei Zusammenhang mit der Besetzung von leitenden Dienstposten der NÖ Landesverwaltung. Von mir wurde alles getan, um den Intentionen der zitierten Landtagsresolution bestmöglich zu entsprechen. Dies wurde auch zusammenfassend in einem Antwortschreiben an den Präsidenten des Landtages von NÖ ausführlich dargelegt (Beschluß der NÖ Landesregierung vom 26. April 1994).

Sind Sie bereit, darauf hinzuwirken, daß der bereits im Landtag von Niederösterreich eingebrachte Antrag, einen Gesetzesbeschluß über die Objektivierung der Besetzung von Führungsstellen in der Verwaltung des Landes Niederösterreich zu fassen, unverzüglich in Verhandlung genommen wird?

Dem Landeshauptmann als Personalreferenten steht es aufgrund der Verfassung nicht zu, auf den Landtag einzuwirken, daß dieser eingebrachte Anträge unverzüglich in Verhandlung nimmt."

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Treitler an LHStv. Höger betreffend die zweckentsprechende Verwendung von Bedarfszuweisungsmitteln in der Gemeinde Hollenstein an der Ybbs, Ltg. 623/A-4/48:

"1. Aus welchen Mitteln gedenken Sie die der Gemeinde zugesagte Bedeckung des Bankdarlehens in der Höhe von 2,8 Millionen Schilling vorzunehmen?

Bedarfszuweisungen an Gemeinden werden auf Grund von Vergaberichtlinien durch die NÖ Landesregierung kollegial beschlossen. Nach diesen Richtlinien dürfen Bedarfszuweisungen u.a. für den Bau und die Instandsetzung von Gemeindestraßen und -brücken gewährt werden.

Ich habe nie daran gedacht, der Gemeinde Hollenstein an der Ybbs Bedarfszuweisungsmittel für die Abdeckung eines außerhalb der Gemeindebuchhaltung geführten Bankdarlehens zukommen zu lassen. Die Gemeinde Hollenstein an der Ybbs hat in den Jahren 1995 und 1996 Bedarfszuweisungen für den Straßenbau erhalten.

Allerdings ist es richtig, daß Bedarfszuweisungen für den Straßenbau Gemeindemittel für diesen Zweck ersparen, die dann eventuell für andere Zwecke verwendet werden könnten. Natürlich wären aber z.B. für Budgetumschichtungen (z.B. Zweckänderungen der veranschlagten Ausgaben) die notwendigen Beschlüsse des Gemeinderates (vgl. § 75 NÖ GO 1973) herbeizuführen.

2. Sind Sie in Kenntnis, ob die Gemeinde die zugewiesenen Bedarfszuweisungsmittel bereits zweckgemäß verwendet hat?

Eine Überprüfung der Verwendung der im Jahre 1995 und 1996 der Gemeinde Hollenstein an der Ybbs gewährten Bedarfszuweisungen durch die Abteilung Gemeinden am 9. Juli 1997 hat folgendes ergeben:

Der Gemeinde Hollenstein an der Ybbs wurden in den Jahren 1995 und 1996 für den 'Straßenbau' folgende Bedarfszuweisungsmittel durch die NÖ Landesregierung bewilligt:

1995	S 600.000,--
	S 1.500.000,--
1996	<u>S 1.300.000,--</u>
Summe	S 3.400.000,--

Diesen Förderungsmitteln standen in den Jahren 1995 und 1996 folgende Ausgaben der Gemeinde gegenüber:

1995	
Sollfehlbetrag 1994	S 1.559.089,23
Sollausgaben lt. Haushaltskonto	S 466.053,83
Abzüglich nicht anerkannter Kosten	<u>S - 19.487,--*</u>
	S 446.566,83

1996

Sollausgaben lt. Haushaltskonto S 549.981,54
 Abzüglich nicht anerkannter Kosten S _____
42.672,10*
 S 507.309,44

Sollausgaben 1995/96 incl. Sollfehlbetrag
 S 2.512.965,50

* Bei den nicht anerkannten Kosten handelt es sich um Ausgaben, die eindeutig entweder dem ordentlichen Haushalt oder anderen Haushaltsstellen zuzuordnen waren.

Bei einem Vergleich zwischen den in den Jahren 1995 und 1996 erhaltenen Bedarfszuweisungen von S 3.400.000,-- mit den getätigten Ausgaben von S 2.512.965,50 ergeben sich Mehreinnahmen von S 87.034,50

Diese Mehreinnahmen waren im Sollüberschuß 1996 beim Vorhaben 'Straßenbau' haushaltsmäßig gebunden und wurden keinen anderen a.o. Vorhaben zugeführt. Es wird festgehalten, daß auch für das Haushaltsjahr 1997 Bedarfszuweisungen für den Straßenbau in der Höhe von S 1.200.000,-- bewilligt wurden, sodaß für dieses Haushaltsjahr an Bedarfszuweisungen noch insgesamt S 2.087.034,50 zur Verfügung stehen.

Im Zuge der Einschau am 9. Juli 1997 wurden alle von der Gemeinde im Jahr 1997 bereits vorliegenden Rechnungen sowie die vom Gemeindevorstand sowie Gemeinderat beschlossenen Auftragsvergaben im Straßenbau erhoben. Diese Ausgaben sind in der Beilage A zusammengefaßt und ergeben in Summe einen Betrag von S 3.624.143,76. Es wird dazu angemerkt, daß einige der angeführten Zahlen auf Kostenschätzungen beruhen, da die tatsächlichen Kosten erst nach Vorliegen der Abrechnungsunterlagen (Grundeinlösen, Materialverbrauch, etc.) bekannt werden. Bei ordnungsgemäßer Durchführung der geplanten Straßenbauten ist daher zu rechnen, daß die für den Straßenbau in den Jahren 1995 bis 1997 gewährten Bedarfszuweisungsmittel für den gewidmeten Zweck verwendet werden.

Es konnte auch festgestellt werden, daß keine Bedarfszuweisungsmittel zur haushaltsmäßigen Abdeckung des in der Anfrage genannten Girokontos verwendet wurden. Das angesprochene Girokonto wurde vielmehr durch eine Umbuchung durch die Bank aus den allgemeinen Kassenmitteln abgedeckt und ist haushaltsmäßig im Rahmen der voranschlagsunwirksamen Gebahrung auf einem Vorschußkonto dargestellt.

3. Wodurch werden Sie sicherstellen, daß die der Gemeinde für Zwecke des Straßenbaus ge-

währten Bedarfszuweisungsmittel nicht zweckwidrig verwendet werden?

Im Zuge der Gebarungseinschau durch die Aufsichtsbehörde wird die widmungsgemäße Verwendung von Bedarfszuweisungen überprüft. Sollte festgestellt werden, daß Bedarfszuweisungsmittel widmungswidrig verwendet werden, so könnten diese Beträge von der Gemeinde zurückgefordert oder auf künftige Förderungen aus Bedarfszuweisungen angerechnet werden."

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Treitler an LR Wagner betreffend den Naturpark Gamsstein-Voralpe, Ltg. 624/A-5/65:

"ad 1

Als Ergänzung zum 1974 gegründeten 'Gamsstein Winter- und Sommer-Erholungszentrum' wurde 1978 der 'Naturpark Gamsstein-Voralpe' gegründet. Mit Brief vom 6.11.1996 hat der Verein die Vereinsauflösung beantragt.

ad 2

Gründungsobmann war VzBgm. Willi Streicher. Josef Gruber war ab 1982 zuerst geschäftsführender Obmann und anschließend Obmann des Vereines.

ad 3 und 4

Dem Verein wurden folgende Subventionen gewährt:

Jahr	Subvention in öS	Abrechnung
1978 und 1979	300.000,--	21.05.1980
1980	300.000,--	18.02.1981
1981	350.000,--	03.02.1982
1982	350.000,--	23.03.1983
1983	350.000,--	20.06.1984
1984	350.000,--	31.05.1985
1987	300.000,--	26.06.1990
1988	300.000,--	-"
1989	250.000,--	-"
		13.11.1990
1990	250.000,--	12.01.1993
1991	200.000,--	-"

Insgesamt wurden zwischen 1978 und 1991 Subventionen in Höhe von 3,3 Millionen Schilling aus Mitteln der Naturschutzabteilung gewährt. Durch die Vorlage von Rechnungen wurden 3,511 Millionen Schilling nachgewiesen. Die widmungsgemäße Verwendung der Subventionen wurde von der Abteilung auch an Ort und Stelle nachgeprüft. Ab dem Jahre 1992 wurden keine Förderungsmittel mehr beansprucht bzw. angewiesen.

ad 5

Das Forsthaus Sandgraben wurde im Jahre 1990 von den Österreichischen Bundesforsten durch Tauschvertrag, Zl. 3535/90-II/2.P, um einen Betrag von S 413.500,- erworben. Der Kaufpreis und die vorgenommenen Sanierungsarbeiten haben insgesamt S 1,607.770,- ausgemacht. Diese Summe wurde von der Naturschutzabteilung subventioniert und ist in den abgerechneten Beträgen - wie in Punkt 3 und 4 dargestellt - enthalten. Das Forsthaus wurde am 11.10.1996 vom Verein ohne Zustimmung der Naturschutzabteilung zu einem Betrag von S 1,500.000,- veräußert. Der Kaufvertrag wurde der Naturschutzabteilung trotz mehrmaliger Urgenz erst im März 1997 übermittelt. Mit dem Verkaufserlös hat der Verein einen anderweitigen aushaftenden Kredit in Höhe von rund 1,5 Millionen Schilling abgedeckt.

Ich habe der Naturschutzabteilung den Auftrag erteilt, eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft zu übermitteln, damit dem Land Niederösterreich kein allfälliger Schaden entsteht."

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Dkfm. Rambossek an LR Gabmann betreffend die Tätigkeiten der NÖ Tourismuswerbung, Ltg. 627/A-5/66:

"1. Ist es Ihrer Meinung nach mit dem Unternehmensgegenstand der NÖ Tourismuswerbung vereinbar, daß der Chef der NÖ Tourismuswerbung derart massiv für die Ferieninsel Mallorca wirbt?

Der im 'Freizeitkurier' vom 12. Juli 1997 erschienene Artikel, verfaßt vom Geschäftsführer der NÖ Werbung, Klaus Merkl, kann keinesfalls als massive Werbung für die Ferieninsel Mallorca interpretiert werden, handelt es sich doch vielmehr um einen feuilletonistischen Essay über die weniger touristische Seite Mallorcas. Der Artikel wurde von Klaus Merkl auch nicht in seiner Funktion als Geschäftsführer der NÖ Werbung verfaßt, sondern als Privatperson bzw. als in der Tourismusbranche gefragter Autor.

2. Ist es Ihrer Meinung nach mit dem Geschäftsführervertrag vereinbar, daß der Chef der NÖ Tourismuswerbung für das Reiseziel Mallorca wirbt?

Wie schon erörtert, wirbt der Autor nicht für das Reiseziel Mallorca. Bei der Bestellung des Geschäftsführers der NÖ Werbung wurden die Gesellschafter von diesem über seine publizistische Tätigkeit informiert und wurde diese Tätigkeit

ausdrücklich zur Kenntnis genommen. Es spricht für die Kompetenz und Anerkennung, die der Geschäftsführer der NÖ Werbung in der Touristikbranche sowie in Fachmedien genießt, daß er als Autor fachlicher und feuilletonistischer Beiträge eingeladen wird. Dies gilt auch für andere renommierte Tourismusmanager, darunter auch Geschäftsführer anderer Landes-Tourismusorganisationen.

3. Da augenscheinlich die NÖ Tourismuswerbung freie Kapazitäten aufweist, sollten diese nicht in erster Linie für die touristische Bewerbung unseres Bundeslandes aufgewendet werden?

Die NÖ Werbung weist keine freien Kapazitäten auf. Der Geschäftsführer und sein von ihm motiviertes Team arbeiten mit enormem Einsatz für die touristische Bewerbung Niederösterreichs. Seit der Ausgliederung und der Bestellung des Geschäftsführers konnten die Werbemaßnahmen qualitativ und quantitativ erheblich erhöht werden. Dies ist u.a. an der gegenüber früher um ein Vielfaches angestiegenen Nachfrage nach den Werbemitteln der NÖ Werbung zu erkennen. Darüber hinaus sind, wie bekannt, in kurzer Zeit neue attraktive NÖ Urlaubsprogramme entwickelt und vermarktet worden, darunter der NÖ Weinherbst, der NÖ Landfrühling sowie das Welcome-Ticket Niederösterreich.

4. Ist es Ihrer Meinung nach vereinbar, daß der Chef der NÖ Tourismuswerbung, der ja aus Steuergeldern bezahlt wird, mit seinem Namen für Ferien im Ausland wirbt?

Wie erörtert, wirbt der Chef der NÖ Werbung nicht für Ferien im Ausland. Der Geschäftsführer wirbt ausschließlich und aus Überzeugung für Niederösterreich. Daß der Geschäftsführer auch als Autor touristischer Artikel Ansehen genießt, ist sicher kein Nachteil für Niederösterreich. Daß er durch seine frühere Reisebüro­tätigkeit alle touristisch relevanten Reiseziele der Welt kennt, erhöht seine Kompetenz, zumal er dank dieser Erfahrungen in der Lage ist, die Stärken im touristischen Angebot Niederösterreichs im Vergleich zu Mitbewerbern besser zu erkennen und in der Werbung zu positionieren. Der Geschäftsführer hat daher auch - ebenfalls in seiner Freizeit - mehrere Artikel über niederösterreichische Themen verfaßt. Der Rückgang bei den inländischen Gästen - die von der NÖ Werbung massiv umworben werden - ist darauf zurückzuführen, daß ein Naherholungsziel wie Niederösterreich mit naturgemäß hohem Kurzaufenthaltsanteil unter dem schlechten Wetter mehr zu leiden hat. Ein hoher Anteil des

Rückganges bei den Inländernächtigungen in NÖ hat sich auch aus den massiven Einsparungen im Bereich der Sozialversicherung für Kuraufenthalte ergeben."

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Dkfm. Rambossek an LH Dr. Pröll betreffend Plakataktion des Vereines "MEZ-Stadtkommunikation", Ltg. 628/A-4/67:

"Zur Anfrage des Herrn Abgeordneten Dkfm. Rambossek vom 1. August 1997, eingelangt am 6. August 1997, Ltg. 628/A-4/67-1997, möchte ich bemerken, daß die Beantwortung der Fragen 1 - 3 nicht in meine Zuständigkeit fällt.

Hinsichtlich der Fragen 4 und 5 ist zu betonen, daß diese Angelegenheit in Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache ist. Zuständig hierfür ist das Bundesasylamt in Wien mit seinen Außenstellen."

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Dkfm. Rambossek an LR Mag. Freibauer betreffend Steuermehreinnahmen 1997, Ltg. 629/A-5/67-1997:

"1. In welcher Höhe wurden vom Land Niederösterreich per 31.7.1997 Steuermehreinnahmen aus dem Titel 'Ertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben' lukriert?

Vom Land Niederösterreich wurden vom 1. Jänner bis 31. Juli 1997 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres insgesamt Steuermehreinnahmen aus Ertragsanteilen an gemeinschaftlichen Bundesabgaben in der Höhe von S 188.842.175,-- als Zahlungen vereinnahmt.

2. Wann beabsichtigen Sie, dem Landtag auf Grund der lukrierten Steuermehreinnahmen einen Nachtragsvoranschlag zur Beschlußfassung vorzulegen?

Beim Budgetvollzug soll vor allem durch die Mehreinnahmen aus dem Sparpaket eine deutliche Verbesserung erzielt werden. Es ist daher nicht beabsichtigt, dem Landtag einen Nachtragsvoranschlag zur Beschlußfassung von zusätzlichen Ausgaben unter Verwendung der lukrierten Steuermehreinnahmen vorzulegen.

3. Für welche Zwecke beabsichtigen Sie diese Steuermehreinnahmen zu verwenden?

Die Steuermehreinnahmen sollen zur Gänze für die Abgangsreduzierung herangezogen werden."

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Dkfm. Rambossek an LH Dr. Pröll betreffend islamische Aktivitäten in Niederösterreich, Ltg. 630/A-4/50:

"Zur Frage 1 kann deshalb nur eine unbefriedigende Antwort gegeben werden, weil nur die von der NÖ Landesregierung erteilten Staatsbürgerschaften erhoben werden könnten. Die Beantwortung dieser Frage ist zum Bereich Volkszählung und Statistik zu zählen. Diese Bereiche fallen nicht in meine Kompetenz. Desgleichen zählen die Fragen 2, 5, 6 und 8 nicht zu meiner Zuständigkeit. Bezüglich der Fragen 3 und 7 kann ich mitteilen, daß diesbezüglich keine Förderungen aus meinem Bereich vergeben wurden.

Die Anfrage Punkt 4 müßte seitens des Herrn Abgeordneten Dkfm. Rambossek gemäß § 2 IX Zif.1 der Verordnung über die Geschäftsordnung der NÖ Landesregierung an den für das Baurecht als Aufsichtsbehörde zuständigen Landesrat Hans Jörg Schimanek gerichtet werden, allenfalls an das gemäß § 2 V Zif.2 leg.cit. zuständige Regierungsmitglied."

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Dkfm. Rambossek an LR Mag. Freibauer betreffend Entwicklung des „Hauptstadtfonds“ (früher „Rücklage für Landeshauptstadtinvestitionen“), Ltg. 632/A-5/68-1997:

"zu 1)

Der 'Hauptstadtfonds' (früher 'Rücklage für Landeshauptstadtinvestitionen') wurde mit folgenden Zinserträgen, und zwar nicht aus allgemeinen Deckungsmitteln der laufenden Gebarung - insbesondere Steuereinnahmen - sondern durch zweckgebundene Einnahmen der laufenden Gebarung aufgestockt:

1992	S 128.000.000,--
1993	S 317.000.000,--
1994	S 340.000.000,--
1995	S 315.000.000,--
1996	S 320.000.000,--

zu 2)

Es ist nicht beabsichtigt, den 'Hauptstadtfonds' in den Jahren 1997 und 1998 aus allgemeinen Deckungsmitteln der laufenden Gebarung - insbesondere Steuereinnahmen - sondern durch zweckgebundene Einnahmen der laufenden Gebarung aufzustocken.

zu 3)

Der 'Hauptstadtfonds' (früher 'Rücklage für Landeshauptstadtinvestitionen') wurde in den Jahren 1992 bis 1996 nicht aus aufgenommenen Darlehen zum Haushaltsausgleich und/oder aus aufgenommenen Anleihen zum Haushaltsausgleich, sondern durch zweckgebundene Einnahmen der laufenden Gebarung aufgestockt.

zu 4)

Es ist nicht beabsichtigt, den 'Hauptstadtfonds' aus aufzunehmenden Darlehen zum Haushaltsausgleich und/oder aus aufzunehmenden Anleihen zum Haushaltsausgleich in den Jahren 1997 und 1998 aufzustocken.

zu 5)

Der 'Hauptstadtfonds' (früher 'Rücklage für Landeshauptstadtinvestitionen') wurde in den Jahren 1992 bis 1996 auch um andere Beträge als die Zinsenerträge aufgestockt. Es handelt sich dabei gemäß Landtagsbeschluß vom 16. 12. 1993 um Erlöse aus Liegenschaftsverkäufen in folgender Höhe:

1992	S	-,--
1993	S	-,--
1994	S	9.385.000,--
1995	S	45.637.716,08
1996	S	110.355.504,75

zu 6)

Es ist beabsichtigt, den 'Hauptstadtfonds' in den Jahren 1997 und 1998 auch um Erlöse aus weiteren Grundstücksverkäufen gemäß Landtagsbeschluß vom 16. 12. 1993 aufzustocken.

zu 7)

Bei dem im Rechnungsabschluß des Landes Niederösterreich für das Jahr 1996 ausgewiesenen 'schließlichen Zahlungsrückstand' in Höhe von rund 5.157 Millionen S (Stand des 'Hauptstadtfonds') handelt es sich um Ausgaben, welche durch die Rücklage für Landeshauptstadtinvestitionen bedeckt und im Rechnungsabschluß 1996 bereits enthalten, aber am 31.12.1996 noch nicht vollzogen waren. Die Abstattung dieses Zahlungsrückstandes erfolgt durch die Zahlung der Leasingraten."

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Wir kommen damit, Hohes Haus, zum nächsten Tagesordnungspunkt. Die Abgeordneten Ing. Dautzenberg, Gratzler u.a. haben nach den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung schriftlich beantragt, über die Beantwortung der Anfrage des Herrn Landeshauptmannes Dr. Pröll, Ltg. 611/A-4/46,

betreffend "Top ten-Regionen in Europa" in der heutigen Sitzung eine Debatte abzuhalten. Der Landtag hat darüber ohne Debatte zu entscheiden. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag):* Einstimmig angenommen! Damit wird die Debatte über die Anfragebeantwortung am Schluß der Tagesordnung durchgeführt. Besteht gegen diese Vorgangsweise ein Einwand? Das ist nicht der Fall.

Die Abgeordneten Gratzler, Haberler, Hrubesch, Marchat, Preiszler, Rosenkranz haben gemäß unserer Geschäftsordnung einen Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Semmering-Basistunnel“, Ltg. 642/A-8/21, eingebracht. Nach den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung wurde beantragt, diese Aktuelle Stunde am Beginn der Sitzung durchzuführen. Ich bringe diesen Antrag damit zur Abstimmung. *(Nach der Abstimmung):* Einstimmig angenommen!

Wir kommen damit zur Durchführung der Aktuellen Stunde. Ich möchte auch heute darauf hinweisen, um es dem Vorsitzenden zu erleichtern, hier mahrend einzugreifen, daß für den Antragsteller und für die Mitglieder der Landesregierung nach unserer Geschäftsordnung eine Redezeit von 15 Minuten vorgesehen ist als oberes Limit, für die übrigen Mitglieder des Landtages, die hier das Wort nehmen, eine Redezeit bis zu 10 Minuten. Ich bitte alle, die heute hier das Wort ergreifen, darauf besonders zu achten. Als erster Antragsteller scheint Abgeordneter Gratzler auf und ich ersuche ihn daher um die Darlegung der Meinung der Antragsteller.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben für heute beantragt, eine Aktuelle Stunde zum Thema „Semmering-Basistunnel“ abzuhalten. Ganz einfach deshalb, weil der Baubeginn ja bevorsteht und gerade die Entwicklungen der letzten Woche die Aktualität noch einmal unterstrichen haben. Und man sieht, dieses Thema beschäftigt alle in diesem Land. Aber jetzt, wir sind in einer entscheidenden Phase, möge der Landtag sich noch einmal damit auseinandersetzen. Wir halten das für wichtig. Weil - und das behaupte ich - wenn Niederösterreich sich nicht gesamt auf die Beine stellt, wird dieser Tunnel gebaut werden. Es deuten alle Anzeichen darauf hin. Wir gehen in die Phase, da die Finanzierung abgeklärt wird. Wir kommen dort in Phasen, wo es positive Grundlagen gibt, die eine Finanzierung ermöglichen werden. Und daher wird es an uns

liegen, uns noch einmal wirklich zu artikulieren und Maßnahmen zu setzen, um diesen Bau zu verhindern. Denn wir wollen ja nicht vergessen, daß bereits 1993 gemäß einer GALLUP-Umfrage sich 63 Prozent der Niederösterreicher dagegen ausgesprochen haben. Und die ablehnende Front ist ja nicht geringer, sondern ist ganz im Gegenteil noch viel stärker geworden. Weil ja auch von Tag zu Tag mehr Gründe auf der Hand liegen, weshalb man gegen diesen Tunnel sein muß, weshalb man dieses Wahnsinnsprojekt ganz einfach stoppen muß.

Es haben sich während der letzten Jahre doch einige positive Dinge ereignet. Ich denke nur an den Beschluß hier im Landtag, den Mehrheitsbeschluß, den Tunnelbau zu stoppen. Natürlich ist der Bund uns nicht sofort gefolgt. Und es hat auch diese Woche etwas Positives gebracht. Wobei ich mir schon die Frage stelle, weshalb ist diese Herausnahme aus dem Verkehrskonzept, die diese Woche erfolgt ist, so spät erfolgt? Wir haben im Februar einen Antrag dazu eingebracht. Und dieser Antrag wurde niedergestimmt, auch mit den Stimmen der ÖVP, und der Tunnelbau wurde nicht herausgenommen aus dem Verkehrskonzept. Und jetzt urplötzlich geschieht es. Irgendwo gibt es vielleicht doch zwei Ereignisse: Auf der einen Seite die Aktuelle Stunde - noch vor dieser Aktuellen Stunde einen punktuellen Erfolg zu landen und vielleicht doch ein positives Licht hineinzubringen. Oder ist es bereits die bevorstehende Landtagswahl und die Aussicht auf Stimmenverluste oder Stimmengewinne, die dazu geführt haben? Denn wenn ich mich zurückerinnere an unseren Antrag im Februar, so war es ja nicht irgendjemand, der dort das Wort ergriffen hat. Und ich darf ihn zitieren. Es hat der Verkehrssprecher der ÖVP, der Landtagsabgeordnete Treitler damals zu unserem Antrag gesagt: Einem Antrag der Freiheitlichen, den Semmering-Tunnel gänzlich aus dem NÖ Verkehrskonzept zu streichen, wird die NÖ ÖVP aber sicherlich nicht zustimmen. Wir stehen voll und ganz zu diesem Nahverkehrskonzept und seiner Prioritätensetzung. Jede andere Entscheidung wäre ein Zick-Zack-Kurs, den die Volkspartei sicherlich nicht gehen wird. Wir sind es ja eher gewöhnt, daß der Herr Abgeordnete Dr. Strasser den Freiheitlichen den Zick-Zack-Kurs vorwirft. Diesmal wirft der Herr Abgeordnete Treitler dem Herrn Landeshauptmann einen Zick-Zack-Kurs vor. Uns soll es recht sein, wenn es zu einem guten Ergebnis führt. Weil schließlich und endlich geht es darum, dem Tunnelstopp etwas näherzukommen. Aber wir fragen uns natürlich, weshalb passiert das jetzt?

Und eines ist ja noch immer ausständig. Wir fordern ständig und wiederholt: Es gibt nach wie vor das Übereinkommen des Bundes mit dem Land Niederösterreich, welches die Unterschriften Dr. Streicher und Dr. Pröll trägt. Und ich möchte schon einen Satz daraus zitieren, weil er sehr bedeutungsvoll ist. Weil es wird dann sicher ein Redner der ÖVP kommen und erklären, daß dieses Übereinkommen zur Erhaltung der Ghega-Strecke getroffen wurde. Aber wenn man die Präambel liest, ist natürlich ein fataler Satz drinnen, der auf Bundesebene noch immer herangezogen wird, um auch dort seitens der ÖVP die Pro-Haltung zu argumentieren. Und zwar heißt es hier, ich zitiere aus dem Übereinkommen, welches unser Landeshauptmann unterschrieben hat: "In Erwägung, daß einerseits verkehrspolitische Zielsetzungen zur Realisierung des Eisenbahnhochleistungsverkehrs die Errichtung des Semmering-Basistunnels zur Ermöglichung eines effizienten Verkehrs in diesem Bereich erfordern ..." Das heißt, mit dieser Unterschrift hat der Herr Landeshauptmann unterschrieben, der Semmering-Basistunnel ist erforderlich für einen effizienten Verkehr durch oder über den Semmering. Und dieses Übereinkommen ist nach wie vor rechtskräftig. Und daher, Herr Landeshauptmann, wird es für die weitere Vorgangsweise notwendig sein, von diesem Übereinkommen Abstand zu nehmen. Es gibt ja neuere Erkenntnisse. Und der Herr Landeshauptmann selbst hat ja, ich darf ihn zitieren, diese Woche eines dieser Erkenntnisse gebracht: Den Bedarf bis zum Jahr 2030 deckt die Ghega-Strecke locker ab. Locker ab! Das heißt, man kommt wahrscheinlich mit etwas Schwierigkeiten noch weiter. Das bedeutet es, wenn etwas locker abdeckt bis 2030.

Das heißt, es gibt neue Erkenntnisse und daher kann man von diesem Übereinkommen zurücktreten. Doch solange das nicht passiert, wird auf Bundesebene anders entschieden werden. Denn nicht umsonst haben wir ja die tolle Situation, daß die ÖVP hier herinnen im Haus gegen den Semmering-Tunnel votiert, und im Parlament und im Bundesrat für den Tunnel votiert. Und auch die niederösterreichischen ÖVP-Abgeordneten. Ich kann mich noch erinnern, weil ich damals selber drinnen gesessen bin: Mit Ausnahme von Abgeordneten Bruckmann, der schon seinerzeit dagegen war, bekennen sich alle anderen dazu und stimmen brav für den Semmering-Tunnel. Und die werden das weiter tun, solange die ÖVP hier dieses Doppelspiel Land-Bund weiter betreibt.

Auf die Gründe braucht man ja im Detail fast nicht mehr einzugehen. Denn sie liegen so auf der Hand, vom Umweltschutz begonnen über den Wasserschutz. Wir haben das alles bereits erlebt beim Sondierstollen. Da gibt es geologische Gutachten, nach denen kann nichts passieren. Bereits beim Sondierstollen geht alles daneben, bis hin zur Kostenseite. Es wurden dort bereits die Kosten um einiges überschritten. Das heißt, bereits bei diesen Vorarbeiten hält man Prognosen nicht ein. Und daher kann man sich vorstellen, daß sämtliche andere Prognosen auch so gestellt wurden, so "Daumen mal Pi", irgendwie wird es schon gehen. Aber so kann man ja nicht an ein derartiges Projekt herangehen.

Nun, die ÖVP hat auf Bundesebene immer wieder gesagt, der Herr Abgeordnete Kukacka, die ÖVP stimmt dann zu, wenn die Finanzierung privatwirtschaftlich in irgendeiner Form gesichert ist. Und er weiß auch, wovon er spricht, oder weiß er nicht, wovon er spricht? Denn die Entwicklungen der letzten Wochen bei den Biertergemeinschaften zeigen ja, in welche Richtung man geht. Und man braucht jetzt kein Prophet zu sein, wenn man ein bißchen zusammenbetrachtet, was sich abspielt in der Republik. Zum Beispiel den großen Auftrag, den Lokomotivenauftrag über Milliarden, den Siemens bekommen hat. Siemens wird wahrscheinlich in der Lage sein, irgendwann großzügig zu sagen, wir werden auf die Staatshaftung verzichten. Bitte, Siemens mit der Bank-Austria wird in diese Lage kommen. Und wer das beobachtet, wird es auch beurteilen können. Und daher wird dieses Argument mit der Staatshaftung hier einmal wegfallen. Und damit wird dieser Tunnelbau in realisierbare Nähe gerückt. Und daher meine ich, ist unsere Aufgabe in Niederösterreich, daß wir uns da wirklich stark machen. Gemeinsam stark machen, um diesem Projekt entgegenzuwirken. Es wird nicht gehen damit und es ist damit nicht abgetan mit der Herausnahme aus dem Verkehrskonzept. Damit haben wir zwar einen Schritt gesetzt, der positiv ist, aber er ist noch kein Schritt, der den Tunnel abwendet.

Wir müssen hier wirklich alle gemeinsam arbeiten. Und wenn man jetzt schaut, welche Argumente gebracht werden: Eines war schon recht interessiert und doch ein bißchen enttäuschend, auch weil es von einem Eisenbahner selber gekommen ist. Der nämlich die Entgleisung des Zuges auf freier Strecke vorige Woche als Argument gebracht hat für den Tunnelbau. (*Abg. Muzik: Herr Kollege, da haben Sie die Information schlecht gelesen!*) Ich habe den Pressedienst ganz gut

gelesen. Er stand im Zusammenhang mit der Notwendigkeit des Tunnels. Und da brauche ich kein Lokführer zu sein. Jedem Autofahrer geht es so. Jeder hat mehr Angst, daß ein Unfall in einem Tunnel passiert als auf freier Strecke. Und ich kann mir nicht vorstellen, daß es einen Lokführer gibt, der sagt, ein Unfall im Tunnel ist weniger gefährlich als ein Unfall auf einer freien Strecke. (*Heftige Unruhe bei Abg. Muzik.*) Aber so ist es "rübergekommen". Mit so primitiven Argumenten wird hier gearbeitet. (*Beifall bei der FPÖ. - Unruhe bei der SPÖ.*)

Und daher sage ich, wenn man an dieses für die Menschen so bedeutungsvolle Projekt herangeht mit so primitiven Argumenten, dann darf man sich nicht wundern, wenn man auch eines Tages dafür die Rechnung präsentiert bekommt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte für uns, für die Freiheitlichen feststellen, wir haben die Initiative gesetzt für den Antrag zum Baustopp des Tunnels hier herinnen im Jahre 1993. Es hat eine Mehrheit gegeben. Wir haben die Initiative gesetzt für die Herausnahme des Tunnels aus dem Verkehrskonzept. Es gab dafür eine Mehrheit. Wir haben das. Es fehlen uns eigentlich nur mehr zwei Schritte, um diesen Tunnel wegzubringen. Und diese Schritte kann, muß man sagen, nur der Herr Landeshauptmann mit seiner Mehrheitspartei setzen. Das wäre: Aussteigen aus dem Übereinkommen mit dem Bund auf Grund der neuen Erkenntnisse, was überhaupt kein Problem ist. Was für uns schwieriger wird: Seine Fraktionskollegen auf Bundesebene davon zu überzeugen, daß dieses Projekt für uns größten Schaden bringt. Für die Republik, für den Steuerzahler größten Schaden bringt. Und daher abzulehnen ist! Ich hoffe, der Herr Landeshauptmann wird in diese Richtung tätig werden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG (*LIF*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich glaube, daß wenige Projekte so viel Aufmerksamkeit in der Presse finden über so viele Jahre wie der Semmering-Tunnel. Wenn man sich, ich habe mir ein ganzes Paket an Zeitungsinformationen durchgeschaut und es geht eigentlich immer der Faden durch, man sollte den Tunnel nicht bauen. Es ist mir unerklärlich, daß gerade der Mann, der uns das eingebrockt hat, am wenigstens sich zu Wort meldet. Man muß nämlich zurückgehen in der Geschichte und schauen, daß der Herr Klima eine riesige

Pressekonferenz am Semmering veranstaltet hat, wo er allein auf der Basis Prognos-Studien - und ich war anwesend - dort die Entscheidung bekanntgegeben hat, daß der Tunnel gebaut wird. Und das, glaube ich, wenn man das jetzt analysiert - und leider kann man das nicht alles an die Öffentlichkeit so herantragen, wie es herangetragen werden sollte - dann ergibt sich daraus das Ungeheuerliche, daß man eine Studie, die von Haus aus total falsch war - das sagen alle Experten, es war eine Gefälligkeitsstudie, man kann das auch beweisen, weil schon in der Studie, in der Aufgabenstellung steht drinnen der beschlossene und in der Finanzierung gesicherte Tunnel. Das ist ja ungeheuerlich gewesen zu dem Zeitpunkt. Weil wir heute wissen, daß er nicht gesichert ist in der Finanzierung. Und wenn er beschlossen war und man läßt eine Studie machen, dann ist ja logischerweise anzunehmen, daß diese Studie ausschließlich eine flankierende Maßnahme zur Entscheidung hat.

Ich kann hier nur der ÖVP und im besonderen Herrn Landeshauptmann wirklich gratulieren, daß sie so vehement dagegen auftreten. Weil sie treten für Österreich ein. Und das würde ich schon sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist auch ungeheuerlich, daß zum Zeitpunkt der Entscheidung des Herrn Klima im Verkehrsministerium bekannt war, bitte, daß nur zwei Prozent des Transitverkehrs über den Semmering gehen und daher bestenfalls von dem, wenn man ein Held ist, 50 Prozent umgelegt werden kann. Drei Prozent über den Wechsel. Also wo ist da die Notwendigkeit? Und noch ärger ist für mich, daß drinnen steht in der Studie, in der Aufgabenstellung, daß dieser Tunnel die Ghega-Bahn ergänzen soll. Ein Tunnel um 14 Milliarden als Ergänzung scheint mir schon ein ungeheures Unterfangen. Es geht noch weiter, daß diese Studie sogar das EU-Weißbuch ignoriert hat, in dem ganz klar herausgestrichen wird, daß die Verkehrsleistung in der EU auf der Straße von 430 Milliarden Tonnen auf 1000 Milliarden Tonnen in den letzten Jahren von 1970 bis 1993 erhöht wurde, während die Schiene einen Rückgang von 283 Milliarden auf 220 Milliarden Tonnen hat. Also minus 22 Prozent. Und noch ärger ist die Prognose, die die Studie ignoriert. Die Studie ignoriert nämlich, daß die EU vorhersieht, ein Gesamtgüterverkehrsaufkommen zusätzlich von 30 Prozent - das ist EU-Weißbuch, kann jeder nachlesen - ob die Schiene, der Rückgang nicht mehr 15, sondern nur 9 Prozent des Verkehrsaufkommens darstellen wird, also noch einmal halbiert werden wird. Das sind die Aussagen bis zum Jahr 2010 der EU, bitte.

In der Prognos-Studie lesen Sie nichts. Und da geht dann ein damaliger Verkehrsminister her und entscheidet. Und noch ungeheuerlicher betrachte ich ja das, daß alle Fachleute, die zum Beispiel klar davon reden, daß die Studie unwahr ist, ignoriert werden. Der Herr Knoflacher sagt, der Zweck eines Gutachtens für Investitionsvorhaben der öffentlichen Hand besteht darin, eine Risikoabschätzung für die Verwendung öffentlicher Mittel auf möglichst solider technischer und wirtschaftlicher Basis zu erstellen. Das vorliegende Gutachten erfüllt diese selbstverständliche Forderung nicht. Ungeeignet für eine seriöse, politische Entscheidung. Wie kann die Regierung dann diese Entscheidung halten? So geht es weiter. Wirtschaftspublizist Geier sagt: Die ÖBB-Hochleistungsstrecken AG und das Verkehrsministerium operieren seit Jahren mit falschen Zahlen. Bitte, das sind ja Sachen, die man einklagen kann, wenn das stimmt. Niemand klagt ein, weil die Verantwortlichen wissen, daß es stimmt. Aber aus politischem Justament wird hier ein 14Milliarden-Projekt durchgezogen.

Und noch ärger ist, was man dem Volk zumutet nach meinem Dafürhalten, und das halte ich überhaupt für skandalös: Daß man hergeht und von einer Privatfinanzierung spricht. Denn das Wort Privatfinanzierung verursacht Sicherheit beim Bürger. Der Bürger sagt, naja, privat, die werden schon wissen, was sie tun. Und das ist Betrug am Bürger. Denn es gibt für so ein lächerliches Loch keine Privatfinanzierung. Wo soll denn das Geld herkommen? *(Beifall bei Abg. der ÖVP und der FPÖ.)*

Das heißt, ich bin nicht der Meinung des Herrn Kollegen Gratzner, daß es keine Bundeshaftung geben wird. Aber wenn es keine gibt, dann bin ich sicher, daß es hinter dem Tisch Absprachen gibt, wo sich die Firmen absichern können mit ihrem Geldrechner. Und die Privatfinanzierung hat zwei wesentliche katastrophale Ereignisse für unser Land. Erstens einmal sind die Zinsen höher, viel höher, weil die Banken sich das abdecken lassen und sich blöd verdienen mit der Finanzierung. Die Staatsfinanzierung könnte um drei, vier Punkte niedriger liegen. Und das zweite ist, daß dadurch die Ausschreibung limitiert wurde und daher auch die Baukosten höher werden.

Und, meine Damen und Herren: Von Arbeitsplatzbeschaffung bei einem rein technischen, von Maschinen durchgeführten Projekt zu sprechen, das halte ich überhaupt für das Letzte. Wenn man die Ghega-Bahn mit 1,5 Milliarden - was ich jetzt in der Zeitung gelesen habe und auch schon oft

bestätigt gefunden habe - wieder in Ordnung bringt, bitte, und das kann man belegen, und da gibt es auch eine technische Studie, dann sind damit viel mehr Arbeitsplätze gesichert auf Langzeit als mit dem Loch. Weil das wird nicht mehr mit Schaufel und Hammer gemacht. Das weiß ja jeder von uns. Sondern da gibt es riesige Maschinen, die sich durch den Berg fressen. Ich glaube daher, daß der Herr Bundeskanzler sich endlich zu Wort melden sollte, seine Fehlentscheidung einbekennen sollte und auch den Mut haben sollte, politisch für das zu stehen, was zukunftsorientiert für Österreich gut ist - das heißt, die Stilllegung des Loches. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Aktuelle Stunde gibt Gelegenheit, ein Projekt wieder einmal zu behandeln, das sicher sehr viel Beachtung und auch sehr viel Bedeutung hat.

Gratzer hat zitiert, daß 63 Prozent gegen den Tunnel sind und das dürfte auch die einzige Begründung sein, daß er diese Aktuelle Stunde eingebracht hat. Ich glaube auch, daß die Frage des Sondierstollens eine ist, Herr Kollege, die so zu sehen ist, daß natürlich bei einem Sondierstollen, der bergab geführt werden muß und nicht bergauf von niederösterreichischer Seite natürlich nur mit Pumpen die Höhendifferenz überwunden werden kann. Und daß daher jene, die das verursacht haben, eigentlich auch die Verursacher dieser 300 Millionen Schilling sind. Denn sonst würde ja dieses Wasser schlicht und einfach daneben bergab fließen, wie halt jedes Wasser bergab fließt.

Ich möchte aber eines doch auch einmal feststellen, um auch einmal darzustellen, mit welcher Ungeheuerlichkeit manche Abgeordnete hier argumentieren. Nämlich einer renommierten Gesellschaft wie Prognos einfach zu sagen, das sei ein Gefälligkeitsgutachten, ist eigentlich geschäftsstörend und muß schon als das bewertet werden, daß das vielleicht eine politische Aussage, aber keine wirkliche Bewertung eines Institutes ist. Ich meine, meine sehr geehrten Damen und Herren, man sollte durchaus anerkennen, daß es unterschiedliche Standpunkte gibt. Aber das einfach abzutun und von Gefälligkeit zu sprechen, da müßte man sich fragen, welche Gefälligkeit liegt hinter anderen Gutachten, die zum Beispiel von Landesbediensteten erstellt

werden, oder die da auftragsgemäß dann handeln. Ich könnte das fortsetzen. Das heißt, man stellt eigentlich etwas in Frage, was aber für die politische Meinungsbildung ungemein wichtig ist, nämlich die Stellung von Experten im Zuge von Entscheidungsfindungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!
Zum zweiten: Kollege Ing. Dautzenberg meint, 30 Prozent Güterverkehrszunahme und dabei nur 15 Prozent Rückgang der Schiene. *(Abg. Ing. Dautzenberg: Von 15 auf 9 Prozent!)*
Von 15 auf 9 Prozent. Selbstverständlich ist das kein gutes Zeugnis für den, daß er bei einem wachsenden Markt sozusagen Anteile verliert. Man könnte aber auch anders argumentieren. Man könnte auch argumentieren, daß man alles tun muß, um diesen Rückgang zu vermeiden. Und man kann auch argumentieren, wenn wir den Umweltschutz ernst nehmen, nämlich daß uns nicht die Lkw überrollen, sondern sehr wohl diese Güterverkehrsströme wieder auf die Schiene gebracht werden sollen, daß die Infrastruktur und die Logistik zweifellos so zu erstellen ist, daß man das Angebot der Schiene dann auch annehmen kann, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun bin ich überzeugt, und wir sind uns ja darin einig, daß Niederösterreich durch diese Entwicklung in Europa immer stärker in den Mittelpunkt rückt und selbstverständlich damit auch ein zusätzliches Verkehrsaufkommen daraus resultiert. Und es wird nun versucht, immer diese Gegensätze zwischen Fernverkehr, Güterverkehr, Personenverkehr da hereinzubringen. Ich sage das noch einmal: Die Sozialdemokratische Partei ist eine gewesen, die immer gesagt hat, wir treten dafür ein, daß die höchste Priorität sehr wohl dem Nahverkehr, unseren Pendlern, Schülern usw., unseren Mitbürgern und Mitbürgerinnen des Landes zukommt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber die Frage, und ich möchte das wirklich einmal klarstellen, die Frage ist für uns so zu stellen: Ob wir in diesem Zusammenhang übergeordnete Interessen, bundesstaatliche Interessen deshalb um jeden Preis behindern müssen, oder ob wir diese zulassen, dulden auf niederösterreichischem Gebiet. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Nämlich dazustehen als Niederöreicher und das zu fordern, was für unsere Landesleute wichtig ist, aber gleichzeitig auch die Gesamtverantwortung für einen Staat und die Gesamtverantwortung über unsere Landesgrenzen hinaus politisch wahrzunehmen. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, seit 1989 geht die Diskussion. Seit 1989 geht diese Diskussion und es ist für mich ein interessanter Zufall von Hand-

lungen oder von Handlungsweisen: Die Freiheitliche Partei reicht vorige Woche den Antrag auf die Aktuelle Stunde ein und flugs behandelt die ÖVP das Verkehrskonzept und nimmt den Tunnel 'raus. Das ist für mich zumindest eine interessante Wahrnehmung. Weil ich glaube, sonst hätte das sicher noch Zeit gehabt.

Zum zweiten: Die ÖVP verlangt diese Streichung aus einem Konzept, da sind wir uns einig, das zwar wichtig für Niederösterreich ist im Sinne einer Intention. Aber von der Entscheidung her wissen auch alle Beteiligten, daß es ja nicht so sein kann, daß alles, was praktisch gefordert wird, andere bezahlen. Daß diese Wunschliste von 75 Milliarden, wovon 98 Prozent der Bund bezahlt, einfach übergeben wird. Ich unterstütze viele Maßnahmen, viele Vorhaben. Aber es ist auch klar, daß man schon erkennen muß, was die Bedeutung dieses Konzeptes tatsächlich ist, Herr Landeshauptmann. Nämlich eines, das Sie nicht einmal noch dem Landtag vorgelegt haben. Sowie auch das Landesverkehrskonzept 1991 nicht im Landtag behandelt wurde, sondern bestenfalls eine Anleitung für Sie war und für uns eine Orientierung in der Diskussion, in der Fläche. Ganz unbestritten.

Gratzer hat auch zitiert diese Frage des Kollegen Treitler, der so standhaft gesagt hat, kommt bei ihnen nicht in Frage. Nun, manchmal kann man Pech haben, Herr Kollege, wenn der Landeshauptmann dann anders entscheidet und man die Aussage vorher getroffen hat. Das kann passieren und würde ich Ihnen nicht anlasten. Was aber viel wichtiger ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die Geschichte dieses Ablaufes. Wir haben seit 1989 diskutiert, auch das wurde von Gratzer bereits klar angesprochen. Der Herr Landeshauptmann tut sich jetzt sehr, sehr stark hervor. In Wirklichkeit hat er zum Beispiel unterschrieben dieses Übereinkommen mit dem Bund. Und da ist tatsächlich keine Rede, daß der Semmering-Basistunnel nicht entstehen soll. Herr Landeshauptmann, ich bin neugierig, wie Sie aus diesem Vertrag zum Beispiel überhaupt herauskommen. Weil ja bei einem Vertrag bekannterweise zwei Seiten immer gegeben sind. Das ist einmal das eine. *(LH Dr. Pröll: Herr Klubobmann! Lassen Sie das meine Sorge sein!)*

Ich mache mir um Sie sowieso Sorgen. *(Beifall und Heiterkeit bei SPÖ und FPÖ.)* Weil ich betrachte das nämlich deshalb sehr sorgenvoll, weil nämlich, ich sage das einmal sehr deutlich, ich betrachte Ihre Diskussion über den Semmering gar nicht als eine Sache, die den Semmering betrifft. Sondern als eine politische, interne Auseinandersetzung innerhalb der ÖVP, die auf dem

Rücken der Niederösterreicher ausgetragen wird. *(Beifall bei der SPÖ. - Unruhe bei Abg. Mag. Schneeberger.)*

Das ist nämlich Faktum. Na wie schaut es denn aus, meine sehr geehrten Damen und Herren? Wie schaut es aus? Kärntner Memorandum 1991: Da hat der Herr Dr. Haider noch als Landeshauptmann fungiert. Er ersucht die Bundesregierung, daß sie endlich den Semmering-Basistunnel bauen soll. Steiermärkisches Verkehrskonzept: Na selbstverständlich verlangen die Steirer das. Und es geht so weiter über diese Frage. Und ich habe die Fragen gestellt an andere Bundesländer. Das Liberale Forum, hat auch der Herr Dautzenberg sehr deutlich gezeigt, hat mir zurückgeschrieben, daß es seinen endgültigen Standpunkt noch nicht gefunden hat. Sobald er aber vorliegt, wird es ihn mir mitteilen. Also bis jetzt, der Brief stammt vom April 1996, habe ich die Mitteilung noch nicht. Daß für die Steiermark zum Beispiel die Landeshauptfrau Klasnic sich sehr klar ausgedrückt hat, ist selbstverständlich. Aber ich lese einen Brief des Landeshauptmannes von Kärnten, Dr. Zernatto, vor. Ein Brief vom 13. März 1996. Er sagt: "Sehr geehrter Herr Klubobmann! Zu Ihrem Schreiben vom Februar 1996, welches ich mit Interesse zur Kenntnis genommen habe, darf ich Ihnen aus der Sicht des Bundeslandes Kärnten zum geplanten Bau des Semmering-Basistunnels folgendes mitteilen: Wir haben uns in Kärnten auch nach Erlassung des von Ihnen zitierten Bescheides des Landeshauptmannes von Niederösterreich erneut für einen raschen Ausbau des Semmering-Basistunnels ausgesprochen. Auch steht die Landeshauptfrau von Steiermark im Einklang mit mir voll hinter diesem Jahrhundertprojekt. Wir haben gemeinsam in einem Zusammentreffen in Klagenfurt keinen Zweifel aufkommen lassen, daß der Bau des Semmering-Basistunnels aber nur in Kombination mit dem gleichzeitigen Ausbau der Südost-Spange geschieht." In nächster Zeit, am 16. Oktober, gibt es eine gemeinsame Veranstaltung der beiden Bundesländer, der Parteien. Auch der Herr Grasser von der Freiheitlichen Partei wird daran teilnehmen, wird dieses Projekt fordern. Und ich schließe damit ab: Es ist schon eigenartig, wenn innerhalb der ÖVP ein einziger glaubt, er sei im Besitz der Wahrheit oder der Weisheit. Alle anderen ÖVPLer, der Schüssel zum Beispiel, der mitgestimmt hat in der Bundesregierung, die Vertreter in dem Verkehrsausschuß, die mitgestimmt haben gegen den Antrag der Freiheitlichen Partei, mit den Sozialdemokraten, die Frau Landeshauptfrau Klasnic, der Herr Landeshauptmann Zernatto, die müssen aber innerhalb der ÖVP einen Stellenwert

haben, sozusagen. Nach dem Motto, wer sind denn die eigentlich, wenn der Landeshauptmann von Niederösterreich etwas anderes will? Aber ich sage Euch eines: Diese Austragung des parteiinternen Konfliktes, den macht dort aus, wo er hingehört, nämlich innerhalb der Partei, meine sehr geehrten Damen und Herren, und nicht in Niederösterreich! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und noch etwas, um klarzustellen; vielleicht machen Sie auch etwas dazu: Der Schüssel war nicht Ihr Kandidat. Ihr Kandidat hat offensichtlich eine Stimme bekommen und das war die Ihre, weil er nur eine Stimme seinerzeit bekommen hat. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie nicht einmal den eigenen Vorschlag unterstützt haben. Und daher können Sie, glaube ich, das alles nicht verkraften. *(Unruhe und Heiterkeit im Hohen Hause.)* Nämlich Sie können das alles nicht verkraften, daß nämlich innerhalb der ÖVP ein einziger glaubt, er hat recht und alle anderen sind, Herr Landeshauptmann, offensichtlich auf dem Irrweg. *(Beifall bei der SPÖ. - Unruhe bei der ÖVP.)*

Nein, das ist bei Euch so. Also bitte, die Frau Klasnic gehört eindeutig der ÖVP an, der Herr Zernatto eindeutig der ÖVP. Und ich sage Euch noch einmal, die Sozialdemokratische Partei bekennt sich lückenlos und vorbehaltlos zum Ausbau des Nahverkehrs im Interesse der Mitbürgerinnen und Mitbürger. Aber sie gibt sich nicht her zu einer Verhinderungstaktik, die der Landeshauptmann aus parteiinternen Gründen hier führen will! Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Prober.

Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich glaube, meine beiden Vorredner, die Herren Abgeordneten Gratzner und Dr. Bauer, haben hier doch einige Worte gefunden, die wirklich sehr problematisch waren. Sie haben einerseits von einem großen Zick-Zack-Kurs gesprochen, von einem Doppelspiel, haben Unterstellungen ins Treffen gebracht. Ich glaube, mir scheint hier, Sie haben hier, anstatt für Niederösterreich zu arbeiten, bereits den Wahlkampf begonnen. Ich glaube, das ist nicht gut für unser Land. *(Beifall bei der ÖVP. - Heiterkeit und Unruhe bei der SPÖ.)*

Ich glaube, wir sollten alles tun, um hier der Mutter auch das Kind zu lassen. Ich möchte feststellen, das damals von Landeshauptmann Pröll

mitunterschiedene Übereinkommen galt primär, ich möchte fast sagen, ausschließlich der Sorge um die Erhaltung unseres Weltkulturerbes Nummer I, der Ghega-Bahn. Das war das Entscheidende. Das war jetzt eine Verantwortung, und diese Verantwortung hat er als Landeshauptmann wahrgenommen. *(Unruhe bei der SPÖ und bei Abg. Gratzner.)* Um der Wahrheit, meine sehr verehrten Damen und Herren, um der Wahrheit hier wirklich die Ehre zu geben: Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll ist in Wahrheit der einzige politische Fels in der Brandung, der bisher überhaupt das verhindert hat, was sie immer wollten, nämlich den Semmering-Basistunnel. *(Beifall bei der ÖVP. - Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Und er hat diesen Weg konsequent beschritten. Er hat ihn vor Jahren zu beschreiten begonnen und dieses Land wird diesen Weg gegen diesen Tunnel auch in den kommenden Jahren fortsetzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wissen Sie, mich stimmt es sehr bedauerlich, es wurden ja keine Fakten gebracht heute, sondern bisher eigentlich sehr viel Populismus und auch sehr viel Demagogie. *(Abg. Gratzner: Haben Sie schon ein Faktum gebracht?)*

Hören Sie nur zu! Meine Herren von der Freiheitlichen, hören Sie nur zu. Mir ist es wichtig, heute festzustellen, daß Sie eigentlich von einer Verleugnung der Fakten in Wahrheit gelebt haben bisher. Die Fakten: Eine Privatfinanzierung ist weiter denn je in die Ferne gerückt. Das ist ein Faktum, das nicht wegzuleugnen ist. Wo ist die? Zweitens: Es gibt eine prognostizierte Kostenexplosion in dieser Frage von anno dazumal sieben Milliarden Schilling bis heute auf 20 Milliarden. Und viele behaupten legitimerweise, daß sie auf 40 Milliarden ansteigen wird mit Zins- und Zinseszinsen auf 100 Jahre hochgerechnet. Das zweite Faktum. Das dritte: Die Zunahme des Güterverkehrs über den Semmering ist eigentlich so gering, daß nach Wahrscheinlichkeitsrechnungen die Kapazitätsgrenze nie erreicht werden wird. Das ist das dritte Faktum, das ich Ihnen sagen wollte. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Das vierte Faktum, das haben wir ausdiskutiert und das wurde in der Prognos-Studie indirekt bestätigt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und jetzt möchte ich auf die EU kommen. Weil, Herr Abgeordneter Dr. Bauer, Sie strapazieren immer diese nationale Notwendigkeit im Rahmen der Europäischen Union. Die EU sieht ganz andere Prioritäten für den Weg der Nord-Süd- und West-Ost-Verbindungen in Europa vor, als über den Semmering. Das wissen Sie ganz genau. Und nicht zuletzt ist das, was die EU hier an Nichtigkeit dem Semmering-Basistunnel zumutet,

darin bestätigt, daß sie in Wahrheit bei einem möglichen Bau nur ein Pönille der Bausumme herzugeben bereit ist. Das zeugt von der Wertigkeit für Argumente, die Sie immer wieder hier ins Treffen führen. (*Abg. Dr. Bauer: Na, es können doch nicht alle anderen "Schwarzen" unrecht haben!*)

Und das fünfte möchte ich auch noch anführen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor allem von der Sozialdemokratie hier in Niederösterreich! Sie müssen doch wissen, daß das Geld nicht zweimal vorhanden ist, sondern nur entweder - oder. Entweder für den Nahverkehrsausbau oder für den Basistunnel. Und ich glaube, diese Antwort haben die Menschen in diesem Land bereits gegeben und auch in Niederösterreich und auch für die Südregion, was sie wollen. Denn Meinungsumfragen zeigen ganz deutlich, daß hat der Herr Kollege schon darauf hingewiesen, wo es hier langgehen soll. Und es kann auch nicht im nationalen Interesse liegen, wie Du, lieber Herr Landeshauptmannstellvertreter, immer wieder gesagt hast, daß hier natürlich auch Geld verschwendet wird. Das kann nicht sein. Und auch die Niederösterreicher werden hier eine deutliche Antwort darauf wissen. (*Weiterhin Unruhe im Hohen Hause.*)

Ich glaube, in Zeiten maroder Staatsfinanzen, in Zeiten von Sparpaketen, wo sich auch jeder Bürger hier nach der Decke strecken muß, glaube ich, ist es notwendig, daß auch der Staat mit gutem Beispiel vorangeht - das ist mein persönliches Credo - und solche Sinnlosigkeiten unterlassen soll. Ich meine, das ist ein Gebot der Stunde, das auch den Semmering-Basistunnel beinhaltet.

Sehr verehrte Damen und Herren! Aber noch ein Aspekt, glaube ich, ist wichtig im umweltpolitischen Bereich. Seit dem Wassereinbruch im steirischen Sondierstollen wissen wir genau, was wir eigentlich nicht wollen und nicht unterstützen sollen, wenn wir unsere Kinder und Kindeskinde vor einem totalen Eklat bewahren wollen: Es sind bisher rund vier Milliarden Liter bestes Trink- und Quellwasser in die Mürz geflossen. Das ist unwiederbringlich verlorengegangen. Und damit ist natürlich ein Desaster ersten Ranges im Umweltbereich angebrochen.

Es wurde schon gesagt, daß hier die doppelte Summe für den Sondierstollen bereits eingebracht worden ist. Und damit möchte ich noch einmal zur Finanzierung kommen. Weil man von der öffentlichen Hand scheinbar und wahrscheinlich total überfordert ist, griff man zu diesem Plan der Privatfinanzierung. Wie das

gehen soll, weiß bis heute niemand. Auch wie die Refinanzierung über eine Bemaftung gehen soll, weiß niemand. Und ich glaube, daher ist es notwendig, daß wir hier umdenken. Fest steht, daß auch die Anbieter, die heute vorhanden sind - das können Sie überall nachlesen, das ist keine billige Polemik - nicht willens sind, vielleicht auch nicht in der Lage, hier auch wirklich privat zu finanzieren. Der Steuerzahler wird sicherlich dann den Tribut dafür zu leisten haben. Ich bezweifle ernsthaft, daß überhaupt jemals überlegt worden ist, eine echte Privatfinanzierung durchzuführen. Auch der ÖBB-General Draxler glaubt, daß eine Privatfinanzierung nicht möglich ist. Das möchte ich auch nur der Ordnung halber hier mit einbringen.

Und mit einer Geschichte möchte ich auch hier ein bißchen aufräumen und sie ins Lot bringen. Es wird immer wieder davon gesprochen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß hier tausende Arbeitsplätze gesichert werden. Wir wissen, daß Arbeitsplatzpolitik einfach zur Zeit und auch im nächsten Jahrzehnt Vorrang genießen wird. Und wir wissen auch, daß hier mit diesem Basistunnel kein Arbeitplatzeffekt erzielt wird. Wir wissen, daß zur Zeit beim steirischen Sondierstollen 50 Personen arbeiten. Wir wissen, daß maximal 300 Arbeitskräfte bei einem möglichen Bau verwendet werden können. Und das spricht eigentlich für sich. Wir wissen, daß die Prioritäten ganz woanders liegen. Wir wissen, daß die echten Probleme der Südbahn in den Vorlaufstrecken liegen, in der Optimierung im niederösterreichischen Gebiet und in der Optimierung im steirischen Gebiet. Wir von der ÖVP haben daher auch verlangt, daß viel mehr Sicherheiten geschaffen werden, daß Beschleunigungsmaßnahmen getroffen werden, daß Überführungen gebaut werden, daß Unterführungen gebaut werden, daß Lärmschutzwände gebaut werden. Und daß damit auch Arbeitsplätze in der Region geschaffen werden für Klein- und Mittelbetriebe und nicht für Mammutunternehmen. Und Sie wissen alle, daß das besonders für uns im südlichen Niederösterreich eine wichtige Sache ist.

Sehr verehrte Damen und Herren! Es ist legitim aus meiner Sicht, daß man diesen Semmering-Basistunnel aus dem Landesverkehrskonzept völlig herausgenommen hat. Allerdings und gleichzeitig gekoppelt mit einem Plan zur Modifizierung und zur Sanierung der Ghega-Bahn. Und ich meine, daß Herr Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll hier diesen Plan vorgelegt hat. Daß er auch die Investitionsbandbreite angegeben hat, ungefähr 600 Millionen bis 1.500 Millionen Schilling. Und

daß damit auch das Weltkulturerbe Nummer I, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese wunderschöne Landschaft (*Abg. Dr. Prober zeigt ein Bild.*), in die diese Ghega-Bahn eingebettet ist, gerettet werden kann. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und ich glaube, das ist eine wesentliche Sache, der wir als Niederösterreicher hier verpflichtet sind. Und das ist auch für uns das Wesentlichste. Nach drei bis fünf Jahren könnte diese Sanierung abgeschlossen sein, und - das ist wichtig - auch für die nächsten 30 Jahre damit technisch halten, den Anforderungen einfach gerecht werden. Ich meine, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß diesen Weg die Volkspartei in der Verkehrspolitik auch für den Semmering gehen und damit einen guten Weg dieses Landes in das dritte Jahrtausend beginnen möchte. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Haberler.

Abg. HABERLER (*FPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Gerade die, die von Wahlkampf sprechen, veranstalten ihn auch, wie wir gerade gesehen haben. Aber zuerst zum Kollegen Dr. Bauer, der auch schon einen sehr hohen Pegel an Wahlkampf motivation hat und der richtigerweise von Verschwendung spricht. Von Verschwendung von 300 Millionen, wo man sich schon fragen muß, wie schaut es eigentlich in der eigenen Partei bei Euch bereits aus, wenn die aus der Region, die es betrifft, beginnen, die Hosen zu verlieren. Weil in der Zeitung sprechen Sie ganz einfach anders als die Bundesspitze und als die Landesspitze spricht. Ich spreche von dem Kollegen Herrn Abgeordneten Marizzi, der nicht irgendwer ist, sondern der Zentralsekretär bei Ihnen über eine geraume Zeit war. Und ich zitiere ihn auch wortwörtlich aus dem "Schwarzataler Bezirksboten" 13. August - ist erst einige Tage her. Da sagt er wortwörtlich, der Herr Marizzi, das Ganze ist eine Schmähpattie. Der rote Tunnelkritiker, und jetzt zitiere ich ihn wortwörtlich: Die Netzbetreiber verlangen 400 Millionen Benützungsgeld pro Jahr. Darunter rechnet sich der Tunnel nicht. ÖBB-Vize Hainitz sagt mir, mehr als 240 Millionen kann sich die Bahn aber nicht leisten. Da frage ich mich, wer zahlt den Rest? Und er sagt dann wortwörtlich, er gibt ja selbst die Antwort: Natürlich der Steuerzahler! Und wenn es sich bei der Bahn, die ja ausgegliedert ist, mit den 240 Millionen nicht ausgeht, Herr Klubobmann, dann schießen wir halt da auch noch ein paar Dutzend oder einen Hunderter an

Millionen im Jahr zu. Das sind so die Kleinigkeiten, wie es einmal in Ihrer Partei ausschaut, wenn Wahlen näherkommen, wenn die Entscheidung heranrückt. Und da will ich einmal wissen, und da wird es ja sehr interessant in wenigen Minuten, wenn der Abgeordnete Kautz dann ans Rednerpult tritt, wie es denn ausschaut im Bezirk Neunkirchen. Das interessiert mich jetzt wirklich, wie das bei Euch ist. Das heißt, wenn die Zeitung kommt und wenn es um den Wähler geht, ist der Herr Marizzi dagegen. Wenn es um die Parteilinie geht, ist auf der anderen Seite dann im Landtag in Wirklichkeit der Kautz oder wer immer dafür. Es wird noch ganz lustig werden, das werden wir die nächste Zeit miterleben, wie es ausschaut.

Und da gebe ich Euch auch gleich eine Antwort drauf: Im September 1995 hat die FPÖ im Nationalrat beantragt, auf Grund der derzeitigen Situation einen sofortigen Baustopp zu erwirken. Da habt Ihr dagegen gestimmt. Aber nicht nur die SPÖ-, sondern auch die ÖVP-Nationalräte haben dagegen gestimmt. Bleiben wir beim Bezirk Neunkirchen, beim betroffenen. Ich nehme etwa den Nationalrat Kampichler her. Interessant, die ÖVP ist uns bis heute schuldig geblieben, wie der Trapezakt der Nationalratsfraktion ausschaut. Aber es wird ja noch viel toller. Der Klubobmann Gratzer hat schon angesprochen das Jahr 1996, den Antrag der Freiheitlichen hier im Landtag vom Februar 1996, wo die ÖVP sehr wohl gegen die Herausnahme des Semmering-Basistunnels aus dem Landesverkehrskonzept gestimmt hat, gemeinsam mit der SPÖ. Und dann traut sich der Herr Abgeordnete Dr. Prober herauszugehen und den Herrn Landeshauptmann zu loben, wie toll er ist. Der Fels in der Brandung. Das ist ein trudelnder Fels. Ein Fels, der sich dreht und wendet, je nachdem, welcher Wahltermin und welcher Politiker vor ihm steht. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das ist ganz einfach ein Landeshauptmann, der zuerst seine Unterschrift druntersetzt, daß gebaut wird. Der dann in der Öffentlichkeit dagegen auftritt, weil er sieht, daß eine Mehrheit und vor allem die Region unten in großem Ausmaß dagegen ist. Und das ist der Landeshauptmann, der jetzt, wo der Wahltermin vor der Haustür zu stehen beginnt, ganz einfach wieder dagegen ist. Wie man es braucht, wie das Blatt sich wendet, so steht er in der Brandung. Einmal mit der Brandung, einmal gegen die Brandung, immer, wie es für die Partei offenbar am besten ist. Das ist die Sache und das Problem, das Ihr von der ÖVP in Wirklichkeit habt. Die Fakten sprechen für sich, liebe Kolleginnen und Kollegen des NÖ Landtages. Die Ghega-Bahn, das wurde heute schon

gesagt, hat eine Reserve von 30 Prozent. Und für etwa eineinhalb Milliarden, wie es richtig gesagt wurde, wäre diese Ghega-Bahn flottzubringen, daß man die Reserven auch über die nächsten Jahrzehnte ausnützen kann und daß wir damit auskommen. Und langfristig geht es darum, a) das Trinkwasser in der Region zu erhalten. Und da, Kollege Dr. Bauer, ist es richtig, wenn man den Sondierstollen anführt. Weil der hat gezeigt, welche Katastrophe früher oder später da auf uns zukommt. Was passieren kann, wenn man den Tunnel wirklich baut. Was man der Umwelt und damit der Zukunft, den zukünftigen Generationen antun wird, das wissen wir auf Grund des Sondierstollens, auf Grund der 300 Millionen, die, ohne daß man gewußt hat, wird gebaut oder nicht, man beim Fenster hinausgeschmissen hat. Das muß auch einmal ganz klar hier gesagt werden.

Und es geht noch um ganz andere Dinge. Es geht um die Zukunftsperspektiven, von denen Sie so gerne sprechen. Denn diese Südost-Spange oder "Kukuruz-Strecke", wie sie im Volksmund genannt wird, Herr Kollege Dr. Bauer, diese "Kukuruz-Strecke" wäre eine Chance für die gesamte östliche Grenzregion. Für das östliche Niederösterreich, das Burgenland, die Oststeiermark, die Südoststeiermark. Das wäre die Chance: Und dafür haben wir Zeit. Weil ganz einfach, wenn die Ghega-Bahn entsprechend hergerichtet wird, haben wir Zeit dazu, das ordentlich durchzuplanen. Das ordentlich durchzuplanen, daß man da einer ganzen Region der Republik über drei Bundesländer hinweg eine Chance gibt. *(Unruhe im Hohen Hause. - Abg. Dr. Bauer: 70 Milliarden brauchen wir dafür längerfristig!)*

Richtig. Und Jahrzehnte Planung und Jahrzehnte Umsetzungsphase. Wo man wirklich die Wirtschaft ankurbeln kann, wo man drei Regionen in drei verschiedenen Bundesländern anhängen kann. Das ist ganz einfach der Unterschied. *(Abg. Dr. Bauer: Herr Kollege! Wenn Sie 7 Milliarden nicht haben und 70 aber brauchen, dann sagen Sie mir, wie Sie zu den 70 Milliarden kommen wollen!)*

Der Marizzi redet von 12, der Kollege Dr. Prober, und da will ich gar nicht streiten mit ihm, der Kollege Prober redet von 20 und 40 Milliarden. Ich sage Ihnen nur eines: Die Kukuruzstrecke wird in Wirklichkeit in der Slowakei, in Ungarn und in Slowenien gebaut werden. Das werdet Ihr Sozialisten noch durchsetzen in dem Land, wenn Ihr so weiter tut mit Euren Fehlplanungen. Das ist das Problem in Wirklichkeit, um das es geht. *(Heftige Unruhe bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Bitte bei den Zwischenrufen acht zu geben, damit es keinen Ordnungsruf gibt noch in dieser Legislaturperiode. *(Abg. Dr. Bauer: Da kann es keinen Ordnungsruf geben, weil das ist ja eine Ungeheuerlichkeit! Sie können da nicht so etwas behaupten!)*

Abg. HABERLER (FPÖ): Die Linie der ÖVP ist für uns äußerst interessant. Herr Landeshauptmann, damit werden wir an und für sich ... Die SPÖ, Herr Klubobmann, die SPÖ haben wir damit richtig eingereiht. Ihr habt jetzt endlich auch den Streit in der Landesgruppe, weil regional die Partei erkennt, daß sie nicht mehr "rüberkommt" und ich sehe, daß ich mit den Argumenten richtig liege. Ihr betreibt die Politik der Ungarn, der Tschechen usw. aber nicht der österreichischen Staatsbürger. Wir können uns den Tunnel nicht leisten. *(Beifall bei der FPÖ. - Abg. Dr. Bauer: Das ist ja ungeheuerlich!)*

Umso erfreulicher ist umgekehrt die Tatsache, daß die ÖVP sich mehr und mehr, Herr Landeshauptmann, zum Juniorpartner der FPÖ herausmausert. *(Beifall bei der FPÖ und Heiterkeit im Hohen Hause.)*

Genau das, was die Freiheitlichen seit 1993 hier im Landtag fordern, genau das beginnen Sie seit wenigen Tagen umzusetzen. Herr Landeshauptmann, Sie nehmen jetzt die Geschichte aus dem Landesverkehrskonzept 'raus. Nur eines würden wir uns schon wünschen, und da werden Sie Farbe bekennen müssen, noch vor dem Wahltermin in Niederösterreich, um beim Abgeordneten Dr. Prober zu bleiben: Sie werden auch die Unterschrift zurückziehen müssen. Weil die Salami-Taktik, vor der Wahl dagegen zu sein und nach der Wahl mit den roten Genossen dann doch den Tunnel zu bauen, das werden wir Freiheitliche sicherlich nicht zulassen. Dafür sind wir die Garanten in diesem Land! *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Muzik.

Abg. MUZIK (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren des Landtages!

Einleitend vielleicht eine Klarstellung, den Herrn Klubobmann Gratzner betreffend. Ich möchte schon eindeutig hier in diesem Hohen Hause klarstellen, meine Aussage betreffend, als Lokführer nach seiner Meinung so unverschämt zu sein. Ich zitiere mich wortwörtlich: "Die heutige Entgleisung eines Güterzuges auf der Semmeringstrecke zeigt auch den Mangel betreffend einer leistungs-

fähigen Ausweichroute für die mehr als 100 Jahre alte Bergstrecke." Also wenn ich jetzt noch im Ohr habe, was der Herr Klubobmann hier zitiert hat, das ich gesagt haben soll, meine Damen und Herren, hier ist der Beweis: Das ist die Presseaus-sendung, das sind die richtigen Worte dazu. *(Abg. Muzik zeigt Text.)*

Geschätzte Anwesende! Es ist halt ein Unter-schied, ob man am Führerstand sitzt und diesen Berg befahren hat, muß ich von meiner Warte aus sagen, oder ob man hinten sitzt und befördert wird. Man sieht diesen Zug aus den Fenstern nur von der Ferne. Man sollte, wenn man über etwas spricht, auch etwas davon verstehen. Weil lesen, meine Damen und Herren, ist ein bißchen zu wenig.

Dem Herrn Kollegen Dr. Prober möchte ich nur in Erinnerung rufen, weil er gesprochen hat, wir können die Mittel nur einmal verwenden. Herr Kollege! Sie werden sich an meine Worte erin- nern, daß wir immer gesagt haben, sowohl als auch. Sie haben es wiederholt. Aber Sie werden sicher auch schon etwas vom Schieneninfrastruktur-Finanzierungsgesetz gehört haben, von dem sogenannten 30Milliarden-Paket. Und hier ist also aufgelistet - und ich glaube, es hat es auch jeder in Händen, ich brauche es nicht eindeutig darzule- gen - wo die Prioritäten sind mit den Hochlei- stungsstrecken, was die Prioritäten des Nahver- kehrs sind und dergleichen mehr. Also auch für unsere Pendler, wo sie immer wieder der Meinung sind, wir spielen eines gegen das andere aus. Wir sind für alle da. Sowohl für den Tunnel als auch für unsere Pendler, beim Nahverkehr, meine Da- men und Herren. *(Abg. Dr. Prober: Das ist ja der Denkfehler! Das Geld ist nicht zweimal da!)*

Eines möchte ich dazu noch anmerken. Schauen Sie. Ich weiß, wovon ich spreche. Ich werde die Fakten von unserer Seite darlegen, warum wir der Meinung sind, daß wir diesen Tun- nel dringendst benötigen. Ich habe zuerst gesagt, ich kann aus Erfahrung sprechen. Ich bin über den Berg gefahren. Man könnte auch sagen, was Gott getrennt hat soll der Mensch nicht verbinden. Nur, komischerweise gilt es für den Straßentunnel, nur für die Bahn gilt es nicht, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und wenn hier die Meinung vertreten wurde, daß mit dieser Errichtung dieses Basistunnels keine Arbeitsplätze geschaffen werden, dann möchte ich nur die heutige Wirtschaftsseite des „Standard“ zitieren, wonach die österreichische Wirtschaft vehement darauf drängt, daß dieser

Tunnel verwirklicht wird, meine Damen und Herren.

Aber nun zu den Fakten, weil ich der Meinung bin, daß ich etwas davon verstehe. Ich habe schon sehr oft über diesen Tunnel gesprochen und ich habe die bestehende Ghega- Strecke sogar bis zu den verlängerten Schienennägeln erklärt. Meine Damen und Herren, ich möchte auf das heute nicht mehr eingehen, sondern auf das Wesentlichste, ich habe nur 10 Minuten Redezeit. Betrachten wir also die Ghega-Strecke und den Tunnel folgendermaßen. Und zwar unter dem Aspekt, daß die Semmering-Bahnstrecke ein Teilstück einer wichtigen innerösterreichischen Bahn- magistrale ist und zugleich im Bereich eines europäischen Verkehrskorridors, der nämlich von Warschau über Wien bis zur Adria führt. Somit sind bei Behandlung der verkehrspolitischen Ziel- setzungen nicht nur lokale, regionale und natio- nale Vorstellungen sondern auch transnationale Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Das österrei- chische Gesamtverkehrskonzept enthält die we- sentlichsten Zielvorstellungen der nationalen Verkehrspolitik. Dazu gehört unter anderem die Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene und insbesondere im Güterverkehr. Dies- es Ziel bekommt durch die Annäherung der heute schon des öfteren erwähnten östlichen Nachbarstaaten mit den damit verbundenen Ver- kehrszunahmen infolge stärkerer wirtschaftlicher Verflechtung besonderes Gewicht, meine Damen und Herren. Auf Grundlage der verkehrspoliti- schen Zielsetzungen des österreichischen Ge- samtverkehrskonzeptes wird derzeit ein Bundes- verkehrswegeplan ausgearbeitet, der grundsätzli- che Aussagen zur Netzgestaltung in Form eines sogenannten Master-Planes und eine Prioritäten- reihung für Verkehrsinfrastrukturprojekte enthält. Meine Damen und Herren! Die Südbahn ist ein Teil dieses Hochleistungsnetzes.

Das NÖ Landesverkehrskonzept aus 1991 wurde im Jahr 1996 aktualisiert. Die Ziele Verkehr vermeiden, Verkehr verlagern, Verkehr verbes- sern und Verkehr fördern wurden hier verfolgt. Angesichts der mittelfristigen Trends im Güterver- kehr im Zusammenhang mit 65 Prozent Steige- rung auf der Straße und 26 Prozent Steigerung auf der Schiene, die hier ausgewiesen wurden, ist auch der Strecken- und Knotenausbau als wichtig erkannt worden.

Der Semmering-Basistunnel war, muß ich heute schon sagen, im Entwurf des Landesver- kehrskonzeptes 1996 als Maßnahme 127 in der Priorität 2 als mittelfristiges Vorhaben enthalten.

Allerdings mit dem Hinweis, daß dieses Projekt bei der Realisierung der Südspange oder Südostspange nicht notwendig sei. Inwieweit diese operative und argumentatorische Verknüpfung der beiden Projekte vertretbar ist, meine Damen und Herren, das ist für meine Person etwas fraglich. Denn seit Dienstag scheint der Tunnel überhaupt nicht mehr auf. Und, Herr Landeshauptmann! Wie kommen Sie auf Grund Ihrer Entscheidung vom vergangenen Dienstag diesem Leitthema mit Vermeiden, Verlagern, Verbessern und Fördern nach, Herr Landeshauptmann? Ich wäre neugierig auf Ihre Antwort, wenn Sie dazu eine Stellungnahme abgeben würden in diesem Hohen Hause.

Damit komme ich jetzt zu der fachlichen Argumentation betreffend des Betriebes, nämlich über die Anlagenverhältnisse der Ghega-Bahn. Diese verursachen nämlich zunehmend und gravierende Betriebserschwernisse, die mit erheblichen Kosten verbunden sind. Erhaltungsarbeiten können auf Grund der beengten Platzverhältnisse oft nur nach einer Sperre eines Streckengleises durchgeführt werden. Und bei umfangreichen Sanierungsarbeiten können die erforderlichen Gleissperren auch zu erheblichen und länger dauernden Betriebsbehinderungen führen. Und das ist das wesentliche, Herr Landeshauptmann: Selbst auf Grund Ihres Vorschlages, die bestehende Ghega-Bahn sanieren zu können, können Sie nämlich die Neigungsverhältnisse nicht ändern. Weil ein Berg ist ein Berg und wird keine Ebene, Herr Landeshauptmann! Es beträgt nämlich die größte Anhängelast bei Einfachtraktion, das ist also die normale Lok vor einem Zug, 600 Tonnen, eine Doppeltraktion, das ist, wenn ich eine Lokomotive vorne dranhänge, der sogenannte Vorspann, 1100 Tonnen. Eine Steigerung auf 1.500 Tonnen ist zwar durch eine sogenannte Dreifachtraktion, das ist, wenn ich nachschiebe, möglich, aber nur auf der Südseite. Bei uns in Niederösterreich ist das nämlich auf Grund der engen Radien nicht möglich. Weil hier würden durch das Nachschieben die Waggonen in der Mitte aus den Geleisen springen, meine Damen und Herren. Und daher auch die Folge, daß wir jene über die Hauptstrecke anrollenden Züge entweder in Gloggnitz, in Payerbach/Reichenau oder manchmal sogar in Wr. Neustadt teilen müssen, meine Damen und Herren. Und jetzt kommt das Gravierende bezüglich dieser Traktion: Daß durch diese Traktionsenergie ein jährlicher Mehrbedarf von zirka 36 Millionen Kilowattstunden erforderlich ist. Selbst die neuesten elektrischen Lokomotiven mit der Rekoppelungsbremse sind nicht in der Lage, diesen Energieverbrauch zu vermindern, meine Damen und Herren.

Aber auch wenn ich die Sicherheitseinrichtungen bedenke, können auf dem Berg nie die gleichen Sicherheitseinrichtungen möglich sein als auf der Ebene. Meine Damen und Herren! Geht man von den erwarteten Zunahmen, Herr Kollege Dr. Prober, im Schienen-, Personen- und Güterverkehr aus, dann ist sicher die Kapazitätsgrenze im Jahr 2010 mit etwa 215 Zügen pro Tag geringfügig überschritten. Aber bedenken Sie nur auf Grund der Entwicklung, wo wird dann überall hintennach gefahren? Das Ende liegt auf der Straße, meine Damen und Herren. Weil sonst ist es nicht möglich, auf die Südspange zu kommen.

Zur Adaptierung der bestehenden Bahn ist eine großzügige Linienverbesserung überhaupt nicht möglich auf Grund des Bescheides, daß die Ghega-Bahn erhalten bleiben muß, weil sie unter Denkmalschutz steht, Herr Kollege. Also ist die Sicherung ja gegeben. Gravierende Änderungen würden nur mehr Fragmente der bestehenden historischen Ghega-Bahn am Berg hinterlassen. Nur eines, ich muß mich wiederholen: Eine Kurve ist eine Kurve, der Radius ist nicht zu ändern. Wenn er bestehen bleiben soll auf Grund Ihres Vorschlages, Herr Landeshauptmann, und wenn Sie der Meinung sind, die Tunnel macht man etwas tiefer, daß der Querschnitt größer wird, dann hat man zwar ein Stückchen Ebene am Berg zu fahren, aber die Steigung nachher wird umso größer. Weil der Berg ist da, meine Damen und Herren, und wenn ich irgendwo begradige, dann wird die Steigung danach größer. Das heißt, man verändert hier die Neigungsverhältnisse.

Ich bin daher der Meinung, daß für die volkswirtschaftliche Vergleichsrechnung in Form einer Kosten-Nutzenanalyse die Kriterien folgendermaßen heranzuziehen sind, nämlich die Investitionskosten, die Unterhaltskosten, die Betriebskosten sowie die Erreichbarkeiten, die Verkehrssicherheit - ein wesentlicher Faktor - und die Luftschadstoffe. Und auf Grund dieser Analyse, möchte ich abschließend anmerken, sei auf die volkswirtschaftlich relevante und unmittelbare Wirkung auf die Beschäftigungssituation, die bereits von mir erwähnte Bauwirtschaft in Österreich hingewiesen, nämlich betreffend der regionalen und nichtregionalen bedeutenden Regionen bei uns in Österreich gesamt-gesehen. Wie aus den volkswirtschaftlichen Vergleichsrechnungen hervorgeht, ist eben der Semmering-Basistunnel unter den derzeitigen bzw. absehbaren verkehrlichen Rahmenbedingungen die einzige ökonomisch zweckmäßige Variante, meine Damen und Herren.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Wenn allerdings für ein Verkehrsprojekt, das sich verkehrswirtschaftlich rechnet, die Umsetzung eingeleitet ist, sollte eine Rücknahme einer solchen Entscheidung nur bei gravierend veränderten Rahmenbedingungen erfolgen. Dies ist gegenüber der ursprünglichen Entscheidungssituation für uns Sozialdemokraten auf keinen Fall gegeben. Herr Landeshauptmann! In dieser Angelegenheit geht es Ihnen sicher, wie bereits heute erwähnt, um kurzfristige Wahlkampfprofilierung und nicht um die Wahrnehmung verkehrspolitischer Erfordernisse. Die Adaptierung der Ghega-Strecke als zukünftige und zukunftssträchtige Alternative zum Tunnel anzusehen, kann nämlich sicher nur jemand tun, dessen Zukunft schon in ein paar Jahren vielleicht enden wird. Wir Sozialdemokraten haben uns für den Bau des Basistunnels ausgesprochen, denn die Gründe für den Bau des Tunnels überwiegen deutlich die Gegenargumente, meine Damen und Herren. Und abschließend möchte ich nochmals in diesem Hause in Erinnerung rufen, wir waren nicht nur für den Tunnel, sondern wir waren auch für den Ausbau des Nahverkehrs. Denn: Sowohl, als auch! Ich danke sehr. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Schneeberger.

Abg. Mag. SCHNEEBERGER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine geschätzten Damen und Herren!

Wenn ich an den Beschluß der NÖ Landesregierung vom vergangenen Dienstag denke, bei der die Prioritätenliste im Landesverkehrskonzept in dem Sinne abgeändert wurde, daß der Semmering-Basistunnel nicht mehr aufscheint, dann ist diese heutige Aktuelle Stunde für uns als NÖ Volkspartei, wenn ich im Fußballjargon reden darf, ein aufgelegter Elfer. Und ich bin der F dankbar dafür. *(Abg. Kautz: Das war ja ohnehin ausgemacht!)*

Ich weiß schon, Kollege Kautz, daß das nicht gewollt war. Vielmehr habe ich den Eindruck eines schlecht inszenierten Ablenkungsmanövers. Wovon wollen die F ablenken? Der Öffentlichkeit, der breiten Öffentlichkeit ist der permanente, verbale und sachliche Gleichschritt mit den Sozialdemokraten in unserem Land nicht entgangen. *(Beifall bei der ÖVP. - Heftige Unruhe im Hohen Hause.)*

Ich weiß, daß Ihnen das nicht ganz recht ist. Und natürlich ist das ein Vorbote quasi, ein Vorbote für die Zeit nach der Wahl. Und was tut man, wenn einem etwas unangenehm ist? Man tritt die Flucht nach vorne an. Nichts anderes ist das,

meine Damen und Herren von der F, nichts anderes als eine Flucht nach vorne. Um zu zeigen, wir sind da ambivalent. Nur, das Spiel, lieber Freund, geht wie viele Spiele von Euch daneben, völlig daneben. *(Unruhe bei Abg. Marchat.)*

Daneben sind auch die Angriffe, die miesen, gegen unseren Landeshauptmann Dr. Pröll. Weil, auch wenn sie noch so tief sind, sie werden dadurch nicht glaubwürdiger. *(Beifall bei der ÖVP.)* Gerade Ihr habt es ja mit der Glaubwürdigkeit nicht sehr. Ich würde meinen, denkt an das Kärntner Memorandum und fragt Euren großen Chef, den Ihr ja immer fragen müßt, welche Haltung er da gehabt hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Ich halte den Bau des Semmering-Basistunnels, Herr Kollege Dr. Bauer, mit dem Wissen von heute und den Erfahrungen der letzten Monate und Jahre für ökologisch bedenklich. *(Abg. Dr. Bauer: Aber wieso dringt das bei den anderen - "Schwarzen" - absolut - nicht durch?)*

Herr Kollege Dr. Bauer! Ich wollte Dir das an einer anderen Stelle sagen, aber weil Du keine Ruhe gibst: Wir gehen den niederösterreichischen Weg. Und uns ist der niederösterreichische Bürger der wichtigste. Und daher ist uns egal, ob die Kärntner und Steirer ihre Leute vertreten. *(Abg. Dr. Bauer: Aber ihr könnt nicht davon ausgehen, daß alle anderen "Schwarzen" daneben liegen!)* Wir haben keinen Kadaver-Gehorsam. Wir gehen unseren Weg. *(Beifall bei der ÖVP. - Unruhe im Hohen Hause.)*

Er bleibt trotz der Zwischenrufe ökologisch bedenklich, der Tunnel. Nur weil ein alter Passus im Gesetz, Hohes Haus, der sicher nicht mehr zeitgemäß ist, der Eisenbahn den Vorrang vor dem Naturschutz gibt, sämtliche diesbezüglichen Bedenken zu ignorieren, ist vielleicht rechtlich in Ordnung, moralisch aber bedenklich.

Ich halte den Bau des Semmering-Basistunnels schlechthin für unwirtschaftlich. Kein seriöser Unternehmer würde sich in so ein Wagnis stürzen. Oder kann irgendeiner heute die wirkliche Bausumme garantieren? Nicht einmal der Herr Generaldirektor Brenner. Wenn man das neue "trend" liest, dann ist das schon eine sehr skurrile Situation. Eine skurrile Situation, wenn im Konzert zwischen - das ist ein Zungenbrecher - der Schieneninfrastrukturfinanzierungsgesellschaft, der Prüfungskommission zur Vergabe des Semmering-Basistunnels und der Hochleistungs-AG einer, nämlich der Herr Generaldirektor Brenner, zum einen Dirigent, zum anderen Ausführer ist. Bilden Sie sich selbst Ihren Reim

darauf. Von wegen Bausumme und Finanzierung: Der nunmehrige Herr Bundeskanzler hat am 11. Februar 1994 vom Bau des damals Fünf- bis Sechsmilliardenprojektes gesprochen, daß es sich um ein Projekt handelt, bei dem - und jetzt wörtlich - es ein echtes "G'rieß" um die private Finanzierung gibt. 11 Interessenten stehen Gewehr bei Fuß. Da gibt es ein Märchen: 10 kleine Negerlein. Nach drei Jahren, meine Damen und Herren, nach drei Jahren sind es nur mehr zwei Interessenten. *(Heftige Unruhe im Hohen Hause.)*

Also jetzt wäre ich aber ruhig an Deiner Stelle, Herr Kollege Dr. Bauer - Oberösterreich läßt grüßen. *(Beifall bei der ÖVP. - In der Folge anhaltende, zuweilen äußerst heftige Unruhe im Hohen Hause.)*

Hoher Landtag! Meine geschätzten Damen und Herren! Bei uns sind es vielleicht ein paar marginale Prozente, die wir gewinnen. Bei Euch sind es mehrere Prozentsätze, die Ihr verliert. Das ist der feine Unterschied. Hoher Landtag! Meine geschätzten Damen und Herren! Weil die SPÖ hier so lautstark argumentiert, wobei die Lautstärke noch kein Zeichen der Qualität ist, möchte ich schon mich mit der Haltung der SPÖ auseinandersetzen in Zusammenhang mit dem Semmering-Basistunnelbau. Die ist nämlich mehr als zwiespältig. Der Herr Kollege Muzik hat das jetzt wieder unter Beweis gestellt. In Zeiten wie diesen von der "Sowohl - als auch"-Politik zu sprechen, wir wollen sowohl den Tunnel als auch den forcierten Ausbau des Nahverkehrs ... *(Abg. Muzik: Wo ist da die Zwiespältigkeit?)* Das kann ich Dir schon sagen. Wo holst Du denn die finanziellen Mittel her? Bitte, das ist doch Sand ins Auge der Bürger zu werfen. Wenn man verlangt in Zeiten wie diesen, wo wir jetzt gern irgendwo am Ballhausplatz säßen und zuhörten, wie im Pensionenbereich Probleme gelöst werden sollten, die uns alles andere als angenehm sind. Und in Zeiten wie diesen erdreistet Ihr Euch zu sagen, Ihr wollt ein 12-Milliarden-Ding am Semmering und wollt gleichzeitig den Pakt Häupl-Pröll realisieren, eben für die Ostregion, worin die S 7, die S 2 enthalten sind! *(Abg. Muzik: Der ist ja schon paktiert, Herr Kollege!)*

Kollege Muzik, paktieren und umsetzen sind zweierlei. Da bedarf es nicht der Worte, sondern der Taten und des Schillings. Woher nehmen wir den Schilling? Woher nehmen wir die 12 Milliarden für den Nahverkehr, wenn wir 12 Milliarden in den Tunnel stecken? Das ist die Frage, die beantwortet werden muß von den Sozialisten, und die bis heute nicht beantwortet worden ist. *(Beifall bei der ÖVP. - Heftige Unruhe bei der SPÖ.)*

Kollege Muzik, jetzt muß ich Dir etwas sagen. Ich glaube, Du solltest ein bißchen einmal unter die Eisenbahner gehen. *(Abg. Muzik: Herr Kollege, ich bin einer!)*

Ja, Du bist einer. Aber wahrscheinlich schon weit weg von der Basis. Ich war vorige Woche mit ein paar Eisenbahnern zusammen. Wir haben uns nächstens in einer Bar getroffen. Zuerst haben sie mich beschimpft, ob ich "deppert" bin, weil ich gegen den Semmering-Basistunnel bin. Und wie wir dann geredet haben über die Details, da sind wir draufgekommen, daß in Wahrheit die Unternehmensphilosophie der Österreichischen Bundesbahn auch in Frage gestellt wird, gerade im Zusammenhang mit den Pendlern. Welches Unternehmen kann es sich leisten, mit seinen Stammkunden so umzugehen wie die Bundesbahn mit den Pendlern? Deswegen, weil sie Zwangskunden sind. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Bitte, schau Dir den Komfort an, der Komfort ist gleich null. Wenn das Land Niederösterreich nicht so fortschrittlich gewesen wäre. *(Anhaltende heftige Unruhe im Hohen Hause.)*

Geht es schon wieder? Bitte mir diese Zeit in Abrechnung zu bringen, Herr Präsident.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich möchte darauf aufmerksam machen: Unabhängig von der Einrechnung dieser Zeit ist die Redezeit praktisch zur Gänze ausgeschöpft.

Abg. Mag. SCHNEEBERGER (ÖVP): Es gibt eine Spielzeit und nach den Zwischenrufen, glaube ich, daß ich die Nettospielzeit noch nicht übertroffen habe. Aber ich werde mich kurz halten.

Ich glaube, daß nicht nur der Pendlerkomfort erhöht gehört. Die Verspätungen, wie bei Rudi Carrells "Am laufenden Band". Ich meine auch die desolaten Bahnhöfe, ich meine, dort schreit es ja nach Investitionen. Und, meine Damen und Herren, die Investitionen, die in dem Nahverkehrsvertrag enthalten sind, die Milliarden sind in Relation zum Bau des Semmering-Basistunnels in Wahrheit mit wesentlich mehr Beschäftigungseffekt behaftet. Das muß man einmal ganz deutlich sagen. Daß diese Beschäftigungseffekte wesentlich stärker sind, in der Region bleiben, und unterstreichen, daß die zielorientierte am Bedürfnis des Bürgers ausgerichtete Politik in Niederösterreich einfach schlagend wird.

Meine Damen und Herren! Wenn es nach den Befürwortern des Baues des Semmering-Basistunnels geht, dann heißt es für 200.000

Pendler der Südregion "bitte warten, der Zug durch den Semmering-Basistunnel hat Vorrang". Wenn es nach uns geht - und das schreiben Sie sich in Ihr Tagebuch - heißt es, "Semmering-Basistunnel bitte warten. Der Nahverkehr der Pendler und der Mensch in Niederösterreich hat Vorrang." Daher Stopp _____ der Steuergeldvernichtungsmaschine Semmering-Basistunnel! (*Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. KAUTZ (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Der Herr Kollege Mag. Schneeberger hat sehr pathetisch geendet. Ich kann ihm in manchen Dingen zustimmen. Nur glaube ich, wäre es auch für ihn gut, wenn er eins und eins zusammenzählen könnte. Und wenn dabei zwei herauskäme und nicht drei, wie er glaubt. (*Unruhe bei der ÖVP.*)

Herr Kollege, hören Sie mir ein bißchen zu, vielleicht kann ich auch Sie überzeugen, daß Sie auch gescheitert werden können.

Die Frage des Nahverkehrs ist grundsätzlich auch unser Problem gewesen. Wir haben hier, der Herr Kollege Dr. Bauer und andere, den Antrag gestellt, daß die Doppelstockwaggons bestellt werden aus MÖST-Mitteln, die dafür gebunden sind. Die Sozialdemokratische Partei war es, die für die Pendler das Herz offen hatte. Die ÖVP hat nur mitgestimmt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und die 30 Milliarden für den Nahverkehr, sie sind da! Und ob der Basistunnel gebaut wird oder nicht, zu diesen 30 Milliarden kommt kein Schilling dazu; mit Bau oder ohne Bau. Das heißt, hier wird leeres Stroh gedroschen. Hier wird versucht, der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen. Denn die Wahrheit ist die: 30 Milliarden sind paktiert, mit Tunnel oder ohne Tunnel. Es kommt kein Schilling dazu.

Die Haltung der Sozialdemokratie war immer so: Für die Pendler - aber auch für den Fernverkehr. Und damit bin ich schon beim Kollegen Haberler. Wir, die Sozialdemokraten, waren noch nie irgendwo im Ausland und haben uns vielleicht mit Waffengewalt dort anschließen wollen. Wir waren aber auch nie dafür, daß der Bahnverkehr über die ehemalige große Monarchie geht. Von Berlin über Prag, über Budapest usw. Dafür waren wir nie. Wir sind dafür, daß der Verkehr in Österreich bleibt, daß unsere Industriebetriebe angeschlossen sind und daher brauchen wir

diesen Tunnel. Denn ohne Tunnel passiert das, was Du gesagt hast. Daß eben die Bahn um Österreich herum fährt und wir dann vielleicht nur mehr ein historisches Land sind, wo man die Menschen besuchen kann, die keine Arbeit haben.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich einmal einige Worte zu Gutachten sagen. Man kann Gutachten bewerten wie man will. Ich bewerte Gutachten von unabhängigen Instituten halt etwas höher und ehrlicher als Gutachten von weisungsgebundenen Landesbeamten. Denn für mich gilt Prognos mehr als ein Herr Zibuschka, der ein Angestellter des Landes ist, und der von dort, vom Landeshauptmann unter Umständen dann Repressalien zu erwarten hat, wenn das Gutachten nicht so ausfällt, wie es der Herr Landeshauptmann haben will. Und das gleiche gilt bei der Brückenbauabteilung. Weisungsgebundene Landesbeamte, deren Qualifikation ich nicht absprechen will, aber weisungsgebundene Beamte. Auf solche Gutachten will ich mich nicht stützen! Ich stütze mich gerne auf unabhängige Gutachten, noch dazu von einer Schweizer Firma.

Aber das geht ja noch weiter. Ich darf zum Umweltschutz kommen. Hier gibt es den bösen Tunnel und den guten Tunnel. Der Straßentunnel ist der gute Tunnel. Ich frage mich nur, wo die Umweltschutzbehörde in Niederösterreich ist. Auf einem Auge blind oder auf zwei Augen blind? Denn beim Straßentunnel werden zum Beispiel 600.000 Quadratmeter auf Dauer gerodet, beim Eisenbahntunnel haben wir 2.600 Quadratmeter Dauerrodung. (*Abg. Ing. Dautzenberg: Aber der wird benötigt. Das ist der Unterschied!*)

Ja für die Lkw-Lobby, ist schon klar! Die Lobby will den Straßentunnel haben. Aber auch im Schwarzatal wohnen Menschen. Die haben jetzt schon die doppelte Belastung jener Menschen im Inntal. Nur sagt das niemand hier. Im Inntal sind sie auf der Autobahn gesessen. Die Bevölkerung des Schwarzatales ist sehr gutmütig, aber nicht mehr lange. Immer lassen wir uns auch nicht gefallen, daß uns die Autos über die Zehen fahren. Im Inntal sind die Autobahnen zu dem Zeitpunkt schon gesperrt gewesen, bei der Verkehrsdichte, die wir im Schwarzatal haben.

Oder: Man regt sich überhaupt nicht auf, wenn 7,5 Millionen Kubikmeter Dammschüttungen und Dammbauten im Naturschutzgebiet geplant sind. Bitte, wo ist der Herr Umweltschutz von Niederösterreich? Ist er auf beiden Augen blind oder ist er weisungsgebunden? Ich kann mir nur vorstellen, daß er weisungsgebunden ist, denn sonst

könnte ich mir nicht vorstellen, daß zum Beispiel die naturschutzrechtliche Bewilligung für den Straßentunnel binnen drei Monaten da war. Und für den Eisenbahntunnel, hat der Herr Dr. Rossmann gesagt, braucht er drei Jahre, weiß aber jetzt schon, daß er ihn nicht bewilligen wird. Wenn ich schon weiß, daß er nicht bewilligt wird, kann ich den Bescheid gleich herausgeben. Das ist ein weisungsgebundener Beamter und daher glaube ich, sollte man das nicht unbedingt so zur Kenntnis nehmen.

Herr Kollege Dr. Prober! Ich weiß nicht, wie weit Du die Menschen in der EU kennst. Aber ich kann mich erinnern, daß Neil Kinnock in Graz war und sehr wohl gesprochen hat davon, daß dieser Eisenbahntunnel notwendig ist. Und Neil Kinnock ist immerhin kein anderer als der in der EU für den Verkehr Verantwortliche. Vielleicht ist irgendein anderer kleiner Beamter anderer Meinung. Doch der für Verkehr Verantwortliche Neil Kinnock hat in Graz die Äußerung von sich gegeben, dieser Tunnel ist notwendig.

Nun, Herr Kollege Dr. Prober, Du hast ein schönes Foto gehabt. Ich habe auch schöne Fotos. Leider ist der Herr Landeshauptmann weggegangen. Denn nach der Variante, die Ihr so favorisiert mit Ausbau und Renovierung der Ghega-Strecke, würde das dann so ausschauen. (Abg. Kautz zeigt zwei Fotos.) So würde dann die Landschaft verschandelt sein mit zwei Viadukten, mit zwei Brücken. Und das, meine Herrschaften, wollen wir nicht. Wir wollen das Bild haben, das der Herr Kollege Dr. Prober gezeigt hat. Nämlich eine alte Ghega-Bahn, die erhalten bleiben soll. Nicht eine Verschandelung, eine Zerstörung der Landschaft. Wenn Ihr das wollt, bitte, das ist Eure Vorstellung. (Unruhe im Hohen Hause.) Nein, so ist das, so schaut das aus.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, noch ein Wort zu den Arbeitsplätzen. Ich weiß schon, der Herr Kollege Dr. Prober steht mit den Arbeitsplätzen ein bißchen auf Kriegsfuß. Nur, eines muß schon klar gesagt werden: Das ist nie behauptet worden, daß der Tunnel beim Bau Arbeitsplätze schafft und erhält. Doch im Schwarzatal und in der Mur-Mürz-Furche arbeiten viele Menschen, die von ihrer Hände Arbeit leben, die in einen Betrieb gehen müssen. Wenn allerdings die Verkehrsverbindungen nicht passen, die Eisenbahnanlüsse nicht passen, dann werden diese Betriebe abwandern, auf die "Kukuruzstrecke" vielleicht. Und die Arbeiter und Angestellten der Mur-Mürz-Furche, des Schwarzatales sind arbeitslos. Und diese Arbeitsplätze wollen wir halten. Und dafür

brauchen wir den Tunnel. (Beifall bei der SPÖ.) Und jeder, der dagegen ist, schädigt das Schwarzatal! Und jeder, der dagegen ist, schädigt die Mur-Mürz-Furche! Das soll auch einmal gesagt werden. (Abg. Dr. Prober: Die Wähler werden Dir das quittieren!) Ich weiß den Wahltermin noch nicht. Aber wenn ich so gewählt werde wie Du in Deiner Vorwahl, kann ich ohne weiteres verzichten auf eine Kandidatur. (Beifall bei der SPÖ. - Heftige Unruhe im Hohen Hause.)

Nun, auch in der ÖVP hat es ein bißchen etwas gegeben. Da mußte sogar, der Nationalrat Kampichler, der Obmann des Wirtschaftsbundes, die sind aus dem Präsidium ausgezogen, weil nur das "Prober'sche Wahlrecht" gegolten hat. (Nach wie vor Unruhe im Hohen Hause.) Das ist Tatsache, habe ich in der Zeitung gelesen, ist so. Nein, das dürfte stimmen. Den hat der gefürchtet. Den Leodolter hat er gefürchtet. Weil der ist ein vernünftiger Mensch, da hätte man wirklich Gewinne landen können. (Beifall bei der SPÖ. - Nach wie vor anhaltende heftige Unruhe.)

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich schon zum Schluß kommen, denn ich will meine Nettoredezeit nicht überschreiten. Ich darf nur die Meinung der "Presse" vom 4. Oktober 1997 zitieren. Ich kann mich erinnern, es gab irgendwo einen Wahlkampflogan, "Er oder wer". Und die Presse übertitelt diesen Titel mit "Prölls Spiel": "Erwin Pröll ist ein professioneller Politiker. Das bewies er nicht nur einigen ÖVP-Bundesobmännern, denen er mit Querschüssen das Leben schwer machte oder die er sogar mit seinen Spielchen in die politische Pension schickte. Das beweist der NÖVP-Chef auch mit seinem aktuellen Vorhaben, den Semmering-Basistunnel aus dem Landesverkehrskonzept herauszunehmen. Hört sich nett an. Wer will schon ein Loch im Berg, das ein paar Milliarden Schilling kostet? Das Geld könnte man ja um einiges sinnvoller nützen. Doch dazu gilt es allerdings einiges klarzustellen: Wird der Semmering-Basistunnel nicht gebaut, bekommt Niederösterreich deswegen keinen Schilling mehr für seine Verkehrsvorhaben. Lehnt die Landesregierung das Projekt Basistunnel ab, was ein leichtes Spiel ist, weil ja die ÖVP die Mehrheit in der Regierung hat und somit den Feldzug Prölls zum Feldzug des Landes hochstilisieren kann, bringt es uns ebenfalls nichts. Der Semmering-Basistunnel ist ein Projekt des Bundes und nur auf dieser Ebene wird entschieden, ob gebaut wird. Zum politischen Spielchen gehört auch, daß die ÖVP noch 1996 einen FP-Antrag ablehnte, den Basistunnel aus dem Verkehrskonzept zu kippen. Aber damals

stand schließlich keine Landtagswahl vor der Tür." Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Treitler.

Abg. TREITLER (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte zuerst einmal eine Äußerung meines Vorredners zurechtrücken. Der Umweltschützer ist kein weisungsgebundener Beamter, sondern in seiner Entscheidung unabhängig und weisungsungebunden. Das wurde auch mit Ihren Stimmen in diesem Haus beschlossen. Daher soll man nicht mit falschen Darstellungen vom Rednerpult aus an die Öffentlichkeit treten. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Bauer: Wieso weiß dann der Umweltschützer, daß er drei Jahre für den Semmering-Basistunnel braucht und beim Straßentunnel hat er drei Monate gebraucht?)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema Semmering-Basistunnel begleitet uns eigentlich schon seit 15 Jahren. Vor 15 Jahren wurde Niederösterreich das erstemal zu Gesprächen in die Generaldirektion der ÖBB eingeladen. Nur hörte man dann zwei Jahre nichts mehr. Und dieses Thema Semmering-Basistunnel wurde im Jahr 1983 - zufällig war damals Nationalratswahl - von Kreisky exhumiert. Eine Idee, die damals nicht als verkehrspolitische, sondern als arbeitsmarktpolitische Maßnahme in die Diskussion gebracht worden ist. Wir meinen aus heutiger Sicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß das Buch mit dem Titel "Semmering-Basistunnel", das aus mehreren, sich aber ständig wiederholenden Kapiteln besteht, zu schließen ist. Und zwar aus niederösterreichischer Sicht endgültig zu schließen ist. Die Fakten dafür wurden mehr als deutlich gemacht. Ich darf nur, die Prognos-Studie wurde heute schon mehrmals zitiert, auf diese Studie noch einmal verweisen. Hier wurden Verkehrsentwicklungen prognostiziert. Ich möchte den Inhalt nicht in Zweifel ziehen, aber eines darf ich sehr wohl feststellen: Wir können heute bereits die Prognosen mit den Fakten vergleichen und müssen feststellen, daß diese Prognosen mit der Entwicklung, die sich heute zeigt, nicht übereinstimmen. Daß also die Prognos-Studie ein optimistisches Bild gezeigt hat, was die Verkehrsentwicklung betrifft. Daß diese optimistische Prognose der Prognos, die also den Semmering-Basistunnel zu rechtfertigen versucht hat, nicht zutreffend war. Das heißt also für mich ganz eindeutig, daß auch die Fakten, die in der Prognos-Studie zu finden sind, durch die

tatsächliche Entwicklung mehr als erschüttert, ja sogar widerlegt worden sind.

Ein Faktum ist, daß die Kapazitätsreserven auf der Semmeringstrecke weit in das nächste Jahrtausend hineinreichen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegt auch eine Variante vor, die technisch einwandfrei ist, die mit weit geringerem finanziellen Aufwand realisiert werden kann und die zugleich die touristischen Intentionen der Semmeringregion abdeckt. Diese Variante liegt nun auf dem Tisch. Und zwar deshalb, weil Niederösterreich seinen eigenen Weg, seinen selbständigen Weg konsequent geht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn auch eine Resolution aus den ersten Wochen dieses Jahres zitiert worden ist, so darf ich nur darauf hinweisen, ein Scharlatan ist der, der nur gegen etwas ist, ohne eine günstige und realisierbare Alternative anzubieten. Die F war nur gegen den Semmering-Basistunnel, hat aber keine einzige Alternative angeboten. Jene Alternative etwa, die nun vorliegt. Nämlich eine Alternative mit dem Ausbau dieser kostengünstigen, effizienten Ghega-Strecke. Und ich bin mir schon dessen auch bewußt, lieber Herr Kollege Grätzer, wenn der Herr Landeshauptmann Dr. Pröll nicht so konsequent gegen dieses Wahnsinnsprojekt Semmering-Basistunnel aufgetreten wäre, hätten wir vielleicht schon den Spatenstich hinter uns und die F wäre in der ersten Reihe bei den Feierlichkeiten gestanden. *(Beifall bei der ÖVP. - Unruhe bei den Abg. Grätzer, Haberler, Muzik.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde auch heute mehrmals dieses Übereinkommen zitiert, indem versucht wird, Landeshauptmann Dr. Pröll einen Zick-Zack-Kurs zu unterstellen. Ich darf aus diesem Übereinkommen zitieren. In diesem Übereinkommen heißt es: "Der Bund wird dafür Sorge tragen, daß auf der Semmering-Scheitelstrecke vor allem der notwendige Schüler- und Berufsverkehr und ein im Interesse des regionalen Fremdenverkehrs gelegener Touristenverkehr geführt wird. Die näheren Festlegungen über die Fahrbahngestaltung werden im Einvernehmen mit dem Land Niederösterreich gesondert getroffen werden." Das steht auch in dem Übereinkommen drinnen, das sehr eindeutig und konsequent den Weg aufzeigt. Und eines darf ich auch noch erwähnen: Landeshauptmann Dr. Pröll hat bereits in einem Interview im Jahr 1983 sich eindeutig und klar gegen diesen Semmering-Basistunnel ausgesprochen, seinen Weg nicht verlassen, ja ist diesen niederösterreichischen Weg konsequent fortgegangen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Und seit dem vergangenen Dienstag ist es auch Realität. Der Semmering-Basistunnel wurde aus dem Landesverkehrskonzept herausgenommen, was natürlich auch der konsequenten Haltung der vergangenen Jahre entspricht, und in das Landesverkehrskonzept hineingenommen wurde diese effiziente Ghega-Strecke. *(Beifall bei der ÖVP. - Unruhe im Hohen Hause.)*

Ich darf auch darauf verweisen, daß zwischen diesem Ghega-Ausbau und diesem Semmering-Basistunnel, der ein geldverschwendendes Projekt ist, ein sehr deutlicher Unterschied besteht. Hier liegen nämlich verlässliche Kostenangaben für diese Generalinstandsetzung vor. Sie sichern, wie von Abgeordneten Dr. Prober erwähnt, auch dieses historische Erbe Ghega-Bahn und, was auch sehr bedeutsam ist im Vergleich mit diesem Semmering-Basistunnel, durch den Ausbau dieser Ghega-Bahn ist die Nutzungsdauer mindestens für einen Zeitraum von 30 Jahren abgesichert. Das heißt, alle prognostizierten Frequenzsteigerungen sind ohne weiteres auch auf dieser Ghega-Strecke verkraftbar. Und zu dem sei vor allem auch jenen, die vorgeben, hier profunde Kenner der Fakten zu sein angemerkt, die Relation der Zuwächse ereignet sich nicht auf der Nord-Südstrecke, sondern auf der West-Ost-Strecke. Und genau dort sind die Maßnahmen und Konsequenzen gefragt.

Die anderen Strecken, wie zum Beispiel die West-Ost-Strecke, sind an die Belastbarkeitsgrenze gelangt. Die Westbahn gehört zu jenen sieben österreichischen Bahnstrecken, die nicht mehr weiter belastbar sind. Die eines dringenden Ausbaues bedürfen. Darum ist auch diese Westbahn in unserem Landesverkehrskonzept in der Prioritätsstufe 1. Aber offensichtlich, und das sei auch angemerkt, gehört es zur Strategie der ÖBB, ineffizient zu investieren, manchesmal auch kontraproduktiv zu investieren. Denn ich würde mir wünschen, daß mehr in die Logistik, mehr in das Know-how, um tatsächlich von der Straße auf die Schiene zu verlagern, investiert wird.

Ich darf zum Beispiel, weil hier vor allem vom Kollegen Muzik so groß diese Daten der ÖBB hinsichtlich Verlagerung von Straße auf Schiene gewürdigt worden sind, daran erinnern, daß die ÖBB vorgehabt haben und noch immer vorhaben, 11 Nebenbahnen in Österreich, davon sind sieben in Niederösterreich gelegen, für den Güterverkehr zu schließen. Sieben sind von der Schließung des Güterverkehrs betroffen. Und wissen Sie, wie die ÖBB argumentiert? Sie kauft selbst Lkw an, ver-

sucht jetzt, die Güter auf die eigenen Lkw zu verladen und dadurch zu begründen, daß der Transport auf der Schiene nicht mehr gerechtfertigt ist. Und ruiniert sich damit selbst! Das ist Konkurrenz, verschwenderische Konkurrenz gegen die Steuerzahler, die nicht nötig ist. Hier wird unvernünftig agiert und gehandelt! *(Beifall bei der ÖVP.)* Das ist kontraproduktiv und das ist gegen unsere Zielsetzungen, den Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es sei auch angemerkt, daß vor allem die Personenfrequenzen stagnieren. Und es wurde auch erwähnt, daß die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs nicht so ist, daß dieser öffentliche Verkehr auch gern angenommen wird. Ich vermisse bei der ÖBB eine kurzfristige kundenorientierte Entscheidung. Die Standards der Waggons lassen zu wünschen übrig. Hier wird nicht investiert, um den Verkehr attraktiv zu gestalten, sondern ich habe das Gefühl, man versucht eher über Jahre hinaus noch die Waggons mitzuschleppen, um sich einem Jubiläum und den Feierlichkeiten zu nähern, als für den Pendler sinnvolle Maßnahmen und Investitionen zu setzen. Das einzige Bemühen auch im Servicebereich geht oft von den sehr engagierten ÖBB-Bediensteten aus. Ich vermisse hier aber das Engagement in den Führungsetagen. Denn hier scheint vor allem zielorientiertes Management zum Fremdwort geworden zu sein. Anders agiert Niederösterreich, geht konsequent

seinen eigenen Weg, eigenständig und selbständig. Das wurde auch durch das Landesverkehrskonzept bewiesen. Und wenn heute immer wieder kritisiert worden ist, daß in den ÖV zu wenig investiert worden ist, meine Damen und Herren, 34 Maßnahmen für den öffentlichen Verkehr sind im Landesverkehrskonzept unter der Prioritätsstufe 1a gereiht. Das sind Investitionen von rund 35 Milliarden Schilling. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Die Zielsetzungen dieses Landesverkehrskonzeptes haben als erste Priorität die Investitionen in diesen Ausbau des Nahverkehrs, in diesen überregionalen Güterverkehr, um die Verlagerung von der Straße auf die Schiene zu erreichen. Und erst dann als drittes sind auch die Maßnahmen im Individualverkehr angeführt.

Und wenn immer wiederum erwähnt worden ist, man soll hier gegenüber den Bund sich durchsetzen, meine sehr geehrten Damen und Herren, das wurde mit dem Beschluß vom Dienstag sehr deutlich markiert, auch durch diesen niederösterreichischen Weg, der konsequent in den letzten Jahren gegangen worden ist. Und der fortgesetzt wird. Und vor allem eines noch: Wir hoffen, daß der Föderalismus nicht nur ein Lippenbekenntnis bleibt, sondern auch beim Semmering-Basistunnel Realität wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Österreichischen Bundesbahnen haben genug Verantwortung und Aufgaben, um Verbesserungen dort zu erledigen, wo sie dringend notwendig sind. Einige Bereiche davon habe ich angeführt. Die Prioritäten sind eben anderswo zu setzen, nicht in ein maschinenintensives Prestigeprojekt. Nicht dieses maschinenintensive Prestigeprojekt, das ist das Gebot der Stunde. Sondern es sind jene Probleme zu lösen, die den Pendler im ÖV belasten. Uns sind diese 200.000 tagtäglichen niederösterreichischen Pendler wichtiger als dieses maschinenintensive Prestigeprojekt Semmering-Basistunnel. Und wir sind auch dafür, daß durch entsprechende Umfahrungen von Ortskernen Lebensqualität in unsere Gemeinden hineingetragen wird. Und wir schaffen auch Anreize, um im ÖV entsprechende Motivation für dessen Benützung zu finden.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich mache auf die Redezeit wirklich aufmerksam. Sie ist wesentlich überschritten, nicht nur kurz. *(Anhaltende Unruhe im Hohen Hause.)*

Abg. TREITLER (ÖVP): Ein abschließendes Wort noch Richtung Freiheitliche. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Landtag und der

Semmering-Basistunnel sind kein Profilierungsfeld für Listenpositionierungen zwischen Gratzler und Schimanek. Denn es könnte sein, daß hier ein anderer der lachende Dritte ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Schimanek. Ich mache aufmerksam, das ist die letzte Wortmeldung, die ich zugelassen habe nach Rücksprache mit den übrigen Klubchefs.

LR SCHIMANEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Kurz ein Wort zum Abgeordneten Treitler: Für so viel Blödsinn ist es eigentlich nicht Sinn und Zweck, daß man die Redezeit überschreitet. Das darf ich Dir jetzt ganz offen sagen zu Deinem letzten Satz. *(Beifall bei der FPÖ. - In der Folge heftige und anhaltende Unruhe bei der ÖVP.)*

Und jetzt sachlich bitte: Für mich ist es bedrückend, meine Damen und Herren, daß hier so viel von Wahlkampf gesprochen wird. Ich sage eines: Der Semmering-Tunnel hat kein Wahlkampfthema zu sein, das ist viel wichtiger. Es ist peinlich, wenn man sich immer wieder in solche Töne versteigt und dem anderen vorwirft, er macht es nur aus wahltaktischen Gründen, egal jetzt in welche Richtung, das sage ich ganz offen.

Der Semmering-Tunnel ist ein ökologisches Unsinnprojekt, meine Damen und Herren. Das Semmeringmassiv beinhaltet ein Reservoir an Urgesteinswässern, wertvollstem Urgesteinswasser. Und wir haben nicht das Recht, wie wir es gesehen haben jetzt, wie man es gemacht hat beim Probestollen für den Basistunnel. Wir haben nicht das Recht, unseren Nachfolgern dieses Wasser wegzunehmen, es ganz einfach abzulassen. Der Semmering-Tunnel darf nicht ausgeblutet werden, meine Damen und Herren! Das ist der ökologische Grund dafür.

Es ist aber auch ein ökonomisches Unsinnprojekt, meine Damen und Herren. Es gibt bereits längst Fakten, die natürlich manche nicht sehen wollen. Und zwar haben wir erstens kein Geld dafür, zweitens ist überhaupt kein Bedarf gegeben, wie heute schon so oft berichtet wurde. Das ist nachweisbar. Und, meine Damen und Herren, stellen Sie sich vor, nachdem keine Privatfinanzierung gefunden wurde, wir müßten diesen Tunnel europaweit ausschreiben. Na glauben Sie, daß nur ein einziger österreichischer Arbeitsplatz hier gesichert würde? Ganz im Gegenteil! Sie würden lauter ausländische Arbeitsplätze gesichert haben. Das Geld würde ins Ausland flie-

ßen. Meine Damen und Herren! Die internationale, speziell die italienische Baumafia wäre hier sofort am Platz und die österreichischen Firmen hätten keine Chance. *(Beifall bei der FPÖ. - Abg. Dr. Bauer: Aber beim Landhaus hat die FPÖ die internationale Ausschreibung verlangt!)*

Ich darf nur eines sagen, weil uns vorgeworfen wurde, daß etwa Dr. Haider einmal für den Tunnel war. Jawohl, die Freiheitlichen waren im Parlament, in der Parlamentsfraktion zum Teil für diesen Tunnel. Nur, es muß auch genehmigt werden, daß man gescheitert wird. Und die freiheitliche Parlamentsfraktion ist gescheitert geworden, genauso wie die ÖVP-Fraktion in Niederösterreich. Sie sind auch gescheitert geworden. Sie sind jetzt bitte gegen diesen Tunnel, weil sie erkannt haben, daß es ein Unsinnprojekt ist.

Es ist viel günstiger und das ist nachgewiesen. *(Unruhe und Heiterkeit im Hohen Hause.)* Gestattest Du, daß ich lache. Aber es ist ja egal, wer wann wo war. Wichtig ist, daß wir dieses Projekt verhindern.

Und eines ist auch klar: Es ist nachgewiesen, bitte, meine Damen und Herren, daß die Südostspange vor allem für den innerösterreichischen Güterverkehr die weitaus günstigere Variante ist. Und ich darf Ihnen sagen, meine Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ, hätten wir jetzt die Ära Sinowatz/Kery, da wäre nie mehr vom Tunnel die Rede. Da würde man die Südostspange bauen, ich garantiere es Ihnen. Damals hat man ja einiges gebaut, das wir nicht gebraucht haben. Ich darf Ihnen sagen, der internationale Güterverkehr aus den ehemaligen Ostländern in Richtung Südosten und Süden, der kommt sowieso nicht durch Österreich. Erstens einmal brauchen wir ihn nicht, es wäre schade, diese Güter durch den Semmering durchzutransportieren. Der kommt sowieso nicht, weil die bauen nämlich gerade an der Südostspange. Also bis wir anfangen, sind die schon fertig. Also brauchen wir uns gar nicht darum zu kümmern. *(Abg. Dr. Bauer: Und, Herr Landesrat, freut Sie das oder sollen sie nicht schneller bauen deshalb?)*

Leider Gottes, über die Südostspange, rede ich.

Ich darf weiters sagen, und das ist jetzt an die Adresse der Sozialdemokraten. Ich erinnere daran, es gibt seit kurzem ein Buch, ein ganz interessantes Buch. Und das heißt, "Semmering-Basistunnel - Schwarz auf Weiß". Von einem unabhängigen Journalisten, vom Herbert Geier. Ich lege es Ihnen ans Herz. Lesen Sie dieses Buch, es sind alle Fakten drinnen. *(Abg. Dr. Bauer: Ich*

weiß nicht, ob Sie es genau gelesen haben, aber ich habe es da, zufällig!)

Und jetzt darf ich Ihnen noch etwas ans Herz legen. Der Chef der italienischen Staatsbahnen war einige Zeit im Gefängnis. Es läuft ein Strafverfahren gegen ihn. Der Chef der französischen Staatsbahnen war einige Zeit im Gefängnis. Es läuft ebenfalls ein Strafverfahren gegen ihn. Und in der Schweiz läuft ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß, meine Damen und Herren. Und wissen Sie warum? Weil diese Herrschaften ihre Regierungen durch falsche Studien für angeblich notwendige Projekte irregeführt haben! Dort sind sie schon soweit. Ich glaube, daß auch die österreichische Bundesregierung durch diese Prognos-Studie irregeführt worden ist. Und ich muß sagen, jeder Mensch hat das Recht, Irrtümer begehen zu dürfen. Aber er muß so gescheit sein, wenn er es erkennt, dann muß er diesen Irrtum bekennen, muß gescheitert werden. Und es ist höchste Zeit, daß die österreichische Bundesregierung endlich einmal gescheitert wird. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, die Aktuelle Stunde ist damit beendet. Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Friewald, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 646/A-1/46 sowie zum Antrag der Abgeordneten Böhm und Dr. Bauer zu Zahl Ltg. 646/A-1/46 gemäß § 29 unserer Geschäftsordnung einzuleiten.

(Zweiter Präsident Koczur übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter Abg. FRIEWALD (ÖVP): Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren! Ich darf zum Antrag Ltg. 646/A-1/46 des Verfassungs-Ausschusses Bericht erstatten.

Der Antrag beinhaltet die Nachvollziehung im Bereich des Bezugesgesetzes für die Mandatare des Landtages sowie die Gemeindepolitiker. Die genauen Unterlagen befinden sich bereits in den Händen der Kollegen. Ich darf daher im Namen des Verfassungs-Ausschusses folgenden Antrag stellen, über den Antrag mit Gesetzesentwürfen der Abgeordneten Böhm, Dr. Bauer, Auer, Friewald, Sivec, Dorfmeister-Stix, Uhl, Dr. Michalitsch, Dr. Strasser betreffend Neuregelung der Bezüge der Mandatare *(liest)*:

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die dem Antrag der Abgeordneten Böhm, Dr. Bauer u.a. beiliegenden Gesetzentwürfe betreffend Änderung des NÖ Bezügegesetzes, NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetz 1997, Änderung des NÖ Schulaufsichtsausführungsgesetzes 1975, Änderung des NÖ Gemeindebezügegesetzes, Änderung des Kremser Stadtrechtes 1977, Änderung des St. Pöltener Stadtrechtes 1977, Änderung des Waidhofener Stadtrechtes 1977, Änderung des Wr. Neustädter Stadtrechtes 1977, Änderung des NÖ Landes-Landwirtschaftskammergesetzes und Änderung des NÖ Landeslehrer-Diensthoheitsgesetzes 1975, werden genehmigt.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen."

Weiters darf ich im Namen des Verfassungsausschusses zum Antrag der Abgeordneten Böhm, Dr. Bauer zum Antrag der Abgeordneten Böhm, Dr. Bauer u.a. betreffend Neuregelung der Bezüge der Mandatare ausführen: Mit dem vorliegenden Antrag betreffend Neuregelung der Bezüge der Mandatare wird in einer umfassenden Weise auf Grund des Bezügebegrenzungs-gesetzes des Bundes eine Bezügeregelung für politische Funktionsträger vorgenommen. Damit wird auch inhaltlich der Antrag der Abgeordneten Gratzter u.a. betreffend Änderung des NÖ Bezügegesetzes erfaßt und geregelt. Es erübrigt sich daher, den Antrag der Abgeordneten Gratzter u.a. betreffend Änderung des NÖ Bezügegesetzes inhaltlich weiter zu behandeln. Die Gefertigten stellen _____daher _____den-_____Antrag, der _____Hohe _____Landtag _____wolle _____beschließen: Der Antrag der Abgeordneten Gratzter u.a. betreffend Änderung des NÖ Bezügegesetzes, Ltg. 13/A-3, wird durch diesen Antrag der Abgeordneten Böhm, Dr. Bauer u.a. gemäß § 29 LGO erledigt.

Ich darf den Herrn Präsidenten bitten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Ich danke für Bericht und Antrag und eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Gratzter.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Scherz vom Kollegen Uhl hat natürlich einen Hintergrund. Offensichtlich ist es den Antragstellern selbst so peinlich, daß sie sich nicht zu Wort gemeldet und gewartet haben, bis ein Freiheitlicher kommt. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Ein Berichterstatter ist schon ein Unterschied zum Debattenredner. Aber eine Geschäftsordnung ist etwas eigenes, Herr Kollege Schneeberger. Offensichtlich ist es so peinlich, daß sich bis jetzt nur der Kollege Dr. Bauer nach mir gemeldet hat und von der ÖVP noch immer keiner gemeldet ist zu dem eigenen Antrag. Das hat wahrscheinlich schon etwas zu tun mit der Materie, um die es heute geht, nämlich um das Bezügegesetz.

Das Bezügegesetz - der Berichterstatter hat das ja erwähnt - beinhaltet auch einen Antrag der Freiheitlichen. Und wenn er auch als miterledigt betrachtet wird, so möchte ich doch in Erinnerung rufen, daß die Freiheitlichen hier in diesem Hause bereits mit 1. Juli 1993, also vor über vier Jahren, einen Antrag eingebracht haben, um die Politikerbezüge zu ändern. Und zwar ging es uns damals in diesem Antrag um die Abschaffung der Abfertigung für Politiker bzw. um die Änderung des Pensionsrechtes. Auf der einen Seite entweder die Abschaffung, oder für Fälle, weil es gibt ja auch tatsächlich aus verschiedensten Gründen Berufspolitiker, für die dann die Optionsmöglichkeit offenzuhalten. Vier Jahre ist es her, daß dieser Antrag eingebracht worden ist. Und wie wir heute schon bei der Semmeringtunnel-Debatte gehört haben, wir bringen immer irgendwann einmal die Anträge ein, und einige Monate oder Jahre später kommt dann die große Koalition drauf, daß das vielleicht doch nicht so schlecht ist. Meistens allerdings auch nicht auf Grund eigener Einsicht, sondern auf Grund irgendwelcher Vorfälle. Und weil heute schon zwei ÖVP-Politiker den niederösterreichischen Weg - das dürfte der neue Wahlslogan sein - schon so erwähnt haben, möchte ich doch erinnern, daß der niederösterreichische Weg der Volkspartei ja hier ausschlaggebend war für dieses neue Bezügegesetz. Denn der Herr Abgeordnete Höchtl, der eigentliche Anlaßfall für dieses Gesetz, gehört ja auch Ihren Reihen an, ist ein Niederösterreicher, hat halt jahrelang arbeitsloses Einkommen bezogen so wie andere auch. Und das ist halt einmal wirklich allen zuviel geworden, den Medien zuviel geworden, der Bevölkerung zuviel geworden. (*Unruhe bei Abg. Hiller.*)

Ich habe meines nachweisbar immer an die Aktion "Österreicher in Not" weitergegeben, habe das immer offengelegt. (*Abg. Hiller: Das habt Ihr selber vergeben! Die Parteigänger füttert Ihr! Ihr habt ja einen eigenen Fonds!*)

Nein! Abgeordneter Hiller - keine Ahnung! Erst dann reden, wenn Sie Bescheid wissen. Ich meine, Sie können jetzt ein bißchen schreien, ich lasse Sie auch schreien, weil jetzt haben wir keine Redezeitbeschränkung mehr. *(Nach wie vor heftige Unruhe bei Abg. Hiller.)*

Nein, es ist nicht wahr, was Sie sagen. Nein, es ist nicht wahr. Sie können noch ein bißchen schreien, aber es wird nicht wahrer. Das ist nicht wahr. Da gibt es eine schöne Aktion, "Österreicher in Not", wo Österreichern geholfen wird. *(Noch immer Unruhe im Hohen Hause.)* Mein Gott, Ihr fühlt Euch ertappt und es ist immer wieder dasselbe. Ihr schreit: Haltet den Dieb. Es ist Euch bereits in den Mund gelegt, immer "haltet den Dieb!". Und wer das schreit, das weiß man. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Nun, auf alle Fälle, der niederösterreichische ÖVP-Weg war der Anlaßfall - und den wirst Du wenigstens nicht abstreiten - zur Regelung dieser Bezüge. Es kam jetzt zu dieser Gehaltspyramide oder wie immer man das bezeichnet. Und da war schon das Absonderliche, daß in einer Zeit, in der wir auf der einen Seite sparen, in einer Zeit, wo die Bürger unter Belastungspaketen leiden, die Politiker sich Gehaltserhöhungen leisten. Wenn man hernimmt auf Bundesebene wird der Bezug des Bundeskanzlers erhöht von 2,4 auf 3,5 Millionen, der des Vizekanzlers von 2,6 auf 3,08 Millionen, jene der Bundesminister von 2,6 auf 2,8 Millionen. Und da müssen dann halt ein paar andere erhalten. Ich gebe durchaus zu, daß in diesen Regelungen die Länder nicht unbedingt so bevorteilt sind, daß man das auch entsprechend beurteilen müßte. Die Klubobmänner haben sich auch hier in Niederösterreich alle geäußert, ursprünglich bei der ersten Variante, daß es nicht angehen kann, daß der Bund eine Bezügeregelung auf Kosten der Länder macht. Nur hat man halt jetzt gesehen, daß auch Niederösterreich hier im Gegensatz zu anderen Bundesländern den Höchstrahmen ausschöpft, der hier geboten wird von seiten des Bundes. Und dazu kann ich wirklich nicht meine Zustimmung erteilen.

Es ist viel gelästert worden über die 60.000er-Regelung, die die Freiheitlichen immer wieder ins Treffen geführt haben. Um zu zeigen, daß wir mit unserer 60.000er-Regelung nicht so schlecht liegen, möchte ich einmal die Europa-Statistik bringen, die Monats-Bruttobezüge der Abgeordneten. Das ist jetzt eine Durchschnittsrechnung für Europa, da liegen wir hinter Italien an der zweiten Stelle. Italien mit 107.415,- Schilling an der ersten Stelle, gefolgt von Österreich mit durchschnittlich 75.642,-. Nach uns kommt dann das ganz kleine Deutschland mit

72.000,-, das noch kleinere Belgien mit 63.000,-, die ganz kleinen Niederlande mit 62.000,-. Und damit wir einmal unsere Nachbarn, mit denen wir uns so gerne in Konkurrenz sehen, auch anführen, die ganz kleine Schweiz mit 36.000,- und das noch kleinere Schweden mit 34.000,- Schilling Durchschnittsbruttolohn der Abgeordneten. Und das möchte ich schon einmal sagen, weil es immer wieder so lächerlich gemacht wird, wenn wir mit einer Gehaltsgrenze von der berühmten 60.000er-Regelung ausgegangen sind. Also wir liegen hier nach Italien im Spitzfeld in Europa. Und daher brauchen wir nicht so zu tun, als würden wir heute hier einen Akt der Selbstbeschneidung setzen, sondern ganz im Gegenteil, es ist in manchen Teilen ein Akt der Selbstbedienung. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Es gibt Bereiche, Hannes Bauer, das wirst Du heute auch noch hören, es beschäftigen sich ja noch mehrere damit, wo kräftig zugelegt wird. Kommt schon noch.

Es gibt aber noch einen Hinweis in diesem Bezügegesetz und da sieht man, daß halt vom Bund ausgehend leider nirgends Rücksicht genommen wurde, auch in keinem anderen Bundesland, weil in vielen wurden ja diese Gesetzesbeschlüsse auch schon gefaßt, daß man die unterschiedliche Tätigkeit oder die unterschiedlichen Strukturierungen berücksichtigt. Zum Beispiel in Niederösterreich den Finanzkontrollausschuß. Es gibt keine Regelung mehr für qualifizierte Ausschußtätigkeit. Und daher sehe ich hier auch die Grundlage für jene Aktivitäten, die seitens der ÖVP da vor sich gehen, den Finanzkontrollausschuß abzuschaffen. Man hat bereits hier in der Bezügeregelung vorgebaut, daß diese Tätigkeit nicht mehr honoriert wird. Man will sich ganz einfach dieser Kontrolle, die sehr effizient ist, entziehen. Ich möchte aber auch hier klar und deutlich eines sagen: Sollten die Freiheitlichen weiterhin den Finanzkontrollausschuß-Obmann stellen, dann werden sie es zum Nulltarif machen! Also die Bezügeregelung kann in diese Richtung sicher kein Argument sein. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich möchte daher, was jetzt diesen Finanzkontrollausschuß und die ganze Diskussion um die Abschaffung und um die Schaffung eines Landesrechnungshofes betrifft, einen Resolutionsantrag einbringen *(liest)*:

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Gratzer und Ing. Dautzenberg zum Antrag der Abgeordneten Böhm, Dr. Bauer u.a. betreffend Neuregelung der Bezüge der Mandatare, Ltg. 646/A-1/46,

bezüglich Beibehaltung des Instrumentes des Finanzkontrollausschusses.

Artikel 52 der NÖ Landesverfassung legt die Aufgaben des Finanzkontrollausschusses und des Kontrollamtes fest. Es hat sich bis jetzt die Zusammensetzung des Finanzkontrollausschusses, der ja zur ständigen Kontrolle der Finanzgebarung der Landesverwaltung dient, durchaus bewährt. Nun gibt es aber vehemente Bestrebungen, das Instrument des Finanzkontrollausschusses sowie das derzeitige Kontrollamt in wesentlichen Teilen durch die Einrichtung eines Landesrechnungshofes zu ersetzen, dessen Aufgabengebiet sich am Rechnungshof des Bundes orientieren soll. Dieser 'Landesrechnungshof' besteht dann hauptsächlich aus den Bediensteten, die derzeit im Kontrollamt tätig sind. Welche Aufgaben nun für den in der Verfassung vorgesehenen Finanzkontrollausschuß und das derzeitige Kontrollamt übrig bleiben, läßt sich nicht eindeutig erkennen.

Wenn man die bestehenden Möglichkeiten zur Kontrolle der Gebarung der Landesverwaltung voll ausnützt, die Befugnisse des jeweiligen Obmannes des Finanzkontrollausschusses bezüglich Prüfungsermächtigung erweitert, und darüber hinaus im Sinne einer weiteren Überprüfung der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Einsatzes von Steuergeldern die Bestimmungen der Verfassung dergestalt ergänzt, daß alle Unternehmungen der Überprüfung durch den Finanzkontrollausschuß unterliegen, an denen das Land Niederösterreich direkt oder indirekt mit einem finanziellen Anteil von zumindest 50 % beteiligt ist (wie bereits in den anderen Bundesländern üblich), erscheint die Installierung eines Landesrechnungshofes - sei es zusätzlich zur bestehenden Einrichtung des Finanzkontrollausschusses und des Kontrollamtes oder überhaupt als Ersatz - überflüssig.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung, insbesondere der Herr Landeshauptmann, wird im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert, die Planungen zur Einführung eines Landesrechnungshofes einzustellen und die Institution des Finanzkontrollausschusses und des Kontrollamtes zu belassen."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich ersuche, über diesen Antrag wirklich gründlich nachzudenken. Es geht um eine Einrichtung, die über Jahre sehr positiv hier in diesem Land ge-

wirkt hat und man soll nicht aus einer momentanen Vorwahlkampfsituation heraus diese Institution ruinieren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als nächster Redner ist Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg gemeldet.

Abg. Ing. DAUTZENBERG (*LIF*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Zur Neuregelung der Bezüge für Mandatare möchte ich die Meinung noch einmal äußern, die ich auch immer wieder bei Befragung durch Reporter geäußert habe. Ich glaube, daß diese für uns Politiker nicht sehr angenehme Situation, diese Diskussion falsch läuft. Ich schäme mich für mein Gehalt hier nicht. Ich versuche, dafür etwas zu tun. Und jeder von uns versucht etwas zu tun. Und es sollte eigentlich nicht darum gehen, daß man sich immer rechtfertigt, weil man das verdient, sondern man sollte sich rechtfertigen, was man dafür tut. Und wenn wir das in dieser Richtung betreiben, dann glaube ich, daß auch die Bevölkerung sich nicht hinstellen wird und um 5.000,-, 10.000,- Schilling einen Mandatar schief anschaut. Ich glaube auch, das ist auch der Grund, warum wir, also ich werde dem Gesetz zustimmen, ich glaube aber, daß es notwendig ist, daß man mit mehr Selbstbewußtsein und mit mehr Leistungsdarstellung argumentiert anstelle mit Pyramiden und nicht nachvollziehbaren Klassifizierungen. Denn Leistung ist nicht klassifizierbar von der Position her.

Es gibt Positionen, wo man sehr schwer eine Leistung nachweisen kann, aber trotzdem eine enorme bringt, wenn man die anderen damit zu einer motivierten Arbeit bringt. Und daher glaube ich, daß es schlecht ist, wenn man immer wieder von Gehältern spricht. Ein schiefes Licht hat zweifelsohne das gebracht, daß Bezüge eben eingerechnet wurden, um ein gewisses Einkommen zu sichern, wo eine Leistung offensichtlich nicht nachweisbar war. Aber ich meine, ich stehe überhaupt nicht an zu sagen, daß auch hier dann Bauernopfer notwendig waren und eben gewisse Abgeordnete für die Vergangenheit offensichtlich verprügelt wurden. Geschadet hat es denen nicht und uns nicht, aber man sollte den Schluß ziehen, Leistung ist wichtig. Das Gehalt als solches sollte eigentlich nicht im Vordergrund stehen.

Nun zu unserem gemeinsam eingebrachten Resolutionsantrag über Beibehaltung des Instrumentes Finanzkontrollausschuß. Ich glaube, daß - und ich möchte mich den Worten des Klubobmannes der F anschließen - daß es wirklich erforder-

lich ist, daß Sie nachdenken, bevor hier eine Abstimmung erfolgt. Und daß Sie versuchen, das so zu sehen, wie ich es Ihnen jetzt versuche darzustellen. In der letzten Legislaturperiode sind 14 Finanzkontrollausschuß-Berichte vorgelegt worden und 14 Rechnungshofberichte. Ich habe mir die noch einmal durchgelesen. Sie kommen bei einer exakten Auswertung auf nicht einmal 15 Prozent Erledigung der aufgezeigten Fehler. Und ich frage Sie, wo nimmt man dann das Recht her, ein Sandkastenspiel zu betreiben und zu sagen, nennen wir das Kontrollamt um in Rechnungshof? Wenn man gar nicht die Absicht hat, diese Berichte ernst zu nehmen, die bis heute erarbeitet wurden. Die Fehler, die Mängel, die aufgezeigt wurden, nicht berücksichtigt. Der heute zur Diskussion stehende Rechnungshofbericht hat zwei Seiten unerledigte Punkte und drei erledigte. Da brauche ich aber wirklich nicht eine neue Organisation. Sondern was ich brauche ist eine effiziente Landesregierung, die ernstlich diese Berichte zur Kenntnis nimmt und danach vorgeht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich glaube auch, natürlich der Herr Pröll wurde heute schon sehr oft gelobt, auch von mir, aber nicht, weil ich übertreten will. Sondern wenn es wahr ist, soll man es sagen. *(Unruhe im Hohen Hause.)* Ich glaube, es ist ganz entscheidend, daß man einmal festhält, daß er vorschauend wirklich erkannt hat, daß er nie mehr den Kontrollausschuß-Obmann stellen wird. Und es gibt nichts, was ihn mehr ärgert, als wenn er wo nicht die Karten mischen kann. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ.)*

Und das ist jetzt der Grund, daß er auf die Idee kommt, machen wir einen niederösterreichischen Finanzkontrollausschuß - Rechnungshof, Entschuldigung. Warum? Dann kann er wieder mit Ausschreibungen arbeiten, die werden umgangen und dann ist der übliche Postenschacher wieder perfekt. Dann gibt es eben einen Schwarzen und einen Roten, weil Ihr kommt sicher auch nicht zu kurz, und vielleicht einen Freiheitlichen. Aber sicher keinen liberalen Kontrollausschuß- oder Rechnungshofobmann. Und um das geht es. Und um diese, und er hat sicher auch noch einen zweiten Hintergedanken. Es geht noch um einen zweiten Hintergedanken. Nachdem 1,2 Milliarden in die Reformierung der Organisation über EDV gesteckt wurde und nicht ein Beamter eingespart wurde, ist es ja eine wunderbare Möglichkeit, über Auslagerung der Bevölkerung nach einem Jahr zu erzählen, wir haben schon wieder weniger Beamte. Und da glaube ich, sollte die Bevölkerung schon die Wahrheit wissen. Die Wahrheit ist, daß der Finanzkontrollausschuß vortrefflich gearbeitet

hat, daß seine Ergebnisse nicht umgesetzt werden, sondern schubladiert werden. Das ist ein Faktum. Und außerdem möchte ich noch einmal festhalten: Für mich ist ein Sandkastenspiel unerträglich. Es geht darum, daß ein Kontrollinstrument Kompetenzen haben muß, konzentriert arbeiten muß, konkrete Vorlagen über die Ergebnisse liefert. Und das wesentliche ist die Bereitschaft dann zur Umsetzung. Und da ist unser Kontrollamt sicher das geeignetste Instrument. Ganz abgesehen davon, daß mit dem Schlagwort NÖ Rechnungshof keine einzige Kostenschätzung vorgelegt wurde. Weil heute macht das ein Abgeordneter. Heute macht es der Ausschuß, wieder Abgeordnete. Dann haben wir Vorstände, dann kriegen wir einen Beirat, da können wir wieder herumschummeln, dann können wir kontrollieren. Und das so aus der Hand zu geben, meine Damen und Herren, davon würde ich schwer abraten. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als nächster Redner ist Herr Klubobmann Dkfm. Dr. Bauer gemeldet.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist tatsächlich ein wichtiges Gesetz, das nach langen Diskussionen auf allen Ebenen, in der Öffentlichkeit, in den Parteien nun einen Abschluß auch in Niederösterreich finden soll. Und ich gehe einmal davon aus, daß tatsächlich diese Diskussion, dieser Schlußstein zu dieser Diskussion so verstanden wird, daß durch diese Transparenz des künftigen Bezügegesetzes, durch die eindeutige Regelung der Pyramide, von der immer wieder gesprochen wird, auch - und das sei als sehr wichtig angemerkt - dieses Selbstverständnis eines Abgeordneten damit zum Ausdruck kommt. Nämlich wie auch Abg. Ing. Dautzenberg das ausgedrückt hat, man muß sich auch dazu bekennen, daß die Tätigkeit, die man im Lande erbringt oder auf der Ebene der Gemeinde oder des Bundes erbringt, etwas wert ist für die Gesellschaft. Und wenn man davon ausgeht, daß diese Arbeit etwas wert ist, dann muß auch eine entsprechende Gegenleistung dem gegenüberstehen.

Nun war ich bei jenen in meiner Partei, die diese Anträge auf Landes- und Bundesparteitagen eingebracht haben, nämlich nach einer eindeutigen Regelung in Richtung dieser Vereinheitlichung, der Transparenz und der Nachvollziehbarkeit für die Mitbürgerinnen und Mitbürger. Denn es ist noch immer so, daß manche vielleicht glauben, daß dahinter noch eine

Vereinbarung oder irgend etwas steht. Der Staatsbürger soll wissen, das ist das NÖ Landes- und Kommunalbezüge- oder Gemeindebezügegesetz und darüber hinaus gibt es keine Einkünfte, keine sonstigen Regelungen. Sondern das ist sozusagen für jeden Einzelnen eine nachvollziehbare Sache. Und das ist mir sehr, sehr wichtig.

Der Herr Kollege Gratzner hat gemeint, daß hier die Freiheitliche Partei mit ihren 60.000,- Schilling nicht so schlecht liegt. Nur habe ich das immer so verstanden, daß die 60.000,- einen Nettobezug darstellen. Und das bedeutet eigentlich, daß eine ungeheure Lohnerhöhung damit eingetreten wäre. Aber wenn ich vergleiche mit anderen Ländern, dann muß auch die Vergleichbarkeit hergestellt werden. Denn es ist zum Beispiel in vielen Ländern üblich, daß zwar der Präsident eines Nationalrates relativ geringe Bezüge hat, aber einen riesigen Stab, eine riesige Ausstattung, die sozusagen über das Budget finanziert wird. Und so kann es durchaus sein, daß ein Präsident eines größeren Landes kleinere Bezüge hat, aber in Wirklichkeit überall seine Infrastruktur praktisch kostenlos zur Verfügung hat. Das geht hin eben bis zu Wohnung und Sekretariat und so weiter. Das heißt also, man muß hier wirklich die Vergleichbarkeit herstellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist natürlich zu Recht ein sensibles Thema, weil natürlich in der Vergangenheit - und das hat die Menschen eigentlich zu Recht bewegt und daher habe ich auch diese Anträge auf dem Landes- und Bundesparteitag eingebracht - daß nämlich so im Graubereich eine Transferleistung oder eine Leistung abgegolten wurde, der keine Gegenleistung entsprochen hat. Und daher ist es gut, daß man hier das auch gleich mitregelt.

Noch etwas: Die Niederösterreicher - hier möchte ich das auch deutlich sagen - haben von allem Anfang an dieses Bezügegesetz darauf ausgelegt, daß es ein Gesetz ist, dem alle Fraktionen zustimmen können. Es war auch so, daß in den Präsidialen die Gespräche so verlaufen sind, daß die Freiheitliche Partei auch durchaus sich eine gemeinsame Vorgangsweise vorstellen konnte. Es war dann einem späteren Zeitpunkt vorbehalten, daß das aus ihrer Sicht nicht mehr möglich ist. Die Österreichische Volkspartei und die Sozialdemokratische Partei haben die Gespräche weiter geführt, immer in dem Bewußtsein, daß ein Regelungsbedarf besteht, und daß letztlich eine Diskussion, die auch der Demokratie insgesamt oder dem Ansehen der Abgeordneten schadet, beendet werden kann. Ich glaube, daß

das mit dem vorliegenden Bezügegesetz gelingt. Und so, Herr Kollege Gratzner, sollen Sie das verstehen. Nicht, daß sozusagen wir nicht zu dem stehen, was wir beantragen. Wir stehen voll und ganz zu diesem Antrag. Das kann natürlich auch so verstanden werden, daß das so klar ist, daß man nicht unbedingt noch zusätzliche Erklärungen abgeben muß. Wenn aber die Freiheitliche Partei dies tut, dann muß man auch seinen Standpunkt noch einmal wiederholen. Ich wiederhole ihn daher sehr deutlich: Die Pyramide wurde im großen Teil bundesgesetzlich vorgegeben und die Ausgangsbasis nach dem Bundesgesetzblatt festgelegt. Das war ein enger Rahmen, der da gesetzt wurde und der ist auf Landes- und Gemeindeebene nachzuvollziehen. Das ist die eine Seite. Der zweite Bereich war natürlich ein Spannungsfeld, das sei ganz offen ausgedrückt. Ein Spannungsfeld zwischen Bundesregelung und Erfordernissen des Landes. Jedes Land hat ja andere Gegebenheiten, von der Stellung des Landes selbst hergeleitet. Und das gleiche trifft auf die Gemeinden zu. Daß man nicht sozusagen eine Gemeinde, auch wenn Einwohnergleichheit besteht, vergleichen kann mit einer anderen, von den Aufgaben her. Weil oft die Stellung der Gemeinde, zum Beispiel als Fremdenverkehrsgemeinde, eine überdurchschnittliche Beanspruchung des Bürgermeisters, auch einer Industriegemeinde oder einer Gemeinde, die in einer bestimmten Ausbauphase sich befindet, muß einfach ein Spielraum gegeben werden, um dem Rechnung tragen zu können. Und nur der Gemeinderat kann dem Rechnung tragen, weil nur er in der Lage ist, zu beurteilen, in welcher Form eine tatsächliche Mehrbelastung des Bürgermeisters vorliegt. Oder welche persönlichen Gegebenheiten bei dem jeweiligen Bürgermeister gegeben sind. Daher ist auch ein Spielraum notwendig.

Ich glaube, daß das NÖ Bezügegesetz maßvoll im Sinne des Spargedankens und des Sparwillens ausgelegt wurde. Und wenn Niederösterreich seine Sätze festgelegt hat mit Landeshauptmann - 200, was ja auch eine Vorgabe des Bundes darstellt, mit 190, 180 für Landesräte usw. und mit 80 Prozent für die NÖ Abgeordneten, dann meine ich, daß das auch die Bedeutung dieses Bundeslandes und seine Stellung innerhalb der Republik Österreich zum Ausdruck bringt. Und daß daher auch dieses Bewußtsein diese Regelung letztlich gebracht hat.

Es ist damit verbunden auch eine Klarstellung der künftigen Ansprüche. Meine sehr geehrten Damen und Herren! In dem neuen Gesetz werden diese Fragen der Abfertigung gelöst sein. Die gibt

es nicht. Die Frage der Pension ist gelöst. Die gibt es auch nicht. Es zahlt letztlich jeder für sich selber, nach freier Entscheidung und Bewertung, ob er davon Gebrauch macht, daß er in eine Pensionskassa einzahlt, wie jeder andere in der Wirtschaft befindliche das auch tut. Und für sich entscheidet, ob er diese zusätzliche Leistung zum Tage des Anfalles beanspruchen will oder ob er keine entsprechenden Leistungen dafür einbringen möchte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gab dann auch die große Diskussion intern, das sei ganz offen ausgesprochen, ob man die Bezüge der Landes- und Kommunalpolitiker gleich regeln soll. Und wir sind zur Auffassung gekommen, daß im Bezügegesetz beide Gebietskörperschaften geregelt werden sollen. Weil ich glaube, es muß einem bewußt sein, daß Landespolitiker und Kommunalpolitiker eine Verantwortung für Niederösterreich und für ihre Gemeinden haben und daher auch in einem Gesetz und in einer Regelung sich wiederfinden. Das drückt auch eines aus: Daß wir als Landespolitiker die Kommunalpolitiker auf die gleiche Ebene gestellt haben. Daß dieses Bezügegesetz sozusagen ausdrückt, ein Landespolitiker ist nichts Abgehobenes. Landespolitiker und Kommunalpolitiker ziehen hier hier in einem Gesetz und in einer Aufgabe hier für dieses Land für dieses Land am gleichen Strang und in die gleiche Richtung.

Noch etwas: Ich weiß, daß es schwierig sein wird, in der Öffentlichkeit, in den Medien, sagen wir es offen, das wiederzugeben oder wiederzufinden, was eigentlich dem Geiste des Gesetzes entspricht. Eine klare Aussage auf all die Fragen, die in der Vergangenheit gestellt wurden: Es ist ein klares, ich sagte es schon, ein transparentes Gesetz. Und ich appelliere wirklich, anzuerkennen, nämlich von seiten der Berichterstattung, daß dieses Gesetz tatsächlich ein Schlußpunkt unter eine laufende Diskussion sein soll, die der Demokratie in den letzten Jahren sicher nicht gut getan hat. Und dem Ansehen der Abgeordneten. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Abgeordneter und eine Abgeordnete muß einfach in dem Wirken jene Akzeptanz von seiten der Bevölkerung haben, die er braucht und die sie braucht, um die Aufgaben erfüllen zu können. Das sind nicht irgendwelche Leute, die da sitzen, die halt nur da sitzen, weil sie irgendeine Partei aufgestellt hat, sondern weil sie - und Mandatsträger sein heißt ja, das Mandat von einer Gruppe erhalten zu haben - dieses nach bestem Wissen und Gewissen ausüben. Und daher bekenne ich mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu jenem Bezügegesetz! Weil es

nicht sein kann, wie es auch einmal war, daß nur jene anwesend sein können und Gesetze beschließen können für die, die betroffen sind, die es sich leisten können, hier zu sitzen. Und ob die immer die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vertreten, steht auf einem anderen Blatt geschrieben. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

Und daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich meinen, daß man davon ausgehen muß, daß Demokratie einfach mehr ist als nur diese Entsendungsmöglichkeiten für wenige Lobbyisten, für wenige, die ja von Geburt her vielleicht den Vorteil haben, sich das leisten zu können. Sondern Demokratie ist, diesen Interessensausgleich auf höherer Ebene herzustellen, der aus dem Wissen der sozialen Verankerung heraus entspringt und möglichst breit gestreut sein soll, um möglichst allen diese Möglichkeit und diese Vertretung auch in den Landtagen zu geben.

Und ich weiß schon, da gibt es Millionäre aus dem Süden, die irgendwo herumfliegen mit dem Hubschrauber - manche tun das auch schon bei uns jetzt, mit dem Hubschrauber herumzufahren - die erzählen die ganze Zeit den Leuten, daß sie es billiger auch machen würden. Und ich sage Euch, das wären nicht diejenigen, die die Interessen der Bürgerinnen und Bürger tatsächlich vertreten. Weil da müßte man sich fragen, aus welchen Finanzquellen kommt das alles eigentlich, daß man sich hier alles leisten kann? Es wird niemand sagen, daß das jedem zur Verfügung steht. Da muß man ja eine Leistung, nämlich eine geldliche Leistung, dafür erbringen.

Und so meine ich, daß dieses Bezügegesetz, das wir im Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren, beschließen, eine Grundlage der Demokratie und ihre Stärkung darstellt. Und wir haben unsere Verantwortung, uns jetzt wirklich hinzustellen und zu sagen, daß dieses Bezügegesetz in Anbetracht des Sparwillens, den wir haben, einfach vertretbar ist, weil die Gegenleistung stimmt. Und ich sage das deutlich: Jene, die glauben, daß ihre Gegenleistung nicht stimmt, die sollten ihr Mandat grundsätzlich zurücklegen. Weil der teuerste Abgeordnete ist der, der nichts tut für sein Geld! *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

Und das, liebe Freunde ist die wirkliche Herausforderung. Denn, wenn Leistung und Gegenleistung stimmt, wird auch die Diskussion beendet sein. Und ich sage dazu, jeder Abgeordnete ist zu teuer, so billig kann er gar nicht sein, wenn dafür

keine Gegenleistung steht. Und in dem Sinne, meine sehr geehrten Damen und Herren, meine ich, daß auch die Kommunalpolitik als wichtiger Bestandteil unseres Gesellschaftssystems, des politischen Systems, der gemeinsamen Wirkung für die Bürgerinnen und Bürger, daher mitzuregeln ist. Wir haben die Bezüge der Bürgermeister hier so geregelt, daß es bestimmte Mindestgrenzen gibt, die in Wirklichkeit eine Verringerung bedeuten gegenüber den jetzigen Ansätzen. *(Abg. Marchat: Das stimmt überhaupt nicht. Das ist keine Verringerung sondern eine Erhöhung!)*

Das Problem ist ja ein anderes: Daß zwar, ich sagte es schon, manche einen Text lesen, aber nicht immer verstehen können. Das heißt, ich gehe also davon aus, die Verringerung ist also deshalb gegeben, weil man ja in Zukunft seine Pensionskassenbeiträge selbst entrichten muß. Und das bedeutet in Wirklichkeit, daß es zu geringfügigen Einbußen kommt. *(Abg. Marchat: Hast Du Dir die Zahlen auch angeschaut?)* Ich habe mir das genau angesehen. Sonst würde ich in meiner Verantwortung keinen Antrag an den Landtag einbringen, den ich nicht vor diesem Landtag verantworten kann. Das ist einmal eine Grundeinstellung und ich glaube, die sollte jeder und hat auch jeder für sich berücksichtigt.

Die Bürgermeister von Städten mit über 20.000 Einwohnern bis zu 80.000 werden mit den Abgeordneten gleichgestellt, über 20.000, und dazwischen liegt die bekannte Staffelung, ich brauche darauf nicht einzugehen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Statutarstädte haben eine Regelung, aus der auch die unterschiedliche Größe der Gemeinden zum Ausdruck kommt und jene der Aufgabenstellung. In Wirklichkeit ist der Bürgermeister einer großen Statutarstadt in der Regel nicht mehr berufstätig außerhalb seines politischen Geschäftes, außerhalb seiner politischen Arbeit. Und daher gibt es diese Regelung von 55 Prozent bis 130 Prozent. Wobei hier, möchte ich sagen, in Niederösterreich noch sehr, sehr maßvolle Relationen gegenüber anderen Bundesländern bestehen. Wir haben eine sehr, sehr maßvolle Regelung getroffen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Daher lade ich alle ein, auch die, die heute zwar Nein sagen, aber sich darüber freuen, daß andere das beschließen. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Hiller.)*

Ich lade ein, das draußen so zu vertreten, daß man sozusagen den Wählerinnen und Wählern gegenüber jene gesellschaftlich und demokratiepolitisch notwendige Arbeit erbringt, um das Funktionieren auch für jene, die nach uns kommen, sicherzustellen. Daher, Genossinnen und

Genossen ... *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Also, unter uns gesagt, das wird mir ja wahrscheinlich nicht irgendwie angerechnet. Denn Tatsache ist, daß das ein Gruß ist für Sozialdemokraten. Moment! Es ist ein Gruß, der in der Sozialdemokratie manchesmal verwendet wird, manchesmal nicht. Ich verwende ihn manchesmal, nur deshalb, weil es ein Gruß ist, der seine Bedeutung hat und keine historische Belastung ist, meine sehr geehrten Damen und Herren. Um das auch einmal klarzustellen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Und ich möchte - es ist schon richtig, diese Anrede gehört nicht hierher - ich möchte mich dafür auch entschuldigen. Aber eine unbelastete Ansprache kann man verwenden. Und wenn es in einem anderen Haus passiert, dann ist das auch kein Malheur, denn jeder weiß ja, wo ich hingehöre, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Was nun den Landesrechnungshof betrifft, so möchte ich zum Landesrechnungshof folgendes sagen: Wir haben uns sehr intensiv mit dieser Frage auseinandergesetzt und ich glaube tatsächlich, daß noch vieles offen ist in der Diskussion. Ich sage jetzt gar nicht, ob ein Landesrechnungshof eine bessere Kontrolleinrichtung ist als die derzeitige Landeskontrolle. Ich sage auch gar nicht, und das möchte ich betonen, daß die Landeskontrolle und die Mitarbeiter in der Landeskontrolle ihre Aufgaben bisher nicht gut gemacht haben. Ganz im Gegenteil! Ich möchte hier einmal ein Danke sagen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich möchte auch dem Ausschuß danken für seine Arbeit, weil sie gute und wichtige Grundlagen für uns liefern. Aber einen Hüftschuß in diese Richtung möchte ich auch nicht abgeben. Nämlich, daß ich jetzt sage, das kommt für alle Zeit nicht in Frage. Sondern ich meine, daß wir darüber diskutieren sollten nach dem Grundsatz, was könnte durch einen Landesrechnungshof an der Kontrolle verbessert werden. Aus den bisherigen Vorschlägen der Österreichischen Volkspartei geht darüber zu wenig hervor oder es sind nur Vorschläge, die halt mehr oder weniger punktuell als Grundsatzdebatte einmal eingebracht wurden.

Ich wurde also da in der Öffentlichkeit auch bezichtigt, daß ich angeblich von etwas abrücke, was ich zugesagt habe. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Zusage war, daß ich bereit bin, darüber weiter zu diskutieren. Und zu dieser Zusage stehe ich. Und daher werde ich auch dem Antrag von Ing. Dautzenberg und der FPÖ nicht beitreten. Weil ich tatsächlich diese Gesprächsbereitschaft nicht nur signalisiert habe, sondern aufrechterhalte. Nur unter einem Gesichtspunkt: Die Landeskontrolle und auch ein

Landesrechnungshof ist ein Instrument des Landtages. Und die Kontrolle kann vom Landtag nicht hinausgerückt werden. Auch nicht was den Zugriff betrifft. Und das bedeutet für mich, wenn es eine Verbesserung ist, auch zum Beispiel die Einbeziehung von Unternehmen mit über 51 Prozent in dieses Kontrollsystem. Wenn es eine Ausstattung ist, wo die Kontrolle tatsächlich eine Effizienzerhöhung erfährt. Und wenn letztlich die Kontrolle dem Landtag voll erhalten bleibt, auch was die Bewertung und den Auftrag betrifft, dann, glaube ich, könnte man in einer späteren Phase nach Einigung über diese Punkte durchaus auch konkret vielleicht zu einem Antrag kommen.

Für mich gilt der Grundsatz: Kontrolle kann nicht so gemacht werden, daß sie bequemer wird für die, die kontrolliert werden sollen. Und es kann auch der Kontrollierte sich nicht den Kontrolleur aussuchen. Dieser muß in der politischen Verantwortung des Landtages bleiben. Und in diesem Sinne, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehe ich die Frage Landesrechnungshof und Landeskontrolle. Und ich sage auch dazu, vielleicht könnte man die Effizienz der Landeskontrolle in der bisherigen Form einmal überdenken und vielleicht steigern. Daher eine offene Diskussion mit dem Ziel, daß die Kontrolle des Landtages verbessert wird und nicht in irgendeiner Weise stärker aus der Kontrolle hinausgerückt wird. In dem Sinne, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden wir dem Bezügegesetz des Landes mit allen Begleitgesetzen zustimmen und den Landesrechnungshof der Diskussion überlassen, in welcher Form künftig die Kontrolle stattfinden kann. Aber eines sei klar und unmißverständlich ausgedrückt: Diese Kontrolle muß als Instrument des Landtages erhalten bleiben. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Marchat.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Lieber Herr Klubobmann! Ich bin ein bißchen erschüttert, weil ein Schlußpunkt der Diskussion soll zwar bei den Bezügen gesetzt sein, beim Rechnungshof erklärst Du Dich momentan wieder bereit, in die Diskussion einzusteigen. Dieses Bezügegesetz darf nicht der Schlußpunkt der Diskussion sein. Und ich möchte ein bißchen erinnern, wer die Diskussion angezettelt hat. Und es war wichtig für dieses Land, daß sie angezettelt wurde. Es waren schon die Freiheitlichen. Und die Millionäre aus dem Süden, damit kannst nur Deine Genossen Rechberger und Zacharias gemeint haben, die ja durch die bewußten "Taferln" dann gefallen sind und ir-

gendwann aus der eigenen Partei ausgeschlossen worden sind. *(Heftige Unruhe im Hohen Hause.)*

Ich habe das so verstanden: Die Millionäre aus dem Süden können nur die steirischen Arbeiterkammerer gewesen sein. Weil dort hat man ja gesehen wie ehrlich Ihr das meint mit den Bezügen. Und jetzt, durch den öffentlichen Druck, scheint man hier eine Lösung gefunden zu haben. Für uns ist es keine Lösung. Und so herrlich der Wahlkampf in dieser Aktuellen Stunde getobt hat, so herrlich sieht man, wenn es um die Erhaltung der Pfründe geht, wie Eintracht herrscht. Wie Eintracht herrscht zwischen diesen Parteien. *(Unruhe bei Abg. Dr. Bauer. - Beifall bei der FPÖ.)*

Ich möchte das bitte von diesem Rednerpult auch sagen, daß die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher auch wissen, wenn wir heute schon von den Wahlen gesprochen haben, was sie erwartet. Es erwartet sie eine Fortführung dieser großen Koalition in diesem Haus. *(Abg. Hoffinger: Gottseidank!)*

Gottseidank - ja, sagt ein Schwarzer. Weil mit denen kann sonst ohnehin keiner koalieren. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Das müssen die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher wissen. *(Abg. Dr. Bauer: Was gefällt Dir nicht am neuen Bezügegesetz?)*

Bezeichnend ist schon einmal zum Beispiel, daß die ÖVP keinen Redner stellt, obwohl sie massiv angetreten sind. Ihr hättet überhaupt keinen Redner gestellt, wenn sich unser Klubobmann nicht zu Wort gemeldet hätte. Beide Parteien hätten keinen Redner gestellt, um das ja ruhig über die Bühne zu bringen und der Öffentlichkeit ja nicht zuviel zu sagen. Ich werde dann noch mit einigen Beispielen, ich kann mit Deinen Bürgermeistern ... *(Nach wie vor heftige Unruhe im Hohen Hause.)* Ich komme schon dazu.

Für mich ist es moralisch auch verwerflich, wenn eine rot-schwarze Bundesregierung mittlerweile das dritte oder vierte Sparpaket schnürt, in Zeiten, wo wir die höchste Arbeitslosigkeit seit dem Zweiten Weltkrieg haben, wo wir über Pensionskürzungen diskutieren, wo die Jugendarbeitslosigkeit hoch ist, wo Über-50jährige keine Jobs bekommen, wo das Bauernsterben massiv weiter geht. Das ist der Status quo in Österreich. Das habt nur Ihr zu verantworten und sonst niemand, diese rot-schwarze Bundesregierung. Und in Zeiten ... *(Heftige Unruhe im Hohen Hause.)*

Wir sind ja mittlerweile auch auf dem sechsten Platz, hat man jetzt gehört, in der Arbeitslosigkeitsstatistik. Wir waren ja einmal das Musterland, hat dieser Herr Landeshauptmann immer gesagt. Mittlerweile streiten wir uns um den fünften Platz mit den Salzburgern. Na, da mußt Du ein bißchen zuhören, über Deine Art brauchen wir nicht diskutieren. Zu Dir komme ich dann bei den klassischen Nehmern. Weil Du bist ja wirklich das Paradebeispiel in diesem Landtag, glaube ich. *(Beifall bei der FPÖ.)*

In Zeiten, wo laut Wirtschaftsforscher fast eine Million Österreicher an der Armutsgrenze leben, erhöht sich ein Bundeskanzler sein Gehalt um eine Million. Er sagt zwar, er braucht sie nicht, er wird sie irgendwohin spenden. Wenn er sie nicht braucht, bitte, dann hätten wir dieses Gesetz in dieser Höhe nicht gebraucht. Es erhöht sich ein Vizekanzler sein Gehalt um eine halbe Million, der international nicht mehr herzeigbar ist, der eine Vorgabe ist. Aber trotzdem verdient er um eine halbe Million mehr. Und ich komme jetzt zu einigen Beispielen in diesem Hohen Haus, die auch in diesem Gesetz mitgeregelt sind. Ich komme dann auch zu Deinen Bürgermeistern. Was mir wirklich ins Auge gestochen ist, das ist zum Beispiel der Präsident des Landesschulrates für Niederösterreich. 120.000,- Schilling monatlich, das Ganze 14mal, das sollten wir einmal einem arbeitslosen Junglehrer erklären. Oder, der Herr Vizepräsident hat auch 100.000,- Schilling. Das ist für mich Beispiel einer Präpotenz einer Politik, wo wir wirklich vor den wahren Problemen, wo man die nicht sieht bei der Lehrerarbeitslosigkeit. Oder ich komme zu den Statutarstädten: Das Ausmaß 55.000,- bis 130.000,- Schilling für den Bürgermeister ist ja da schon gefallen. Und ich zitiere die letzte "NÖN"-Überschrift: Wenn wir einmal reich werden. Neues Bezügegesetz für St. Pöltens Politiker. Sie könnten der Stadtkasse das Doppelte kosten. 12 Millionen kosten die Politikergehälter jetzt. Geht man an die Höchstgrenze, wären es 24 Millionen. Man wird nicht ganz an die Höchstgrenze gehen, nur, man wird nach diesem Gesetz 'raufgehen müssen. Wenn man nachher den § 18 anschaut, wo steht, hat sich sehr wohl in dieser Breite nach der Größe zu richten ... *(Abg. Dr. Bauer: Das sind die Kriterien, aber doch keine Muß-Bestimmungen!)* Nach der Größe, da steht Fläche-Einwohner. Steht sehr wohl drinnen. Ich zitiere das dann heraus, Herr Klubobmann, ich zitiere es 'raus. Und wenn St. Pölten nicht nach oben geht, dann bleibt zum Beispiel für Waidhofen a.d. Ybbs nichts mehr über. Wenn man sich ein bißchen orientiert, wenn sich die vier Statutarstädte aneinander orientieren. Weil nach der Größe im

Schwankungsbereich der Gemeinderat zu bestimmen hat. *(Nach wie vor heftige und anhaltende Unruhe im Hohen Hause.)*

Ich komme mit einem Zitat Eures Erfolgsbürgermeisters Willi Gruber. Den hat man dazu befragt. Und er hat gesagt, im großen und ganzen wurde in St. Pölten bis jetzt fair bezahlt. Änderungen will er nicht mehr ausschließen. Wir müssen uns das jetzt einmal anschauen - er kennt es angeblich noch gar nicht - und einen Vergleich mit anderen Städten ziehen. Dann sind wir beim Vergleich. Kleine Korrekturen sind vielleicht möglich. Denn eines ist klar: Vernünftige Leistung gehört auch vernünftig honoriert. Eine kleine Korrektur, wenn ich schon auf 90.000,- Schilling bin. Das heißt, ich bewege mich über die 100.000,- hinaus. Damit gekoppelt ist alles andere. *(Abg. Dr. Bauer: Wer sagt das? Die Untergrenze ist 55 Prozent. Der Gemeinderat kann beschließen, was er will!)* Der wird sicher 'runtergehen. Wenn Du mir das bitte sagen könntest, wann die größte Statutarstadt in Niederösterreich ... Ich komme zu diesem Paragraphen. Ihr tut das jetzt alles 'runterspielen.

Nächstes Beispiel: Die Bürgermeisterbezüge, sagst Du, sind nicht erhöht worden. Im Gegensatz: Der unterste Bereich im neuen Gesetz liegt jetzt schon in der Regel um 4.000,-, 5.000,- Schilling über dem untersten des alten Gesetzes, des alten Bezügegesetzes. Ja, das stimmt sehr wohl. Und das heißt, der Gemeinderat hat, auch wenn er die unterste Grenze annimmt, gar nicht die Möglichkeit, den status quo einzuhalten. Das ist technisch nicht möglich. Ich nehme da zum Beispiel her eine Gemeinde von 4.001 bis 5.000 Einwohnern. Die hat jetzt drinnen stehen 29.000,- bis 39.000,- Schilling. Altes Gesetz: Da hat es natürlich weiter unten angefangen, war die Bandbreite 22.000,- bis 31.000,- Schilling. Das heißt, er kann nicht mehr unter 29.000,- Schilling gehen. Bis jetzt hat er es um 22.000,- Schilling machen können, der Bürgermeister. Und es gibt genug Bürgermeister, die mit dem gar keine Freude haben werden. Weil - das sage ich jetzt auch einmal, um ein Lob für diese Kommunalpolitiker zu sprechen - weil es gute Bürgermeister gibt. Aber ich komme dann noch zu Eurem Paragraphen, zum Verzichtsverbot. Er kann nämlich nicht einmal verzichten. Nicht einmal, wenn er will. Das heißt, er muß dieses Geld nehmen. Und da können Sie mir nicht sagen, daß dieses Gesetz ... *(Unruhe im Hohen Hause.)* Ja, das ist eh nichts Neues. Aber man hätte es vielleicht einbauen können, damit es kein Verzichtsverbot mehr gibt.

Wie gut dieses Gesetz ist zeigt mir ein Formalfehler auf Seite 14. Ich zitiere da einen Satz,

das bitte dann auch im Gesetzestext zu ändern, auch wenn wir nicht zustimmen, weil sonst können wir das alles wieder neu drucken. Der Gemeinderat kann beschließen, daß den Mitgliedern des Gemeinderates anstelle der Entschädigung gemäß Abs.3 Z. 9 für die Teilnahme usw., dann schaut man sich dieses Gesetz an, der Absatz 3 hat nur mehr sieben Ziffern. Der ist aus dem alten Entwurf. Das hat man geändert. Die Ziffer 9 gibt es gar nicht. Wörtlich müßte es heißen, Absatz 3 Ziffer 7. Das vielleicht bitte ins Protokoll aufzunehmen, daß das Ganze seine Richtigkeit hat. Wenn ich schon nicht zustimme, dann will ich vielleicht ein bißchen bei den Druckkosten für dieses Gesetz ... (*Unruhe bei Abg. Lembacher.*) Nein. Ich helfe damit dem Land, bei den Druckkosten zu sparen, sonst bekommen wir immer wieder diese Blätter zum Einlegen, Frau Kollegin.

Und jetzt komme ich zu der Festsetzung der Bezüge, wo der Herr Klubobmann sagt, das stimmt nicht. Die Höhe der Bezüge, der Entschädigungen oder des Sitzungsgeldes und die besonderen Aufgaben hat der Gemeinderat mit Verordnung festzulegen. Wobei die Größe, Fläche, Einwohnerzahl der Gemeinde und die besondere Aufgabenstellung in wirtschaftlicher, kultureller, sozialer oder sonstiger Funktion zu berücksichtigen sind. Daraus geht eindeutig hervor, daß, wie es bei den Statutarstädten ist, sehr wohl die größeren hinaufgehen müssen, um den Kleineren von der Optik her ... (*LR Wagner Ewald: Das kann doch jeder für sich selbst bestimmen!*)

Herr Landesrat, ich habe es gerade vorgelesen. Bitte, wenn Sie mir nicht folgen können, ich habe gerade den § 18 vorgelesen, die Festsetzung hat der Gemeinderat mit Verordnung festzulegen, wobei die Größe, Fläche, Einwohnerzahl der Gemeinde zu berücksichtigen ist. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Damit ist natürlich klar, eine große Statutarstadt muß höher hinaufgehen als eine kleine. Das ist doch so logisch. Gut! Dann behaupte ich es halt, wenn Ihr es nicht glaubt. Ich glaube, wichtiger ist auch, daß die Bürger draußen wissen, was da passiert.

Und einen speziellen Bereich habe ich mir noch vorgenommen, das ist die Landes-Landwirtschaftskammer. Weil die Bezüge des dortigen Präsidenten mich ja sehr interessieren. Ich habe ja einmal öffentlich behauptet, er verdient über 300.000,- Schilling. Er hat mich geklagt. Er hat den Prozeß bis heute nicht zu Ende geführt. Er hat meine Prozeßkosten, Anwaltskosten übernommen. Weil ja nicht alle Bezüge einzusehen sind. Damals hat er gesagt 63.000,- Schilling, das

Ganze 14mal. Das heißt, auch dem Herrn Schwarzböck erhöht man das Ganze auf 75.000,- Schilling. Wenn man dann dazurechnet, Nationalrat ist er noch, sind wieder 100.000,-. Die anderen "Amterln", die er vor Gericht nicht bekanntgeben wollte, dann wird er schon auf seine 300.000,- kommen. Vorsichtshalber verbreite ich das da wieder. Ich behaupte, er verdient mehr als 300.000,- Schilling. Er kann mich ja wieder klagen, dann schauen wir uns das vielleicht ganz genau an. Und der Herr Vizepräsident der Landes-Landwirtschaftskammer hat auch 55.000,- Schilling 14mal. Und da bin ich dann bei Dir. Ein Politiker, der etwas arbeitet, der Leistungen vorweisen kann, der soll schon Geld verdienen. Nur, ein Kammerpräsident, dem die Mitglieder abhanden kommen, weil diese Partei schlechte Agrarpolitik macht, der sollte nach einer gewissen Leistung bezahlt werden. (*Beifall bei der FPÖ. - Heftige Unruhe bei Abg. Hiller.*)

Da muß man sich auch die Fragestellung anschauen. Ich weiß schon. Aber die Mitgliederbefragung habt schon Ihr angeordnet, Herr Kollege Hiller. Ich meine, das sollten wir nicht vertauschen. Wir haben dort nicht die Mehrheit, die habt schon Ihr. Gut. Wenn 49 Prozent wählen gehen und von denen 86 Prozent Ja sagen, kann man das interpretieren wie man will. (*Unruhe bei Abg. Dr. Bauer, Abg. Kautz, Abg. Hiller.*)

Und das Verzichtsverbot, das natürlich nichts Neues ist, wird für einige Kommunalpolitiker zum Problem werden. Ich spreche da wirklich auch die Landbürgermeister an. Weil es kann ja nicht angenehm sein, wenn der dann irgendwo in dem Bereich ist von 25.000,- Schilling. In einer Landgemeinde werden die Leute natürlich massiv sagen, unsere Gemeinde ist verschuldet und Du verdienst 25.000,- Schilling. Und er hat nicht einmal die Möglichkeit, der Gemeinde Geld zu ersparen. Und das wäre zumindest einzubauen gewesen. (*Abg. Hoffinger: Wenn ein Bürgermeister 10.000,- Schilling erhält, dann wird er das doch verdienen. Die 25.000,- sind ja brutto, was bleibt ihm denn davon?*)

Geh' bitte, da gibt es ja noch die ganzen Regelungen, die Reisekosten usw. Das such ich mir jetzt 'raus, die Reisekosten sind drinnen, weil ich mir das ja ziemlich genau angeschaut habe. (*Abg. Hoffinger: Der hat doch keine Reisekosten, wo soll er denn hinreisen, von einer Katastralgemeinde in eine andere?*) Vielleicht aus dem Weinviertel nach St. Pölten. Vielleicht fragst Du einmal Deinen Bürgermeister. Vielleicht muß er einmal da her in die Landesregierung.

Und ich habe es gesagt, ich werde mir den Herrn Kollegen Schneeberger, sollten wir uns vielleicht auch noch genau anschauen, weil er ja heute hier den niederösterreichischen Weg genannt hat, den er beschreiten will. Also diesen Weg werden wir sicher nicht mitgehen. Da sitzt jemand als Vizebürgermeister in Wr. Neustadt, sitzt da herinnen im Landtag, hat angeblich irgendwelche EVN-Jobs und, und, und. Und wenn das der niederösterreichische Weg ist, daß sich einer da herstellt und sagt, die ÖVP allein hat gepachtet, die Interessen der Niederösterreicher zu vertreten, dann sage ich, so kann es nicht sein. Ich glaube, jeder gewählte Mandatar von jeder Partei herinnen will die Interessen der Niederösterreicher vertreten. Und da muß man wirklich sagen, Ihr habt ja mehrere Fälle gehabt, wenn ich den Kollegen Treitler anschau, den das neue Bezügegesetz ja sehr trifft. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Ich weiß nicht, ob der Hrubesch Stadtrat wird in Krems. Vielleicht wird er Vizebürgermeister, wenn die ÖVP mit Dir nichts mehr zu tun hat oder nichts mehr haben will. Ich weiß nicht, ich verfolge das nur ein bißchen über die Medien. Das war dem Sacher sein Einwurf, das mit dem Stadtrat. (*Zwischenruf: Wie schaut das dann bei Euch aus?*) Bei uns schaut es sicher nicht so aus, daß ich einen habe wie den Schneeberger, der Vizebürgermeister ist. (*Unruhe bei Abg. Kautz.*) Bitte, wir haben sechs Mandate dort und wir haben sechs erfahrene Mandatäre, wo jeder wahrscheinlich den Vizebürgermeister in Anspruch nehmen könnte. Aber diesen Koalitionsspekulationen, da tun wir ja wieder nur Euch weh, dann würdet Ihr einen verlieren, der da als Vizebürgermeister - jetzt hat er sich selber ins Spiel gebracht, an ihn hätte ich gar nicht gedacht - der kassiert wahrscheinlich auch noch sein Lehrergehalt oder er hat ihn momentan ruhiggestellt. Früher hat er kassiert ein Lehrergehalt, ein Vizebürgermeistergehalt und ein Landtagsgehalt. Da sitzen sie, die klassischen Nehmer!

Du, Bürgermeister einer großen Stadt, Landtagsgehalt. Treitler, Schuldirektor, den hat man in der Gemeinde gar nicht mehr gekannt, wo er Schuldirektor war. Und der dortige ÖVP-Bürgermeister kämpft ja heute darum, daß er in diese Schule nicht mehr kommt. Und das gehört bitte abgeschafft. Und das ist mit diesem Gesetz wieder nicht geregelt und darum werden wir auch nicht zustimmen. (*Beifall bei der FPÖ. - Nach wie vor heftige Unruhe im Hohen Hause.*)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Abgeordneter Dkfm. Dr. Bauer hat sich zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe mich zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet, weil behauptet wurde, daß der Herr Abgeordnete Sacher hier einen Bezug hätte, einen Lehrerbezug, der neben seinem Landtagsbezug anfällt. Richtig ist, daß seit 1993 kein Lehrerbezug bezogen wird, seit er angelobt wurde als Abgeordneter. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Feststellung ist sehr wichtig. Weil ich weiß schon, wo das hinführt. Es wird zwar hier etwas beschlossen, aber die Diskussion soll ja weiterlaufen. Und daher wird also wieder hineingebracht, daß der Herr Abgeordnete Sacher zum Beispiel das bezieht, obwohl jeder weiß, daß er das gar nicht beziehen kann.

Das ist einmal die eine Sache. Die zweite Sache ist, es wird behauptet, daß der Präsident des Landesschulrates und der Vizepräsident eine Erhöhung bekommen haben. Das ist unrichtig! (*Abg. Marchat: Ich habe gesagt 100.000,- Schilling.*) Nein, auf eine Erhöhung. Es bezieht sich auf Erhöhung. (*Abg. Marchat: Das habe ich nicht gesagt!*) Auch das ist unrichtig. Es ist auch heute mittag von einer anderen Gruppierung so angesprochen worden. Tatsache ist jedoch, daß jetzt in dieser Bezugsregelung alles zusammengefaßt ist, während früher eine Regelung herrschte, daß ein Funktionszuschlag erfolgte und der bisherige Bezug als Bezirksschulinspektor oder als Lehrer eben in der bestehenden Dienstklasse weiterlief. Daher ist es, glaube ich, gerade im Interesse der Transparenz so wichtig, daß man hier klarstellt, es gibt nur einen Bezug und sonst nichts. Während man ja früher tatsächlich zwei Bezüge, also einen Bezug plus Funktionszulage haben konnte. Und ich hoffe, daß mit dieser Klarstellung endlich einmal der Graubereich entfällt. Und daß damit auch die Diskussion in einer Weise geführt wird, daß das auch gesagt wird, was einfach wahr und richtig ist. Und daß nicht jeder versucht, dem anderen Dinge vorzuwerfen, die gesetzlich gar nicht möglich sind. In diesem Sinne will ich diese Berichtigung begriffen wissen.

Zum dritten wird behauptet, daß die bisherigen Bürgermeisterbezüge erhöht wurden. Herr Kollege! Entweder Sie haben sich in der Zeile geirrt, oder Sie irren sich grundsätzlich gerne. Es sind hier die bisherigen Regelungen bei den Bürgermeistern, die Untergrenze-Regelung ist also maximal aufgerundet oder abgerundet worden, um volle Tausender zu haben. Wenn ich also hergehe, bei Bürgermeistern von Orten mit 1.000 bis 1.500 Einwohner, so ist bisher 15.960,- Schilling die Grundlage gewesen, schon bisher, Herr Kol-

lege. Und derzeit sind es 16.000,- Schilling. Also, nur wirklich der Einfachheit halber sind diese 40,- Schilling brutto dazugekommen, um die Verrechnung zu erleichtern, um die Einheit herzustellen. (*Abg. Marchat: Aber jetzt geht das von 1.000 bis zweieinhalbtausend Einwohner!*)

Auch das bitte ändert nichts. Und ich möchte klarstellen für das Protokoll, daß die bisherigen Bezüge, also bei über 20.000 Einwohnern, weil ich das zitiert habe, 52.430,- Schilling waren und aber jetzt 53.000,- die Basis ist. (*Abg. Marchat: Bis 80.000,-, sag' das auch dazu!*) Habe ich ja gesagt. Ich habe klargestellt, daß bei über 20.000 Einwohnern von 53.000,- bis 80.000,- das festgesetzt werden kann. Aber Sie haben behauptet, daß die Grundlage verändert wurde. Und das entspricht nicht dem Gesetz!

Und zum letzten, weil da immer gesagt wird, es wird hier ja die Möglichkeit auszuschöpfen sein: Es gibt eine Orientierungshilfe in bezug auf die Einstufung. Aber ich gehe davon aus, daß die Bürgermeister und die Gemeinderäte jene Verantwortung der Sparsamkeit ihren Bürgerinnen und Bürgern gegenüber genauso vertreten, wie wir im Landtag. Und damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses Bezügegesetz jeweils die Untergrenze darstellt und die Obergrenze dafür geschaffen wurde, um den wirklichen, sehr unterschiedlichen Verhältnissen in den Gemeinden Rechnung tragen zu können. Und der Bürgermeister muß es gegenüber dem Gemeinderat, und der Gemeinderat gegenüber der Bevölkerung verantworten. Und ich gehe davon aus, ... (*Unruhe bei der FPÖ.*)

Moment einmal! Glaubt Ihr wirklich, daß einer sich hinstellt und aus Jux und Tollerei jetzt eine große Bezügediskussion anfängt? Es geht doch darum, daß zum Beispiel ein Bürgermeister aus Dürnstein, dessen Gemeinde nicht einmal 500 Einwohner hat, doch eine ganz andere Funktion hat als Fremdenverkehrsgemeinde, alleine, was der repräsentieren muß für diese Gemeinde, sodaß der Gemeinderat durchaus sagen kann, das ist uns mehr wert als den Mindestbezug. Und das richtet sich dann ja überhaupt nicht nach den anderen Gemeinderäten, weil da kann man auch wieder bis zu 30 Prozent variieren. Von drei Prozent bis 30 Prozent, Herr Kollege, als Mindestbezug drei Prozent, als Höchstbezug 30 Prozent. (*Unruhe -bei _____ -Abg. Marchat.*)

Nein, geschäftsführender Gemeinderat. Und drei bis siebeneinhalb für den Gemeinderat, Herr Kollege. Ich spreche nicht zur Debatte, sondern bin bei der Berichtigung. Daher, Herr Kollege, kann man schon sagen, daß doch wohl ausreichender Spielraum vorhanden sein muß von drei bis 30 Prozent und von drei bis siebeneinhalb, um dem

Rechnung zu tragen, was wir wollen, nämlich dem Prinzip der Sparsamkeit und der Berücksichtigung der jeweiligen Gegebenheiten Rechnung zu tragen.

Herr Kollege, ich würde doch meinen, sollten Sie die Tabelle nicht besitzen, ich stelle sie Ihnen gerne zur Verfügung. Aber unter der Auflage, daß Sie sie auch verwenden. Danke. (*Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.*)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Böhm.

Abg. BÖHM (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich verstehe die Sorge nicht, die die Freiheitlichen haben, daß von der ÖVP niemand zu diesem wichtigen Gesetz sprechen könnte. Nur eines darf ich schon feststellen: Was der Herr Landesrat Schimanek in diesem Haus immer wieder mit Wortmeldungen zustande bringt, das haben wir jetzt auch einmal probiert. Und deswegen ist, glaube ich, die Nervosität auf der Seite der Freiheitlichen eine so große geworden, weil scheinbar - anders kann ich das überhaupt nicht interpretieren - weil scheinbar die Meinung der ÖVP zu diesem Bezügegesetz bei den Freiheitlichen noch immer nicht klar zum Ausdruck gekommen ist. Ich werde es Ihnen jetzt sagen. Ich gehe auf die Worte meines Vorredners nicht ein, sie waren in den Ausführungen so bedeutungslos, daß ich es mir erspare, dazu noch irgend etwas zu sagen. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Des Vor-Vorredners, Entschuldigung. Das war ja eine Berichtigung von Dr. Bauer.

Nun zu einem einzigen Punkt, weil es da um einen Druckfehler gegangen ist: Herr Kollege Marchat! Es war wirklich ein Druckfehler und wir haben diesen Druckfehler vorher schon bemerkt. Nur meinen wir, daß es gar nicht dafürsteht, einen schriftlichen Antrag dafür zu stellen, weil der Landtagspräsident solche Druckfehler von sich aus berichtigen kann. Das nur zur Klarstellung.

Zu dem, was Klubobmann Gratzler heute zum Bezügegesetz und auch zu anderen Punkten gesagt hat, möchte ich doch ein paar Bemerkungen anbringen. Es ist richtig, daß der Antrag der Freiheitlichen, ich habe ihn mit, mit 1. Juli 1993 in den Landtag eingebracht wurde. Mit einer Seite Begründung und mit zwei Maschinschreibseiten Inhalt wollte man damals eine Änderung des Bezügegesetzes, insbesondere in Richtung Pensionsbestimmungen durchsetzen. Ich glaube, daß wir

lang genug darüber geredet haben, daß es in dieser Form für die Abgeordneten zum Teil keine Schlechterstellung gebracht hätte - ich gebe das zu - aber die Kosten für das Land enorm gestiegen wären, hätten wir den freiheitlichen Vorschlag damals auch zum Gesetz erhoben. Nur damit das nicht so im Raum stehen bleibt, als ob da jetzt vier Jahre lang nichts geschehen, nichts diskutiert und nichts unternommen worden wäre.

Gleich auch zu ein paar anderen Feststellungen des Klubobmannes Gratzler. Der Vergleich mit anderen Bundesländern oder überhaupt mit anderen europäischen Ländern mag durchaus richtig sein, ich bezweifle das auch gar nicht. Nur muß man wissen, daß die Bezüge etwa in Deutschland - und dort kenne ich sie, die Regelung - Grundbezüge sind. Und daß das, was in solchen Tabellen drinnensteht, nicht beinhaltet, was separat an Reisekosten, an Reisespesen, an Aufenthaltsvergütungen etc. den Abgeordneten sowohl im deutschen Bundestag als auch in den deutschen Landtagen refundiert wird. Und da bin ich gleich bei uns. Wir haben uns diese Frage auch überlegt. Und wir haben all das naturgemäß übernommen und übernehmen müssen, was uns durch bundesgesetzliche Normen verfassungsmäßig vorgegeben war. Wir hatten hier kaum Spielraum. Wir haben aber zum Beispiel, und davon war heute noch gar nicht die Rede, in unser neues Bezügegesetz, in diesen Entwurf nicht aufgenommen eine Vergütung der Reisekosten für niederösterreichische Mandatäre. Einfach aus der Überlegung heraus, daß es für den einzelnen Politiker einen großen Zeitaufwand bedeutet, solche Rechnungen zu schreiben. Und zum zweiten, weil die Administration, um so etwas wieder zu vergüten, ebenfalls Geld kostet. Und daher haben wir gemeint, wir bleiben bei einer klar und deutlich erkennbaren monatlichen Entschädigung. Und damit hat es sich! Und deswegen sind wir auch an jene Grenze gegangen, die uns der Bundesverfassungsgesetzgeber eingeräumt hat.

Natürlich in erster Linie mit dem Argument, das wurde heute schon gesagt, daß Niederösterreich das größte Bundesland ist, daß Niederösterreich mit Wien gemeinsam die höchste Bevölkerungszahl aufweist. Und damit die Leistung - und ich unterstreiche das, was heute schon mehrmals betont wurde - die Leistung der Politiker und der Abgeordneten in Niederösterreich doch auch dort anzusiedeln ist. Und ich bekenne mich zu der Feststellung, daß dieses Entgelt der Politiker, wie wir das heute beschließen, und das sage ich namens der Österreichischen Volkspartei, durchaus angemessen ist, wenn die dafür zu erwartende

und dafür verlangte Leistung erbracht wird. Dazu stehen wir, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.*)

Es ist Polemik, wenn man etwas anderes behauptet. Und es ist Polemik, wenn man glaubt, irgendwo durch solche Behauptungen auch Wählerstimmen zu bekommen. Ich habe eine heutige Tageszeitung in der Hand, wo auf Seite 6 der Tageszeitung "Die Presse" unter der Überschrift "Panne und Posten - Klubchef muß zittern" folgendes in der Einleitung steht: "Die FPÖ stimmte versehentlich für das Landesbezügegesetz. Klubobmann Strutz, der den Fehler erst auf Raten eingestand, ist in Bedrängnis." Das ist nicht in Niederösterreich passiert. Weil hier heißt der freiheitliche Klubobmann anders. Aber in Kärnten, wo scheinbar wirklich eine Panne entstanden ist. Ich kann das jetzt nicht interpretieren, aber es paßt so gut dazu: Entweder war es der innere Wille der FPÖ in Kärnten, diesem Bezügegesetz zuzustimmen, oder es war tatsächlich eine Panne, die dort bei der Abstimmung passiert ist. Vielleicht ist man in Niederösterreich schon durch diese heutige Zeitungsmeldung etwas vorsichtiger geworden. Aber ich kann sie noch einmal einladen, auch diesem Bezügegesetz zuzustimmen. Es ist kein Problem und Sie könnten sicherlich damit auch leben.

Zu der Feststellung, daß die böse ÖVP gemeinsam mit der vielleicht auch bösen - das traue ich mir nicht zu behaupten - Sozialdemokratischen Partei nunmehr auch dem Vorsitzenden des Finanzkontrollausschusses eine höhere Entschädigung streitig macht und dieser Finanzkontrollausschuß-Vorsitzende nur mehr die Entschädigung eines Abgeordneten in Zukunft bekommt, darf ich feststellen - und da dürfte man sich das Bundesbezügegesetz nicht angeschaut haben - daß in der vorgegebenen Pyramide für Ausschußvorsitzende in den Landtagen keine Sonderentschädigung vorgesehen ist. Wir müssen daher das so tun, wie es vom Bund her gewollt ist, wie es vom Bund vorgegeben ist. Ich sage jetzt nicht meine Meinung dazu, aber das ist so. Und das ist nicht eine Erfindung irgendwelcher Fraktionen und Parteien dieses Landtages.

Ich möchte jetzt auf diese Zahlenspielerien, die da vorhin gemacht wurden, gar nicht näher eingehen. Aber lassen Sie mich vielmehr ein paar doch markante Punkte zu diesem Bezügegesetz sagen. Ich freue mich darüber, daß es gelungen ist - und das war gar nicht so einfach - diese Dinge so zu regeln, daß es gelungen ist, ein Modell zu entwickeln, das so eine hohe Transparenz besitzt. Daß in Zukunft für jede politische Funktion

im niederösterreichischen Landtag und in jeder niederösterreichischen Gemeinde auch klar erkennbar wird, wie dort die Entschädigung für die Tätigkeit eines Mandatars, eines Politikers aussieht. Das war nicht immer so, das war auch bis jetzt nicht so, ich gebe das zu. Wir haben einen Grundbezug gehabt, wir haben dazu einen Auslagensatz gehabt. Es war also nicht so deutlich sichtbar und das wird in Zukunft damit kargestellt. Und ich glaube auch sagen zu können, daß das auch bei den Gemeinden für die Bürgermeister und für die Gemeindevandatare in vorzüglicher Art und Weise gelungen ist. Nicht mit einem Diktat des Landtages, sondern mit dem Einräumen einer Bandbreite von mindestens bis höchstens, um der Unterschiedlichkeit der Gemeinden und damit der unterschiedlichen Belastung der Kommunalpolitiker in vielleicht sogar gleich großen Gemeinden Rechnung zu tragen. Und ich bekenne mich, meine Damen und Herren, zur Autonomie der Gemeinden. Zur Autonomie der Gemeinden, die auch vor der Bezüge Regelung nicht haltmachen kann. Daß man es den Gemeinderäten, die ja Kraft Gesetzes dazu berufen sind, auch überlassen soll, daß sie in ihrer Gemeinde diese Bezugsregelungen im Rahmen der vom Landesgesetzgeber vorgegebenen Bandbreite auch bestimmen können.

Nur eine Randbemerkung dazu, weil darüber in letzter Zeit auch einiges geschrieben und geredet wurde. Wir haben ja in Niederösterreich nie das System der Vorrückungen für Politiker gehabt, also diese Biennial-Vorrückungen, wie es sie beim Bund gegeben hat und wie sie es auch in anderen Bundesländern gibt. Daher brauchen wir uns dafür auch nicht zu entschuldigen. Und in Zukunft gibt es das genauso wenig in unserem Bezügegesetz. Wir haben also das übernommen, was der Bund beschlossen hat, und was eine - das wissen Sie alle - eine unabhängige Kommission, bestehend aus verschiedenen Experten unter dem Vorsitz des Rechnungshofpräsidenten, seinerzeit ausgearbeitet hat, was für uns nunmehr diese Pyramide darstellt. Ich glaube, es ist wichtig und es ist ein Meilenstein in der Entwicklung dieses doch oft sehr komplizierten Bezügerechtes. Weil damit ja nicht nur die Aktivbezüge, sondern auch eine Regelung für Pensionen in Zukunft festgesetzt wurde. Und weil damit auch etwas in Zukunft passiert: Daß die Bezüge der Abgeordneten und der öffentlichen Mandatare nicht mehr nach irgendwelchen Beamtenbezügen miterhöht werden, sondern daß man hier eine Meßlatte anlegt, nach der die Lohnentwicklung, die durchschnittliche Lohnentwicklung in Österreich der Faktor, die Indexzahl ist, nach der jeweils am 1. Jänner eines

Jahres die Anpassung, die Angleichung der Bezüge der Mandatare und der Politiker erfolgt. Das ist, glaube ich, wichtig.

Ich möchte noch anmerken, daß die Regelung für die Kommunalpolitiker nicht wie für die Landespolitiker mit 1. Jänner 1998 in Kraft tritt, sondern erst mit 1. Juli 1998. Das deshalb, weil ja die Gemeinderäte Zeit haben müssen, in ihrem Wirkungsbereich auch die Beschlüsse dafür zu fassen. Mir scheint das wichtig zu sein.

Und weil heute schon das Wechselspiel der Diskussion über die Höhe der Bezüge der Kommunalpolitiker hin und her wogte, möchte ich doch auch noch feststellen, daß wir mit dieser Regelung in Niederösterreich, selbst wenn die Höchstgrenzen angepeilt werden, selbst dann, im Reigen der österreichischen Bundesländer mit den Bezügen der Bürgermeister und der Kommunalpolitiker uns im unteren Drittel befinden. Selbst dann - falls Sie das nicht wissen sollten, sage ich Ihnen das gerne - selbst dann, wenn das ausgenützt ist. Es gibt kleine und kleinste Bundesländer, wo die Entschädigungen für Bürgermeister jetzt etwa das Dreifache der höchstmöglichen Entschädigung eines Bürgermeisters in Niederösterreich ausmachen. Also so sehen die Dinge tatsächlich aus. Wir haben uns nicht daran orientiert, sondern wir haben einen Weg gefunden, der es auch in Zukunft möglich macht, meine Damen und Herren, die besten aus unserer Bevölkerung dafür zu finden, daß sie sich bereit finden, in einer Kommune, in einer Gemeinde die Arbeit und den Dienst am Nächsten zu leisten. Mir scheint das wichtig zu sein. Mir scheint das deswegen auch wichtig zu sein, weil sehr oft darüber in letzter Zeit diskutiert wurde, wie denn diese Entwicklung weitergehen soll, wenn man immer wieder einen Abstrich macht. Und wenn man immer wieder auch die Kommunalpolitiker in Mißkredit bringt. Jene Politiker, die eigentlich die Basis unserer Demokratie bilden, die Basis unserer Demokratie darstellen. Die in der Gemeinde Leistungen erbringen - und für Niederösterreich dürfen wir das wohl behaupten - Leistungen erbringen, die sich im Interesse der Bevölkerung sicherlich auch sehen lassen können. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

Zu der vorhin schon angesprochenen Diskussion über eine allfällige Schaffung eines Landesrechnungshofes darf ich auch noch einige Sätze sagen. Ich verstehe die Hysterie nicht. Deshalb nicht, weil es bislang eine Diskussion gewesen ist und nicht mehr. Und da bin ich bei Herrn Klubobmann Dr. Bauer. Es wurde darüber diskutiert, die Möglichkeiten der Kontrolle namens des

Landtages zu erweitern. Ich bekenne mich dazu. Und es wurde auch darüber diskutiert, mehr Effizienz, obwohl das Kontrollamt hervorragende Leistungen erbringt, mehr Effizienz zu erreichen. Diese Überlegung hat auch in anderen Bundesländern dazu geführt, daß es bereits in vier Bundesländern einen Landesrechnungshof gibt. Ich ziehe jetzt gar nicht den Vergleich mit dem Rechnungshof des Nationalrates, sondern nur auf der gleichen Ebene, auf der Ebene der Länder. Und ich bekenne mich dazu. Und ich sage auch namens der Österreichischen Volkspartei, daß niemand von uns daran denkt, die Kontrollmöglichkeiten des Landtages in irgendeiner Weise, meine Damen und Herren, zu schmälern oder einzuschränken. Absolut nicht. Sondern es geht wirklich darum, nachzudenken, Überlegungen anzustellen, Diskussionen zu führen, wie wir dieses Problem - nicht Problem, wie wir diese Frage effizienter gestalten können. Und wie dem Landtag ein Instrumentarium so wie in den vier anderen Bundesländern zur Verfügung gestellt wird, mit dem er mehr kontrollieren kann, besser kontrollieren kann als das vielleicht bisher der Fall gewesen ist. Ich glaube, Abg. Ing. Dautzenberg war es heute, der gemeint hat, daß zwar eine Reihe von Kontrollamtsberichten in den Landtag gekommen sind, aber innerhalb einer Legislaturperiode ist das ja nur ein Bruchteil von dem, was eigentlich vom Landtag verlangt werden könnte. Das ist die Überlegung und nicht mehr. Und daher verstehe ich auch nicht, daß in dem Antrag der Abgeordneten Gratzner und Ing. Dautzenberg in der Antragsformulierung drinnen steht: "... Planungen zur Einführung eines Landesrechnungshofes einzustellen." Es gibt keine Planung. Zumindest nicht auf der Seite der ÖVP. *(Abg. Gratzner: Sie wollen doch nicht sagen, daß der Herr Landeshauptmann planlos spricht! Oder spricht er planlos?)*

Nein, es sind Überlegungen, Herr Kollege Gratzner, gar nichts anderes. Es sind Ideen. Ihr habt ja auch Ideen. Und niemand von uns wirft es Euch vor, wenn Ihr Ideen habt. Es geht darum,

einen Ideenwettbewerb in diesem Haus abzuführen. Aber nicht eine Hysterie zu erzeugen und daraus irgendwo abzuleiten, daß da politische Schlußfolgerungen vielleicht der Inhalt oder die Zielsetzung solcher Überlegungen sein können. Wir werden dem Antrag daher nicht die Zustimmung geben. Ich kann nicht etwas annehmen, was sich gegen etwas richtet, das gar nicht existiert. Ich bitte das auch zu verstehen. Ich darf zum Schluß noch einmal sagen: Wir bekennen uns zu diesem Bezügegesetz. Wir bekennen uns auch zu einer ordentlichen Entlohnung der Politiker in Niederösterreich, im Landtag für die Landespolitiker, in den Kommunen für die Gemeindepolitiker. Und wir bekennen uns deswegen, meine Damen und Herren, dazu, weil ich glaube, daß es ganz wichtig für die Demokratie ist, daß sich Politiker, Menschen zur Verfügung stellen, um Politik im Namen des Volkes in diesem Land zu machen, damit diese Demokratie auch in Zukunft leben kann. Ich danke. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. FRIEWALD (ÖVP): Ich verzichte!

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Er verzichtet. Wir gelangen daher zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über die Anträge des Verfassungs-Ausschusses und in der Folge über den Resolutionsantrag Gratzner, Ing. Dautzenberg abstimmen.

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Verfassungs-Ausschusses und über den Antrag gemäß § 29 LGO des Verfassungs-Ausschusses): Mit Mehrheit angenommen! (Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung FPÖ.)

Zur Abstimmung gelangt nunmehr der Resolutionsantrag der Abgeordneten Gratzner, Ing. Dautzenberg bezüglich der Beibehaltung des Instrumentes des Finanzkontrollausschusses. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Abgelehnt! (Zustimmung FPÖ, LIF; Ablehnung ÖVP, SPÖ.)*

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Wöginger, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 644/K-1/4 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. WÖGINGER (SPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Zum Gesetzesentwurf kann ich berichten:

Inhaltlich werden in der KAG-Novelle 1997 die grundsatzgesetzlichen Bestimmungen der Bundes KAG-Novelle 1996, die grundsatzgesetzlichen Bestimmungen des zweiten Sozialrechtsänderungsgesetzes 1996 sowie weitere niederösterreich-spezifische Bestimmungen im grundsatzgesetzfreien Raum umgesetzt. Insbesondere geht es hiebei um folgende Schwerpunkte: Sicherstellung einer verbindlichen österreichweiten Krankenanstaltenplanung, Regelung der Zurücknahme der Errichtungs- und Betriebsbewilligungen, Definition der Tages- und Nachtambulanz sowie des halbstationären Bereiches, Regelung der Facharztanwesenheit und der Rufbereitschaft. Durchsetzung bzw. Umsetzung der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung, Errichtung von Landesfonds, Leistungen der Träger der Sozialversicherung an die Landesfonds. Und anzumerken ist, das der Einführung des LKF-Systems zugrundeliegende LKF-Finanzierungsmodell, welches in der NÖ KAG-Novelle umgesetzt wurde, wird vom NÖ Gesundheits- und Sozialfonds ausgearbeitet, wie in der Sitzung der Fondsversammlung vom 4. April 1997 beschlossen wurde.

Der Gesundheits-Ausschuß hat sich in seiner Sitzung vom 2. Oktober 1997 über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Krankenanstaltengesetzes 1974 auseinandergesetzt und folgenden Beschluß gefaßt: Der Gesetzesentwurf wird laut beiliegendem Antrag der Abgeordneten Gruber und Lugmayr geändert und in der geänderten Fassung angenommen. Ich stelle nun folgenden Antrag (*liest*):

"Antrag des Gesundheits-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Krankenanstaltengesetzes 1974.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzesentwurf betreffend Änderung des NÖ Krankenanstaltengesetzes 1974 wird in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen."

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Herr Abgeordneter, ich danke für Bericht und Antrag, eröffne die Debatte und zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG (LIF): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Wir haben seinerzeit mitgestimmt und im Prinzip bin ich auch jetzt dafür. Es ist nur ein Problem, das ich habe und zwar ist das der gläserne Patient. So wie ich mir das durchgeschaut habe, hat der Ausschuß die Möglichkeit, Krankengeschichten anzufordern. Und das halte ich nicht für zulässig. Weil nach meinem Dafürhalten ist es so, daß die durch Politiker besetzten Gremien ja in keinem Fall eine Entscheidung über eine Krankengeschichte treffen können. Das kann nur ein Arzt. (*Abg. Kautz: An so etwas ist auch nicht gedacht!*)

Ja, es steht aber so drinnen, Herr Kollege. Und das ist das, was mich beunruhigt. Weil es steht wörtlich drinnen, ich kann das zitieren, es steht wörtlich drinnen: Zur Wahrung der finanziellen Belange des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds ist es erforderlich, daß auch die Einrichtung gesetzliche Möglichkeit bekommt, Krankengeschichten einzusehen. Und da fehlt mir eigentlich die Begründung dafür. (*Abg. Kautz: Es geht um die leistungsbezogene Verrechnung.*)

Ja, aber bitte, Krankengeschichte hat ja mit der leistungsbezogenen Verrechnung nichts zu tun. Die Krankengeschichte ist ein reiner Vorgang, den der Arzt festlegt. Die Behandlung, und um die geht es ja bei der leistungsbezogenen. Und diese Behandlung kann ja niemals von den politischen Gremien jetzt beurteilt werden. Also ich würde mir das nicht anmaßen. Auf der anderen Seite möchte ich zum Beispiel dem Herrn Pröll ersparen, daß plötzlich meine Krankengeschichte bei ihm am Tisch liegt und er sieht, daß ich pumperlgesund bin und mich noch lange wehren kann. Kriegt er einen Schock - hat ja keinen Sinn. Also hier ist es ja unheimlich schwierig, glaube ich, so etwas zu verabschieden. Und ich weiß nicht, ob man sich das wirklich überlegt hat. Das Offenlegen persönlicher Patientendaten auch an niederösterreichische Politiker ist in diesem Gesetz möglich.

Wenn ich das falsch herausgelesen habe, dann wäre ich froh, wenn mich jemand aufklärt. Aber so wie es drinnen steht in der Formulierung, muß man das so auslegen. Und aus diesem Grund kann ich diesem Gesetz in der Form nicht zustimmen. Weil die Vereidigung der Politiker zur

Schweigepflicht nicht gegeben ist. Und mir fehlt auch jede Logik, so wie es hier gesagt wurde, daß die leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung als Basis für die Entscheidung der Kontrollorgane die Krankengeschichten braucht. Das verstehe ich nicht. *(Abg. Kautz: Es geht um die Codierung!)*

Ja, aber dann muß stehen ohne Namen zum Beispiel. Anonym, daß man es kriegt, sehe ich ein. *(Abg. Kautz: Es geht um die Codierung, ob jemand eine Blinddarmoperation gehabt hat oder eine Harnleiterentzündung!)*

Wozu braucht man wissen, daß der Herr Ing. Dautzenberg das gehabt hat? Dann genügt ja eine anonyme Vorlage, daß der Patient anonym jetzt diese und jene Behandlungen gehabt hat. *(Neuerlich Unruhe bei Abg. Kautz.)*

Sehe ich alles ein. Aber die Offenlegung von Krankengeschichten an Politiker halte ich nicht für richtig, weil die Verschwiegenheitspflicht nicht gegeben ist. Tut mir leid. *(Abg. Kautz: Es sind ja nicht die Politiker, es sind die Ärzte, die das bekommen.)*

Es steht ausdrücklich drinnen, bitte, ich lese es noch einmal vor: Zur Wahrung der finanziellen Belange des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds ist es erforderlich, daß auch diese Einrichtung gesetzliche Möglichkeiten bekommt, Krankengeschichten einzusehen. Und diese gesetzliche Möglichkeit wird hier heute beschlossen. Und dagegen bin ich. Tut mir leid. *(Beifall bei Abg. Rosenkranz.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als nächster Redner gelangt Herr Abgeordneter Ing. Gansch zu Wort.

Abg. Ing. GANSCH (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus!

Dieses Krankenanstaltengesetz ist eine besonders umfangreiche Materie und auch mit vielen Einzelheiten sozusagen gespickt. Das haben wir jetzt an dem Beispiel des Abgeordneten Ing. Dautzenberg ja gesehen. Nur glaube ich auch, wenn ich darauf etwas sagen kann zu dieser Frage, daß es nicht so gemeint ist, daß der Politiker dort Einschau nimmt. Sondern es ist für die Fachleute des NÖGUS gedacht, um die Codierung zu kontrollieren. Das ist durchaus ein legitimer und ein gangbarer Weg.

-(Abg. Ing. Dautzenberg: Kindertagesgesetz! Wo man wieder eine Novellierung braucht, wenn man das vorher so beschließt!)

Es könnte vielleicht sein, daß auch in dieser Frage wieder eine Novellierung kommt, aber ich glaube, die Absicht war, um die Codierung zu kontrollieren. Denn die Codierung ist eine Schlüsselposition, über die die Leistungen dann abgerechnet werden.

Ich möchte aber grundsätzlich dazu sagen, daß die Ableitung aus dem Bundes-KAG, das ja schon beschlossen ist, jetzt unsere Aufgabe ist, eben das für das Land umzusetzen. Und daß dieses NÖ KAG jetzt die Möglichkeit gibt, daß der NÖGUS zum Beispiel arbeiten kann. Daß die Gemeinden oder die Erhalter von Krankenhäusern ihre Budgets für das jetzige Jahr und das kommende Jahr beschließen können.

Wir finden derzeit ja eine Situation vor, daß zum Beispiel in den niederösterreichischen Krankenhäusern die Budgets für das laufende Jahr erst jetzt beschlossen werden. Drei Viertel des Jahres sind schon vorbei. Es liegt natürlich auch ein Vorteil darin, daß dieser Voranschlag für das heurige Jahr in diesen Häusern beinahe schon ein Rechnungsabschluß ist. Weil die Daten, die man dort annimmt oder annehmen kann, gesichert sind. Das ist sicherlich auch ein Vorteil. Aber wir haben uns das ganze Dreivierteljahr in dieser Krankenhausgeschichte nicht auf gesetzlichem Boden befunden.

Aus der Bundes-KAG-Novelle zu übernehmen ist die Sicherstellung einer verbindlichen österreichweiten Krankenanstaltenplanung einschließlich der Großgeräteplanung. Das ist auch umzulegen auf Niederösterreich und zweitens mit dem jeweiligen Landes-Krankenanstaltenplan als weitere Voraussetzung für die Erteilung einer krankenanstaltenrechtlichen Bewilligung für die Krankenanstalten erforderlich. Das sind grundlegende Dinge, die ganz einfach damit geregelt werden. Eine ganze Reihe von Punkten muß übernommen werden aus dem Bundes-KAG. Zum Beispiel die Definition der Tages- und Nachtambulanz sowie des halbstationären Bereiches. Dann die Regelung der Facharztanwesenheit und der Rufbereitschaft. Auch das müssen wir von dort übernehmen. Und dann ist die Durchführung der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung zu nennen.

In den letzten Jahren war eine tiefgreifende Veränderung im Krankenanstaltenbereich festzustellen, die sich etwa durch die intensive Betreuung der Patienten in kürzerer Zeit, durch höhere Personalintensität und durch vermehrten Einsatz teurer medizinischer und technischer Geräte und Behandlungsverfahren charakterisieren läßt. Es ist ja so, daß das Wissen in der Medizin, im

medizinisch-technischen Bereich sich alle fünf Jahre verdoppelt. Und all das muß umgesetzt werden. Und daher soll das auch in diesem Zusammenhang gesehen werden. Die Entwicklung hat mittlerweile dazu geführt, daß die Finanzierung in Form von undifferenzierten Tagespauschalen, wie es eben die Tagessätze waren, und die bislang praktizierte Zuschuß- und Abgangsdeckungsfinanzierung auf Grund der fehlenden Leistungsorientierung den an ein zeitgemäßes Finanzierungssystem gestellten Anforderungen nicht mehr entsprochen haben.

Eine zentrale Zielsetzung der Reform der Krankenanstaltenfinanzierung besteht in einer Erhöhung der Kosten- und Leistungstransparenz in jenen Krankenanstalten, die Mittel von der öffentlichen Hand erhalten. Wenn das ein privates Krankenhaus ist, könnte es eigentlich gleich sein. Aber wenn Mittel aus öffentlicher Hand dazukommen, muß die Transparenz gegeben sein. Durch die Einführung eines bundeseinheitlichen Krankenanstaltinformationssystems, durch die mehrjährige Entwicklung und Erprobung leistungsorientierter Krankenanstaltenfinanzierungssysteme sowie durch die Erarbeitung von Qualitätsmanagementmodellen wurde die wesentliche Voraussetzung für diesen Reformschritt verwirklicht. Von dem neuen Finanzierungssystem werden bei gleichzeitiger Umsetzung strukturelle Maßnahmen erwartet, die die Optimierung des Ressourceneinsatzes im Gesundheitsbereich und damit eine langfristige Eindämmung der derzeit überproportionalen Kostensteigerungen im Krankenhausbereich erwarten lassen. Wenn wir feststellen, daß in den vergangenen Jahren die Steigerung der Budgets in den Krankenanstalten in Niederösterreich - aber man kann es auch auf Österreich umlegen - bei zwischen 10 und 12 Prozent gelegen ist und man es jetzt dazu gebracht hat in den letzten zwei Jahren, daß die jährliche Steigerung nie über drei Prozent lag, dann muß man wohl auch dazu sagen, daß hier eine Möglichkeit der Einsparung gegeben ist. Die Gefahr besteht allerdings darin, daß man auch manches zu Tode sparen kann. Und wenn das dann auf Kosten des Patienten geht, dann ist natürlich die Grenze bei weitem überschritten und es muß gegengesteuert werden.

Das waren Voraussetzungen, die aus dem Bundes-KAG an uns, an den Landtag herangetragen wurden und die in diesem NÖ KAG Berücksichtigung finden müssen. Da war zum Beispiel dann auch die Einrichtung dieses Landesfonds, des sogenannten NÖGUS. Dieser hat eben bei der Durchführung der finanziellen Belange eine

sehr, sehr hohe und verantwortungsvolle Aufgabe. Es werden zum Beispiel in Niederösterreich nachwirkend die Auswirkungen zu erwarten sein, daß die Kostendämpfung, wie ich sie schon erwähnt habe, durch gezielte Einflußnahme der LKF auf den Kostenbereich in den Krankenanstalten, aber auch die Deckelung von Mitteln für die Finanzierung der Krankenanstalten eine deutliche Kostenreduktion erwarten lassen. In einem ersten Schritt wird durch die LKF die starke Kostensteigerung der NÖ Krankenanstalten in den letzten Jahren zurückgenommen. Damit ist gemeint, was ich vorhin schon gesagt habe, die jährliche Steigerung von 10 bis 12 Prozent ist damit eingedämmt worden. Eine Bettenreduktion durch Absinken der Verweildauer kann durchaus entstehen und die Optimierung der vorhandenen Ressourcen, ganz etwas wichtiges, und die Optimierung der Behandlungsabläufe. Ein Beispiel um das zu illustrieren: Im westlichen Niederösterreich versuchen die drei Krankenhäuser Amstetten, Waidhofen/Ybbs und Scheibbs zunächst einmal locker zu kooperieren. Hier gibt es doch gewisse Möglichkeiten, daß kostengünstiger gearbeitet werden kann. Und ich glaube, daß das der richtige Weg ist. Es ist ja damit nicht verbunden, daß ein Krankenhaus sich sozusagen auflöst. Denn der Versorgungsauftrag muß auch regional gesehen werden. Und gerade in etwas dünner besiedelten Gebieten ist das eine sehr wesentliche Aufgabe.

Grundsätzlich ist die Novelle zum NÖ KAG in der Form zu begrüßen. Natürlich gibt es auch ein paar Schönheitsfehler. Und es wurde ja auch schon vorhin gesagt, man wird vielleicht wieder einmal auch eine Novellierung vornehmen müssen. Die wird sicher kommen. Denn in einem so umfangreichen Gesetz kann nicht alles auf Anhieb sozusagen vorgegeben werden. Die Entwicklung ist hier so rasant, daß sie wahrscheinlich wieder eine Novelle nötig macht.

Natürlich wird auch auf Seite 7 dieses dicken Motivenberichtes hingewiesen auf die finanzielle Auswirkung. Und dazu soll auch gesagt werden, daß durch die Einführung des LKF-Systems größere finanzielle Belastungen für das Land Niederösterreich und die Rechtsträger der Krankenanstalten in Niederösterreich nicht zu erwarten sind. Das kann man sicherlich nicht so sehen. Denn wie schon gesagt, die Entwicklung wird uns zeigen, daß hier die Grenze des Sparens erreicht ist und es werden auch andere Dinge hier zum Tragen kommen.

Ich denke zum Beispiel, daß es notwendig sein wird - aber das ist nicht Bestandteil dieses Gesetzes -, im NÖGUS dafür zu sorgen, daß Einrichtungen wie Krankenpflegeschulen, Ausbildungsstätten, daß die aus einem separaten Topf sozusagen beteiligt werden und nicht aus den Leistungspunkten des LKF. Man kann das auch begründen. Hier in Niederösterreich gibt es, glaube ich, 16 Krankenpflegeschulen und 27 Krankenhäuser. Und wenn ich Wien, Oberösterreich auch noch in irgendeiner Form dazurechne, so bilden die 16 für andere Krankenhäuser aus. Das kostet ja etwas, so eine Krankenpflegeschule, und man hat letztlich aber keine Gegenleistung dafür. Daher wird es notwendig sein, hier eine Ausgliederung in Form einer Verordnung oder einer sonstigen Regelung im NÖGUS vorzunehmen. Das ist jedoch nicht Bestandteil dieses Gesetzes.

Auf eines möchte ich vielleicht schon hinweisen, das vor allem jene Gemeinden, die Träger sind, sehr berührt. Wir haben es am Anfang ja gar nicht geglaubt, aber es ist tatsächlich so: Es wird durch die Umstellung auf das leistungsbezogene Abrechnungssystem wohl kein Stein auf dem anderen bleiben in unseren Krankenhäusern. Ich meine das nicht bildlich, sondern ich meine das eben beispielsweise. Die alte Regelung, die Geldströme vollzog, zum Beispiel der KRAZAF, die Sozialversicherungen, NÖKAS und der Träger, wurde gänzlich aufgegeben. Die Tagesgebühr, der Pflegesatz, sozusagen das "Kopfgeld", wenn man es so nennen kann, wurde aufgegeben und es wurde jede Leistung in der neuen Regelung eben dieser Punktebewertung unterzogen. Und jede Operation und jede Tätigkeit hat Punktwerte. Und da ist es schon sehr wichtig, daß vor allem die Festlegung der Punktwerte exakt geschieht, diese sogenannte Codierung. In diesem ersten halben Jahr jetzt hat es sich gezeigt, daß es auch hier gewisse Schwachpunkte gibt, die ausgemerzt werden müssen. Und daher ist es notwendig, daß auch im NÖGUS diese Überprüfungsmöglichkeit geschaffen werden kann. Und daß eine gewisse Einschleifphase in dieser Frage durchaus gegeben und auch angebracht ist.

Es ist so, daß man bei der neuen Finanzierung auch in Niederösterreich davon gesprochen hat und es ist tatsächlich so, daß jene Krankenhäuser, die mit dem Punktesystem einen Überschuß erwirtschaften, daß von diesem Gewinn - man sagt immer "Gewinn" - 92 Prozent an den Topf des NÖGUS abgeführt werden und damit wieder ein Ausgleich für jene geschaffen wird, die die sogenannten "Verlierer" sind. Das ist eine Einschleifphase. Und im NÖGUS hat man sich darauf

geeinigt, daß im nächsten Jahr, im Jahr 1998, 20 Prozent dieses fiktiven Gewinnes einbehalten werden können in einem Krankenhaus, und daß nur mehr 80 Prozent abgeliefert werden müssen, wenn ich das so sagen kann. Und in den weiteren Jahren wird eine weitere Reduktion dieses Beitrages kommen für die, die sich halt irgendwo schwerer tun, daß man hier in die Richtung der tatsächlichen Leistungsabrechnung geht. Ich glaube, daß es nicht zielführend ist, hier von Haus aus zu sagen, wir lehnen alle diese Maßnahmen im NÖGUS rundweg ab. Es ist nur eines notwendig: Daß man immer wieder die Gesamtheit sieht und daß man nicht einzelne Kirchtürme sozusagen sieht und bevorzugt.

Diese Debatte über das NÖ KAG wird sicherlich nicht so emotionell geführt werden können oder wird nicht so emotionell geführt werden wie die vorhergegangene Debatte. Das ist auch klar. Und ich glaube, daß wir froh darüber sein können, daß diese Frage sich im sachlichen Bereich hält. Weil es nur gemeinsam gelingt, diese Dinge zu lösen. Und ich möchte bei dieser Gelegenheit auch sagen, daß zum Beispiel die Zusammenarbeit im NÖGUS, und ich bin dort gerne mit dabei als Mitglied des ständigen Ausschusses, eine sehr gute ist und sich die Diskussion wirklich auf der sachlichen Ebene dort abspielt.

Ich möchte sagen, daß diese KAG-Novelle, diese Vorlage gewisse Mängel, das sei durchaus zugegeben, beinhaltet. Es soll ein erster Schritt sein, um unser Krankenhauswesen wirklich in die Zukunft führen zu können. Und es wird durchaus vielleicht einmal eine Korrektur notwendig sein. Aber zunächst reicht es aus, um den Betrieb der Krankenhäuser auf gesetzlicher Basis für das heurige Jahr und das nächste Jahr weiterführen zu können. Und ich darf auch sagen, daß ich dieser Novelle, diesem KAG, dieser Vorlage zustimme und daß auch meine Fraktion, die ÖVP, das tun wird. Ich danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als nächste Rednerin gelangt die Frau Abgeordnete Rosenkranz zu Wort.

Abg. ROSENKRANZ (FPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Es ist bedauerlich, daß dieses Gesetz nach den beiden Tagesordnungspunkten, die sehr emotionsgeladen waren, nun so quasi im toten Winkel der öffentlichen Aufmerksamkeit beschlossen wird. Denn so trocken diese Paragraphen auf

den ersten Anblick scheinen mögen, so brisant und so jeden Einzelnen betreffend sind die Wirkungen, die sich daraus ergeben.

Zuerst zum Kollegen Ing. Dautzenberg. Er hat schon recht, der Datenschutz ist bei diesem Gesetz nicht gewährleistet. Daß das schon im Bundes-KAG so ist, macht die Sache, daß wir es ins Landes-KAG übernehmen, nicht besser. Es ist dann, habe ich da so in den Zwischengesprächen gehört, die Bemerkung gefallen, daß es an sich ja nur darum dreht, diese Daten den Fachärzten, den Fachleuten zur Verfügung zu stellen. Ich darf nur erinnern, ich habe jetzt in dem NÖGUS-Gesetz geblättert. Der NÖGUS ist ganz eindeutig natürlich - nur der Vollständigkeit halber habe ich nachgeschaut - ein - und so soll es ja auch sein - ein politisch zusammengesetztes Gremium. Weil es geht eben darum, in der Politik die Weichen zu stellen. Ich darf nur sagen, die Fondsversammlung setzt sich zusammen aus den beiden mit der Materie befaßten Mitgliedern der Landesregierung, neun Mitglieder auf Vorschlag der Landtagsklubs, und so geht es dann weiter. Also von Fachleuten keine Rede. Was übrigens, da sie gar nicht dabei sind, auch eine Schwachstelle des NÖGUS ist.

Wie gesagt worden ist, diese Novellierung in Niederösterreich ist auf Grund der Art. 15a-Vereinbarung notwendig geworden. Ich sage, es ist schade, daß es hier im toten Winkel der öffentlichen Aufmerksamkeit zu diesem Gesetz kommt. Denn es sind da Dinge drinnen, die die Öffentlichkeit sehr wohl interessieren müßten. Und wenn es soweit ist, daß sie emotionsgeladen wahrgenommen werden, ist es vermutlich schon sehr weit gediehen und eigentlich schon zu spät.

Ich fange mit dem eher Trockenem an, mit der Finanzierung der NÖ Krankenanstalten, auf die indirekt eben in den Paragraphen 53 und 44 Bezug genommen worden ist. Auch das kommt aus der Art. 15a-Vereinbarung. Hier geht es darum, daß die Sozialversicherungsträger mit pauschalierten Beiträgen in den NÖ Gesundheitsfonds einzahlen. Wir haben immer für die Einführung der neuen leistungsbezogenen Abrechnung gekämpft, weil sie bewirken sollte, daß die Spitalslastigkeit unseres Gesundheitswesens ein Ende findet. Weil sie bewirken sollte, daß auf Grund transparenter Kosten das getan wird, was getan werden muß. Daß nur mehr jene Fälle in den teuren Spitälern behandelt werden, die dort behandelt werden müssen. Und daß gleichzeitig außerhalb der Spitäler die extramurale Struktur, wie das heißt, aufgebaut wird.

Daß das überhaupt möglich wird, dazu ist es notwendig, daß die jetzige Finanzierungslage geändert wird. Denn zur Zeit ist es so, und das ist ja auch schon tausendmal gesagt worden und es kann da einfach niemand widersprechen. Auch der Rechnungshof hat es kritisiert. Denn zur Zeit ist es so, daß die einzelnen Finanziere jeweils die Kosten und Lasten auf den anderen abschieben können. Und so wie es jetzt ist, müssen die Krankenkassen aus ihrem eigenen institutionellen Interesse darauf achten, daß möglichst viele Patienten im Spital versorgt werden. Denn dorthin zahlen sie einen pauschalierten Beitrag, ganz egal, wie die Kosten steigen. Während draußen bei den niedergelassenen Ärzten sie die totalen Kosten abdecken müßten. Und so lange dieses Finanzierungssystem so gelagert ist, wird sich keinesfalls diese erwünschte Verlagerung der medizinischen Versorgung ergeben. Wir kennen die Folgen davon, daß da nichts passiert, ja bereits. Wir kennen die Briefe der Krankenkassen, die die Ärzte sozusagen also schon mit der eher bedrohlichen Aufforderungen zwingen, auch postoperative und präoperative medizinische Maßnahmen in die Spitäler zu schicken und eben nicht draußen in den eigenen Praxen durchzuführen. Denn das würde dann nicht mehr abgegolten werden. Genau die reformentgegengesetzte Richtung. So lange die Finanzierung so ist, ich kann es nicht oft genug wiederholen, wie sie jetzt ist, wird das Vernünftige nicht passieren und nicht gemacht werden können. Und weil eben eine Strukturreform so nicht möglich ist, hat man sich in diesem KAG, und so ist es, einfach darauf beschränkt, die medizinische Qualität herabzusetzen, zu kürzen, zu sperren, zu reduzieren.

Und ich komme jetzt, ich könnte mehrere Punkte herausfassen, möchte mich auf zwei beschränken. Der § 2, der die Definition einer Standardkrankenanstalt regelt. Bis jetzt war es so, eine Standardkrankenanstalt hat vier bettenführende Abteilungen zu haben: Chirurgie, Interne, Geburtshilfe und Kinderabteilung. Wobei schon jetzt die Kinderabteilung durch einen Konsiliar-Facharzt ersetzt werden konnte. Auf Intervention Niederösterreichs, das betone ich - ich weiß, daß die anderen Bundesländer so weit unter den im Bundes-KAG festgelegten Mindeststandard gar nicht gehen wollten - ist es eben in unserem KAG nun so, daß eine Standardkrankenanstalt auch ein Haus ist, das nur mehr zwei bettenführende Abteilungen hat, nämlich Chirurgie und Interne. Und die Geburtshilfe ist gefallen. Und ich denke, meine Damen und Herren, eine Krankenanstalt, in der eine Geburtshilfe nicht mehr vorhanden ist, kann

man, wenn man böse ist, eigentlich nur mehr als Lazarett bezeichnen. Das habe nicht nur ich gesagt, ich habe das übernommen von einem Mediziner. Ich denke, man sollte sich da schon überlegen, was man tut. Und was das für Folgen für die vielen niederösterreichischen Spitäler hat, in denen eben die Geburtshilfeabteilung nicht ausgelastet ist, kann man sich ja vorstellen. Bis jetzt war es gar nicht möglich, diese zu sperren, weil dann das Haus eben keine Krankenanstalt im gesetzlichen Sinne mehr gewesen wäre. Das ist jetzt möglich. Und mit dem neuen Gesetz kann man ja auch Krankenanstalten gegen den Willen der Träger sperren. Also ich sage nur, da kommt einiges auf die NÖ Krankenanstalten zu.

Weiters ist es so, daß es sich nicht nur darum drehen wird, diese eine Abteilung, die ich für ganz, ganz wichtig halte, zu sperren. Sondern es wird so sein, daß das Spital, wo man vielleicht dann noch eineinhalb Ärzte antrifft, um es polemisch zu sagen, ja nicht gerade die Patienten an sich ziehen wird. Ein Spital, das seine Geburtshilfe verloren hat, wird auch in den anderen Abteilungen an Patientenschwund leiden. Und so wäre es vielleicht ehrlicher, zu sagen, dieses Spital und jenes werden wir schließen müssen, als die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß man sie langsam und scheinchenweise abschafft.

Das zweite, was anlässlich der Beschlußfassung des Bundes-KAG schon im Herbst 1996 ohnehin in aller Munde war - und ich möchte gleich eines sagen: Nur weil es jetzt scheinbar eine Zeitlang funktioniert, heißt es nicht, daß es gut ist. Denn diese Mißstände, Sie irren sich, die sind sehr wohl im Bewußtsein der Bevölkerung. Nur trifft es halt immer den Einzelnen, und dann noch einen Einzelnen. Und daß die Zeitungen das jetzt nicht aufnehmen heißt nicht, daß die Leute zufrieden sind. Und ich sage Ihnen, wenn einmal etwas passiert, dann werden Sie sich darüber wundern, wie sehr die Leute das eigentlich wahrgenommen haben, wie man ihnen hier die medizinische Versorgung zusammengekürzt hat. Das andere ist eben die Rufbereitschaft. Ich darf kurz sagen, was das ist. Es ist nicht notwendig, daß in jeder Abteilung - mir ist wohl bewußt, daß das jetzt auch nicht so ist - rund um die Uhr ein Facharzt anwesend ist. Sondern es reicht während der Nacht, daß - und hier ist das Gesetz sehr unklar definiert, aber ich glaube, man kann es nicht anders verstehen - entweder ein Anästhesist oder ein Chirurg oder ein Unfallchirurg oder ein Internist anwesend ist. Einer von diesen Vieren nur, entweder - oder. Also wenn Sie mit einem Herzinfarkt kommen und

der Unfallchirurg ist da, haben Sie Pech gehabt. Weil da kommen Sie nämlich zum Beispiel an einen Turnusarzt, der hier den Dienst versieht. Was ist ein Turnusarzt? Man hat extra für dieses Gesetz auch das Ärztegesetz ändern müssen. Ein Turnusarzt ist ein Arzt nach der Promotion ohne das *jus practicandi*, ohne die Berufsberechtigung. Das heißt, er ist ein Auszubildender und darf untertags nicht am Patienten selbständig tätig werden. In der Nacht kann er das dann. Das ist eigentlich unglaublich. Und ich frage mich auch, wie das haftungsrechtlich durchzubringen sein wird, wenn die Frage wirklich einmal schlagend wird.

Und diese Rufbereitschaft, die im Bundes-KAG eben festgehalten ist, haben wir genauso wie sie ist übernommen. Denn diese Verordnung, diese Möglichkeit, daß die Landesregierung verordnet, daß ein höherer Standard eingezogen wird, das ist einfach zu wenig. Das zeigt nur, daß Sie, Herr Landesrat, sehr wohl wissen, daß dieser Standard ein weitaus zu geringer ist. Und ich erinnere nur daran, als der empörte Aufschrei - ich will das nicht, ich könnte das jetzt alles wiederholen, wer Stellungnahmen zu der Rufbereitschaft abgegeben hat - als dieser empörte Aufschrei kam, hat man gesagt, das ist ein Mindeststandard und die Länder verpflichten sich per Handschlag, per "Kaszettel", per irgendwas, daß sie hier höhere Standards einziehen. Das ist in unserem Landes-KAG nicht passiert! Wir unterschreiten zum Beispiel in diesem § 2 ja sogar noch weit den Standard des Bundes-KAG. (*Landesrat Wagner Ewald: Frau Abgeordnete, darf ich Sie fragen: Haben Sie in Niederösterreich irgendwelche Proteste gehört? Ganz einfach - weil wir eine vernünftige Lösung haben!*)

Ja, ich habe das, da waren sie gerade nicht da, ich habe gesagt, daß es keine lauten Proteste gibt. Wir kennen die Meinungsbildung in einer Mediendemokratie. Das heißt nur, daß momentan das keiner aufgegriffen hat. Genauso ist es, Herr Landesrat, auch bei der Rufbereitschaft für Ärzte. Das ist das nächste, wozu ich kommen will.

Es ist so, daß die Leute momentan nicht laut protestieren. Aber ein Fall, bei dem ziemlich klar nachzuweisen ist, daß hier jemand zu Schaden gekommen ist, weil er keinen diensthabenden Arzt erreicht hat, der reicht aus, um in diesem Land eine Welle der Empörung zu entfachen. Ich sage Ihnen, daß es so ist. Und das wird hier irgendwann einmal passieren. Denn wenn jemand in der Nacht Schwierigkeiten bekommt, dann erreicht er zuerst nicht seinen niedergelassenen Arzt. Den gibt es ja nicht mehr, der hebt ja nicht

ab. Er hört ein Spruchband, daß er sich ans Spital wenden soll. Und dort trifft er dann auf einen Lehrling. Ich meine, abgesehen davon, daß das für die Patienten nicht gerade sehr angenehm ist, glaube ich, daß das absolut keine Kosten erspart. Denn eine gute und ordentliche Gesundheitsversorgung sofort kann Folgeschäden vermeiden und damit auch Folgekosten ersparen.

Ich will nicht in voller Folge die einzelnen Stellungnahmen der Ärztekammer, der Gewerkschaft, der Krankenschwestern und das alles vorlesen. Ich beschränke mich auf eine einzige Stellungnahme anlässlich der Beschlußfassung des Bundes-KAG im vorigen Herbst. Ich habe die wesentlichen Passagen - es sind nur vier - aus der Rede der Frau Primaria Pittermann herausgenommen. Und meine, so, wie es hier geschrieben ist, so sehen es auch wir. Sie schreibt hier - Primaria Pittermann ist sozialdemokratische Abgeordnete: "Als leidenschaftliche Ärztin," - das hat sie gesagt - "die anlässlich der Promotion den hippokratischen Eid geschworen hat, und als Abgeordnete des Landes Wien kann ich es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, den Regierungsvorlagen ..." - also diesem Bundes-KAG - "zuzustimmen. Wir bemühen uns immer, Standards zu heben. Zum erstenmal senken wir sie bewußt. Man geht nicht gegen Gesetzesbrecher vor, sondern verändert die Gesetze so, daß wir das medizinische Niveau senken, damit kostengünstig für Krankenanstaltenerhalter auf Kosten von Patienten und Personal Spitäler geführt werden können. Es mag für Landespolitiker leicht sein, eine Rufbereitschaft zu fordern, wenn Prominente auf dem roten Teppich in das Spital hineingleiten. Kaum einer, der ohne Ankündigung das Krankenhaus aufsucht. Es fällt mir aus Gründen der Parteidisziplin sehr schwer, den besagten Regierungsvorlagen nicht zuzustimmen. Es wäre jedoch mit meinem Gewissen als Ärztin und Wiener Abgeordnete nicht vereinbar." Und das finde ich wirklich großartig und ich bedaure sehr, daß sich hier keiner zu dieser Haltung aufrafft. Wir jedenfalls werden diesem Gesetz nicht zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ. - Dritter Präsident Ing. Eichinger übernimmt den Vorsitz.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Gruber.

Abg. GRUBER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zuerst zur Anregung, die vom Kollegen Abgeordneten Ing. Dautzenberg vorgebracht wurde

wegen dieser Anforderung der Krankengeschichten durch den NÖGUS: Auch wir können uns vorstellen, daß man eine Reparatur durchführt, eine Präzisierung der Formulierung durchführt, die also künftighin jeglichen Mißbrauch ausschaltet. Natürlich wissen wir, daß ein Arzt beauftragt ist vom NÖGUS, in diese Krankengeschichte Einsicht zu nehmen, um eine Beurteilung für die Bepunktung, welche notwendig ist für die leistungsbezogene Verrechnung, heranzuziehen. Und ein Arzt hat ja als Berufsethos die Schweigepflicht. Aber damit überhaupt nichts passieren kann, glauben wir, ist die Anregung sinnvoll und man soll sobald wie möglich das zur Durchführung hier noch in dieser Sitzung bringen und erledigen. *(Beifall bei Abg. Ing. Dautzenberg.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Die vorliegende Novelle gründet sich unter anderem auf eine verbindliche österreichweite Krankenanstaltenplanung einschließlich einer Großgeräteplanung. Für Standardkrankenanstalten sind nunmehr jedenfalls bettenführende Abteilungen für Chirurgie und Innere Medizin vorgesehen. Frauenheilkunde und Geburtshilfe, das hat die Frau Kollegin Vorrednerin vorhin gesagt, sowie Kinderheilkunde sind nicht mehr verpflichtend enthalten. Die Positionierung des kaufmännischen Direktors wurde wegen seiner finanziellen und wirtschaftlichen Verantwortung klar neu definiert. Also nicht mehr der Verwaltungsdirektor schlechthin wird diese Verantwortung ausüben, sondern es ist der kaufmännische Direktor. Auf die kaufmännische Verantwortung in Fragen der Finanzierung und Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit wird also großer Wert gelegt. Er hat die notwendigen Entscheidungen, insbesondere in bezug auf alle Angelegenheiten, die finanzielle Auswirkungen haben, zu treffen. Zu betonen ist, daß sich diese Regelung des § 16 Abs. 4 nicht auf den alltäglichen Routinebetrieb, sondern auf das Vorliegen einer Situation mit Gefahr in Verzug bezieht.

Gerade die finanziellen Reformmaßnahmen des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000 sind für die Rechtsträger von maßgeblicher Bedeutung. Insbesondere das letzte Quartal des Jahres 1997 wird deutlich zeigen, ob uns gemeinsam der Probegalopp für die leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung gelungen ist. Der Zeitdruck in den Spitalsverwaltungen wegen der Überarbeitung der Voranschläge und der Codierung war enorm gewesen. Die raumordnerischen Ziele der Gesundheitsplanung sind im § 21 Abs. 3 dieser KAG-Novelle genauer definiert. Unter anderem ist die Größe von bettenführenden Abteilungen und

sonstigen Organisationseinheiten so festzulegen, daß eine medizinisch und wirtschaftlich sinnvolle Versorgung gewährleistet ist. Es geht hier praktisch immer um das liebe Geld. Aber auch die Tätigkeit von Konsiliarärzten hat abgestimmt auf Anstaltszweck und Leistungsangebot der Akutkrankenanstalten zu erfolgen. Eine Erweiterung von Anstaltszweck und Leistungsangebot durch die Tätigkeit von Konsiliarärzten hat zu unterbleiben. Und für jede Region sind die Standardstrukturen und die maximalen Bettenzahlen je Fachrichtung festzulegen. Hierzu möchte ich sagen, daß sich Österreich zwar durch eine sehr hohe Zahl der Spitalsaufenthalte pro Bürger auszeichnet, dafür aber die Liegedauer im internationalen Vergleich sehr kurz ist.

Einige im § 21a Abs. 3 enthaltenen Punkte sind eine ganz wesentliche raumordnerische Grundlage, um klare Grundsätze im Landeskrankenanstaltenplan sicherstellen zu können. Jedoch wird die verborgene Auslagerung bisheriger stationärer Leistungen in den extramuralen, also in den Bereich niedergelassener Ärzte, die von der Ärztekammer durchgesetzt worden ist, große Probleme mit sich bringen. Ich glaube, daß eine halbstationäre Versorgung für den Patienten ein viel geringeres Sicherheitsrisiko darstellt als eine Behandlung außerhalb der sicheren Mauern des Krankenhauses. Nur mit dieser planerischen Konsequenz werden wir die Struktur bekommen, mit der wir dem Patienten eine zeitgemäße medizinische Qualität anbieten können. Es darf nicht das Kind mit dem Bad ausgegossen werden.

Der § 23 wurde durch einen Antrag im Gesundheits-Ausschuß durch Sozialdemokraten und ÖVP insofern noch abgeklärt, daß nun auch die Landesregierung neben dem NÖGUS in finanziellen und betrieblichen Belangen ein Aufsichtsrecht hat. Gemäß § 13 des NÖ Gesundheits- und Sozialfondsgesetzes unterliegt der Gesundheits- und Sozialfonds der Aufsicht der Landesregierung. Das ist ja wichtig. Es kann ja nicht der NÖGUS eine Nebenregierung der Landesregierung werden. Weiters unterliegen beide der Gebärungskontrolle durch den Rechnungshof. Der NÖ Gesundheits- und Sozialfonds bekommt durch die vorliegende Novelle des Krankenanstaltengesetzes 1997 eine gesetzliche Bestätigung seiner umfangreichen Verantwortung, meine sehr geehrten Damen und Herren, den medizinischen Versorgungsauftrag für die Bevölkerung - und ich betone es - sozial gerecht und für alle gleich zu erfüllen. Das ist unser humanitärer Auftrag.

Im Motivenbericht wird hier unter anderem auf Seite 15 ausdrücklich darauf verwiesen, daß

im Einklang mit der Vereinbarung gemäß Art.15a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000 erteilte krankenanstaltliche Bewilligungen unter größtmöglicher Schonung - ich erwähne die Schonung ausdrücklich - wohlervorbener Rechte zu ändern oder allenfalls zurückzunehmen sind. Da darf nicht "drübergefahren" werden. Im Verfahren soll der NÖ Gesundheits- und Sozialfonds ein Gutachten abgeben können. Weiters wurde vorgesehen, meine sehr Geehrten, daß auch solche Abteilungen oder Organisationseinheiten, die unwirtschaftlich geführt werden oder eine unterdurchschnittliche Auslastung im niederösterreichweiten Vergleich aufweisen, zurückgenommen bzw. eingeschränkt werden können.

Das vereinbarte Strukturpaket, das betone ich als Sozialdemokrat jetzt, mit der Lösung einer Neuro-Rehabilitation und der entsprechenden Bettenzahl in Allentsteig ist ein wichtiger Teil für den NÖ Krankenanstaltenplan. Ebenso sind die Standorte Eggenburg, Gänserndorf, Korneuburg und Stockerau erfolgreiche Positionen zur medizinischen Innovation und Behandlung der Patienten. Gerade für Gänserndorf, wofür es mehrere Sitzungen schon gegeben hat, in denen darüber verhandelt wurde, steht eine langjährige Forderung endlich vor der Verwirklichung. Die Tagesklinik für das Marchfeld in Gänserndorf wird in Kooperation mit dem Spital Mistelbach geführt werden. Und ich hoffe, es geht sehr bald rasch etwas weiter. Ich habe gehört, es haben sich 46 Architekten bereits beworben, daher eine gewisse Verzögerung, bis die Auswahl endgültig zustande kommt. Aber die Zeit drängt.

Die medizinische Arbeitsteilung zwischen den Krankenanstalten Korneuburg und Stockerau, wo sich unser Landesrat Wagner wirklich sehr bemüht hat, ist eine zukunftsorientierte Absicherung beider Standorte, wodurch der Neubau des Krankenhauses Korneuburg nun endlich dringend in Angriff genommen werden kann. Diese Kooperation zwischen den Spitälern Stockerau und Korneuburg wird für Niederösterreich eine ganz große Vorbildwirkung auslösen. Es wird sehr viel Feingefühl und gesundheitspolitische Hauptverantwortung notwendig sein, um diesen gesetzlichen Auftrag im Interesse einer flächendeckenden medizinischen Betreuung und Versorgung der Bevölkerung zu erfüllen. Die Stunde der Wahrheit wird nicht ausbleiben. Jedenfalls wird es eine regionale Koordinierung und exakte Zusammenarbeit von Krankenanstalten geben müssen. Standardspitäler haben ihre Funktion für die Grundversorgung und Schwerpunktspitäler müssen eben-

falls ihre zuerkannte Aufgabe voll erfüllen. Darüber hinaus brauchen wir für Niederösterreich das Zentralspital, das Zentralkrankenhaus. Und da wird an St. Pölten kein Weg vorbei führen. Hier ist dieses große Krankenhaus mit den Voraussetzungen zur Weiterentwicklung zu einem Zentralkrankenhaus. Nur mit der Erfüllung und Einhaltung dieser echten Funktionsteilung werden wir die angestrebte bessere Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit mit Spitzenmedizin für unsere Patienten in Niederösterreich erreichen können.

Im Krankenhaus St. Pölten, meine Damen und Herren, hören Sie, wurden heuer bereits an 1.600 Patienten Herzkatheder eingesetzt. 350 Patienten bekamen eine Ballondehnung und an 310 Patienten wurden teure Gefäßprothesen in die Herzkranzgefäße eingesetzt. Gerade bei der Spitzenmedizin muß die Qualität gleich bleiben und darf nicht durch Einsparungen reduziert werden. Die Devise in unseren Krankenanstalten lautet derzeit: Den Sparstift drastisch ansetzen. Die Spitäler wissen ein Lied davon zu singen. Ja vielmehr noch, die Devise lautet: Sparen auf Teufel komm 'raus. Es ist bekannt, daß es aber immer wieder zu Preiserhöhungen kommt. Was macht zum Beispiel ein Krankenhausdirektor, wenn eine Pharmafirma, sagen wir, den Medikamentenpreis für Antibiotika um rund 5 Prozent erhöht? Welche Rationalisierungsmaßnahmen sind hier angebracht? Sollen jetzt die Patienten um 5 Prozent weniger Antibiotika bekommen, wenn sie diese aber dringend benötigen? Man kann zwar bei Medikamenten einsparen, aber nicht, wenn dadurch der Heilungsprozeß beim Patienten verlängert oder womöglich gefährdet wird.

Prinzipiell ist festzustellen, daß die kardiologische und herzchirurgische Abteilung in St. Pölten durchaus in der Lage wäre, die niederösterreichischen Patienten mit dieser hochwertigen Therapie zu versorgen. Eine Voraussetzung dafür wäre jedoch ein entsprechend gerechter Kostenersatz, da es sich bei dieser Therapie um eine Zentralversorgung für Niederösterreich handelt. In der Spitzenmedizin ist es wie beim Schachspiel. Ein Arzt hat zu mir gesagt: "Berührt ist ausgeführt". Wenn dieser Grundsatz auch in Wien für Niederösteircher eingehalten wird, wird es kein Fremdpatientenproblem mehr geben.

Der Defibrillator "Cardio-Wärter" ist ein Gerät, das, beim Patienten implantiert, eine lebensbedrohliche Rhythmusstörung selbständig erkennt und auch unterbrechen kann. Ohne die Therapie dieses Elektroschockgerätes, jetzt auf Deutsch übersetzt, würden die Patienten den plötzlichen

Herztod erleiden müssen. Die Kosten für ein solches Gerät betragen etwa 350.000,- Schilling. Bis zu Beginn des Jahres 1996 konnte die Implantation eines solchen Gerätes in St. Pölten aus organisatorischen Gründen nicht durchgeführt werden. Seit April 1996 werden in St. Pölten Implantationen vorgenommen. Es wurden seither, bitte, insgesamt 20 Patienten mit einem Defibrillator versorgt. Also eine komplette Lebensrettung bzw. ~~—~~verlängerung ist für diese Menschen entstanden. Dies führte in weiterer Folge dazu, daß zwar Patienten aus Niederösterreich im Wilhelminenspital diagnostisch abgeklärt wurden, aber anschließend zur Therapie nach St. Pölten geschickt wurden. Ich habe hier konkret drei Fälle, ganz konkret drei Fälle, die ich belegen kann. Es handelt sich dabei um zwei Patienten aus dem Bezirk Neunkirchen und um eine Patientin aus dem Bezirk Baden. Also, es werden noch immer Patienten hin- und hergeschickt. Und im Vertrag, der ja nach Art. 15a B-VG abgeschlossen wurde, heißt es ausdrücklich: Mit dieser finanziellen Regelung ist das Fremdpatientenproblem endgültig gelöst, für diesen Zeitraum zumindest. Es ist nicht ganz so und man muß drängen, daß die Dinge künftighin nicht mehr so passieren. Weil der Arme ist der Patient, der dorthin geschickt wird, dann machen die eine Diagnose und schicken ihn weiter.

Objektivität und Rationalität sind gefragt und das muß vereinbart werden. Am 3. Juli 1997 habe ich, als dieser Finanzvertrag zwischen Land und Bund hier im Landtag zur Kenntnis genommen wurde, eine Lanze für die Spitalsambulanzen gebrochen. Sowohl stationär als auch ambulant muß jedes Spital die ihm zugeordnete medizinische Rolle voll erfüllen können. Die Spitalsambulanzen erfüllen eine besondere Notfallversorgung. Außerdem sind sie durchgehend erreichbar. Das ist das wesentliche dabei. Dagegen haben die niedergelassenen Ärzte sehr eingeschränkte Öffnungszeiten. Der Arzt ist auch nicht immer daheim anzutreffen - Spitalsambulanzen müssen voll aufrecht bleiben, da darf es keine Einschränkung der Leistung geben. Diese Meinung entspricht der praktischen Wirklichkeit. Die Anstaltsambulanzen haben sich in ihrer Funktion bestens bewährt. Unnötige, formale Schwierigkeiten dürfen also auch weiterhin keinem kranken Menschen bereitet werden.

Gerade zum Wochenende werden die Spitalsambulanzen dringend benötigt. Aber auch, wenn am späten Nachmittag, am Abend, in der Nacht oder in den frühen Morgenstunden eine Verletzung, eine schwere Krankheit oder ein medizinischer Notfall auftritt, muß der Patient

ohne viele Formalitäten in jeder Spitalsambulanz sofort aufgenommen und behandelt werden. Ich habe das extra erwähnt, weil unter Umständen die falsche Meinung entstehen könnte, es müßte dauernd jeder Patient, der in die Ambulanz will, egal zu welcher Zeit, eine Einweisung haben. Nein, das ist nicht so. Diese funktionelle Aufgabe, wie ich sie hier geschildert habe, ist einzuhalten und ist auch notwendig im Interesse der Gesundheit unserer Bevölkerung. Und nur dem Zeitdruck, unter dem diese Krankenanstaltengesetzesnovelle beschlossen worden ist, ist es zuzuschreiben, daß sie nicht in einem Unterausschuß gebührend behandelt werden konnte. Herr Kollege Ing. Gansch hat bereits gesagt, ja, er glaubt auch, es wird wieder einmal zu einer Novelle kommen. Und ich sage es auch. Spätestens im Jahr 2000 muß dann darüber endgültig und grundsätzlich noch einmal gesprochen werden. In Richtung Beamtschaft möchte ich hier sagen, es gebührt Dank und Anerkennung für dieses umfangreiche Gesetzeswerk KAG-Novelle. Das hat auch Landesrat Ewald Wagner bereits im Gesundheits-Ausschuß gesagt. Jedoch als Landtagsabgeordneter füge ich hinzu: Der Landtag darf nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Ich hoffe sehr, daß die nächste KAG-Novelle nicht ausbleibt. Sie muß aber vorher, wie es in den vergangenen Jahren üblich war, einer Ausschubarbeit unterzogen werden können. Spätestens im Verlaufe des Jahres 2000, ich betonte es schon, wird sich der Landtag mit den Auswirkungen dieser Novelle zu beschäftigen haben. Bis dahin wird das Leistungsprinzip am Prüfstand stehen. Es wird sich zeigen, ob wir damit die Weisheit gefunden haben.

Die Landes-Krankenpflegeschule St. Pölten, eine wichtige Einrichtung für unsere jungen Menschen, bildet zum Beispiel zu 50 Prozent diplomiertes Pflegepersonal für andere Spitäler aus. Beim medizinisch-technischen Fachdienst werden zu 80 Prozent die Kräfte für andere Spitäler ausgebildet. Und beim akademischen Diätdienst bzw. beim akademischen physio-therapeutischen Dienst sind es sogar 90 Prozent der Kräfte, die anschließend in anderen Krankenhäusern ihren Dienst verrichten. Nachdem für diese Schulen derzeit keine spezifische, spezielle Verrechnung besteht, wird es in nächster Zeit zu einer Klärung kommen müssen. Über die Schulen muß gesprochen werden. Die Schulen dürfen ja die leistungsbezogene Verrechnung in keiner Weise zu einer Verzerrung bringen. Außerdem ist es kein Privathobby eines Krankenhauses, eine Landes-Krankenpflegeschule zu betreiben.

Wir bemühen uns gemeinsam, die Jugendarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen bzw. zu reduzieren. Auf Grund dieser Zielvorstellung wird es erforderlich sein, in unseren Spitälern den Schulbetrieb ohne Einschränkung aufrechtzuerhalten. Das wichtigste ist, daß junge Menschen eine ordentliche Ausbildung für eine spätere Existenzgründung erhalten. Im Jahr 2000 wird auch die Vereinbarung mit dem Bund gemäß Art. 15a B-VG neu zu verhandeln sein. Ich sage noch einmal, ich hoffe nur, daß es dem Land Niederösterreich gelingt, ein besseres finanzielles Ergebnis als bisher nach Hause zu bringen. Das zuletzt erzielte magere Ergebnis habe ich bereits am 3. Juli 1997 ausführlich kritisiert. Mit der Herzkardiologie und der Herzchirurgie sowie mit der Strahlentherapie haben wir bereits Spitzenmedizin in Niederösterreich. Und wir brauchen auch in St. Pölten diese angestrebte Strahlentherapiestation. Über 75 Prozent der Patienten in der kardiologischen herzchirurgischen Abteilung kommen von außerhalb von Stadt und Bezirk St. Pölten. Somit kann es keine dauernde Tatsachenfortschreibung von nur 14,4 Prozent Finanzanteil aus dem Bundestopf für den NÖ Gesundheits- und Sozialfonds geben.

Ich sehe die Gefahr, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß da manches verwässert wird und man weiterhin Politik wie im Basar machen wird. Also das darf nicht sein! Es muß konsequent und klar zugeteilt werden, wer was im Spital zu machen hat. Und Fachrichtungen müssen zugewiesen werden. Und das muß ich dem Herrn Landesfinanzreferenten Mag. Freibauer ins Stammbuch schreiben: Gerade jetzt, wo er doch angekündigt hat, in wenigen Monaten für die nächsten drei Jahre wieder einen Budgetplan vorlegen zu wollen. Also da muß man jetzt schon daran denken, wie geht es mit den Spitälern und mit den Beiträgen für die Spitäler, für den NÖGUS zu.

Wir Sozialdemokraten bekennen uns zur Spitalsreform und insbesondere zum System einer finanziellen Ausgewogenheit und Anerkennung der Spitzenmedizin. Diese Krankenanstaltengesetzesnovelle 1997 bedeutet für alle eine große Herausforderung, insbesondere für alle Verantwortlichen im Gesundheitsbereich. Unter diesem Gesichtspunkt, meine sehr geehrten Damen und Herren, geben wir Sozialdemokraten der Vorlage unsere Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt die Frau Abgeordnete Ökonominer Lugmayr.

Abg. LUGMAYR (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Die Abgeordneten zum NÖ Landtag sind aufgerufen, für unser gutes Land und für unsere guten Bürger Gesetze zu machen, um ihr Leben zu ordnen und zu verbessern, hat heute Bischof Krenn in der Messe gesagt. Und ich verstehe auch meine Tätigkeit so, daß ich auf demokratischer Basis in Diskussion mit den anderen Parteien, im Wettbewerb der guten Ideen, die von allen Parteien kommen können, eine demokratische Meinungsbildung dann beschließe und auch mit vertrete. Im Wissen, daß Demokratie nicht heißt, daß jeder recht haben kann. Man kann nicht in einer demokratischen Organisation immer selbst recht behalten. Und ich war eigentlich hoffnungsfroh, als ich auch einige Abgeordnete der Freiheitlichen Partei in der Messe sah, daß die Stimmung heute etwas demokratischer sein wird, als sie es schon manchmal war und wir es schon öfters von den Freiheitlichen gehört haben. Ich wurde eines anderen belehrt. *(Unruhe bei der FPÖ.)*

Ich habe mich gefreut, wie ich Euch gesehen habe in der Messe. Nur die Reaktion habe ich mir besser erwartet. *(Weiterhin anhaltende Unruhe im Hohen Hause.)* Genau! Das soll bei Gott kein Vorwurf sein gegen den, der nicht dort war. Sie fühlen sich anscheinend betroffen. Ich habe nur nach vor geschaut. Aber das zur Vorgangsweise in der heutigen Diskussion, die mir persönlich nicht behagt hat.

Aber nun zum Krankenanstaltengesetz: Das ist ein Gesetz, das die Grundlage schafft, um für unsere Bürger, besonders für die kranken Bürger, die es ja am dringendsten brauchen, eine flächendeckende, qualitativ gute Versorgung sicherzustellen auf Grund der demokratischen bundesgesetzlichen Vorgaben, die wir akzeptieren müssen als Ländervertreter, und als Basis für unsere Strukturen, für unsere Beamten, Organe, die diese momentan so wichtige und notwendige Veränderung im Gesundheitswesen durchführen müssen. Es ist klar, daß das keine einfache Aufgabe ist. Und ich habe die Kollegin Rosenkranz eigentlich bisher sehr geschätzt, weil ich einige konstruktive Diskussionen mit Ihnen schon führen konnte und auch positive Ansätze gehört habe. Ich war froh darüber, daß Sie bereit waren, im NÖGUS-Beirat mitzuarbeiten und bin heute wirklich schwer enttäuscht. Nicht nur heute, sondern seit einigen Wochen, seit ich bemerkt habe, Sie arbeiten nicht mehr mit im NÖGUS. Sie haben in der Ausschusssitzung vorige Woche kein Wort gesagt, wo Sie ja etwas einbringen hätten können, mitarbeiten hätten können. Denn Sie sind

Mitglied im Gesundheits-Ausschuß und haben das Recht, dort etwas mitzureden. Und heute am Rednerpult habe ich von Ihnen nur negative Dinge gehört. Sie haben alles und jedes kritisiert und überhaupt nichts Konstruktives, Positives gesagt. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Rosenkranz: Drei Punkte!)*

Bei allem, was besser sein könnte, und ich wüßte viele Punkte, die wünschenswert wären, aber das Schlechteste was uns passieren könnte, ist ein Gesundheitssystem, das nicht finanzierbar ist. Und an diesem Punkt stehen wir momentan. Wenn wir alle Wünsche berücksichtigen würden, von der Ärztekammer über alle Betroffenen, die aus gutem Grund und verständlicherweise Dinge fordern, dann wäre es einfach nicht finanzierbar. Und dann wären sehr wohl die Patienten am ärgsten betroffen. Und das würde ich nicht verantworten. Und deshalb meine ich, daß in diesem heute vorgelegten Gesetz die wichtigsten Grundlagen vorgegeben sind, damit wir in dieser neuen Konstruktion des NÖGUS die leistungsorientierte Krankenhausfinanzierung, die wir uns fest vorgenommen haben und auch begonnen haben, daß wir die umsetzen und Strukturen verändern können. Aber das kann nicht diktiert werden. *(Abg. Rosenkranz: Aber Sie verändern ja die Strukturen nicht! So werden Sie das Finanzierungsproblem nie in den Griff bekommen!)*

Die Strukturen werden sich automatisch verändern, wenn die Krankenhäuser sehen, welche Punkte ihnen die Finanzierung des Krankenhauses ermöglicht. Und das können wir nicht diktieren von der Politik, das muß sich entwickeln, da muß ein Wettbewerb bestehen zwischen den Einrichtungen. Und die Frage, die Sie immer andeuten, ist notwendig und wichtig, daß sich die niedergelassenen Ärzte mehr um die Patienten in der Behandlung bemühen. Aber das ist eine Sache der Vereinbarung zwischen Krankenversicherungen und den Ärzten. Da haben wir keine Kompetenz dabei. *(Abg. Rosenkranz: Und was hat das mit der Finanzierung des NÖGUS zu tun?)* Wir können im NÖGUS, weil ja dort auch Vertreter der Versicherungen sind, das diskutieren. Das wird auch notwendig sein in einem weiteren Schritt. Aber das können wir nicht im Krankenanstaltengesetz ändern.

Und dieses Thema, das der Herr Abgeordnete Ing. Dautzenberg angedeutet hat, ist in der Praxis nicht vorhanden, weil derzeit in diesem Fachbereich Ärzte tätig sind, die die ärztliche Schweigepflicht haben. Aber ich weiß, es wird eine Vorlage vorbereitet, damit wir wirklich si-

herstellen, daß es da keinen Mißbrauch gibt. Damit nicht Krankengeschichten in unbefugte Hände oder in die Öffentlichkeit kommen. Das darf es wirklich nicht geben. Aber ein Gesetz ist eben nicht so einfach gemacht und es gibt kein Gesetz, wo es nicht Mißbrauchsmöglichkeiten gibt, wenn man eben nur Negatives sieht und alles von der Seite der Mißbrauchsmöglichkeit sieht.

Ich meine, wir sollten dieses heutige Gesetz als wichtigen Meilenstein sehen, der einerseits unsere Pflichtarbeit abdeckt, nämlich die Nachvollziehung der Bundesgesetze, wo wir schon im Verzug waren, und das die Voraussetzungen schafft, daß durch die Konstruktion des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds die Strukturen in den Krankenhäusern verändert werden, schrittweise und mit der Berücksichtigung unserer dezentralen Strukturen. Wir können nicht unsere ländlichen Strukturen mit dem großstädtischen Bereich vergleichen. Und wenn wir eben Kooperationen von kleinen Krankenhäusern auch nun erfreulicherweise im Krankenanstaltenplan akzeptiert bekommen haben, daß wir auch kleinere Spitäler mit weniger Abteilungen, wo es verantwortbar ist, auch mit Rufbereitschaft und diesen Dingen halten können, dann finde ich es gut. Denn ich glaube, es wäre auch nicht das beste, wenn wir nur in den Ballungszentren große Krankenhäuser mit allen technischen und qualitativen Ausstattungen hätten, aber die Patienten sehr weit zu diesen Krankenhäusern zu fahren hätten. Da müssen wir schon in der Kenntnis unserer ländlichen Strukturen auch Fingerspitzengefühl entwickeln, immer in der Verantwortung für unsere Patienten und der Tatsache, daß das alles finanziert werden muß.

In diesem Sinne kann ich mich nur bedanken für die Vorarbeit zu diesem Gesetz. Ich bin auch froh darüber, daß es gelungen ist, über den Sommer ein Begutachtungsverfahren durchzuführen, damit die Möglichkeit der Stellungnahme gegeben war, um darüber zu diskutieren. Und ich bin sicher, daß wir in der Gesundheitspolitik noch viel Arbeit vor uns haben. Und ich hoffe, daß es in Zukunft, vielleicht erst nach den Wahlen, auch mit der Freiheitlichen Partei eine konstruktive Politik gibt und nicht eine Politik, die alles und jedes nur schlecht machen will. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Gansch.

Abg. Ing. GANSCH (ÖVP): Herr Präsident!
Sehr geschätzte Damen und Herren!

Ich darf einen Zusatzantrag einbringen zu § 21 Abs. 3 erster Satz, wo es heißt, die Krankenanstalten sind verpflichtet, den Gerichten und Verwaltungsbehörden in Angelegenheiten, in denen die Feststellung des Gesundheitszustandes für eine Entscheidung oder Verfügung im öffentlichen Interesse von Bedeutung ist, ferner den Sozialversicherungsträgern und von Sozialversicherungsträgern beauftragten Sachverständigen sowie den zuständigen Organen des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds und den von diesen beauftragten Sachverständigen ... Dies soll so geändert werden, daß es lauten soll *(liest)*:

"Ziffer 22 lautet: '22. Im § 21 Abs. 3 wird im ersten Satz nach dem Wort 'Sozialversicherungsträger' eingefügt: 'und von Sozialversicherungsträgern beauftragten Sachverständigen sowie den Geschäftsführern des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds und von diesen beauftragten Sachverständigen oder Bediensteten des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds'."

Damit soll sichergestellt sein, daß der politische Einfluß aus diesen Dingen heraußen ist. Das war der Antrag und ich bitte, darüber abstimmen zu lassen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort ist gemeldet der Herr Landesrat Ewald Wagner.

LR WAGNER Ewald (SPÖ): Herr Präsident!
Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Lassen Sie mich nur zwei Anmerkungen machen und mich auch dafür bedanken, daß diese Behandlung heute möglich war. Und daß - wie ich annehme - es auch heute zu einem positiven Beschluß kommt. Ich möchte noch einmal die Frage der Rufbereitschaft hier kurz darstellen und auch die niederösterreichische Position noch einmal kundtun.

Grundsätzlich ist es so, daß in den niederösterreichischen Krankenhäusern grundsätzlich fachärztliche Anwesenheit rund um die Uhr vorgesehen ist. Und damit auch sichergestellt ist, daß in jenen Abteilungen, wo man weiß, daß sich auch wirklich etwas abspielt, jederzeit ein Facharzt da ist. Zweitens werden wir in einigen Abteilungen, wenn man weiß, daß es dort um geplante medizinische Operationen geht, von dieser fachärztlichen Bereitschaft rund um die Uhr Abstand nehmen. Weil zum Beispiel in der Orthopädie es selten vorkommt, daß in der Nacht unbedingt ein Facharzt für Orthopädie eine Nachblutung behandelt, weil das kann man sicherlich auch in anderer

Form in den Griff kriegen. Es geht hier, meine sehr geschätzten Damen und Herren, um die schwierige Frage, wollen wir also in der Zukunft uns dieses Gesundheitswesen noch leisten, oder versuchen wir durch Maximalforderungen, die ich auch lieber hätte, zwar alles zu erreichen, was wir gerne hätten, aber wir werden es uns am Ende nicht mehr leisten können? Das ist die schwierige Frage. Und das war auch die Frage, die ja im Bund und auch mit den Ärzten auf Bundesebene hier so heftig diskutiert wurde.

Und drittens wird es also in den Standardkrankenhäusern - nicht in allen, nicht in jeder Abteilung - eben auch Sonderregelungen geben, daß hier nicht rund um die Uhr ein Facharzt jeder Richtung anwesend ist. Und im § 19 (1) steht ja, daß in jedem Standardkrankenhaus, in dem nicht rund um die Uhr in jeder Abteilung ein Facharzt da ist, es sehr wohl Fachärzte auch in diesem Hause gibt, am Samstag und am Sonntag und in der Nacht. Und in dieser Abteilung, wo halt kein Facharzt da ist, wird das ein Facharzt in Ausbildung sein. Und im Hintergrund wird eben ein Facharzt rufbereit sein, wenn es wirklich so ist, daß man ein medizinisches Problem nicht in den Griff bekommt, daß eben dieser Facharzt dann einberufen wird. Und wenn man jetzt so tut als ob das nicht möglich wäre, dann sage ich Ihnen, daß es heute schon Spitäler in Niederösterreich gibt, wo das genau so gehandhabt wird und es bisher zu überhaupt keinen Problemen kam. Und daher bitte ich um Verständnis, daß wir bei diesen Gesprächen auch mit der Ärztekammer versucht haben, vernünftige Lösungen zu erreichen.

Und jetzt nenne ich auch noch einmal - und Frau Abgeordnete, das bitte ich Sie ganz besonders zu berücksichtigen - die Auswirkungen: Wir werden mit der Verabschiedung dieses heutigen Krankenanstaltengesetzes und mit dem Arbeitszeitgesetz und mit dem Spitalsärztegesetz - ich komme dann noch dazu - folgende Situation haben: Wir werden zu den rund 550 Fachärzten in den niederösterreichischen Krankenhäusern bis zum Jahr 2001, 2002 noch einmal 550 Fachärzte brauchen, damit wir dieses Arbeitszeitgesetz in den Spitälern umsetzen können. Und daher war es auch vernünftig, wie gesagt, sich auf diese Lösung zu einigen. Würden wir diese Lösung nicht haben, dann kämen zu den 550, die wir zusätzlich brauchen, noch einmal 150 bis 200 dazu. Und wenn Sie jetzt dann multiplizieren, wieviel ein Arzt kostet, ohne daß ich das jetzt als Vorwurf sage, dann können Sie sich auch vorstellen, was es an zusätzlichen Belastungen gegeben hätte. Und das alles unter den Prämissen gedeckelter Budgets auf allen Seiten.

Mit dieser Regelung, und darauf bin ich sehr bedacht, daß das auch hier durchkommt, geht es nicht nur darum, daß wir sparen wollen, sondern es geht auch um medizinische Qualität. Es geht auch darum, und ich sage das ganz deutlich, daß auch in der Zukunft Umstrukturierungen stattfinden müssen. Daß es nicht sein kann, wenn in Krankenhäusern nur jeden zweiten Tag ein Kind auf die Welt kommt, weil nicht mehr Geburten sind. Das ist keine medizinische Qualität. Und daher muß man versuchen, diesen Weg eben schrittweise zu gehen. Und wenn Sie wollen, sollen diese Möglichkeiten auch deutlich machen, wohin der Weg geht. Es geht um die medizinische Qualität in erster Linie. Und es geht in zweiter Linie auch darum, daß wir in der Zukunft natürlich auch das Geld haben, das wir brauchen. Und um es noch deutlicher zu sagen: Wir hatten vergangenen Dienstag hier eine lange Verhandlungsrunde, von 15.00 Uhr am Nachmittag bis um 21.00 Uhr abends, um bei diesen neuen Regelungen auch zu wissen, was das in der Zukunft kostet, dieses neue Arbeitszeitgesetz und die damit verbundenen Regelungen im Spitalsärztegesetz. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Und jetzt darf ich vielleicht noch einen Punkt zuvor erwähnen: Wir haben in diesem Jahr die Situation, daß in den Budgets der Krankenhäuser rund 70 Millionen fehlen auf die Topfgröße, die wir haben. Wir werden, wenn das, was wir mit der Ärztekammer verhandelt haben am Dienstag und wenn - das steht noch nicht fest - die Ärztekammer auch dieses letzte Angebot annimmt, noch einmal 50, 60 Millionen in die Hand nehmen müssen, um den status quo laut Spitalsärztegesetz zu finanzieren, bei fehlenden 70 Millionen. Also sind es dann schon 130 oder 140. Nur, es führt daran kein Weg vorbei. Das war allen Verhandlern klar. Und wir werden in jedem Jahr mit der Zunahme der Fachärzte, weil wir ja Ausbildungsplätze auflassen müssen, noch einmal pro Jahr zwischen 20 und 30 Millionen dazulegen müssen. Und das alles, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich sage es noch einmal, unter der Prämisse von gedeckelten Budgets.

Und daher bitte ich um Verständnis, daß es vielleicht sehr einfach klingt, wenn man hier Maximalforderungen aufstellt. Nur bin ich davon überzeugt, würde man diese Maximalforderungen hineinnehmen, dann wird man uns morgen fragen, ja wo wollen wir das Geld einsparen, damit wir auch in Zukunft das Gesundheitswesen uns leisten können. Das ist halt eine schwierige Geschichte. Wir müssen natürlich hier auch manche Zugeständnisse machen. Aber eines, glaube ich, kann man mit Fug und Recht sagen:

Mit diesen Regelungen wird sicherlich das Gesundheitswesen in Niederösterreich die Chance haben, auch heute und morgen vernünftige Leistungen zu erbringen, wie es auch die Patienten verlangen und wie es auch in der Zukunft bei steigendem medizinischem Wissen erforderlich sein wird.

Ich möchte mich dafür bedanken, daß es heute zu dieser Beschlußfassung kommt. Bei den Klubs, die die vorzeitige Zuweisung ermöglicht haben, bei den Damen und Herren Abgeordneten, die es heute beschließen werden, oder auch nicht, und bei allen, die an der Vorbereitung dieser Materie mitgearbeitet haben. Und jetzt bin ich sehr unverschämt und darf hier auch gleich eine Ankündigung vornehmen. Ich bitte die Klubobmänner gleich um ihr gütiges Wohlwollen. Es wird wahrscheinlich nicht anders möglich sein, als daß das Spitalsärztegesetz auch wieder mit vorzeitiger Zuweisung - aber ein bißchen früher wie das heutige Gesetz - im November beschlossen wird. Denn wenn es uns nicht gelingt, das im November zu beschließen, haben wir mit 1. Jänner 1998 wieder Probleme. Es war aber nicht möglich trotz Verhandlungen von einem Jahr das sozusagen in vernünftiger Zeit auf den Tisch zu bringen. Ich hoffe noch, daß es überhaupt zu den entsprechenden positiven Signalen kommt. Das ist das Wichtigste. Wenn die Signale kommen, dann wird es ein neues Gesetz geben. Und ich bitte schon heute, die Verhandlungen im November zuzulassen, damit wir nicht ab 1. Jänner 1998 auch wieder Probleme haben, die wir alle miteinander nicht brauchen können. In diesem Sinne ein herzliches Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. WÖGINGER (SPÖ): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und anschließend über den Antrag des Gesundheits-Ausschusses selbst. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Abänderungsantrag der Abg. Ing. Gansch, Gruber und Ing. Dautzenberg):* Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, LIF; Ablehnung FPÖ.)*

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Gesundheits-Ausschusses): Mit Mehrheit ange-

nommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, LIF; Ablehnung FPÖ.)*

Ich beabsichtige, die Geschäftsstücke Ltg. 635/H-2/9 und Ltg. 636/H-2/10 wegen des sachlichen Zusammenhanges gemeinsam zu verhandeln. Berichterstattung und Abstimmung werden jedoch getrennt erfolgen. Wird gegen diese Vorgangsweise ein Einwand erhoben? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Herr Abgeordneter Breininger ist Berichterstatter zu beiden genannten Geschäftsstücken. Ich ersuche ihn daher höflichst um seine Berichterstattung.

Berichterstatter Abg. BREININGER (ÖVP): Danke, Herr Präsident. Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte zur vorliegenden Zahl Ltg. 635/H-2/9: Die Landesausstellung "aufmüpfig und angepaßt - Frauenleben in Österreich" im Schloß Kirchstetten in Neudorf bei Staatz in der Zeit vom 9. Mai bis 1. November 1998 wird erstmals im Rahmen einer Landesausstellung dieses aktuelle Thema in vielfältiger Weise behandeln.

Würde für die Kunstwerke eine Versicherung bei Versicherungsgesellschaften abgeschlossen werden, müßte ein beachtlicher Teil des Gesamtbudgets der Landesausstellung für die Prämienzahlung verwendet werden. Der Versicherungswert der Leihgaben für die Ausstellung beträgt 220 Millionen Schilling. Ich stelle daher den Antrag über die Vorlage der Landesregierung betreffend Landeshaftung für die Landesausstellung "aufmüpfig und angepaßt - Frauenleben in Österreich" 1998 *(liest)*:

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Für die Leihgaben der Ausstellung 'aufmüpfig und angepaßt - Frauenleben in Österreich' im Schloß Kirchstetten im Jahre 1998 wird die Haftung des Landes Niederösterreich mit einer Gesamthöhe von S 220.000.000,- übernommen."

Herr Vorsitzender, ich bitte um Durchführung der Debatte und um Abstimmung.

Der zweite Antrag, Ltg. 636/H-2/10, lautet: Die Ausstellung "Ägypten - Spätantike und Christentum am Nil" auf der Schallaburg in der Zeit vom 25. April bis 26. Oktober 1998 wird das Thema des frühen Christentums in Ägypten behandeln.

Würde für die Kunstwerke eine Versicherung bei Versicherungsgesellschaften abgeschlossen werden, müßte ein beachtlicher Teil des Gesamtbudgets der Schallaburg-Ausstellung für die Prämienzahlung verwendet werden. Der Versicherungswert der Leihgaben für die Schallaburg-Ausstellung in "Ägypten - Spätantike und Christentum am Nil" beträgt 180 Millionen Schilling. Ich stelle daher den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Landeshaftung für die Ausstellung "Ägypten - Spätantike und Christentum am Nil" auf der Schallaburg 1998 (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Für die Leihgaben der Ausstellung 'Ägypten - Spätantike und Christentum am Nil' auf der Schallaburg im Jahre 1998 wird die Haftung des Landes Niederösterreich mit einer Gesamthöhe von S 180.000.000,- übernommen."

Herr Präsident, ich bitte um Durchführung der Debatte und um Abstimmung.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Danke für den Bericht. Ich eröffne die Debatte zu den Geschäftsstücken. Zu Wort gelangt die Frau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. ROSENKRANZ (*FPÖ*): Herr Präsident!
Hoher Landtag!

Frau Kollegin Lugmayr! Diesmal verbietet mir das Thema geradezu, konstruktiv zu sein. Aber ich werde es nicht so schmerzvoll machen. Es ist schön und ich freue mich, daß eine Landesausstellung den Biographien von Frauen gewidmet ist. Und ich möchte nur kurz erwähnen, das ist ganz interessant, wie dieses Thema angefaßt worden ist. Weil man denkt sich vielleicht, man hätte das früher genannt "Frauen mit besonderen Leistungen" oder in der Richtung. Und hier heißt es eben ganz anders: "Frauen zwischen aufmüpfig und angepaßt". Und ich finde, das ist sehr zeitgemäß. Denn während ein Titel, so wie ich ihn zuerst genannt habe, irgendwie den Schwerpunkt auf die Leistung gelegt hätte und natürlich beinhaltet hätte, daß große Leistungen sehr wohl sehr oft Normenübertretungen mit sich bringen, so ist es hier ganz anders aufgefaßt. Hier wird sozusagen die Normübertretung in den Mittelpunkt gestellt. Und ich finde, das ist für diese Zeit sehr typisch. Sozusagen das Land zusammen mit dem Landtag als jene Instanz, die Normen setzt, gibt die Ausstellung, wo quasi die Normübertretung als Norm vorgestellt wird.

Um den Begriff "aufmüpfig" aber ganz kurz doch ein bißchen mit Leben zu erfüllen, möchte ich nur den Rundherum-Aspekt ansprechen. Eine Landesausstellung soll natürlich für die Region einen Nutzen bringen. Und es ist absolut sinnvoll und wird auch immer verlangt, daß es zu einer Nachnutzung der Objekte kommen muß. Was nun die Nachnutzung dieses Objektes betrifft, da ist hier bei dieser Sache eigentlich sehr vieles im Ungewissen und im Unklaren. Und wo die Dinge

im Unklaren liegen, dort wachsen die Gerüchte. So hört man zum Beispiel, daß zur Nachnutzung eben dieses berühmte Thermenhotel neben dem Schloß vorgesehen war. Es steht auch jetzt, im Rohbau. Man hört, daß das Gesamtprojekt 330 Millionen Schilling ausmacht. Man hört, daß es Landesförderungen, daß es Zusagen über Landesförderungen etwa im Wert von 100 Millionen Schilling gegeben hat. Und dann hört man weiters, daß diese Zusagen so Schritt für Schritt auf eine sehr geringe Summe, bis zu 25 Millionen, hört man, reduziert worden ist. Faktum ist, daß bereits Prospekte da sind, die dieses Schloßhotel, dieses Thermenhotel Kirchstetten betreffen. Und hier ist von einer Eröffnung im Frühjahr '97 die Rede. Jetzt kommt dann dort der Winter '97 und fertig ist ein nur teilweise renoviertes Schloß. (Abg. Kautz: 1997 oder 2097?) 1997! Ein teilweise renoviertes Schloß - so renoviert, also genau darauf Bedacht genommen, daß, wenn der Besucher dieser Ausstellung hereinkommt, dann hat er den Blick, hier muß hergerichtet werden. Hier wird eine Wand errichtet, damit er da nicht hinsehen kann. Man hört also, daß die Gemeinde sich jetzt erbarmt hat und die Stallungen, auf die auch der Blick fallen könnte, wenigstens von den Fassaden her in Ordnung bringt. Und beinahe fertig soll mittlerweile - ich selber war dort und da war es noch nicht so, aber ich habe mir das gestern versichern lassen - der Saal in dem zukünftigen Hotel sein, der in die Ausstellung integriert werden soll. Ansonsten steht dort aber ein Rohbau.

Ich möchte mich nicht länger darüber verbreitern, aber ich denke doch, es wäre interessant, erstens zu wissen, welche Zusagen hat das Land für diese Nachnutzung gegeben? Was sollte diese Nachnutzung als Thermenhotel? Wir sehen ja auf der anderen Seite, daß alle diese Gesundheitszentren ganz furchtbar um ihr Überleben raufen. Welche Vorteile sollte also dieses Thermenhotel der Region bringen? Wieviel an Landesförderung ist jetzt noch sicher? Wieviel ist bereits hineingeflossen? Und wann wird dieses Hotel so weit fertig sein, daß es auch genutzt werden kann? (Beifall bei der FPÖ.)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt die Frau Abgeordnete Auer.

Abg. AUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn vielleicht ein paar grundsätzliche Bemerkungen zum Wert von Landesausstellungen sagen.

Erstens: Die Menschen lesen immer weniger, das wissen wir. Das heißt, die Information über Geschichte, Zeitgeschichte und ähnliches mehr wird durch Lesen allein immer geringer. Der Mensch nimmt immer mehr optisch und akustisch wahr. Der Mensch ist mobiler und daher sind solche Ausstellungen mehr als nur zu begrüßen. Weil hier Themen, Inhalte aufgearbeitet und aufbereitet werden und so vielen Menschen viel leichter vermittelt werden können. Hier kann man Themenbereiche bewußt machen, hier kann man sie ihnen nahe bringen. Also ist das wirklich durch und durch zu begrüßen. Der zweite Punkt, den man damit vermitteln kann oder verbinden kann ist der, daß in viel stärkerem Maße Kulturdenkmäler in unserem Land erhalten werden können. Weil einer der Punkte auch der ist, Landesausstellungen gezielt in solchen Einrichtungen und Gebäuden zu machen, damit von verschiedenster Seite doch eher Geld flüssig gemacht werden kann, um diese Werte zu erhalten. Ich kenne wenige, die das ausschließlich privat finanzieren könnten und so kann eben mit Mithilfe des Landes hier wirklich einiges geschaffen werden. Nicht zu unterschätzen ist, daß wieder Impulse in die Wirtschaft gehen, Arbeitsplätze geschaffen werden und ähnliches mehr. Und der dritte nicht zu unterschätzende Schwerpunkt dabei bei diesen Landesausstellungen ist vor allem auch die Stärkung der Regionen, der Gemeinden. Als Ausflugsgebiet für Kurzstrecken, als Fremdenverkehrsschwerpunkt, den man hier schaffen kann. Das heißt, man kann positive Eindrücke vermitteln und so, um einen Slogan des Landes wiederzugeben, wieder "ein schönes Stück Österreich" zu schaffen und zu gestalten. Nicht nur für die Zeit der paar Monate der Ausstellung, sondern weit darüber hinaus. Alle diese drei Punkte, die ich jetzt zitiert habe, sind voll zu unterstützen, positiv für die Gemeinden und die Regionen und vor allem positiv für die Menschen in unserem Bundesland.

Nun ein paar Anmerkungen im Einzelnen zu diesen drei Überlegungen. Im Schloß Kirchstetten in Neudorf bei Staatz, an der nördlichsten Grenze unseres Bundeslandes, in einer Region, die es sicher nicht immer leicht hatte, in einer Kleingemeinde findet nun diese Ausstellung vom 9. Mai bis 1. November 1998 statt. Am Tag genau heute in sieben Monaten wird die Eröffnung sein. Eine Landesausstellung mit dem Inhalt "aufmüpfig und angepaßt - Frauenleben in Österreich". Und es gelingt mir einfach nicht, nicht auch zum Inhalt ein paar Bemerkungen zu machen. Bereits im Antrag, der vorliegt, steht, "aufmüpfig" kann oder darf man nicht als aggressiv sehen. Mir ist dabei eingefallen, zeitweise muß man es sein. Der heutige Tag,

die Diskussion heute hat mir das mehr als bewiesen. Da sachliche Argumente und Logik nicht immer ausreichen, um Veränderungen zum Positiven herbeiführen zu können. Und wenn man gesellschaftliche Dinge, die seit Jahrhunderten da sind, verändern will, dann kann man das schon gar nicht. Angepaßt zu sein, steht hier im Antrag, ist nicht immer oder keineswegs immer negativ oder nur negativ. Ich sage dazu, immer negativ! Obwohl es uns manchesmal gar nicht bewußt ist, wenn wir angepaßt sind. Auf Grund von Erziehung, Gesellschaft, Umwelt, Bequemlichkeit - ich möchte gar nicht abstreiten, daß es einfacher ist, sich anzupassen als aufmüpfig zu sein. Noch dazu, wenn man da sehr bestärkt wird, je nachdem, wie die wirtschaftliche Lage ist, je nachdem, wie die finanzielle Lage aussieht, je nachdem, wo die Beschlüsse gefaßt sind, wie weit Einflüsse da sind. Ich möchte sagen, in einer noch immer Männer-dominierten Welt in Beschlußfassungsgremien ist es manchesmal leichter, sich anzupassen. Ich möchte aber auch dazu sagen, für den Teil der Frauen, würde ich sagen, ist eher der Ausdruck passend: Resignation - sie haben es einfach schon aufgegeben. Und dazu kommt, daß es eigentlich zu jeder Zeit - in der Geschichte nachzulesen, Literatur gibt es ja mehr als genug und im Antrag sind einige Frauen ja namentlich erwähnt - Frauen gegeben hat, die aufbegehrt haben. Die also aufmüpfig waren. Und oft erst nach ihrem Leben, längere Zeit danach, ist man draufgekommen, wie wichtig es war, daß sie aufmüpfig waren. Dann haben sie Anerkennung bekommen und man hat erkannt, wie weise sie waren und wie gesellschaftsverändernd sie waren. Sie alle, diese Frauen, waren und sind bis heute Wegbereiter vor allem für uns Frauen in der heutigen Gesellschaft.

Nur zwei Beispiele dazu: Am Ausbildungssektor, es ist so lange nicht her, durften Frauen nicht studieren, waren an den Universitäten nicht zugelassen und ähnliches mehr. Und vor nicht einmal 60 Jahren durfte eine Lehrerin zum Beispiel nicht einmal heiraten, weil sie vom Gesetz her, wenn sie ihren Beruf ausüben wollte, ledig sein mußte. Wer denkt denn an das heute noch? Heute, wenn wir die Familie und die Ehe so hoch halten. Damals hat man es den Frauen verboten, eine Ehe einzugehen. Erst rund 60 Jahre ist das her, nicht einmal noch 60 Jahre, daß dieses Gesetz aufgehoben wurde. Dieses Thema ist also heute aktueller denn je. Nicht nur unter dem Blickwinkel des Frauenvolksbegehrens. So viel zum Inhalt der Ausstellung.

Zum Punkt 2, zur Erhaltung der Kulturdenkmäler: Es gibt, ich habe es schon gesagt, wenige private Besitzer, die in der Lage wären, Objekte, wie es eben das Schloß Kirchstetten ist - mit all seinen Nebengebäuden, mit dem wunderschönen Roßstall, den es dort gibt, noch ist er wunderschön anzuschauen, teilweise, von außen, das Dach ist schon neu - zu erhalten. Wenn man sich das anschaut, diese Räumlichkeiten erhalten zu können, vor allem das Schloß instandzusetzen, wie es ursprünglich war, um es dann auch erhalten zu können. Also nicht nur wieder herzurichten, sondern es auch zu nutzen, damit es auch wirklich erhalten werden kann.

Es ist also positiv, wenn mit Hilfe der Landesausstellung diese Impulse gegeben werden, um Werte zu schaffen und auch zu erhalten. Dieses Schloß Kirchstetten, bestehend eben aus dem Schloß, den Nebengebäuden und dem Roßstall, diese Anlage gehört, wie wir nachlesen können, seit 1723 der Familie Suttner-Gatterburg. Ich war vorgestern dort - wenn ich über etwas rede, will ich wissen, worüber ich rede - mit dem Herrn Kollegen Schütz und habe es mir angesehen. Und ich möchte nur kurz meinen Eindruck wiedergeben und dann meine Schlußfolgerung ziehen.

Man fährt hin zum Schloß. Der erste Eindruck ist eher positiv. Die Außenmauer ist fast fertig. Ein paar Kleinigkeiten nur. Es ist wieder instandgesetzt, verputzt, hergerichtet, gemacht von den örtlichen Vereinen. Von der Freiwilligen Feuerwehr bis zum Verschönerungsverein, ich will nicht alle aufzählen, wurde das gemacht. Dann stellt man das Auto hin, heraußen natürlich, auf der Straße, weil wenn man alleine hinkommt, ist ja alles frei. Dann geht man zwischen Nebengebäude und Roßstall Richtung Schloß. Also mein erster Eindruck war, ich war froh, daß es nicht geregnet hat, weil sonst hätte ich mir Bretter suchen müssen, wie bei manchen Zeltfesten, um sie hinzulegen, damit ich überhaupt durchgehen kann. Weil es ist eine Katastrophe, nicht nur von der Bodenbeschaffenheit her, sondern vom Zustand der Nebengebäude. Dann habe ich mir gedacht, gut, wir haben ja noch sieben Monate Zeit. Dann bin ich halt hineingegangen und mein erster Blick fiel auf das Schloß. Und ich habe mir gedacht, toll, wunderschön, das Schloß ist saniert. Mir ist schon ein bißchen komisch aufgefallen, daß mir niemand begegnet ist - es war wie ausgestorben. Dann bin ich zum Schloß gegangen und dann bin ich gleich wieder munter geworden. Weil die Fassade des Schlosses, die Vorderfront, war verputzt, aber weder die rechte, noch die linke, noch die hintere

Seite. Da ist gar nichts gemacht worden. Im ursprünglichen Zustand, dem Verfall preisgegeben. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Ich erzähle nur meinen Eindruck. Ich habe gesagt, ich will meinen Eindruck wiedergeben, den ich hatte.

Dann habe ich mir gedacht, aber innen wird es doch fertig sein. Das heißt, gleichzeitig sieht man das halbfertige Hotel, den Rohbau dort stehen. Ich bin dann hinein ins Schloß. Es war noch immer niemand da. Dann bin ich von unten durch alle Zimmer, ebenerdig, erster Stock, zweiter Stock, bis auf den Dachboden bin ich gekraxelt. Und siehe da, im zweiten Stock sind mir zwei, drei Arbeiter begegnet. Ich war mir nicht sicher, was sie da machen. Ich glaube, in einem Saal haben sie die Decke renoviert. Und ich konnte feststellen, daß im Schloß selbst im zweiten Stock fünf Zimmer soweit sind, daß man sie für die Ausstellung verwenden wird können. Ich habe mir gedacht, auch nicht schlecht, fünf Zimmer. Über den Winter kann man im Schloß vielleicht arbeiten. Mit dem Heizen, mit dem Trocknen wird es allerdings problematisch, weil man ja alles restaurieren muß, es wird ja nicht nur 'runtergefärbelt - aber bitte. Man kann ja auch die anderen Räume fest zusperren, die Gänge müßte man einmal weißnen. Wenn nur diese Räume benützt werden, kann die Ausstellung sicher stattfinden. Als ich dann draußen herumgegangen bin, habe ich festgestellt, daß nicht nur die Außenwände dem Verfall preisgegeben sind, sondern auch die Wiese, die einmal dort gewesen sein muß, daß das alles eine richtige Baustelle ist. Weil dort ist ja ein Tunnel gegraben worden, ein Durchgang zu den künftigen Therapieräumen. Und das ist auch katastrophal.

So, nachdem ich dann den ersten Eindruck gehabt habe, wollte ich mich natürlich genauer umsehen und bin noch in den Roßstall gegangen. Ich wußte ja, da soll das Restaurant, der Heurige hinkommen, die Therapieräume. Man hat dort wohl zu arbeiten begonnen, aber es ist alles eingestellt. Stille. Keine Arbeit. Natürlich habe ich mich erkundigt. Und ich habe folgendes gehört: Also, auf der einen Seite, wenn man vor dem Schloß steht, auf der rechten Seite, wo man das Hotel sieht, dort soll ein riesiges Zelt aufgebaut werden. Das hat zwei Effekte. Erstens sieht man die verfallene Schloßfassade nicht. Zweitens kann man dort vielleicht den Menschen, die dort hinkommen, die Ausstellung anzuschauen, irgendetwas verkaufen, vom Souvenir bis zum Getränk, von der Wurstsemmel bis zum Würstl. Also auch das kann man da drinnen machen, diese Möglichkeit gibt es noch. Und damit man die anderen beiden Seiten nicht sieht, werden sie ebenfalls

verhängt. Nicht nur mit einer Wand abgeschlossen, damit man nicht hingehen kann. Man könnte ja vom Schloß innen 'rausschauen und dann sähe man die häßlichen Fensterhöhlen und die ruinöse Wand. Also alles wird zugehängt. Gut.

Dann der Parkplatz: Der Parkplatz daneben wäre ideal, herrlich, wenn man wirklich Gäste erwartet. Eine riesige Gärtnerei - aber nichts wurde gemacht. Offenbar hat das Land auch kein Geld. Weil das Land bietet der Gemeinde eineinhalb Millionen Schilling und sagt, liebe Gemeinde, mach du das. Ich schaue mir an, wie eine Gemeinde von der Größenordnung wie Kirchstetten-Neudorf in der Lage ist, mit eineinhalb Millionen Schilling eine riesige Gärtnerei, auf deren Areal der Parkplatz entstehen soll, nur halbwegs so instanzzusetzen, daß man auch wenn es tröpfelt oder regnet oder ein Gewitter herrscht, dort hinfahren kann. Da kommt man 'rein, aber nicht mehr 'raus. Außer, man legt ein bißchen mehr Geld hin. Na, habe ich mir gedacht, das wird lustig.

Mir ist dann ein Gedanke gekommen, den sage ich Ihnen jetzt auch. Ich habe mir gedacht, man könnte es mit einer zweiten Sehenswürdigkeit verbinden. Man könnte sich den Christo holen, der in Berlin den Reichstag eingehüllt hat, der damit im Fernsehen war. Und wir könnten das eigentlich mit dem Schloß und den Nebengebäuden machen. Wir könnten ein Türl ausschneiden, damit man ins Schloß hinein kann, und wir hätten damit zwei wunderbare Dinge mit einem Schlag erledigt.

Ich bin also dafür, und ein bißchen Phantasie habe ich auch. Ich kann mir gut vorstellen, daß, wenn diese Anlage mit allen Nebeneinrichtungen, mit dem Hotel, mit allem fertig ist, daß das ein "Schmuckkasterl" wird. Ein Anziehungspunkt für diese Region. Dann könnte man wirklich nicht nur für einen Tag, für die Ausstellung hinfahren, sondern hinfahren und ein paar Tage dort verbringen. Das würde dort tatsächlich dem Fremdenverkehr wieder auf die Beine helfen oder verstärkt auf die Beine helfen. Und man fährt heim mit dem Gefühl, das war ein herrliches Wochenende oder eine herrliche Woche und erzählt das begeistert weiter. Die Chance haben wir allerdings nur mit der Landesausstellung, weil dort kommen die Leute hin. Sonst fahre ich ja nicht hin, ich schaue mir nicht ein verfallendes Schloß an. Sondern ich fahre wegen der Landesausstellung hin und möchte mit einem positiven Eindruck nach Hause fahren. Die Leute, nicht nur ich. Und ich möchte sagen können zur Nachbarin oder zur Arbeitskollegin, fahr' dort hin, es lohnt sich, es war super. Derzeit kann ich mir nicht vorstellen, daß einer der Besucher,

der nicht nur wirklich gezielt wegen der Ausstellung dort ist, mit diesem Eindruck nach Hause fährt.

Und damit bin ich beim dritten Punkt, das ist die Aufwertung der Region und der Gemeinden. Mit dieser Ausstellung erreichen wir genau das Gegenteil - ganz genau das Gegenteil! Weil der Effekt, der für die Besucher erzielt werden könnte, nicht eintreten kann, mit wenigen Ausnahmen. Ich bin dagegen, daß man die Ausstellung nicht macht und das Ganze einstellt. Weil ich genau weiß, daß es an zwei Punkten krankt. Das erste ist, daß der Betreiber dieses Kurhotels, das ist die Meta-Hotelgruppe, die dieses Hotel betreibt, damit auch einen Teil dieses Roßstalls oder meinetwegen den ganzen Teil nützen wird, einfach zur Zeit in finanziellen Schwierigkeiten ist. Nicht, weil sie selber pleite gegangen ist, sondern weil eine Bank von der Finanzierungsgruppe abgesprungen ist und sie jetzt auf der Suche sind, einen anderen zu finden, der diesen Teil mit übernimmt. Das ist aber nur ein Grund. Der zweite Grund ist natürlich das Bundesdenkmalamt. Und da haben wir auch jemanden im Land Niederösterreich sitzen, ich will den Namen nicht nennen, der natürlich diese Auflagen erteilt und sagt, bitte, das muß, das muß, das muß, das muß geschehen. Aber jetzt, bei einer Landesausstellung, die schon öfter über die Bühne gegangen ist, für die wir Fachleute hier sitzen haben, sollte man glauben, daß man, bevor man den Termin einer Ausstellung fixiert, weiß, wenn man das renoviert, daß es Auflagen seitens des Bundesdenkmalamtes geben wird. Und dann kann ich nicht den Termin relativ kurzfristig festlegen. Mit "kurzfristig" meine ich nicht heute die noch verbleibenden sieben Monate. Sondern den Termin, da man das beschlossen hat. Weil ich weiß, nicht nur damit rechnen muß sondern weiß, daß es längere Zeit dauert, bis man das wieder instand gesetzt hat. Wenn wir das ganze fürs Jahr 2000 geplant hätten, dann hätten wir alle drei Punkte, die ich am Anfang skizziert habe, wirklich erfüllt. Und wir hätten mit dem Geld, das dort hineinfließt - wie hoch die Summe immer sei - wirklich gezielt einen Effekt erreicht. Nämlich genau die Dinge, die beabsichtigt sind, wenn wir solche Ausstellungen machen.

Jetzt stehen wir aber vor der Situation, was tun wir? Es kann nur eine Schlußfolgerung geben: Geschwind, geschwind, aber so schnell es geht, mit den Arbeiten, die man ohne Bundesdenkmalamt machen kann zu beginnen. Nicht im Frühjahr - übermorgen, nächste Woche! Bevor der Winter beginnt, bevor es gefroren ist, kann ich nämlich sowohl den Parkplatz als auch die Grün-

flächen, innen meinetwegen Wege und ähnliches mehr, zumindest so herrichten oder Effekte erzielen, daß nicht dieser so negative Eindruck entsteht. Und da habe ich nicht mehr die Zeit daß ich sage, nach dem Winter. Weil wir heuer nicht wissen - wir haben es bei der Landeshauptstadt erlebt - wann hört der Winter auf? Vielleicht schon zeitig, Ende Februar, Anfang März können wir dort arbeiten. Oder wird es ein langer Winter, ein kalter Winter und wir können im April noch immer nichts arbeiten. Doch am 9. Mai 1998 wird eröffnet. Und daher meine ich, wir stimmen zu, heute ja nur der Haftung für das, und wir geben auch die Zustimmung, weil wir zutiefst überzeugt sind, daß solche Landesausstellungen wirklich positiv sind. Nur darf man das nicht auf die leichte Schulter nehmen! Nur muß man sich den Kopf zerbrechen, muß sich überlegen, wie setzen wir das Geld sinnvoll ein? Wir haben heute schon viel über Geld und Sparmaßnahmen geredet. Wenn ich so etwas schon mache, dann muß ich es so machen, daß ich den größtmöglichen Effekt erziele.

Diese Dinge sind mir halt eingefallen, als ich mir den Schauplatz der nächstjährigen Landesausstellung angeschaut habe. Und ich dachte mir, man sollte grundsätzlich überlegen und nicht nur sagen, für die Haftung dieser 220 Millionen Schilling geben wir die Zustimmung. Was wir natürlich tun. Man sollte daraus lernen, sich das näher anschauen und wirklich überlegen, was zu tun ist. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Moser.

Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Nicht "aufmüpfig und angepaßt", sondern zum anderen Geschäftsstück darf ich, zur Hauptausstellung 1998, "Ägypten - Spätantike und Christentum am Nil", welche auf der Schallaburg für 1998 geplant ist, kurz meinen Debattenbeitrag leisten.

Ich möchte besonders betonen, daß die Schallaburg nach doch auch jahrzehntelanger oder jahrelanger Arbeit im Jahre 1974 damals nach einer erfolgten Renovierung mit der Landesausstellung, Sie erinnern sich zurück, mit der damaligen Landesausstellung "Renaissance in Österreich" eröffnet wurde. Seit damals hat sich die Schallaburg zu einem internationalen Ausstellungszentrum des Landes Niederösterreich entwickelt und ist weit über die Landesgrenze Nie-

der Österreichs und über die Grenze Österreichs hinaus bekannt. Seit 1974 - und das wesentliche für ein derartiges historisches Gebäude ist es, dieses auch permanent mit Leben zu erfüllen - haben auf der Schallaburg 24 Hauptausstellungen und 11 Sonderausstellungen stattgefunden. Und es wurden durch die Ausstellungen sage und schreibe 2,9 Millionen Besucher, also etwa knapp drei Millionen Besucher angelockt, die dieses Land besucht haben, die die Ausstellung auf der Schallaburg besucht haben, und natürlich auch nicht nur Ausflüge unternommen, sondern auch zum Teil in Niederösterreich ihren Urlaub gemacht haben.

Seit heuer ist zusätzlich in einem Teil der Schallaburg die ständige Spielzeugausstellung "Die Welt im Kleinen für Jung und Alt", eine Sammlung von Dr. Mayer, eingerichtet. Damit bietet die Schallaburg neben bedeutenden kulturhistorischen Ausstellungen mit der nunmehr ständigen Sammlung sozusagen einen besonderen Anreiz auch für Familien. Ich sage nur eine Zahl dazu: Das heuer Anfang Juni im Zusammenhang mit dieser Ausstellung veranstaltete Spielefest hat nur an einem Wochenende 6.000 Besucher angelockt. Ich möchte hier besonders auf die wirtschaftliche Bedeutung derartiger Einrichtungen für den Ausflugstourismus hinweisen. Ich möchte besonders hinweisen, daß natürlich gerade die Schallaburg für Niederösterreich besonders repräsentativ ist und natürlich hier im Bezirk Melk sozusagen von Westen kommend ein besonderes Entree gemeinsam mit dem Stift Melk auch in kulturhistorischer Hinsicht für Niederösterreich geboten wird.

Die nächstjährige Schallaburg-Ausstellung "Ägypten - Spätantike und Christentum am Nil" verspricht ebenfalls wiederum ein besonderes Ausstellungsereignis zu werden. Denn die Ägypten-Ausstellung stellt die Fortsetzung einer langen Reihe bedeutender archäologischer Expositionen auf der Schallaburg dar. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang etwa die von der jordanischen Königin Nur im Jahre 1987 eröffnete Jordanien-Ausstellung "Der Königsweg - 9000 Jahre Kunst und Kultur in Jordanien". Wobei ich ja weiß, daß sehr viele von diesem Hause gerade die Königsstraße Jordaniens auch persönlich mittlerweile kennenlernen konnten oder vielleicht schon vorher kannten.

Die Bedeutung Ägyptens im Sinne religionschristlicher und geschichtlicher Ereignisse ist sicherlich vielen von uns hier bestens vertraut. Wer etwa kennt nicht die alttestamentarische Schilderung von Josef dem Traumdeuter am Hofe des

Pharao oder jene der sieben Plagen, die Gott über die Ägypter sandte, oder wie Gott den Israeliten, seinem auserwählten Volk, sozusagen die spektakuläre Flucht durch das Rote Meer ermöglichte, in dem ja dann die Streitmacht des Pharao zugrunde ging. Und vieles mehr könnte man hier in diesem Zusammenhang aufzählen. Die Fakten zum religiösen Leben in Ägypten sind vielfältig. Sie beginnen mit der Verehrung ihrer Götter, die noch im römischen Weltreich weite Verbreitung hatten und erst durch den Sieg des Christentums sozusagen auch tatsächlich überwunden wurden. Die christliche Kirche im Bereich der ägyptischen Kulturwelt wird von den Kopten, den christlichen Nachkommen der Ägypter des Altertums geprägt. Sie werden zum Träger jener spätantiken frühchristlichen Glaubensgemeinschaft, die ihre Wurzeln vom heiligen Markus herleitet und deren Liturgie im wesentlichen auf den griechisch-orthodoxen Ritus abgestimmt ist. Das blühende Leben dieser Christengemeinschaft verlor unter der arabisch-islamischen Herrschaft zwar immer mehr an Boden, kam aber tatsächlich nie endgültig zum Erliegen.

Besonders hervorzuheben ist auch die Baukultur, nämlich die koptischen Klosteranlagen, die stets geistige und kulturelle Zentren dort bildeten. Vom Bauschmuck ist hier einiges zu sehen, vor allem Friese, Kapitelle und ähnliches mehr. Im Gegensatz zu dieser damals schon bestehenden Baukultur standen natürlich die ganz bescheidenen Eremitensiedlungen, die doch sehr bescheiden ausgeführt wurden.

Gegenwärtig erlebt das seit Jahrhunderten stagnierende Christentum in Ägypten einen verstärkten Zulauf. Die heute zirka dreieinhalb Millionen koptischen Christen in Ägypten sind sehr gläubig im Gebet und in der Ausübung ihres Glaubens. Es ist durchaus ein Aufschwung der geistigen Erneuerung zu erkennen. Durch Missionierungen konnten andere christliche Konfessionen Fuß fassen, besonders die Aktivitäten der katholischen Kirche sind hier hervorzuheben, die eine wertvolle ökumenische Ergänzung in diesem Lande darstellt.

In dieser Ausstellung auf der Schallaburg ist ein Abschnitt besonders den Ausgrabungen des Klosters Abu Fano in Mittelägypten gewidmet, wo durch Univ.Prof. Dr. Buschhausen vom Institut für Byzantinistik der Universität Wien einiges erarbeitet wurde. Die nächstjährige Ägypten-Ausstellung über die Kopten, das Christentum am Nil, soll erstmalig einen wirklich umfassenden Überblick

über die Kunst und Kultur dieses spätantiken und frühchristlichen Ägypten geben. Auf Grund der Bedeutung, und das ist glaube ich eine besondere Wertschätzung für diese Ausstellung, hat auch der Herr Bundespräsident den Ehrenschutz übernommen, was natürlich diese Ausstellung besonders auszeichnet. Ich darf hier an dieser Stelle allen Verantwortlichen herzlich danken, die bei der Abwicklung, Organisation seitens der Kulturabteilung, aber auch vor Ort auf der Schallaburg tätig sind, daß diese Ausstellung wiederum eingeleitet wurde, vorbereitet wurde, sodaß wirklich diese Ausstellung auch ein entsprechender Erfolg werden kann. Ich hoffe, daß diese Ausstellung 1998 in diesem internationalen Ausstellungszentrum auf der Schallaburg wieder ein besonderes Ausstellungsereignis wird und wünsche allen Beteiligten nochmals dazu gutes Gelingen und viel Erfolg. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Preiszler.

Abg. PREISZLER (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Ich darf heute diese Ausstellung oder beide Ausstellungen, die Landesausstellung und eine zweite Ausstellung zur Kultur in Niederösterreich dazu benutzen, um ein großes Ereignis der niederösterreichischen Kultur in der vergangenen Woche kurz zu skizzieren. Es hat nämlich hier, es hat eine Premiere gegeben. Erstmals in Niederösterreich, daß in Niederösterreich der neunte Museumstag nicht nur in Niederösterreich abgehalten wurde, sondern im neu errichteten Festspielhaus. Es war ein Ereignis für Niederösterreich, umso mehr auch für Gesamt-Österreich. Und ich habe mich eigentlich gewundert, daß - und das wurde auch gesagt - es wurde ein dreitägiges Symposium, wo sämtliche Museumsdirektoren aus Österreich, vom kleinen Heimatmuseum beginnend bis zu Industriemuseen im Industrieviertel, ja selbst von Wien alle namhaften Fachleute waren hier vertreten. Nur wer gefehlt hat, war die Politik. Und es war auch dann das Resümee, die Zusammenfassung dieses dreitägigen Symposiums, mit der Frage verknüpft in einer Podiumsdiskussion, was erwartet sich die Politik von der Kultur und umgekehrt. Und es war erschreckend zu hören, ich habe mir die Zeit genommen, und es haben die Vorsitzenden des Parlamentsklubs für Kultur, die Frau Dr. Schmidt, alle namhaften Politiker bis zum Herrn Cap, und ich konnte in Vertretung unseres Kulturpolitikers, des Dr. Krüger, anwesend sein und einmal wirklich feststellen, wie ernst eigentlich die Kulturpolitik in Niederösterreich genommen wird.

Und das Resümee dieser Veranstaltung, die Zusammenfassung wurde dann etwa so gegeben, daß die NÖ Politik zur Gänze gefehlt hat. Ich sage es hier in aller Offenheit. Es war wirklich fast beschämend, daß kein einziger Politiker von Niederösterreich hier anwesend war. Diese Herrschaften haben immer Abschlüsse gemacht mit irgendwelchen Kulturveranstaltungen in Krems etc. Auch der Herr Landeshauptmann hat sich angesagt und sollte einen Empfang geben - war nicht dabei. Und diese Damen und Herren haben sich dann bitter beklagt, daß es der Herr Landeshauptmann nicht einmal der Mühe wert findet, bei dieser Veranstaltung, wo er den Ehrenschutz übernimmt und auch angekündigt hat, zu einem Empfang nicht anwesend war. Also, meine Damen und Herren, so sollte man Kulturpolitik nicht machen, wie sie hier praktiziert wird.

Was ist herausgekommen? Es ist herausgekommen, daß erstens einmal das Desinteresse der Politik überhaupt gegeben ist, und daß die Förderung, die unsichtbare Förderung wie überall in der Kultur, die kleineren Einheiten zur Gänze gefehlt hatten. Also es haben sich die verschiedenen Direktoren beklagt, daß sie überhaupt in keinster Weise weder politische Unterstützung, weder eine Förderung noch sonst irgend etwas kriegen. Und es war eigentlich nicht sehr stark für Niederösterreich, wenn man schon hier demonstrieren wollte das neue Festspielhaus und Gesamt-Österreich. Und nicht nur Österreich, sondern es waren auch ausländische Vertreter aus Deutschland, aus Kroatien und ich weiß nicht welchen Ländern noch anwesend. Und es hat sich niemand gezeigt, um hier die niederösterreichische Politik zu repräsentieren.

Es wurde auch beklagt eine transparente Mittelvergabe nach sachlichen Kriterien. Meine Damen und Herren! Sie dürfen sich nicht wundern, wenn immer wiederum von unserer Seite beklagt wird, daß hier nach gewissen Richtlinien Förderungen vergeben werden, die nicht einsehbar sind und die auch nicht nachvollziehbar sind. Und wenn man heute, und ich habe soeben einen kurzen Bericht gelesen, da auch, wo ja selbst - und das habe ich wortwörtlich gehört, und auch in diesem Papier steht es drinnen - in Salzburg, wie man die Postenvergabe etc. ... Und da ist auch von einem Museum die Rede, wo ganz dezidiert hingewiesen wurde, daß vom Herrn Landeshauptmann - nicht hier in Niederösterreich, aber in Salzburg so geschehen - die Bestellung eines Museumsdirektors zur Pflichtübung gemacht wird, ansonsten würden sie in anderer Sache mit der

anderen Fraktion eben nicht ins Reine kommen bei dem sogenannten Postenschacher.

Interessant war wirklich bei der Kulturdiskussion zum Schluß dann, was erwartet sich die Politik von der Kultur, was erwarten wir voneinander? Und ich meine, daß Politik die Aufgabe hat, die Gesellschaft zu leiten oder sie ist die Kunst, die gesellschaftliche Entwicklung zu leiten. Wenn es stimmt, dann muß die Politik das größte Interesse am Funktionieren moderner Kultur haben. Meine Damen und Herren! Von all diesen Dingen war hier wirklich nichts zu merken. Und ich vermerke immer wiederum, wir sind stolz auf die niederösterreichische Kultur, insbesondere auf die Landesausstellungen, die - und so wurde es auch gesagt, es wurde ja nicht nur über die Museen gesprochen, sondern insgesamt über die Kultur österreichweit, europaweit und insbesondere über Niederösterreich. Und wenn wir schon und nur Lippenbekenntnisse immer wiederum machen, wenn es hier um Ausstellungen geht, dann war es wirklich eine bittere Erfahrung, daß es von der Seite der Landespolitik in dieser Beziehung überhaupt keine moralische, politische Unterstützung gegeben hat. Und ich glaube, es kann nicht so sein, daß nur mit Förderung das alles wettgemacht wird. Und dann eben dort, wo es darum geht, daß so ein Herr Landeshauptmann sich wirklich hier zeigen sollte. Und nicht nur bei den 23 Eröffnungen oder wie immer, ich weiß nicht, wie viele es schon gegeben hat jetzt mit diesem Regierungsviertel und Landeshauptstadt usw., wo er bei Eröffnungsfeierlichkeiten dabei ist. Sondern es wäre gut gewesen, bei den Empfängen, die er selbst gibt, wo er die Verantwortung und den Vorsitz führt, auch zu erscheinen und zumindest Vertreter der Fraktion zu schicken. Und hier auch sich der Diskussion zu stellen, um wirklich mit diesen Leuten auf fachlicher, sachlicher Ebene darüber zu reden.

Wir freuen uns und ich wünsche ebenfalls unseren Ausstellungen, insbesondere der Landesausstellung wie immer den gewohnten Erfolg. Und ich glaube, es wurde auch gesprochen - das darf ich noch nachholen - weil auch gesagt wurde, ob nicht oft die Leute, die Personen überfordert sind mit der Kultur. Ich habe gesagt, nicht die Menschen sind überfordert, sondern die Politik ist von der Kultur überfordert. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Wöginger.

Abg. WÖGINGER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Politische Parteien, Regierungsstellen, Interessensvertretungen, wissenschaftliche Institutionen, Vereinigungen und andere beschäftigen sich mit dem zur Zeit höchst aktuellen Thema einer Standortbestimmung der Rolle der Frau. Während die Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten die Männer kürzlich in einer Enquete dazu aufgerufen hat, "neue Männer" zu werden, sich aus alten Rollenklischees zurückzuziehen und partnerschaftliches Verhalten zu praktizieren, weist Sigrid Maria Größing in ihrem von Kremayr und Scheriau jetzt herausgegebenen Buch nach, daß Willensstärke, Durchsetzungsfähigkeit und Ehrgeiz keineswegs typische männliche Eigenschaften seien. Kleopatra, Isabella von Kastilien oder Madame de Pompadour werden in dem Buch "Starke Frauen - Schwache Männer" als Beispiele dafür vorgestellt. Auch die österreichische Gräfin Margarete Maultasch wird gewürdigt. Die durch den Rundfunk sehr bekannte Dr. Rotraud Perner wiederum hat erst vor wenigen Wochen in einem Gespräch im St. Pöltener Festspielhaus auf Grund ihrer Studien dem männlichen Geschlecht lediglich eine stärkere Sexualität konzipiert. So werden nicht nur Frauen einmal als aufmüpfig und ein anderes Mal als angepaßt empfunden, sondern auch Männer je nach Verhaltens- und Sichtweise einmal zum Softie und dann zum Macho erklärt.

Obwohl das Thema der nächstjährigen Landesausstellung ein solches für Frauen ist, ist es doch auch für einen Mann verlockend, den Versuch einer Auseinandersetzung damit zu wagen. Ich meine, eine Landesausstellung, die sich das Frauenleben zum Thema setzt, war eigentlich seit langem fällig. In einer Zeit, in der sich Frauen mehr und mehr zum Protest formieren, kann einfach die Darstellung ihrer Aufmüpfigkeit nicht mehr negiert werden.

Und um bildhaft zu bleiben, geschieht es am besten mit der Illustration der Haltung von Einzelpersonen. Freilich hat das Nein der Frau zum gesellschaftlichen Patriarchat vielfältige Formen, die von der stillen Unduldsamkeit bis hin zum engagierten Widerstand reichen. Ibsen hat uns in seinem Schauspiel "Nora oder ein Puppenheim" vor Augen geführt, wie die Frau in einer Ära, in der sie offene Aufmüpfigkeit noch nicht gewagt hat, den Weg aus der Resignation zur Konsequenz gegangen ist. Und Alma Mahler-Werfel oder Erika Pluhar stehen sinnbildhaft für eine andere Frauengeneration, die auch sagt, was

zu sagen ist. Noch sperren viele Männer, weil sie um ihren Status fürchten, sich gegen die Emanzipation der Frau. Aber seit der Einführung des Frauenwahlrechtes, das in diesem Lande die Sozialdemokratie erkämpft hat, dürften sich die Männer eigentlich nicht mehr in ihre angestammten Reviere zurückziehen.

Dabei entspricht es der politischen Kultur, Übergänge zu finden, die, um beim vorgesehenen Thema der Landesausstellung zu bleiben, im Spannungsfeld zwischen Anpassung und Aufmüpfigkeit leben. Die Frau, die den Vorteil genießt, sensibler und gefühlvoller zu sein als wir Männer, weiß selbst am besten, was ihr liegt. Es hieße die Zeichen der Zeit zu verkennen, wollte man ihr verwehren, initiativ zu werden. Initiativ zu werden, um sich durchzusetzen. Und seien wir doch ehrlich: Vor allem wir in Österreich schulden der Frau noch viel. Unser schlechtes Gewissen ihr gegenüber äußert sich doch immer dann, wenn wieder einmal eine Frau zur Sektionschefin ernannt oder zum Ersten Staatsanwalt berufen wird. Dann wird auch in den Medien eine falsche Selbstzufriedenheit laut. Damit trösten wir uns über die Tatsache hinweg, daß dies einfach eine Selbstverständlichkeit sein müßte.

Österreich war, und diese Feststellung richtet sich auch an die Wirtschaft, in den fünfziger Jahren hinsichtlich der Frauenerwerbsquote eines der bestentwickeltesten Länder. Seither ist es stark zurückgefallen, weil zu wenig Geneigtheit besteht, auch Frauen entsprechend zu beschäftigen. In Holland oder in Kanada hat sich die Frauenerwerbsquote verdoppelt. In Österreich stagniert sie in alarmierender Weise.

Frauen werden im Beruf viel schlechter entlohnt und das schlägt sich in ihren Pensionen nieder. Wie müßte eine Gesellschaft beschaffen sein, damit ein Mensch auch im Alter Mensch bleiben kann, fragt die französische Frauenrechtlerin Simone de Beauvoir und sie hat auch die Antwort darauf gegeben: Er muß schon immer als Mensch behandelt worden sein. Und da Armut im Alter aber eine Erscheinung ist, die hauptsächlich Frauen trifft, liegt diesbezüglich noch vieles im Argen. Was wir brauchen ist analog zum Generationenvertrag, mit dem soziale Sicherheit gewährleistet wird, ein Geschlechtervertrag, der Gleichberechtigung sicherstellt. Und diese wird es geben, wenn, auf den Punkt gebracht, eines Tages eine Frau Generalstabschef oder Polizeipräsident geworden ist. Dann erst wird man andererseits auch nichts mehr daran finden, sollte ein Mann Frauenminister werden. Bis dahin also sollte die Aufmüpfigkeit der Frau nicht nachlassen und sich

- um auf das Thema der geplanten Landesausstellung zurückzukommen - nicht in Anpassung erschöpfen. Der Landesausstellung 1998 sehen wir schon aus diesem Grunde mit Interesse entgegen.

Wenn zuvor schon von Kleopatra als große Frauengestalt die Rede war, so ist damit auch der historische Bezug gegeben zu der Zeit und dem Land, in dem sie geherrscht hat. Wer jemals Thomas Manns großartigen Roman "Joseph von Ägypten" gelesen hat, wird fasziniert gewesen sein von der bildhaften Schilderung des Lebens im Land am Nil. Aus der Welt der Wüstensöhne ist der junge Hirte Joseph in einen Staat gelangt mit unglaublicher Zivilisation. Wobei er selbst im Palast des Pharaos den Glauben seiner Väter nicht verleugnet hat. Die Gattin des Herrschers hat ihn beschuldigt, ihr nahegetreten zu sein und damit scheint sein Schicksal besiegelt zu sein. Dennoch wird er später Vertrauter des Pharaos und als solcher legt er auch den Samen zum Christentum, der allerdings erst viele Jahrhunderte später aufgehen wird. Selbst als zwischen den Pyramiden die ersten koptischen Kirchen gebaut wurden, hat man dort noch am alten Totenkult festgehalten. Dies ist in der Einbalsamierung der Verstorbenen und den reichen Grabbeigaben zum Ausdruck gekommen. Auch in der Antike hat Ägypten an den Grundlagen seiner Kultur festgehalten, die wir in unseren Museen bewundern und um deren ehernen Zeugen, wie sie im Tal der Könige noch vorhanden sind, wir heute bereits bangen müssen.

Die Ausstellung auf der Schallaburg, die sich "Ägypten - Spätantike und Christentum am Nil" nennt, vermittelt uns einen Einblick in das Ringen der Kulturen im ägyptisch-babylonischen Orient. Der Übergang von der einen Kultur zur anderen dürfte jedenfalls, was die Religionen betrifft, vielleicht schmerzloser gewesen sein als die Ablöse des griechisch-römischen Götterglaubens durch das Christentum im Abendland. Daß wir auch das Ergebnis österreichischer Grabungen im Rahmen dieser Ausstellung kennenlernen dürfen, nehmen wir dankbar zur Kenntnis. Für viele von uns ist ja das alte Ägypten noch immer identisch lediglich mit den Pyramiden, den Hieroglyphen und vielleicht den Tempeln von Luxor. Ein Blick in die byzantinisch-koptische Vergangenheit dieses Landes war uns nur selten möglich. Dies holt die Schallaburg nunmehr nach und die reiche Bestückung der Ausstellung mit Leihgaben aus diversen europäischen Museen und vor allem des Museums von Berlin muß uns, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, eine Landeshaftung wert sein, auch wenn sie sich auf

einen Betrag von 180 Millionen Schilling beläuft. Dazu gibt die sozialdemokratische Seite dieses Hauses auch gerne ihre Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Hiller.

Abg. HILLER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich werde meinen Beitrag zur Landesausstellung 1998 im Schloß Kirchstetten bringen. Ich bin sehr stolz, daß es nunmehr tatsächlich gelungen ist, diese Landesausstellung zu realisieren. Es war ein zehnjähriger Traum, der 1998 in dieser Region in Erfüllung geht. Unser Gebiet befindet sich sehr hart an der tschechischen Grenze und war noch nie Mittelpunkt großen niederösterreichweiten oder österreichweiten Kulturgeschehens.

Die Landesausstellung in dieser feinen Bausubstanz eines Landschlusses in Kirchstetten ist für mich aus dreifacher Hinsicht von positiver Wirkung. Zum ersten in einem kaum bekannten, landschaftlich reizvollen Landstrich präsentiert sich diese Gegend gerade zum Zeitpunkt der Landesausstellung von der schönsten Seite und wird diesbezüglich viele zehntausende Besucher erquicken, die - und so ist das leider der Fall - noch nie im oberen Weinviertel zu Gast waren. Ein zweiter wichtiger Punkt ist, diese Region, das "Land um Laa", wie sie sich bezeichnet, und die angrenzenden Orte haben sich darauf ausgerichtet, hier im Zusammenhang mit dieser Landesausstellung als Beginn als eine Tourismusregion sich zu offerieren, zu präsentieren. Und diese neue Ausrichtung soll nicht nur für ein Jahr gegeben sein, sondern ein Startschuß für viele Projekte und Vorhaben von regionaler Bedeutung sein. Wozu wir auch von seiten des Landes großartige Unterstützung in der Form erhalten haben, daß das Gebiet "Land um Laa" nach den EU-Förderungsrichtlinien zu einem LEADER 2-Gebiet erkoren wurde. Es wurde ein Management eingesetzt, das verschiedene Ideen- und Projektmanagements vor Ort betreibt.

Das obere Weinviertel, sehr geehrte Damen und Herren, hat bereits viel Interessantes und Erbauliches anzubieten. Ganz hochaktuell: Am Übergang zwischen Wein- und Waldviertel wird der zweite niederösterreichische Nationalpark in Kürze errichtet werden - der Nationalpark Thaya-tal. Wenn wir dann Richtung Osten weiterfahren, gibt es die herrlich restaurierte Stadt Retz mit dem historischen Stadtplatz und dem Althof zu sehen.

Man fährt weiter durch verschiedene Weinregionen, in der Bausubstanz noch unbeschädigte Kellergassen, in die Bierstadt Laa a.d. Thaya, zu den Jugendfestspielen, in die Felsenarena, zu den Staatzer Klippen. Es gibt viele verträumte Weinorte, ich möchte nur einige anführen, wie Falkenstein, Poysdorf und andere mehr. Das Dorfmuseum Niedersulz und der Naturpark Leiser Berge komplettieren neben vielen Museen und Naturdenkmälern ein faszinierendes Angebot an Kultur und Natur in innigster Verbindung. Auch einige neue kulturelle Dinge sind hier anzubieten, wie zum Beispiel ein Museum in Herrnbaumgarten oder die internationalen Puppentage in Mistelbach, Kürbisfeste, ein Zwiebelfestival sind Angebote neuer Art, die ihresgleichen nicht so schnell finden lassen. Man könnte über diverse regionale Initiativen ins Schwärmen kommen und sie würden dies auch zu Recht verdienen.

Die dritte und für 1998 wichtigste Wirkung soll natürlich die Landesausstellung 1998 selbst auslösen. Und das wird auch gelingen, wenngleich auch durch Vorrednerinnen hier einiges in Zweifel gezogen wurde. Die Vorzeichen stehen gut. Denn bereits der Ausstellungstitel erregt die Diskussionslust, gelten doch unserer holden Weiblichkeit die Darstellungen im Rahmen dieser Ausstellung. Einer Darstellung in vielen Facetten, Schicksalen und Situationen. Die Resonanz ist sehr vielfältig, der Titel "aufmüpfig und angepaßt - Frauenleben in Österreich" hat verschiedenste Reaktionen hervorgerufen. Man könnte das in etwa so umschreiben: Die einen sagen gut altösterreichisch, ja dürfen sie denn das? Selbstbewußte Frauen sagen, wir Frauen waren noch nie farblose und phantasielose Geschöpfe - das ist der Beweis dafür. Und manche in der Sprache der Jugendkultur meinen, hier wird die Frauenpower endlich zur Schau getragen. So in etwa erregt das Thema heute schon, obwohl die Inhalte selbst noch nicht sehr bekannt sind, bereits ein gewisses Aufsehen.

In der Vorlage zu diesem Landtagsbeschluß ist aber sehr klar dargestellt das Ziel dieser Ausstellung, daß hier aufmüpfig nicht mit aggressiv, und angepaßt nicht als negativ oder destruktiv oder inaktiv gemeint ist, sondern daß hier österreichische Frauen der Vergangenheit und der Jetztzeit insgesamt zu ihrer verdienten Ehre und Anerkennung kommen sollen. Und das ist ein Gegensatz zu den oftmals präsentierten überzogenen Rollenklischees über Frauen, welche zu Recht - und da schließe ich mich meinen Vorrednern und -rednerinnen an - überwunden gehören bzw. relativiert werden müssen.

Viele Darstellungen aus der österreichischen Geschichte widerspiegeln sich in diesen gesellschaftlichen und politischen Besonderheiten und Leistungen unserer kulturellen Vergangenheit, in welcher der Durchschnittsbürger oftmals, möchte ich sagen, ein sehr reduziertes oder verknapptes Bild und Wissen hat. Die meisten Bürger wissen nicht Bescheid über die "gute alte Zeit", wie sie oft genannt wird, die es ja nie gegeben hat, sondern in welcher es so wie heute ständig Umbrüche der gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Art gegeben hat. Es ist ein Faktum unserer Kultur, daß Personen, welche Tabus und Konventionen ihrer Zeit sprengten, vor der Geschichte einfach unsterblich werden.

Aus der Männerwelt gibt es dazu, meine sehr geehrten Damen und Herren, genügend Beispiele. Ein Galileo Galilei, ein Egon Schiele, ein Martin Luther, ein Henri Dunant, Alban Berg, bis hin zu Friedensreich Hundertwasser oder gar Hermann Nitsch sind oft sehr unangenehme Zeitgenossen und heben sich deutlich von anderen Verhaltensmustern und Wertbestimmungen ab. Daß auch Frauen ganz mächtig in dieser Provokation an bestehenden Normen und Sitten einen ebenbürtigen Anteil haben, soll diese Schau verdeutlichen. Und das ist der Sinn. Es ist nicht, wie es mein Vorredner, der Herr Kollege Wöginger, gesagt hat, eine Ausstellung für Frauen - wahrscheinlich war es ein Versprecher, weil er ist in dem Zusammenhang sehr sensibel - es ist eine Ausstellung über Frauen. Und zugänglich und gedacht nicht nur für die Frauen selbst, sondern allgemein stellt sich diese Ausstellung einer kritischen Bewertung. Ich nehme an, Du hast es nicht genau und so scharf, wie Du es gewollt hast formuliert, weil ich kenne Deine tiefeschürfenden Beiträge gerade im Bereich der Kulturpolitik.

Sehr geehrte Damen und Herren! Schon aus dieser Sicht heraus wird diese Ausstellung, und davon bin ich überzeugt, ein Erfolg werden. Man darf der wissenschaftlichen Leitung dieser Ausstellung wohl einen gewissen Vertrauensvorschuß zollen, ist sie doch mit einer Frau besetzt und damit seitens uns Männern unverdächtig. Frau Dr. Vavra hat bereits einschlägige Landesausstellungserfahrung mit der Landesausstellung 1993 auf der Riegersburg erworben, wo ebenfalls ein Gesellschaftsthema abgehandelt wurde. Auch kann man vom Versicherungswert her, der immerhin eine Höhe von 220 Millionen Schilling aufweist, ableiten, daß hier bezüglich des Auffindens und Aufstöberns von Exponaten nicht gespart wurde. Und man versucht, nicht nur thematisch dem Ganzen gerecht zu werden,

sondern will hier auch anschaulich und authentisch die einzelnen Fakten und Darstellungen unterlegen und vertiefen, damit die Botschaft noch deutlicher 'rüberkommt.

Das Schloß Kirchstetten selbst stammt aus dem Besitz der Familie Suttner-Gatterburg, welcher unsere einzige österreichische Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner entstammt, und bildet zusammen mit dem von Fischer von Erlach erbauten Meierhof eine herrliche Kulisse als Grundsubstanz. Es muß aber auch darauf verwiesen werden, daß es aus Kostengründen und im Sinne einer guten Nachnutzung als Hotel mit Therapiemöglichkeit noch keine gesamthafte Restaurierung und Nutzung geben kann. Dazu ist das Areal viel zu groß. Es würde einen Betrag von weit über 100 Millionen Schilling erfordern, alle Gebäude, die dort vorhanden sind, für die Landesausstellung entsprechend zu adaptieren. Außerdem beruht die Überlegung darauf, daß die restaurierten Gebäudeteile in eine zukünftige Nachnutzung für ein touristisches Projekt mit eingebunden werden. Daher ist eine gewisse Zeitabfolge an und für sich vonnöten. Wir sind aber sehr stolz darauf, sehr geehrte Damen und Herren, daß in einem dem Verfall preisgegebenen Kulturdenkmal, welches die russische Besatzungsmacht als letzte Bewohner aufwies, jetzt wertvolle Bausubstanz völlig gesichert werden konnte, wofür ich auch vielen gutgesinnten Personen und bürgerfreundlichen Institutionen meinen Dank aussprechen möchte. Ist es doch gelungen, hier wirklich großartige Arbeit zu leisten.

Ich möchte daher einige Beobachtungen, die meine Kollegin Auer getätigt hat, entsprechend von meiner Seite her beantworten bzw. richtigstellen. Ich glaube, es ist so, daß hier durch Zusammenwirken von verschiedensten Institutionen, angefangen von der Gemeinde, vom Eigentümer des Schlosses mit den Abteilungen des Landes eine sehr gute Planungsarbeit bezüglich der Restaurierung und der Verwendung dieses Schlosses für die Landesausstellung vorbereitet und geleistet wurde. Und es ist ein gutes Bild für mich, wenn es eine Verbundenheit mit der Region in der Form gibt, daß sogar örtliche Vereine mit Hand anlegen und mithelfen, um möglichst viel zu restaurieren. Daß natürlich sieben Monate vor Ausstellungsbeginn ein solches Areal wie eine Baustelle aussieht, ist selbstverständlich. Aber ich habe mich selbst auch vergewissert vergangenen Montag, zum xten Mal, wo uns die verantwortlichen Bauleiter vorzeigten, alles ist im Zeitplan, das heißt, alle Gebäudeteile, die für die Landesausstellung notwendig sind, einerseits für die Einbringung der Ausstellungsobjekte und anderer-

seits, um ein schönes Ambiente hier auszumachen, sind bereits restauriert, sind bereits vergeben und werden die Baumaßnahmen in der nötigen Zeit auch umgesetzt. Ich war selbst vor einigen Tagen dort, da wurden gerade mit dem Malermeister die Arbeiten besprochen, die den Eingang des Schlosses, die Stiegenaufgänge und dergleichen betreffen. Die Restaurierungsarbeiten sind im Gange, es ist ein sehr penibles Arbeiten angebracht. Denn alles steht unter Denkmalschutz und das verschlingt natürlich einen schönen Batzen Geld, das alles auch entsprechend wertvoll und wertbeständig zu restaurieren.

Auch der angesprochene Parkplatz wird in einer Form errichtet werden, die ausreicht, den Besucherstrom, welcher mit Pkws und mit Bussen erwartet wird, entsprechend aufzunehmen und hier als Stammplatz zu dienen. Es wurde besprochen, daß mit diesen eineinhalb Millionen Schilling auch ein entsprechend frostsicherer Untergrund aufgebracht werden kann. Die Gemeinde selbst hat Material liegen, das hier als Abdeckung dann dienen soll. Ich glaube also, wir brauchen das Schloß Kirchstetten nicht von Christo einpacken lassen, sondern Sie werden erstaunt sein, was Sie 1998 von uns präsentiert bekommen.

Die Fragen, die die Frau Kollegin Rosenkranz gestellt hat, möchte ich auch ganz kurz von meinem Wissensstand her beantworten. Die Nachnutzung dieses Areals war eine der Voraussetzungen, welche seitens des Landes den Betreibern dieses Schlosses, der Familie Suttner-Gatterburg auferlegt wurde, wenn eine Landesausstellung zugesprochen werden soll. Diese Betreiber, die Meta-Hotel-Gesellschaft ist eine Gesellschaft, welche hier in Form von Verlustbeteiligungen entsprechend Kapital hereinholt. Und sie hat bis vergangene Woche etwa 82 Millionen Schilling in dieses Objekt investiert, ist derzeit dabei, die Dachabdeckungen am Neubau durchzuführen und beteiligt sich auch bei den Verbesserungen der Infrastruktur, welche am Gelände notwendig sind. Dazu gehört die Herstellung von geeigneter Kanalisation, welche bereits verlegt wurde und verschiedene andere Bereiche mehr. Zusagen seitens des Landes gibt es generell wie zu jedem anderen Wirtschaftsförderungs- oder Tourismusprojekt, aber nur in jener Form, daß hier in den einzelnen Gesprächen in Aussicht gestellt wurde, daß die Meta-Hotel, wenn sie die Finanzierungsfrage endgültig gelöst hat, aus Mitteln der Tourismusförderung einschließlich der EU-Mittel mit einer Barwertshöhe von in etwa 40 bis 50 Mil-

lionen Schilling rechnen kann, wenn der entsprechende Investitionsumfang im Volumen von rund 300 Millionen Schilling erreicht werden kann. Das sind nicht Mittel, die in einem Landesregierungsbeschluß zugesagt wurden, sondern das sind allgemeingültige Aussagen, auf welche ja die einzelnen Förderungswerber hier nicht Anspruch haben, aber um welche sie ansuchen können, wenn gute Projekte gefunden werden. Als ein solches ist auch dieses Projekt gewertet worden. Der Zeitpunkt der Eröffnung des Hotels ist infolge einer Umplanung 1997 nicht mehr möglich. Mir wurde seitens der Firmenleitung gesagt, daß zur Jahreswende 1998 bis Mitte 1999 mit der Eröffnung des Hotels zu rechnen ist.

Ich darf abschließend feststellen, sehr geehrte Damen und Herren, daß dieses Projekt für unsere Region von ganz großer Wichtigkeit und Bedeutung ist. Ich möchte daher auch Dank sagen, vor allem dem Land Niederösterreich, an der Spitze dem Herrn Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll, daß er uns die Chance gegeben hat, mit dieser Landesausstellung 1998 den Startschuß zu einer Regionsentwicklung zu setzen. Ich bedanke mich auch bei der Kulturabteilung, die in Zusammenarbeit mit Bundesdenkmalamt, Gebietsbauamt, Straßenbauabteilung hier wirklich wertvolle Arbeit und Unterstützung geleistet hat. Mein besonderer Dank gilt aber vor allem der Gemeinde Neudorf und dem Regionalentwicklungsverein, beiden Institutionen steht Bürgermeister Gartner vor, der hier, möchte ich sagen, die Drehscheibe allen Geschehens dort ist. Er ist einerseits Mittelpunkt, zum anderen Mittelsmann und bei so manchen Problemen auch Reibebaum.

Abschließend darf ich ableitend vom Ausstellungstitel feststellen: Diese unserer Region zugeleitete Landesausstellung wird sicherlich Anerkennung finden. Sowohl vom Inhalt her als auch von den örtlichen Bauten und den großzügig angelegten Rahmenveranstaltungen. Denn dieses Projekt ist nicht von oben herab aufgesetzt, sondern wird von vielen Bürgern der Region betrieben und tatkräftig unterstützt. Und diese unsere Region ist eine aufmüpfige Region, welche es nie leicht hatte. Daher bin ich auch überzeugt, daß wir Sie alle, meine sehr geehrten Damen und Herren, im April 1998 zu Ihrem Erstaunen und mit der gebotenen Gastfreundschaft mit einem zweckentsprechenden Haus und mit dem köstlichen Weinviertler Gabentisch überraschen dürfen. In diesem Sinne werden wir dieser Vorlage sehr gerne die Zustimmung erteilen und hoffen, daß alles mit gutem Erfolg auch über die Bühne gehen wird. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. BREININGER (ÖVP): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Er verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 635/H-2/9, Landeshaftung für die Landesausstellung 1998 "aufmüpfig und angepaßt - Frauenleben in Österreich")*: Einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 636/H-2/10, Landeshaftung für die Ausstellung "Ägypten - Spätantike und Christentum am Nil" auf der Schallaburg 1998): Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Hoffinger, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 615/B-13/4 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. HOFFINGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Geschäftszahl Ltg. 615/B-13/4, NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds - Jahresbericht 1996: Der Landtag von Niederösterreich hat am 10. Oktober 1985 das Gesetz über den NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds und über den NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds, LGBl. 7300, beschlossen. Gemäß § 10 des Gesetzes über den NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds hat die Landesregierung über die Gebarung des Fonds sowie über dessen Tätigkeit dem Landtag zu berichten. Der Landtag hat in der Sitzung am 6. Dezember 1995 beschlossen, daß auch die Niederösterreich Werbung GmbH einen Bericht zu erstatten hat. Es wurde daher sowohl vom Fremdenverkehrsförderungsfonds als auch von der Niederösterreich Werbung GmbH in einem berichtet und dadurch die zitierte Landtagsresolution erfüllt. Das Prüfungsergebnis, das vorliegt im vorliegenden Prüfungsbericht, lautet, daß das Rechnungswesen und der daraus entwickelte Rechnungsabschluß den gesetzlichen Vorschriften über die Aufzeichnungspflichten des Fonds entsprechen. Es wurden keine Tatsachen, die Verstöße der Geschäftsführung gegen Gesetz oder Geschäftsordnung erkennen lassen, festgestellt. Der Tourismusbericht samt Bilanz und

Rechnungsabschluß für das Jahr 1996 sowie der Bericht des Wirtschaftsprüfers über die Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung vom 31. Dezember 1996 des NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds sind als Beilage angeschlossen. Im Ausschuß wurden von Kollegen Dkfm. Rambossek einige Fragen gestellt, die von Landesrat Gabmann schriftlich beantwortet wurden und von Herrn Präsident Mag. Romeder den Klubs und den Mitgliedern des Ausschusses zugestellt wurden. *(Präsident Mag. Romeder übernimmt den Vorsitz.)* Ich stelle daher folgenden Antrag des Finanz- und Wirtschafts-Ausschusses *(liest)*:

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Tourismusbericht 1996 (Jahresbericht des NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds und der Niederösterreich Werbung GmbH) samt Rechnungsabschluß und Bilanz sowie der Prüfbericht der NÖ Wirtschaftsprüfungs- und SteuerberatungsgesmbH Nachf. KG werden zur Kenntnis genommen."

Ich bitte Dich, Herr Präsident, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Landesrat!

Negativmeldungen wie, "minus 12 Prozent - der Tourismus geht baden", prägten im heurigen Sommer die österreichische Medienlandschaft. Der Tourismusminister Farnleitner denkt laut darüber nach, daß die seit fünf Jahren fortlaufende Schrumpfung des Fremdenverkehrs in Österreich nicht mehr bloß ein konjunkturelles Phänomen ist. Ein Gutachten des Wirtschaftsforschungsinstitutes WIFO belegt, daß der Tourismus in Österreich im Vergleich zur volkswirtschaftlichen Kraft der Industrienation international gesehen nach wie vor überdimensional ist.

In Niederösterreich sinken die Nächtigungszahlen kontinuierlich, mit Ausnahme des Weinviertels, wo auch die Ankünfte zunehmen. Von Jänner bis Juli 1997 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um rund 198.000. Das ist die bereinigte Summe. Die Auslastung der Betten insgesamt ist weiterhin stark rückläufig. Die österreichische Tourismuswirtschaft hat bereits seit mehreren Jahren nicht mehr jene Bedeutung

als Devisenbringer, die ja jahrzehntelang zugeordnet werden konnte. Über die wir froh waren, weil sie die Zahlungsbilanz, die Leistungsbilanz herausputzte.

Hohes Haus! Das ist das bedauerliche Szenario für die heutige Debatte hier im Landtag über den Tourismusbericht, über die Jahresberichte 1996 des NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds und der Niederösterreich Werbung GmbH. Außer man will bewußt eine Schönfärberei betreiben. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu den beiden Jahresberichten ein paar einleitende Bemerkungen. Beide Berichte wurden laut Eingangsstempel am 24. Juni 1997 der Landtagsdirektion übergeben. Wie Sie sich alle vielleicht noch erinnern können, ging am 24. Juni 1997 die Budgetdebatte zu Ende. Das Datum der Übergabe, Herr Landesrat, mag nun Zufall gewesen sein. Es ließe sich aber auch der Schluß ziehen, daß dieses Datum bewußt gewählt wurde, um den nicht der Österreichischen Volkspartei angehörenden Abgeordneten keine Möglichkeit mehr zu geben, Inhalte dieser Berichte in die Debatte zum Tourismusvoranschlag einzubringen.

Zweitens: Im wesentlichen enthält der Bericht für den Fremdenverkehrsförderungsfonds Zahlen über einzelne Prämien, Kredite und Zinszuschüsse. In Prüfberichten des Wirtschaftstreuhänders werden zwar die einzelnen Aktionen beschrieben, es fehlen aber wesentlich die Angaben über die konkreten Inhalte zu den einzelnen Zahlen. Ich nehme nur ein Beispiel heran: Die Pro-Fremdenverkehrsaktion dient zum Beispiel der Erweiterung des Bettenangebotes und der strukturellen Verbesserung des Freizeitangebotes. Immerhin wurden 1996 dafür fast 26 Millionen Schilling, das sind rund 21 Prozent der vom Land im Jahre 1996 zur Verfügung gestellten Mittel aufgewendet. Ich glaube nun, daß es für den Landtag schon sehr interessant wäre, daß es interessant für die einzelnen Abgeordneten wäre, wie viel Betten mehr mit diesen Mitteln in Niederösterreich geschaffen wurden und wie viele bzw. welche Freizeiteinrichtungen es zusätzlich jetzt in unserem Bundesland gibt. Denn was die Bettenvermehrung betrifft, so meine ich, sollte man auch angesichts des WIFO-Gutachtens, das dem Herrn Landesrat sicherlich bekannt sein wird, doch auch die Nächtigungsrückgänge berücksichtigen und hier eher vorsichtig sein. Ich habe es schon erwähnt, wir haben im ersten Halbjahr fünf Prozent unserer Nchtigungen gegenüber dem Vorjahr wieder verloren. Es sind dies 198 Nchtigungen, in etwa gleich wie der Verlust im ganzen Jahr 1995. Und ich glaube, wenn wir die Zahlen in den

letzten Jahren verfolgen, so besteht die Gefahr, daß wir sehr bald auf das Niveau der sechziger Jahre absinken. 1996 haben wir ja auch, wie ich in der Budgetdebatte leider feststellen mußte, gerade noch den Stand von 1971 erreicht.

Ich komme aber nun wieder zurück zu den Betten und Freizeiteinrichtungen. Ich kann mir durchaus vorstellen, daß eben diese Zahlen und diese Angaben auch für die Öffentlichkeitsarbeit des Landes gebraucht werden, um damit nach außen hin die Leistungen des Landes zu dokumentieren. Denn in Zeiten, Hohes Haus, wo wir fast täglich in den Zeitungen lesen, wie viele Milliarden der SPÖ/ÖVP-Bundesregierung, wie viele Milliarden dem Finanzminister fehlen, dürften die 26 Millionen Schilling der Pro-Fremdenverkehrsaktion beim Leser nur wenig Beachtung finden. Daher wäre es sehr wünschenswert, wenn der Hohe Landtag hier genauere Angaben bekommen würde.

Im Fremdenverkehrsförderungsfonds-Bericht, Hohes Haus, sind mir aber auch einige Großprojekte vom Betrag her aufgefallen. Diese Projekte sind zwar im Bericht ebenfalls nicht näher beschrieben, aber als Tourismusinteressierter sind sie mir natürlich nicht unbekannt. Wir haben hier einmal das Kurhotel Bad Pirawarth, das wird im Rahmen der Sonderzuschußaktion mit rund 40,2 Millionen bedacht werden. Ich frage mich in diesem Zusammenhang aber, ob es in Niederösterreich nicht schon genug Kur- und Gesundheitseinrichtungen gibt, die mit Auslastungsproblemen zu kämpfen haben. Und mit dieser Frage, Herr Landesrat, stehe ich nicht ganz allein da. Ich darf diesbezüglich den Geschäftsführer der Niederösterreich Werbung Klaus Merkl zitieren, der über die Situation im Kurbericht gegenüber "täglich Alles" vom 23. September 1997, also erst jüngsten Datums, wie folgt gemeint hat, wörtlich: "Die Situation im Kurbereich. Dort läuten seit längerem die Alarmglocken. In einzelnen Regionen ging die Zahl der Kururlaube um bis zu 60 Prozent zurück. Sparpakete und Selbstbehalte zeigen ihre dramatische Wirkung." Ich meine, wir werden umdenken müssen. Wir werden unser Förderinstrumentarium verstärkt in Richtung Bettenauslastung umzustellen haben. Ich meine aber auch, daß es noch nicht zu spät ist.

Ein anderes Großprojekt, die Römertherme in Baden - 30 Millionen Schilling. Hier meine ich, daß es wirklich höchste Zeit wäre, etwas zu tun, denn Baden hat ja in letzter Zeit auch enorme Nchtigungsverluste in Kauf nehmen müssen. Hingegen scheint mir das Golfprojekt Waidhofen a.d. Thaya mit 22,5 Millionen Schilling Förderung

eher problematisch. Wir wissen ja alle - und ich weiß es auch - daß unser Herr Tourismuslandesrat ein Waldviertler und dazu noch ein leidenschaftlicher Golfspieler ist. Wir meinen aber, daß es im Waldviertel schon etliche Golfplätze gibt. Und wir bezweifeln außerdem, ob die zu erwartende Auslastung des Golfhotels in einem typischen Ein-Saison-Gebiet diese Investition rechtfertigt.

Ich möchte aber auch in diesem Zusammenhang an Grundsätze von Tourismusexperten erinnern, und Herr Dr. Edinger aus Innsbruck ist ja der ständige Berater der Tourismusabteilung, die uns allen eigentlich bekannt sind, nämlich daß der Fremdenverkehr kein Allheilmittel für strukturschwache Gebiete ist. Vielleicht gibt es aber hier auch andere Überlegungen, denn die Landtagswahlen werfen ja ihre Schatten voraus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch heuer steht wieder im Bericht, daß alle Zahlen der einzelnen Aktionen auf den Groschen genau ausgewiesen wurden und auch bei den Quersummen keine Rundungen vorgenommen werden mußten. Wie Sie wissen, gab es im letzten Bericht, im Bericht 1995, einen relativ größeren Rechenfehler. Eine stichprobenweise Überprüfung des neuen Berichtes ergab, daß alles auf den Groschen genau stimmt. Ich frage mich nur, ob es wirtschaftlich sinnvoll ist, hier mit Groschen zu operieren. Sogar die Finanzämter gestatten unseren Bürgern, ihre Steuerzahlungen auf ganze Schillinge auf- oder abzurunden, und das sollte meiner Meinung nach auch bei zukünftigen Fondsberichten geschehen. Denn ich glaube, man würde sich viele Stunden der Kontrollarbeit und der Rechenarbeit der mit dem Fonds beschäftigten Mitarbeiter ersparen.

Hohes Haus! Wir haben dem Bericht auch entnommen, daß für externe Berater 1995 und 1996 immerhin rund 15 Millionen Schilling ausgegeben wurden. Im Bericht steht zwar, daß das Tourismusleitbild überarbeitet werden soll und ein Gutachten über die Regionalorganisationen angefertigt wird. Wir haben uns gedacht, das kann aber doch unmöglich 15 Millionen Schilling kosten. Der Landesrat hat, wie der Herr Berichterstatter schon erwähnt hat, das zwischenzeitlich schriftlich beantwortet. Die Frage ist aber für mich doch nach wie vor, wenn ich mir hier anschau, daß die Wirtshausaktion-Betreuung durch die Firma Edinger rund 1,6 Millionen Schilling gekostet hat oder die Umsetzung von Donau-Beratungsprogrammen 800.000,- Schilling, dann frage ich schon, ob immer diese teuren externen Berater ganz einfach

notwendig sind. Denn wenn ich mir die Organigramme angeschaut habe, so komme ich in etwa - ohne das Büro von Dir, Herr Landesrat - auf 50 Mitarbeiter, die im Rahmen der Tourismusabteilung, die im Rahmen der Niederösterreich Werbung tätig sind.

Was ist mir noch aufgefallen? Daß der Landesbeitrag für den Fonds zurückgegangen ist von 155 Millionen Schilling auf 121 Millionen Schilling gegenüber 1995/96. Trotzdem ist es gelungen, 17 Millionen dem Stammvermögen zuzuweisen. Was ist mir noch aufgefallen? Für die Lifte und Wintereinrichtungen wurden 1995 und 1996 fast 100 Millionen ausgegeben. Prinzipiell glaube ich, daß zur Stärkung des Tourismus sicherlich zwei Saisonen zu begrüßen sind. Der Bericht beantwortet jedoch nicht die Frage, wieviele Millionen davon in die Verlustabdeckung der verunglückten Schiland-Aktion geflossen sind und wieviele Millionen es noch sein werden. Der Brief des Herrn Landesrates gibt zwar bekannt, daß "Schiland" knapp vor dem Abschluß steht. Wir haben hier auch ein teures Konzept der Europatreuhand, das uns schon länger vorliegt. Der Landesrat teilt uns zwar mit, daß die Spaltung der Schiland erfolgen wird, er teilt uns aber nicht mit, wie die Spaltung erfolgen wird, zu welchen Bedingungen. Es wäre doch sicherlich interessant gewesen, das hier im Landtag auch zu hören. *(LR Gabmann: Warum fragen Sie nicht Ihre Kuratoriumsmitglieder?)* Herr Landesrat! Ich weiß nicht, in welcher Kuratoriumssitzung Sie das dargelegt haben. Ich weiß, es gab ein Problem in der Kuratoriumssitzung vom 16. Juni. Da hat es Termenschwierigkeiten gegeben. Aber es geht nicht nur um die Kuratoriumsmitglieder, sondern es gibt im NÖ Landtag 56 Abgeordnete und es wurde ja heute mehrmals, vor allem bei den ersten Tagesordnungspunkten dargelegt, welche Verantwortung sie übernehmen. Also wäre es doch nicht zuviel verlangt, daß Sie auch den Landtag hierüber informieren.

Ich komme aber nun zur Tourismuswerbung bzw. zum Jahresbericht 1996 der Tourismuswerbung. Wie das letzte Mal muß ich auch heute feststellen, daß sie sehr wenig aussagekräftig ist, die Analyse zur Bilanz eher dürftig. Ich habe eine Bilanzsumme von 17,4 Millionen, 7,4 Millionen oder 42 Prozent sind sonstige Rückstellungen. Ich habe das im Ausschuß gefragt. Ich habe hier auch die Antwort von Dir vorliegen. Hier heißt es: Die Position Rückstellungen umfaßt nicht konsumierte Urlaube - einverstanden - sowie Beratungs- und Prüfungskosten - einverstanden - vor allem aber vertragliche Verpflichtungen der NÖ Werbung für das Folgejahr, z.B.

Werbekampagne, Messebesuche, Kooperationsprojekte - nicht einverstanden. Aus zwei Gründen: Die Niederösterreich Werbung hat ja vertraglich zugesichert einen bestimmten Betrag jährlich zur Verfügung. Das heißt, wenn sie heuer mit großem Gewinn bilanzieren würde, wäre jederzeit eine Anpassung des der Niederösterreich Werbung aus dem Budget zur Verfügung gestellten Betrages möglich. Das heißt, wir könnten das Landesbudget auch entlasten und müßten nicht diesbezüglich Rückstellungen bilden, weil ja bei Abschluß längerfristiger Kooperationsprojekte, Werbekampagnen und Messebesuche die Niederösterreich Werbung selbstverständlich mit fixen Einnahmen rechnen kann.

Ich habe in dieser Bilanz noch gefunden bei einer Bilanzsumme bitte von 17,4 Millionen Schilling sonstige Forderungen von 5,5 Millionen Schilling. Das ist etwa ein Drittel der Bilanzsumme. Mich würde schon interessieren, woraus die bestehen. Auch darüber gibt es keine Aussage. Über drei Millionen Schilling, Hohes Haus, wurden für Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgegeben. Der Betrag scheint in einem Jahr doch sehr hoch. Ich weiß nicht, ob die EDV-Ausrüstung der NÖ Werbung sehr teuer war oder ob man hier bei der Bürousausstattung, bei der Büroeinrichtung doch eher etwas sehr großzügig gehandelt hat.

Herr Landesrat, Du hast auch Aufschluß gegeben über meine Frage, warum laut Gewinn- und Verlustrechnung der Personalaufwand von drei Millionen Schilling auf 7,3 Millionen Schilling angestiegen ist. Bitte, diese Auskunft habe ich auch dem Lagebericht entnehmen können. Nur muß man die doch ein bißchen näher untersuchen. Laut Lagebericht ist diese Erhöhung der Personalkosten über vier Millionen Schilling darauf zurückzuführen, ich zitiere wörtlich, daß "die Anzahl der Landesbediensteten um drei Personen reduziert wurde und diese durch Angestellte der GesmbH ersetzt wurden". Das bedeutet doch, Hohes Haus, daß die Ersatzkräfte im Durchschnitt Jahreskosten von 1,4 Millionen Schilling bitte pro Person oder über 100.000,- Schilling verursachen. Da frage ich mich schon, ob das der richtige Weg ist. Ich frage mich, ob es sich hier nicht nur um den Ersatz dieser drei Personen handelt, ob nicht hier ein Teil der ausgewiesenen Personalkosten auch zu entsprechenden Gehaltserhöhungen für die auf dem freien Markt aufgenommenen Mitarbeiter herangezogen wurde. Und ich meine, nachdem ich auch letztes Jahr Dich, Herr Landesrat, ja gebeten habe, in detaillierte Unterlagen Einsicht

nehmen zu können und das aber abgelehnt wurde, daß man vielleicht für die Zukunft einen Bilanzbericht umfassender gestalten sollte, damit es nicht jedes Jahr die gleichen Fragen gibt.

Weiters kann ich aus dem Bericht entnehmen, daß sage und schreibe von der Tourismuswerbung 132.000 Prospekte zur Bewerbung des neuen Welcome-Tickets gedruckt wurden. Ich habe das auch in der Budgetdebatte bereits gesagt, daß dieses Welcome-Ticket einen sicherlich sehr hochtrabenden Namen hat, daß man hier gegen Vorauszahlung in 90 niederösterreichischen Privatquartieren mit Frühstück nächtigen kann. Mich würde interessieren, Herr Landesrat, daß Du bitte dem NÖ Landtag mitteilst, wie viele Welcome-Tickets, die mit 132.000 Prospekten beworben wurden, wirklich verkauft werden konnten. Ich habe dann von der Tourismuswerbung auch Unterlagen bekommen über Verlagsseiten in verschiedenen Zeitungen. Und da ist mir auch eine Unterlage zugesandt worden, die in 240.000 Zeitungen in Deutschland beigelegt ist, mit dem Titel "Zum Weinherbst in Niederösterreich mit dem Welcome-Ticket". Ich frage Dich, Herr Landesrat, ob Du wirklich der Meinung bist, daß das die richtige Werbung für den Tourismus in Niederösterreich ist, daß man in 240.000 Zeitungen in Deutschland zum Weinherbst in Niederösterreich mit dem Welcome-Ticket wirbt und hier nicht für die Gastronomie, für die Hotellerie eine entsprechende Werbung macht.

Und jetzt komme ich schon zum letzten Punkt meiner Ausführungen. (*LR Gabmann: Gottseidank!*) Meinst Du Gottseidank? Das ist schlimm, wenn Du die Debattenbeiträge der Abgeordneten so ernst nimmst, daß Du sagst Gottseidank. Ich nehme das zur Kenntnis.

Im Tätigkeitsbericht der Tourismusabteilung für 1996 steht bitte auf Seite 110, daß aus dem Voranschlag dieser Abteilung die NÖ Werbung GmbH mit zirka 33,8 Millionen Schilling gefördert wird. Außerdem lesen wir in diesem Bericht, daß die Abstimmung der Aktivitäten der NÖ Werbung mit den Aufgaben der Tourismusabteilung regelmäßig erfolgte. Anders aber, Herr Landesrat, ist dieser Beitrag des Landes Niederösterreich von 33,8 Millionen Schilling im heute zur Debatte stehenden Bericht der NÖ Werbung GmbH zu lesen. Denn hier sind lediglich 31,1 Millionen Schilling, also um 2,7 Millionen Schilling weniger, ausgewiesen. Ich frage mich schon, wohin sind diese 2,7 Millionen Schilling gekommen? Ich meine, Hohes Haus, diese Differenz, vielleicht ist sie nur auf die unzureichende Analyse und die Interpreta-

tionen zur Bilanz im Bericht der Niederösterreich Werbung zurückzuführen. Vielleicht ist diese Differenz auf die Kameralistik zurückzuführen. Ich meine aber schon, daß diese Differenz hier und heute aufgeklärt werden sollte. Dies vor allem auch deshalb, weil laut Landesverfassung dem Finanzkontrollausschuß im Bezug auf die NÖ Werbung GmbH keine Prüfkompetenz zusteht, da sich nicht alle einhundert Prozent der Geschäftsanteile im Eigentum des Landes Niederösterreich befinden. Ich lade Dich wirklich, Herr Landesrat, sehr herzlich ein, diese Differenz hier im Hohen Haus auch heute und hier aufzuklären. Denn daß es von der Tourismusabteilung mit den Zahlen nicht so genau genommen wird, ersehe ich praktisch aus einem Interview von Dir, das auch von der Landeskorrespondenz am 25. Juni 1997 wiedergegeben wurde: Jahresberichte für Tourismus und Wirtschaftsförderung, Landesrat Gabmann: Je drei Milliarden an Investitionen ausgelöst. Wo Du zitiert wirst, daß im Tourismusbereich die Fondsmittel bei 140 Millionen gelegen sind. Wogegen wir heute dem Bericht entnehmen können, daß dem Fonds nur 121 Millionen zugeführt wurden. *(Beifall bei der FPÖ und auf der Galerie!)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Bevor ich dem nächsten Redner, Herrn Abgeordneten Keusch das Wort erteile, möchte ich nur darauf aufmerksam machen, daß die Besucher, die auf der Galerie die Diskussion im NÖ Landtag verfolgen, nicht berechtigt sind, weder Beifalls- noch Mißfallskundgebungen zu geben. Ich bitte, die Ordnung des Hauses zu berücksichtigen. Herr Abgeordneter Keusch bitte.

Abg. KEUSCH (SPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie auch mir einige Anmerkungen zu den vorliegenden Berichten zur touristischen Entwicklung im Jahr 1996, zum Jahresbericht 1996 des Fremdenverkehrsförderungsfonds und zum Prüfbericht des Wirtschaftsprüfers im Hinblick auf die Bestandes- und Erfolgsrechnung des Fonds. In Wirklichkeit müßte man meinen, daß wir Vergangenheitsbewältigung betreiben im Bereiche einer derart dynamischen Branche, nämlich des Tourismus, wenn wir am fast Ende des Jahres 1997 oder im Herbst des Jahres 1997 über die Entwicklung von 1996 reden. Das sollte zwangsläufig schon am Ende des Vorjahres geschehen, nachzudenken, was im Jahre 1997 ist und insofern meine ich, ist diese Diskussion schon etwas spät. Dennoch ist es notwendig, Vergangenheitsbewältigung zu betreiben, darüber zu reden und zumindest festzustellen, wo hat etwas geklappt und wo sollte man Verbesserungen vornehmen.

Ich möchte eingangs klarstellen und auch anerkennen, daß sich die Fachabteilung mit konkreten Maßnahmen bemüht hat, dort, wo Tourismusschwächen zu erkennen waren, eben mit Maßnahmen Veränderungen vorzunehmen. Zum Beispiel das Donauraum Coaching-Programm oder das neue Tourismusförderungssystem NÖFIT 2001, zum Beispiel die Reorganisation der Tourismusorganisation, die vorgesehen ist, oder auch die beabsichtigte Überarbeitung des Tourismusleitbildes NÖ 2001. Und auch die NÖ Werbung, die eben so vielzitierte, hat entsprechende Akzente gesetzt. Zum Beispiel den "Weinherbst" oder den "Landfrühling" oder "schönes Wochenende". Und es ist natürlich leicht, das alles zu kritisieren. Gerade im Bereich des Tourismus ist es sehr, sehr schwierig, weil halt die Entwicklung des Tourismus, wie wir ja wissen und wie auch in der Einleitung des Kollegen Dkfm. Rambossek angeklungen ist, weil der Tourismus ja keine hausgemachte Geschichte in Niederösterreich ist. Sondern weil man im Tourismus halt sehr abhängig ist von den gesamten übrigen Entwicklungen.

Ich meine, daß wir mit diesen Maßnahmen in Niederösterreich doch einen sehr interessanten und auch erfolgversprechenden Weg beschreiten. Dennoch muß man bei näherer Betrachtung manchmal den Eindruck haben, daß wir zwar viele gute Ideen haben, daß wir es aber bei der Umsetzung dieser Ideen mitunter an der nötigen Konsequenz fehlen lassen. Daß wir dann dabei in den Ansätzen steckenbleiben. Zum Beispiel haben wir die Donauschiffahrt mit viel Förderung nach dem Niedergang der DDSG wieder aufgepäppelt im Interesse der Donauraumgemeinden. Die Frage der Länderechte ist leider immer noch nicht gelöst. Obwohl sich der Herr Landesrat als *Dateline* Ende Juni 1997 gesetzt hat. Ich gebe schon zu, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt, ist es halt schwierig, zu einem Einvernehmen zu kommen. Aber trotzdem: Auf Grund dieses - ich sage es einmal - dieses Versäumnisses ist einiges Geld den Bach hinuntergegangen oder in dem Fall die Donau hinuntergegangen, weil die Schiffsverkehrsunternehmen natürlich höhere Anlegegebühren zu berappen hatten. Und das geht eindeutig zu Lasten der Schiffsverkehrsunternehmen, geht natürlich auch zu Lasten der Donauraumgemeinden, die sich eigentlich von der Wiederbelebung der Donauschiffahrt eine wirtschaftliche Belebung ihrer Kommunen erhoffen. Und es kann auch nicht so sein, daß wir dieses Problem bis zum Sankt Nimmerleinstag hinausschieben. Da muß eine Entscheidung getroffen werden. Und wenn man mit der DDSG-Holding zu keiner vernünftigen, für Niederösterreich akzeptablen

Lösung kommen kann, dann muß man halt einen anderen Weg beschreiten. Ich glaube kaum, daß es Sinn macht, dieses Problem auf dem Rücken der Schifffahrtsunternehmungen oder der Gemeinden auszutragen.

Da gibt es ein Beispiel, ich weiß nicht, ob es der Herr Landesrat gelesen hat, nämlich eine Konsequenz des Ganzen. Da lese ich in den "NÖN", daß die Brandner-Schifffahrt mit der Gemeinde Grein, mit der Stadt Grein - Oberösterreich, aber vis a vis des niederösterreichischen Donauufers - im Clinch liegt, weil die Firma Brandner ... (LR Gabmann: *Da gibt es schon einen Termin!*)

Okay, darf ich es trotzdem ausführen? Die Firma Brandner, natürlich ein bißchen finanzkräftiger, hat nicht gewartet, bis das Land die Entscheidung zustande bringt, sondern hat sich dort, wo sie anlegen möchte, selbst Anlegesteg gebaut. Und jetzt kommt die Stadt Grein darauf, zu dem DDSG-Steg und dem Brandner-Steg noch einen gemeindeeigenen zu errichten. Daß da die Dinge nicht mehr im Lot sind, wenn es darum geht, daß Brandner Sorge hat, wie er die Investitionskosten hereinbringen soll, wenn die Gemeinde aus ureigendstem - verständlichen - Interesse dann möglicherweise keine Ländegebühren verlangt, ist verständlich. Brandner sieht die Felle davonschwimmen. Und genau aus diesem Beispiel, Herr Landesrat, wird deutlich, wie wichtig die Kooperation mit Oberösterreich ist, insbesondere was den Donauraum betrifft. Und das ist ja auch als Zielsetzung im Donauraum Coaching-Programm genau formuliert. Und das ist auch genau das, was wir als Sozialdemokraten immer mit länderübergreifender Marketingorganisation gemeint haben. Hier gibt es einen Handlungsbedarf. Aber nicht nur in bezug auf Grein und auf diesen Anlegesteg, sondern grundsätzlich sollte man durch entsprechende Maßnahmen verhindern, daß sich diese Alleingänge auch in Niederösterreich breit machen. Das Problem muß gelöst werden, so oder so.

Bei der Gelegenheit, Herr Landesrat, meine Damen und Herren, darf ich auch gleich einen weiteren Appell an die Tourismusverantwortlichen in Niederösterreich anschließen. Ich bitte Sie, ernsthaft zu überlegen, ob es nicht möglich ist, die Schifffahrtsunternehmungen, die auf der Donaulinie fahren, zumindest davon zu befreien, also ihnen zu ermöglichen, nicht Linie fahren zu müssen. Das heißt, daß sie fahren können, wann sie wollen. Daß sie darin ein entsprechendes Geschäft erkennen, aber daß sie nicht fahren müssen. Oder daß man zumindest sagt, daß man einen zeitlichen Rahmen absteckt, daß man die Li-

nienschifffahrt bedarfsorientiert etwas schaumgebremster vornimmt. Denn die Chance der Donauschifffahrt liegt für die Schifffahrtsunternehmungen genauso wie für die Donaugemeinden meiner Meinung nach überwiegend im Chartergeschäft und viel weniger in der Linie. Und die finanzielle Ausstattung der Schifffahrtsunternehmen, jetzt möchte ich die Firma Brandner ausnehmen, ist ja sicher nicht so rosig. Daher ist das Geld sicherlich gut angelegt, würde eine Kapitalverbesserung bedeuten und, und, und. Ich glaube, man sollte im Interesse des Donautourismus und aller Beteiligten doch die Angelegenheit Linienschifffahrt etwas erleichtern. Das wäre mein Appell in diese Richtung.

Still, meine Damen und Herren, ist es auch um das Coaching-Programm, um das Donauraum Coaching-Programm geworden. Und ich frage mich auch, wie mein Vorredner, ob denn diese Aktion tatsächlich das Geld wert ist, das sie kostet. Weil man von einer Betreuung und von einem Projektmanagement derzeit weit und breit relativ wenig merkt. Ein Beispiel, damit ich nicht nur kritisiere und keine anderen Ansatzpunkte bringe: In der Gemeinde Ardagger gibt es derzeit ein sehr interessantes, wie ich auch meine, einmaliges Tourismusprojekt, das zu coachen wäre. Es ist so, daß die Gemeinde aus finanziellen Gründen halt dieses umfassende Tourismuskonzept entweder nicht finanzieren kann oder vielleicht nicht unbedingt finanzieren möchte. Es gibt aber einen privaten Investor, der gerne seinen schon vorhandenen Freizeitbereich, seine Freizeitanlage ausweiten möchte. Und da gibt es die Möglichkeit, Gästesteganlagen zu errichten, die Wassersportanlage zu vergrößern und einen Altarm zu erschließen. Da gibt es eine Reihe von sehr interessanten Überlegungen und Möglichkeiten, auf diesem Sektor etwas zu tun. Und ich glaube, das wäre durchaus im Interesse dieser Sparte im Tourismus notwendig.

Sehr wichtig und richtig - und da bin ich konform mit der Tourismusabteilung - erachte ich auch die Überprüfung der Effizienz der regionalen Tourismusorganisationen. Ich möchte das mit einem Beispiel wiederum aus unserer Region begründen. Die Tourismusregion Mostviertel schließt unter anderen Gebietsverbänden auch den Verband Mostarrichi und Ötscherland ein. Anders formuliert heißt es, den Donauraum und das Alpenvorland, wenn man jetzt diese Gebietsabgrenzungen nicht so genau nimmt. Beides uralte Siedlungsräume mit historischem Background. Die Interessenslagen dieser Bereiche unterscheiden sich aber grundlegend voneinander. Das bedeutet, daß beide Bereiche, der

Donauraum wie das Alpenvorland, eine differenzierte Vermarktungsstrategie benötigen. Und das ist leider in einem Verband, der dazu noch so groß ist wie "Mostarrichi" nicht unter einen Hut zu bringen. Und ich bin überzeugt, der Herr Landesrat weiß das. Der Bürgermeister Sobotka von Waidhofen/Ybbs hat sich durchaus auch in diese Richtung schon artikuliert. Und ich glaube, daß da etwas gemacht gehört. Denn auf der Strecke bleiben die Donauraumgemeinden, die gezwungen sind - wie bisher schon, und das gehört auch endlich einmal verändert - mit der oberösterreichischen Werbegemeinschaft Strudengau zu kooperieren. Jetzt sind wir wiederum dort, daß wir die Zusammenarbeit, die bundesländerübergreifende Marketingorganisation, in dem Fall mit Oberösterreich, brauchen würden. Und ich bin sicher, daß es ähnlich gelagerte Fälle gibt, die einer Lösung bedürfen.

Einen weiteren Vorschlag, meine Damen und Herren, damit es uns nicht wieder so geht, wie bei der Errichtung des Donauradweges, wo uns die Oberösterreicher um diese berühmte Nasenlänge voraus waren und wir in Niederösterreich zum Zeitpunkt, da der Radboom schon seinen Höhepunkt erreicht hat, erst fertig geworden sind mit der Errichtung der Infrastruktur, also mit dem Donauradweg auf der niederösterreichischen Seite. Damit es uns nicht wieder so geht, daß wir im Hintertreffen sind, möchte ich zwei Sportarten zum Durchbruch bringen oder ihnen zum Durchbruch verhelfen. Und zwar das Mountainbiking und das Reiten. Weil es um dieselbe Problematik geht. Und ich darf in dem Zusammenhang, weil es sich da um eine Trendsportart handelt, die auch bei der Jugend besonders ankommt, einen Resolutionsantrag einbringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Keusch, Breininger, Dkfm. -Rambossek, Ing. Dautzenberg und Ing. Wagner zum Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses betreffend NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds - Jahresbericht 1996, Ltg. 615/B-13/4, betreffend die Schaffung gesetzlicher Rahmenbedingungen für die landesweite Errichtung und den Betrieb von Mountainbike- und Reitstrecken.

Zu den Tätigkeiten des NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds gehören unter anderem die Förderung der Tourismusinfrastruktur und die Fremdenverkehrsregionalförderung. Die Tourismusinfrastrukturförderung ist eine gemeinsame Aktion mit dem Bund, wobei hier insbesondere die

Schaffung von touristischen Betrieben und Einrichtungen gefördert wird. Die Fremdenverkehrsregionalförderung des Landes Niederösterreich fördert unter dieser Aktion Gemeinden und Vereine, die die Errichtung und den Ausbau von Fremdenverkehrseinrichtungen forcieren.

In den letzten Jahren hat sich das Fahren mit geländegängigen Mountainbikes und Reiten immer mehr zu einer echten Trendsportart entwickelt. Dieser Trend muß seitens des Landes im Sinne der Reiter und Radfahrer, darüber hinaus aber auch im Sinne der Tourismusgemeinden unterstützt werden. Derzeit laufen viele Mountainbiker und Reiter Gefahr, durch ihre Aktivitäten Besitzstörungen auf fremdem Gut zu begehen. Es ist dem Tourismus in Niederösterreich nicht förderlich, wenn die Österreichischen Bundesforste ein nicht unerhebliches Benützungsentgelt verlangen, da ja feststeht, daß die Forstwege mit Steuergeldern errichtet wurden und daher kein Grund ersichtlich ist, warum die Sportler dafür ein Entgelt entrichten müssen. Selbstverständlich muß darauf geachtet werden, daß im Interesse der Landwirtschaft und der Jagd nicht überall gefahren bzw. geritten werden darf, sondern nur auf gekennzeichneten Mountainbike- bzw. Reitstrecken.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, beim Bund vorstellig zu werden, daß gesetzliche Rahmenbedingungen für die Errichtung und den Betrieb von Mountainbike- und Reitstrecken geschaffen werden, sowie unverzüglich mit den Österreichischen Bundesforsten in Verhandlung zu treten, mit dem Ziel, eine kostenlose Benutzung der Forststraßen zu erreichen."

Meine Damen und Herren, ich würde Sie bitten, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

Ich möchte nun zum Bericht über den Fremdenverkehrsförderungsfonds kommen und meine, daß das Kernstück des Prüfberichtes, auf das auch das Hauptaugenmerk zu legen ist, die Entwicklung des verfügbaren Stammvermögens, also des verfügbaren Fondsvermögens ist. Weil es genau darum geht, eine Überschuldung oder Insolvenz des Fonds hintanzuhalten. In diesem Prüfbericht wird unter Berücksichtigung aller zukünftigen finanziellen Verpflichtungen, die aufgelistet sind, das verfügbare Fondsvermögen mit 98 Millionen Schilling dargestellt. Das mag für manche durchaus ausreichend dotiert erscheinen.

Zu berücksichtigen ist meiner Meinung nach, daß bedeutende Großinvestitionen im Tourismusbereich ins Haus stehen. Winterinfrastrukturprojekte, Kollege Dkfm. Rambossek hat einige Projekte angeführt, die den Fonds bei einer kurzfristigen Realisierung von einigen Jahren doch ein wenig auszehren könnten. Und ich habe die gleiche Sorge wie der Herr Kollege Dkfm. Rambossek, ich komme noch dazu. Nämlich, bezüglich des Landesbeitrages an den Fonds, und davon lebt der Fonds ja, daß das Land ihm entsprechende Mittel zur Verfügung stellt zur Wirtschafts- und Tourismusförderung, daß dieser Landesbeitrag an den Fonds seit einigen Jahren beträchtlich reduziert wurde. Und parallel dazu - und das ist das Positive - ein sehr ambitioniertes Fördersystem, nämlich NÖFIT 2001 beschlossen wurde, das von der Tourismuswirtschaft auch sehr gut angenommen wird. Es ist daher, Herr Landesrat, bei den nächsten Budgets schon dafür Sorge zu tragen, daß der Landesbeitrag an den Fonds wiederum eine Höhe erreicht, wie wir sie schon vor den letzten Budgets gehabt haben. Daß wir ihn wieder höher dotieren, damit er nicht in Liquiditätsprobleme kommt oder daß der Fonds gar, wie es schon einmal der Fall war, am Kapitalmarkt Geld aufnehmen muß. Denn das ist die teuerste Lösung. Da gibt es zweifelsohne bessere Regelungen. *(LR Gabmann: Da kommen ja die EU-Mittel noch dazu.)*

Okay. Im Vergleich zu damals ist das eine Veränderung. Trotzdem sollten wir aufpassen, weil die Projekte natürlich schon eine gigantische Summe ausmachen, diese großen Brocken, zum Unterschied von früher. Und das kann natürlich schon dazu führen, daß man vielleicht einmal in eine Liquiditätsproblematik kommt.

Was die Förderungsaktionen anlangt, möchte ich mich darauf beschränken festzustellen, daß im Jahr 1996 um 50 Anträge mehr bewilligt wurden als im Jahr davor und daß auch das Fördervolumen mit fast einer Milliarde um zirka 49 Prozent höher liegt als im Jahr 1995. Der Stilbruch ist allerdings der, daß die Auszahlungsquote mit 14,6 Millionen um 10 Prozent niedriger gelegen ist als im Jahr 1995. Auffällig in dem Zusammenhang ist meiner Meinung nach die restriktive Vergabep Praxis bezüglich der Direktdarlehen des Landes. Und zwar betrifft das die Fremdenverkehrsregionalförderung. Das sind zinsenlose Darlehen an Gemeinden und Vereine. Gestiegen ist das Förder- und Investitionsvolumen. Der Auszahlungsbetrag ist aber bei dieser Aktion um 25 Millionen oder 67 Prozent zurückgegangen. Positiv entwickelte sich die Prämienaktion, die Pro-Fremdenverkehrsaktion ist bedeutend angewachsen, das Beteiligungsmodell wird auch stärker in Anspruch ge-

nommen. Rückläufig sind die Zinsenzuschußaktionen. Ich möchte mich hier nicht verbreitern, sondern wen es im Detail interessiert, der soll sich den Bericht anschauen. Ich möchte Ihnen das im Detail wiederzugeben ersparen, meine Damen und Herren.

Zusammenfassend meine ich in Anlehnung an den Tourismusslogan "das weite Land", daß wir noch einen weiten, vielleicht auch holprigen Weg im NÖ-Tourismus zu bewältigen, zu beschreiten haben. Ich meine aber auch, daß wir ganz gut im Rennen liegen, vergleichsweise zu anderen Bundesländern. Und ich darf feststellen, daß wir Sozialdemokraten die Berichte zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der SPÖ und LR Gabmann.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Prof. Breininger.

Abg. BREININGER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus!

Es ist wenig hilfreich, über Jahre hinweg uns selber Zahlen vorzuhalten, statistische Zahlen, die man so oder so auslegen kann, die aber zugegebenermaßen existieren, ohne etwas dagegen tun zu können. Zahlen im Tourismus, Zahlen im Kurtourismus sind von uns leider nicht beeinflussbar. Sie bewegen sich im Rahmen der gesamten europäischen Wirtschaft, ja sogar der Weltwirtschaft.

Es gibt aber, auch das sei zugegeben, Teile des Tourismus und Zweige des Tourismus, die gerade in einer wirtschaftlichen Teilkrise, die wir erleben - Teilkrise Sparpaket usw. - wieder florieren. Das sind Billigreisen, fernöstliche Destinationen ... Das alles wissen wir. Aber bitte, hören wir auf, uns für Nächtigungszahlen zu entschuldigen, für die wir alle miteinander nichts können. Wir hätten alle gerne mehr. Und ich würde sie gerne nehmen. Es ist nicht steuerbar, außer über Qualität, über Angebot. Unser aller Ziel ist es, Nächtigungen durch Qualitätsverbesserungen zu erreichen. Ich habe schon oft an diesem Pult gesagt, warum - und das wurde dankenswerterweise auch festgestellt von den Rednern - warum investieren wir denn soviel, Gemeinden, Hoteliers, Gasthäuser? Mit einem Ziel läßt sich die Wertschöpfung, das, was der Gast daläßt, vergrößern, der Umsatz, und auch eine Nächtigungserstreckung erzielen. Wenn wir den Gast dazu bringen, nur eine Nächtigung, eine Nacht mehr zu bleiben als er irgendwo zu bleiben vorhatte, dann hätten wir bei über fünf Millionen, sechs Millionen Nächtigungen schon sehr viel erreicht.

Aber bitte, jetzt einmal deutlich gesagt: Schwarzmalerei, düstere Prognosen oder nachherige Statistiken nützen nichts, sie sind nicht hilfreich. Reden wir einmal - und es bleibt uns gar nichts anderes übrig, als das zu tun - reden wir einmal, wie Farnleitner und Gabmann es - ich war nur am Rande dabei - bei dem Gespräch in Grafenegg besprochen haben, von der Wertschöpfung. Es gibt eine Smeral-Studie von der Bundeskammer über die Wertschöpfung, die auch davon spricht, was gibt der Gast eigentlich aus, unabhängig von der Länge der Verweildauer.

Wenn Sie eine Nächtigung mit 1.000,- Schilling berechnen, aber schon inklusive Essen und was man sonst noch dazurechnet - tausend ist eine mittlere Zahl, die richtig gegriffen ist, anhand von Baden haben wir das schon durchstudiert - dann kommen Sie bei 1.000,- Schilling pro Gast schon einmal auf einen Koeffizienten, mit dem Sie multiplizieren können. Und da kommen Sie drauf, welchen bedeutenden Anteil der Tourismus eigentlich in der Wirtschaft hat. Obwohl das bei den Ortstaxen und bei den Regionaltaxen überhaupt nicht drinnen ist. Wir haben das sehr spät in Baden auch zu rechnen begonnen. Und da sieht man die Welt schon anders. In einer Zeit, in der Menschen kürzer verweilen, der Städtetourismus kürzer stattfindet, wo man nach London, Paris und in andere Weltstädte nur mehr drei Tage fährt, drei Tage oder vier Tage dort verbringt, muß man doch einsehen, daß man in einem niederösterreichischen Ort, der nicht so bedeutend ist, der nicht so weltberühmt ist, halt auch kürzer verweilt oder ihn "mitnimmt" mit dem Besuch einer anderen Großstadt. Außer es gelingt uns, durch Entwicklung besonderer Angebote, durch Schlechtwetterprogramme - auch das gehört dazu - den Gast ganz woanders hinzubringen, nämlich nicht auf *Sightseeing*, sondern ihm einen Grund dafür zu geben, länger zu bleiben.

Zum Beispiel haben wir in Baden - Entschuldigung, ich will keine Werbung machen, aber da weiß ich, wovon ich rede, da kann ich aus der Praxis reden - wir haben in Baden 250.000 Nächtigungen, die drei Wochen bleiben. Weil die Kur drei Wochen dauern muß, will sie medizinisch erfolgreich sein. Wir haben ja nur mehr 500.000, einmal waren es 600.000 und einmal in der Glanzzeit waren es schon 650.000. Die Entwicklung ist ja auch an uns nicht spurlos vorübergegangen. Dann haben wir 250.000 Nächtigungen, die machen leider nur einen Tag Seminartourismus. Früher hat so ein Seminartourismus zwei, drei Tage gedauert. Die Firmen sparen mit *Incentives*, mit Belohnungen;

einen Tag nur mehr, ja manchmal nur mehr Ausflüge von Firmen, einen Tag ohne Nächtigung. Das alles muß man ja bedenken; alles spart. Und so bekommen wir das leider auch in einer Kurstadt zu spüren. Es betrifft nicht nur uns, wahrscheinlich ist es in Harbach dasselbe. Harbach nicht so sehr, weil die setzen ja fast nur auf Gesundheitstourismus, damit kommen sie im Schnitt dann auf vier Tage durchschnittliche Verweildauer. Also sprechen wir bitte, nicht, weil wir nicht müssen oder nicht wollen, nur weil es uns nicht weh tut, wir können alle nichts dafür, künftig auch von der Wertschöpfung pro Gast. Im Gabmann-Programm 2001 ist jetzt etwas drinnen, das auch Farnleitner angekündigt hat: Wir wollen einen neuen Parameter schaffen, die Wertschöpfung zu messen, um dort einmal drehen zu können, um dort zu schauen, ob sich der Umsatz optimieren läßt.

Ich bedanke mich bei den Vorrednern natürlich auch für die Zuerkennung der Nützlichkeit der Zuwendungen und der Unterstützungen für bedeutende Orte in Niederösterreich, die eine lange Kurtradition haben und die natürlich Aufrüstung brauchen. Ob die Debatte zu spät ist, jedesmal jetzt im Oktober über den vorjährigen Bericht zu sprechen, mag eine berechtigte Frage sein. Aber es wird technisch nicht anders gehen, es muß der Prüfungsbericht erstellt werden, es muß Einschau gehalten werden, es gilt Fristen zu beachten. Vielleicht schafft man es ein bißchen früher. Aber letztlich werden Maßnahmen sicherlich immer dann sinnvoll sein, wenn sie schon im Jänner ansetzen, das hast Du ja gemeint. Und da muß man bitte auch, selbst wenn man kritisch ist, sagen, daß die Maßnahmen sehr wohl schon jeweils zum Jahresbeginn ansetzen, ja, mehr noch, im Vorjahr begleitend ansetzen. Weil man ja schon im Lauf eines Jahres sehen kann, wohin sich die Tourismuszahlen und die Statistiken entwickeln.

Interessantes Abenteuer oder Begebenheit vor diesem Debattenbeitrag, vor diesem Punkt - es passiert manchmal auch etwas Erfreuliches. Gerade, als ich mich vorbereitet habe, hier auch den anderen Sprechern zuzuhören, um meinen Debattenbeitrag liefern zu können, hat mich der Herr Abgeordnete Dr. Michalitsch hinausgerufen. Es ist eine Gruppe von Kulturtouristen draußen aus dem St. Pöltener Raum, aber auch aus anderen Gegenden, Hoteliers, Praktiker, Theoretiker, die wollen uns, dem Landtag, und haben sich deshalb an uns gewandt, eben sagen, daß man Kultur und Tourismus mehr vernetzen sollte und wie man das tun sollte. Wir haben mit ihnen gesprochen. Ich habe gleich gesagt, das tun wir ohnehin schon lang, das wissen wir auch, daß

Kultur und Tourismus einander bedingen. Wobei die große Kluft immer zu überwinden ist, die Kulturleute sagen, Kultur muß im gläsernen Turm stattfinden, braucht die Entschuldigung, die Begründung des wirtschaftlichen Tourismus nicht. Und die Touristiker sagen oft, muß man auch zugeben, was brauchen wir die Kultur, die hochgestochene, wir sind Praktiker. Beide haben Unrecht, wenn sie das sagen. Beide bedingen einander, historisch und auch heute. Sie bemerken, in Kurorten, in Kongressorten seit der Römerzeit, seit 2000 Jahren hat sich immer dort, wo Tourismus und Fremdenverkehr stattgefunden hat, auch Kultur entwickelt. Natürlich! Weil der Mensch dort, wo er sich ausrasten kann, auch Hirn und Zeit und Gedanken hat für Kultur, zu geistiger Betätigung. Kultur ist ja nicht nur lesen oder nicht nur Theater spielen, da gehört ja vieles dazu. Da gehört ja eine Gesamthaltung dazu. Und andererseits sieht man, daß dort, wo Tourismus stattfindet, wo Bäder sind, Fremdenverkehr ist, wo Hotels sind, die Leute auch Schlechtwetterprogramme oder überhaupt Programme brauchen. Weil nur mit Hinfahren ist es heute nicht mehr getan. Man will ja aktiv bleiben. Körperlich zunächst, aber auch geistig. Daher bedingen Kultur und Tourismus einander immer. Das sage ich schon seit 1983 hier in diesem Haus und habe auch deshalb verschiedene Theorien abgeleitet, denen man sich aber leider in der höheren Politik nicht immer angeschlossen hat. Weil ich wüßte schon verschiedene Zusammenhänge, die man herstellen könnte. Aber was diese Gruppe uns jetzt gerade gesagt hat ist - ich habe gesagt, wir machen nur mit wenn es praktisch ist, theoretisieren tun wir nicht, dazu haben wir zu wenig Zeit - praktische Vernetzung von Synergieeffekten zwischen diesen zwei Bereichen. Und das haben diese Damen und Herren uns gezeigt. Das ist die Mappe. (*Abg. Breininger zeigt Konvolut.*) Das heißt zum Beispiel, wer hat Recht, der Theaterdirektor, der der Hotellerie vorwirft, ihr wollt immer Karten fürs Theater haben, bestellt aber keine. Ich kann sie euch ja nicht bis drei Minuten vor Beginn reservieren. Hotels, bestellt rechtzeitig euer Kontingent. Die Hotellerie wirft aber zum Beispiel den Kulturmanagern vor, gib uns Konzertkarten. Wenn unsere Gäste kommen, seid ihr immer ausverkauft. Das sind Dinge, die man besprechen muß. Darum werden wir so einen Workshop machen.

Oder zum Beispiel, konkrete Anregungen: Wunderbare Prospekte der Kulturabteilung bitte an die Fremdenverkehrsabteilung. Ein hoher Beamter ist da, ein anderer war gerade da, schade, daß er das nicht gehört hat. Das müssen wir auch Frau Landeshauptmann Prokop sagen, Landesrat

Gabmann ist ja da: Wieso können wir den herrlichen Kulturprospekt St. Pölten-Niederösterreich, der zwar ein bißchen allerheiligenmäßig noch ausschaut im *outfit*, wieso können wir den nicht auch in Englisch haben? Das kann kein großes Mirakel sein. Begründung angeblich offiziell: Ja, Englisch ist so teuer. Übersetzt werden muß es, das kostet etwas, und es muß auch gedruckt werden. Ich glaube, daran soll es nicht scheitern. Daß wir außerhalb des deutschen Sprachraums, von dem wir 60 Prozent des Tourismus ja haben, das muß man ja auch immer wieder sagen, die anderen sind so kleine *peanuts*, aber auf Englisch als zweite Sprache sollten wir setzen. Man kann nicht jede Sprache sofort anbieten, aber die englische Sprache, glaube ich, sollte man sehr bald einfließen lassen in alle Kultur- und Tourismusprospekte. Wobei es beim Tourismus ja sowieso schon stattfindet.

Und jetzt kurz, Herr Abgeordneter Keusch: Dem Mountainbike-Antrag zunächst des Abgeordneten Keusch können wir jetzt nach Modifizierung zustimmen, wie Du richtig gesagt hast. Aber ich lege Wert, daß ich das sagen kann, Modifizierung. Denn uns war der Antrag in der ursprünglichen Form ein bißchen zu vage oder zu großzügig im Eingriff in Besitztum oder in Rechte anderer. Jetzt, wo wir schreiben, nach Befragung und in Verhandlung mit dem Bund, jetzt kann man dem durchaus zustimmen. Das ist ein Trend. Aber wir wissen, daß Mountainbiking natürlich nicht nur Freunde hat, nämlich ältere Menschen, Jäger etc. Aber trotzdem, wir glauben auch, daß es, wenn es sinnvoll gemacht wird - lieber auf markierten Wegen, wo es sein darf, aber dafür woanders nicht - besser ist als der Zustand jetzt, wo nämlich überall herumgefahren wird, eigentlich verbotenerweise und ohne Kontrolle. Wir haben also auch mitgeholfen, zu modifizieren und wie ich sehe, auch andere Fraktionen.

Eigentlicher Gegenstand unserer Beratung ist der Bericht des Fremdenverkehrsfonds und seine stattgefundenene Prüfung, in der er in Ordnung befunden wurde. Ich schließe mit ein paar Kennzahlen, die wir trotz düsterer Stellungnahmen teilweise auch sagen sollten, weil sie nicht düster sind, weil sie zu Hoffnung Anlaß geben. Obwohl ich nochmals dezidiert sage, wir alle müssen - das sagen nicht nur wir, das sagt man von Paris bis zu ... in allen europäischen Ländern - die Fachleute sagen, es muß einfach wieder das Bewußtsein her beim Reisenden, beim Touristen, einfach mehr zu sehen in einer Stadt, in einer Destination, als nur das rasche *Sightseeing*. Wir müssen Gründe anbieten, länger zu bleiben. Rahmenbedingungen, die entwicklungshemmend

sind, sind eben sinkende Flugpreise, Trends zu Fernreisen. Und dieser Markt muß einmal satt werden und dann wird man wieder zum natürlichen Urlaub zurückkehren. Und da muß ich eines sagen, bitte: Wenn wir nicht wollen, wenn wir nörgeln oder kritisieren, daß die ungünstige Währungssituation uns auch im Fremdenverkehr schadet, dann kann man nicht gegen den Euro sein. Ich bin auch ein begeisterter Schillinganhänger immer gewesen, ich habe mich lange beschäftigt damit. Aber wenn wir wirklich wollen, wenn wir das wirklich wollen, brauchen wir eine feste Währung, eine die hält. Weil mit jedem Schwanken etwa der Lira - denken wir an die letzte Abwertung - wird der Italienurlaub billiger und wir haben wieder nichts davon. Also auch das würde stützen und hilfreich sein. Hier würde der Euro uns sicher hilfreich sein, uns zu behaupten im Fremdenverkehrswettbewerb, damit nicht allein wegen einer schwachen Währung die Leute 'rausfahren, woanders hin. Was sie teilweise ja auch tun, je nach Schwankung der Kurse.

(Dritter Präsident Ing. Eichinger übernimmt den Vorsitz.)

An Zahlen ist genug gesagt worden. Ich sage immer, man kann mit Zahlen alles und nichts beweisen. Man kann Statistiken so oder so bringen. Sie stimmen, aber arithmetisch gesehen. Festzustellen ist, daß trotz hohen Kuranteils in Niederösterreich, wir haben sehr viele Kurorte, und denen geht es ja nicht gut, weil die Leute Angst haben, auf Kur zu gehen. Sowohl die Dauer zu beanspruchen als auch sie überhaupt zu beanspruchen. Trotz hohen Kuranteils fallen die niederösterreichischen Ergebnisse besser aus als das gesamtösterreichische Ergebnis, wenn auch nur um Zehntelprozent. Und bitte eines: Viel, viel besser als die Kärntner Zahlen zum Beispiel. Man braucht sich nicht zu freuen darüber, weil die Kärntner können auch nichts dafür. Aber unsere Zahlen sind wesentlich besser. Das zeigt, daß auch andere Bundesländer mit Wasser kochen und auch nichts dagegen tun können, obwohl sie im sonnigen Süden leben. Unsere Zahlen sind noch relativ stabil, wenn auch wir natürlich gesamtösterreichisch gesehen ein Minus aufzuweisen haben. Aber darin unterscheiden wir uns leider nicht von irgendeinem anderen Bundesland.

Wir merken auch in der Betrachtung des Tourismusjahres 1996, daß nach Betriebsarten gegliedert die Dreisternkategorien bessere Ergebnisse aufweisen, während alle unteren Kategorien - das sieht man überall - zu Einbußen neigen, starke Einbußen hinnehmen müssen. Auch die Regionen zeigen verschiedene Bilder. Das

Waldviertel war vom Rückgang des Kurtourismus stark betroffen, wobei Harbach eine starke Rolle spielt. Wir lesen aber heute bereits sehr erfreuliche Lebenszeichen auch von dort. Ich glaube persönlich wirklich wieder, das ist kein gefärbter Optimismus, kein Zweckoptimismus. Es muß auch mit den Kuren wieder einmal besser werden. Die Leute werden Fitneß brauchen, werden nach wie vor, solange der Mensch lebt, Leiden kriegen, krank werden. Es muß der Kurtourismus auch wieder kommen. Es war aber ein Schock, der jetzt verkraftet werden mußte. Der gesamtwirtschaftlich gesehen vielleicht sogar ein heilsamer war. Allerdings merkt man, daß niemand für sich allein lebt. Über keinen Schock darf man sich freuen, denn alles ist vernetzt. Wenn ich sage, bravo, endlich nehmen die Leute weniger Kuren, merken wir plötzlich, daß daran Arbeitsplätze hängen, davon Regionen leben etc.

Die aktuelle Entwicklung 1997, damit wir von etwas Erfreulichem reden, läßt sich insofern gut an, als die punktgenauen Marketingaktivitäten greifen und strukturverändernde Maßnahmen ebenfalls greifen. Aber die rückläufige Entwicklung von der Nächtigung her ist leider auch heuer nicht zu stoppen. Wir werden auch heuer wieder rein arithmetisch ein Minus hinnehmen müssen. Aber, und damit schließe ich jetzt, wichtig ist, daß die Ankünfte wachsen und steigen. Und die Ankünfte steigen in Niederösterreich, meine Damen und Herren. Das ist ja das wichtigste, daß die Leute einmal da sind. Würden die Ankünfte schrumpfen, da würde ich Ihnen Recht geben und sagen Vorsicht! Aber da die Ankünfte steigen, kann ich sagen, ich habe den Gast hier und muß ihm jetzt angebotsorientierte Programme, Trendprogramme bieten, die verschieden sein müssen.

Die NÖFIT-Aktion 2001 ist gefallen, das ist erwähnt worden. Die Schwerpunktaktion Incentive 2001 ist zum Beispiel das, was die Gruppe uns vorgestellt hat draußen. Nur ist die Kurgruppe eine von 20 Gruppen. Incentive 2001 hat an die 20 Gruppen, ein Jugendprogramm, ein Sportprogramm. Und *Incentive* heißt ja, Anreiz geben, Motivation. Und auch Marketingprämien auszahlen, für die, die mehr Übernachtungen haben durch spezielle, spezialisierte Angebotsentwicklungen. Das geschieht und wird in Form der Schecks ausgezahlt, die wieder widmungsgerecht verwendet werden.

Daß der "Weinherbst" gegriffen hat und angekommen ist, wissen wir. Und daß ein gesamtstra-

tegisches Leitbild eben jetzt nicht nur Theorie, sondern Fleisch geworden ist, wissen wir auch. Wir arbeiten danach und nicht umsonst hat die Fremdenverkehrswerbung, die Niederösterreich Werbung viel Lob eingeheimst. Der sogenannte europäische Marktplatz bedeutet ein österreichweites Info- und Buchungssystem, an dem gearbeitet wird. Und noch einmal soll betont werden, daß wir einen Parameter schaffen müssen, die Wertschöpfung des Gastes zu messen und nicht nur seine Nächtigung. Mit diesen wie ich glaube insgesamt optimistischen Aussichten, wenn man Strukturelles sieht, schließe ich diese Ausführungen, die Betrachtungen zum Fondsbericht und kündige nochmals seitens meiner Fraktion an, daß wir dem nunmehr modifizierten Resolutionsantrag zustimmen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Worte ist gemeldet Herr Landesrat Gabmann.

LR GABMANN (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich möchte mich heute erstmals anlässlich der Debatte über den Fremdenverkehrsförderungsfonds zu Wort melden, weil hier vor allem von Herrn Abgeordneten Dkfm. Rambossek einiges in den Raum gestellt wurde, was vielleicht einer Richtigstellung bedarf.

Wir alle, meine Damen und Herren, wissen, daß sich die Welt um uns in den letzten 10, 15 Jahren eigentlich in atemberaubendem Tempo geändert und verändert hat. Die wirtschaftspolitischen Facetten, die touristischen Facetten, alles hat sich geändert. Wir leben in einem Globalisierungsprozeß mit mehr Konkurrenz, mehr Wettbewerb. Durch viele Komponenten, die von außen

auf uns zugekommen sind. Es wurde heute schon gesagt, durch Grenzöffnung, durch EU-Beitritt, durch Währungsschwankungen in den Mittelmeerlandern, Komponenten also, die von außen auf uns zugekommen sind. Und da gibt es natürlich enorme Probleme, die zu bewältigen sind und die wir lösen müssen. Und in dieser Situation gibt es natürlich auch in der politischen Kultur zwei Möglichkeiten der Auseinandersetzung, diese Probleme zu lösen. Da gibt es die eine, das gemeinsame Bemühen, das konstruktive Bemühen um Verbesserung der Situation, Strategien gemeinsam zu entwickeln, wie können wir das gemeinsam verbessern, gemeinsam Probleme lösen? Das wurde heute zum Beispiel von Abgeordneten Keusch schon eindeutig bewiesen, daß hier konstruktive Mitarbeit vorhanden ist. Und da gibt es die zweite Möglichkeit, sich satt und zufrieden zurückzulehnen und die vermeintlichen Schuldigen an diesen Problemen zu kritisieren, ohne Perspektiven aufzuzeigen, wie wir gemeinsam etwas Positives erledigen könnten. Wie wir gemeinsam positive Schritte in die Wege leiten können. Der überwiegende Teil der Mandatäre im NÖ Landtag steht zu dieser politischen Kultur des offenen, konstruktiven Dialoges. Auch wenn natürlich die Strategien, zu diesem Ziel zu kommen, unterschiedlich sind. Die einen haben diese, die anderen jene Richtung, aber wir haben alle ein Ziel vor Augen, wie wir Probleme gemeinsam lösen können.

Aber Deine Wortmeldung heute, Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek, hat keine politische Kultur gezeigt. Du hast heute wieder einmal, übrigens nicht zum ersten Mal, die Rolle des Miesmachers für Deine Fraktion übernommen. Wenn alles stimmen würde, was Du da heute hier gesagt hast, dann würde es wirklich schlecht um die niederösterreichische Wirtschaft stehen. Auch im Tourismus würde es schlecht stehen. Du hast das so dargestellt, als wäre das Bundesland Niederösterreich das letzklassigste Bundesland Österreichs. Du hast das so dargestellt, wie ein Land in der Krise, ein Land ohne Hoffnung, ein Land ohne Zukunftsperspektiven. Du hast in Deiner Rede, Herr Abgeordneter, ganz bewußt - und davon bin ich überzeugt - ein Bild von Niederösterreich gezeichnet, das nicht stimmt. Du hast damit weder dem Landtag, noch der Bevölkerung, und schon gar nicht der NÖ Wirtschaft, und schon gar nicht der Tourismuswirtschaft geholfen. Es gehört ganz einfach zur politischen Kultur, daß man sich in Sachfragen eingehend und ausreichend informiert, wenn man überzeugt und überzeugend kompetent dazu Stellung nehmen will.

Herr Kollege! Hättest Du Dich wirklich genau informiert in diesen Sachfragen, zu denen Du gesprochen hast, dann hättest Du wahrscheinlich heute anders gesprochen bei Deiner Rede. Aber ich glaube, Du willst Dich ja gar nicht informieren. Du willst Dich deshalb nicht informieren, damit Du Dich hier herausstellen kannst und kritisieren kannst und ganz einfach alles mies machen möchtest. Ich kann Dir das an drei Punkten be- weisen:

Erstens: Hättest Du Dich wirklich genau in- formiert, dann müßtest Du feststellen, daß Nie- derösterreich im Vergleich mit den anderen Bun- desländern eigentlich gar nicht so schlecht da- steht. Du hättest hier eine "Klasse" Möglichkeit. Du hättest Dich ja nur bei Deinem Kollegen, bei meinem Kollegen, dem Wirtschafts- und Tourismuslandesrat in Kärnten, Landeshauptmannstellvertreter Grasser telefonisch oder persönlich informieren können, wie es dort steht. Und wie dazu Niederösterreich steht und wie dazu der österreichische Durchschnitt steht. Kärnten ist bei weitem, bei weitem, wirtschaftlich, touristisch am schlech- testen, mit einem F-Wirtschafts- und Tourismus- landesrat. (Abg. Haberler: Mit einem schwarzen Landeshauptmann!)

Beispiel Nächtigungsstatistik, Jahr 1996: Öster- reichweit leider ein Minus von 3,5 Prozent, in Nie- derösterreich, wir liegen genau im Schnitt, eben- falls 3,5 Prozent. Kärnten doppelt so schlecht wie alle anderen - 7,5 Prozent minus, mit einem frei- heitlichen Wirtschaftslandesrat. Beispiel Nächti- gungsstatistik, erstes Halbjahr 1997: Österrei- chweit ein Minus leider von 6,7 Prozent, in Nieder- österreich darunter natürlich, 6,3 Prozent. Kärnten 9,7 Prozent, mit einem freiheitlichen Wirtschafts- und Tourismusreferenten. Beispiel 3, Nächti- gungsstatistik, Juli 1997: Österreichweit leider ein Minus von 12,9 -Prozent, Niederösterreich 9,5 -Prozent, trotz der Hochwasserschäden, trotz Kur- tourismus gerade in Niederösterreich. Kärnten mit einem freiheitlichen Wirtschafts- und Tourismus- referenten minus 14,9 Prozent.

Du hättest ihn nur anzurufen brauchen und ihn fragen, wie machst Du das oder wie machen das die Niederösterreicher, daß wir so viel besser sind? Du hast nur über Niederösterreich erzählt und wie schlecht es in unserem Bundesland her- geht. Hast Du überhaupt vergessen, wie sich die Situation in Europa, in Österreich entwickelt hat? (Beifall bei der ÖVP.)

Zweitens: Hättest Du Dich wirklich informieren wollen, dann hättest Du das Angebot unseres Geschäftsführers in der Niederösterreich

Werbung angenommen, der Dich zweimal brieflich und sehr oft telefonisch - und auch ich habe Dich oft angesprochen, Du sollst Dich doch einmal mit ihm zusammensetzen, damit er Dir erklärt, worum es wirklich geht. Er hat Dir geschrieben am 10. Juli -1997: "Sehr geehrter Herr Abgeordneter! In der Sitzung des Landtages am 24. Juni 1997 sind Sie in Ihrer Rede auf die Entwicklung des Tourismus in Niederösterreich eingegangen. Anhand konkreter Beispiele würde ich Ihnen sehr gerne belegen", - der Merkl hat das an Dich geschrieben - "daß Sie teilweise schlicht und einfach falsch informiert wurden. Einmal mehr ersuche ich Sie daher höflich, mir die Gelegenheit zu geben, sie im Rahmen eines persönlichen Gespräches mit den richtigen Informationen aus erster Hand zu versorgen. Mit der Bitte um Ter- minvorschlag verbleibe ich" Was ist geschehen? Nichts! Er hat Dir daraufhin ein Fax geschickt. Ein Fax am 6. Oktober -1997. Da steht: "In den letzten Monaten habe ich wiederholt mündlich und schriftlich, zuletzt am 10. Juli -1997, um ein Gespräch ersucht, um Sie über aktuelle Entwicklungen auf dem laufenden zu halten und allfällige Fragen zu beantworten. Dabei würde ich Ihnen auch anhand konkreter Beispiele gerne belegen, daß Sie teilweise schlicht und einfach falsch informiert wurden. Einmal mehr ersuche ich Sie daher um ein persönliches Gespräch. Es geht selbstverständlich nicht darum, künftiger Kritik vorzubeugen, vielleicht könnte ich Sie aber überzeugen, daß wir mit Konzepten und Sorgfalt einen durchaus schwierigen Markt bearbeiten. Ich bitte um Terminvorschlag." Bis heute keine Reak- tion. Keine Reaktion! Das ist für mich ein Beweis dafür, daß Du, Herr Abgeordneter, eigentlich überhaupt kein Interesse hast, Dich zu informie- ren. Du willst nur hier herausgehen und nur kriti- sieren.

Und jetzt kommt der dritte Punkt und das ist überhaupt aus meiner Sicht der Gipfel. Deine Partei hat zwei Mitglieder im Fremdenverkehrsför- derungsfonds, den Nationalrat Hermann Mentil, den Gemeinderat Anton Weißenböck, als Ersatz- mitglieder den Alex Sobata und den Herrn Manfred Götzl. Am 16. -Juni -1997 gab es eine Kuratoriumssitzung. Keiner dieser vier Mitglieder des Kuratoriums ist bei dieser Sitzung erschienen. Einer hat sich wenigstens entschuldigt. Keiner ist erschienen! Und gerade bei dieser Sitzung sind all diese Fragen, die Du an mich schriftlich gestellt hast, und die Du heute hier gefragt hast, bespro- chen und einstimmig beschlossen worden. Daß Ihr nicht einmal hingehst zu diesen Kuratoriumssit- zungen ist ein Beweis für mich, daß Ihr Euch wirk- lich in Wahrheit gar nicht informieren wollt. Sonst nütze ich doch diese Chance, im Kuratorium an-

wesend zu sein und Fragen zu stellen. Also wieder ein Beweis, eigentlich hier gar nicht mitzuarbeiten, sondern nur zu kritisieren. Ein Beispiel für konstruktive Mitarbeit, für kompetente Information im gegenteiligen, im negativen Sinn.

Das erübrigt weitere Beispiele. Herr Kollege Rambossek! Ich sage das nicht, weil mich Kritik stört. Ich sage das auch nicht, weil ich empfindlich gegenüber Kritik bin. Ich habe Dir das schon einmal gesagt, ich bin nicht in einem Mädchenpensionat aufgewachsen. Mir ist jede offene, jede kritische Diskussion mit bravourösen Argumenten lieber als schweigende Zustimmung. Aber Kritik nur, wenn sie von kompetenten, von überzeugenden Leuten kommt, die sich auch mit dem Anliegen identifizieren. Und diesen Eindruck habe ich ganz einfach nicht, wenn man gar nicht will, daß man sich informiert. Wenn Du Dich überhaupt nicht mit dieser Sachlage auseinandersetzt, dann kannst Du natürlich nicht den letzten Informationsstand haben. Aber Gottseidank denken andere auch anders und arbeiten andere auch mit.

Ich lese jetzt einige Passagen vor, die mir geschrieben wurden. Da schreibt aus Hohenwarth die Firma Hans Setzer: "Nachdem wir unser Winterfest im Rahmen des NÖ Weinherbstes so überaus erfolgreich veranstaltet haben, möchte ich mich im Namen der Hohenwarther bei Ihnen und Ihrem Team sehr herzlich bedanken. Herzlichste Gratulation." Nächstes Schreiben: Schloßhotel Rosenau, unterschrieben Gerda Pfäuser: Sehr geehrter Herr Landesrat! Der Katalog "schönes Wochenende", Katalog "Landfrühling", ein deutliches Nachfrageplus. Nächtigungssteigerungen - Gratulation. Gasthof Mandl, Göstling - aus allen Ecken Niederösterreichs: Broschüre "schönes Wochenende", "Weekendangebot", überraschend positivstes Echo, Umsatzsteigerung 358.000 usw. - gratuliere! Der Herausgeber der "Autorevue", Herbert Völker, schreibt dem Klaus Merkl: Jetzt einmal ganz ohne Flax. Ich bin stolz auf Dich. Die jüngsten Publikationen zum "Land der Genießer" sind super-professionell, auf höchste Weise sympathisch, dazu wirklich praktisch und hilfreich, selbst für einen, der sich schon ein bißchen auskennt. Wirklich ein Musterbeispiel, wie so etwas aussehen kann, wenn man es klappt macht. Herzlichste Gratulation. "Touristik Austria", ein Medium, das es österreichweit gibt: Sieg über Resignation. Vorbildliche Aktion Niederösterreichs. Wirtshausaktion, "Incentive 2000", "schönes Wochenende", "Weinherbst", "Landfrühling", "Land der Genießer", toll im Marketingbereich.

Und dann habe ich einen ganz besonderen Brief. Dann schreibt mir bzw. dem Herrn Merkl einer: "Angesichts der zahlreichen Auszeichnungen der Niederösterreich Werbung wird es bald notwendig sein, einen Schimmel-Gratulationsbrief zu entwerfen. Spaß beiseite. Als Weinliebhaber ist es mir ein besonderes Bedürfnis und eine Freude, Ihnen und Ihrer Mannschaft zur Auszeichnung für das Projekt 'Weinherbst Niederösterreich' zu gratulieren. Beste Grüße, Wünsche für weitere Erfolge sagt Ihnen und Ihrem gesamten Team ..." - was glaubst Du, Herr Abgeordneter, wer das geschrieben hat - "Dein Landesrat Hans Jörg Schimanek". (*Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP.*) Er ist ganz anderer Meinung als Du.

Also, Herr Abgeordneter Rambossek! Durch Desinteresse, durch Miesmacherei können wir unserem Land nicht behilflich sein. Wissen Sie, was wir brauchen, Herr Abgeordneter? Wir brauchen Aufbruchstimmung statt Resignation. Wir brauchen Optimismus statt Krankjammerei. Wir brauchen Eigeninitiative statt Desinteresse. Wir brauchen Verantwortungsbewußtsein für unser Land statt Miesmacherei. Kein Mensch investiert in einem Land, in dem nur mies gemacht wird. Wir brauchen Aufbruchstimmung. Es kommt nicht von ungefähr, Herr Abgeordneter, daß die Wirtschaftszahlen in Niederösterreich ganz einfach besser sind als in anderen Bundesländern. Wirtschaftswachstum, Beschäftigtenstand, noch nie so hoch: 520.000 unselbständig Beschäftigte. Die meisten Unternehmensneugründungen. Und jetzt sage ich Ihnen was, das dürfte ich noch gar nicht sagen. Der Klaus Merkl, den Sie so sehr kritisieren, der Geschäftsführer der Niederösterreich Werbung. Wissen Sie, was der wird? Der "Incomer des Jahres", gewählt von Experten Österreichs. Herr Abgeordneter, das müßte Ihnen doch zu denken geben! Ich sage Ihnen, das ist für mich ein Signal dafür, daß die Wirtschaft und der Tourismus in diesem Land gut arbeiten. Für mich ist das ein Signal dafür, daß man Vertrauen in dieses Land hat. Für mich ist das ein Signal dafür, daß man zufrieden mit dem Landeshauptmann ist, mit der Wirtschaftspolitik. Für mich ist es ein Beweis dafür, daß man gerne in diesem Land arbeitet und investiert. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Abschließend appelliere ich wirklich an alle, meine Damen und Herren: Zeigen wir Mutmacherstimmung, nicht Miesmacherstimmung! Gehen wir es gemeinsam an mit Einsatz, mit Engagement, mit Initiativen, mit Aktivitäten, mit Mut, mit Kraft, mit Selbstbewußtsein. Wir in Niederösterreich sind das Land mit den besten Chancen. Wir müssen den Erfolgen entgegengehen und nicht weggehen von Erfolgen. Und ich sage Dir ehrlich,

Herr Abgeordneter, mir ist dieses Land Niederösterreich viel zu schade, um es nur mies zu machen. Wir müssen diesen niederösterreichischen Weg fortsetzen. Ich bin stolz auf die Leistungen unseres Landes. Ich werde in diesem Sinne weiterarbeiten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Landesrat! Nach Deiner Wortmeldung muß ich doch auch Stellung beziehen und einiges ins richtige Licht rücken, was Dir offensichtlich entgangen ist oder Dir falsch berichtet wurde. Auf jeden Fall weise ich Deine Äußerung, daß von seiten der Freiheitlichen Desinteresse herrscht gegenüber der Tourismuswirtschaft, daß wir die Miesmacher sind, auf das Schärfste zurück. *(LR Gabmann: Warum geht Ihr dann nicht zu den Ausschusssitzungen?)*

Herr Landesrat, ich werde Dir das jetzt ganz klar und deutlich sagen. Du warst die ganze Zeit während meiner Rede herinnen. Ich habe klipp und klar gesagt, 12 Prozent Tourismusminus in Österreich und ich habe klipp und klar gesagt, 198 Nächtigungen weniger oder fünf Prozent. Ich habe in keiner Weise Niederösterreich mies gemacht. Und auch der Herr Abgeordnete Prof. Breininger hat klipp und klar gesagt, welcher Rückgang in Baden zu verzeichnen war. Und ich weiß nicht, was hier für ein Unterschied besteht. Und ich weise es auch zurück, was Du gesagt hast, daß wir uns zurücklehnen und nicht mitarbeiten. Denn die Tatsache der Statistik - und auch Professor Breininger hat das angeschnitten im Zusammenhang mit dem Euro, mit den Wechselkursrelationen - die Tatsache der Statistik ist, daß heute 3,8 Millionen Österreicher zumindest einmal im Jahr einen Urlaub unternehmen. Und davon fahren 63 Prozent in das Ausland, das sind 2,4 Millionen Österreicher. Das hängt wirklich nicht mit den Wechselkursrelationen des Euros zusammen, daß man hier so viel ins Ausland fährt. Ich gebe dem Professor Breininger sehr wohl recht, daß die Billigurlaubreisen, die billigen Flugreisen mitspielen. Daß wir aber uns zurücklehnen angesichts dieser Relation, und darum habe ich diese Statistik gebracht, 3,8 Millionen machen jährlich einen Urlaub und 2,4 Millionen fahren ins Ausland. Wie oft haben wir schon der Familienförderung den Vorschlag gemacht ~~schon der Familienförderung~~, daß die niederösterreichischen Familien im Land bleiben. Ich glaube, das dürfte Deiner Aufmerksamkeit, Herr Landesrat, entgangen sein.

Und was Du bezüglich des Geschäftsführers Merkl gesagt hast, das ist schon sehr komisch. Du sprichst von einem Fax vom 6. Oktober 1997, hast vorher vom Juli auch gesprochen. Das Fax ist aber erst am 8. Oktober von Merkl abgesandt worden. Und ich habe, weil der Herr Geschäftsführer Merkl heute telefonisch nicht zu sprechen war, ihm einen Terminvorschlag heute per Fax nachweislich gesandt. *(LR Gabmann: Heute - 10. 7. 1997!)*

Aber offensichtlich besteht diese Einladung des Herrn Geschäftsführers Merkl auf Grund der Fragen, die ich im Ausschuß gestellt habe. Weil es ist schon ein bißchen komisch, daß, sagen wir, Dein Antwortbrief auch am 6. Oktober datiert wurde, am 7. ist er dann eingegangen. Das Merkl-Fax ist auch am 6. Oktober datiert, aber erst am 8. leider abgesandt worden.

Und ich möchte auch noch auf das letzte, weil ich mich sicherlich von Dir nicht als Miesmacher bezeichnen lasse, zurückkommen. Du hast dann zum Schluß Deiner Stellungnahme gesprochen, wir haben die meisten Unternehmensgründungen usw. Untersuche doch bitte einmal die Unternehmensgründungen, die wir in Niederösterreich haben, ob es sich hier nicht zu einem Großteil um Absiedlungen aus Wien handelt. Und dann würde ich erst das Wort "miesmachen" in den Mund nehmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. HOFFINGER (ÖVP): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Er verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung. Zu diesem Geschäftsstück liegt ein Resolutionsantrag vor. Ich lasse zuerst über das Geschäftsstück selbst abstimmen und sodann über den Resolutionsantrag. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses):* Einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag der Abg. Keusch, Breininger, Dkfm. -Rambossek, Ing. Dautzenberg und Ing. -Wagner zum Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses betreffend Schaffung gesetzlicher Rahmenbedingungen für die landesweite Errichtung und den Betrieb von Mountainbike- und Reitstrecken): Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Dr. Mautner Markhof, die Verhandlungen zu Ltg. 616/B-8/4 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Dr. MAUTNER MARKHOF (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich berichte zur Zahl Ltg. 616/B-8/4, NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds - Jahresbericht 1996.

Die NÖ Landesregierung hat dem Landtag gesetzesgemäß über die Gebarung des Fonds sowie über dessen Tätigkeit berichtet. Sowohl den Bericht an den Landtag als auch den Rechnungsabschluß 1996 des Fonds hat das Kuratorium genehmigt.

Die NÖ Wirtschaftsprüfungs- und SteuerberatungsgesmbH Nachf. KG hat festgestellt, daß das Rechnungswesen und der Rechnungsabschluß 1996 den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Tatsachen, die Verstöße der Geschäftsführung gegen Gesetz oder Geschäftsordnung erkennen lassen, wurden nicht festgestellt. Ich darf den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses stellen (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Tätigkeitsbericht und der Rechnungsabschluß des NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds für das Jahr 1996 einschließlich des Prüfberichtes der NÖ Wirtschaftsprüfungs- und SteuerberatungsgesmbH Nachf. KG werden zur Kenntnis genommen."

Ich bitte um Debatte und Abstimmung.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Danke für den Bericht. Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich meine, daß weitreichende Veränderungen wie der EU-Beitritt, die Ostöffnung globale Produkte, ebensolche Märkte, vor allem aber auch die brutale Verstärkung der Globalisierung durch technisch rasch wachsende Kommunikationstechniken unsere Wirtschaftspolitik in Österreich aber auch in Niederösterreich vor neue Herausforderungen stellen. Ob wir nun damit einverstanden sind oder nicht, wir müssen ganz einfach zur Kenntnis nehmen, daß die Wirtschaftspolitik heute keine rein nationale Kompetenz mehr ist. Die Frage ist vielmehr nach meinem Dafürhalten, wie

wir uns diesen Veränderungen stellen bzw. stellen werden, welchen Einfluß wir im Lande selbst bei der Festsetzung der notwendigen Rahmenbedingungen ausüben können.

Heute steht der Bericht 1996 des Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds zur Debatte an. Wir entnehmen aus acht Seiten die Geschäftstätigkeit des Fonds, die wirtschaftliche Lage, die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, auf einer halben Seite wird der Rechnungsabschluß kommentiert, und auf 70 Seiten erhalten wir zahlenmäßige Übersichten über die einzelnen Förderungsaktionen.

Der Bericht zeigt uns, daß im Jahre 1996 ein Fördervolumen von insgesamt 1,8 Milliarden bewilligt wurde. Wir erfahren weiters, daß der Landesbeitrag von 273,1 Millionen Schilling auf 227,5 Millionen gekürzt wurde. Wir erfahren weiters, daß rund 433 Millionen Schilling an Förderungsaktionen ausbezahlt wurden. Wir entnehmen aus dem Bericht, daß die EU-Kofinanzierungen 19,5 Millionen Schilling betragen haben. Als Vergleich dazu, Hohes Haus, erwähne ich nur, daß der EU-Beitrag Niederösterreichs 1996 eine Milliarde Schilling und 24 Millionen betragen hat. Das heißt, daß die Kofinanzierungen von 19,5 Millionen Schilling, die aus Brüssel geholt werden konnten, nicht unbedingt als sehr hoch bezeichnet werden müssen.

Ich habe es schon erwähnt, daß wir in einem größeren Markt aber auch einen Handlungsspielraum für die Wirtschaftspolitik auf nationaler Ebene haben. Und ich meine, dieser muß vor allem genutzt werden, damit wir im Wettbewerb der Standorte in Europa eine vorteilhafte Ausgangsposition beziehen. Es gilt vor allem die Standortposition zu stärken. Und ich erwähne hier nur eine Studie, einen Standort- oder Wettbewerbsvergleich des renommierten Genfer World Economic Forums, welches jedes Jahr die Wettbewerbsfähigkeit von 46 Staaten mißt. Diese ist bedauerlich, aber nicht hoffnungslos. Wir sind vom siebten Platz 1993 auf den 19. Platz im heurigen Jahr zurückgefallen. Ich gebe jetzt auch noch die Expertenmeinung dieser Genfer Ökonomen wieder, die vor allem die Problematik in zwei Bereichen sehen: Daß die öffentliche Hand in Österreich allein mehr als 40 Prozent der Haushaltseinkommen verbraucht, 19 Prozent davon für den öffentlichen Konsum, 23 Prozent für Transfer und Förderung. Was mich etwas nachdenklich stimmt, ist die Tatsache, daß wir uns weiterhin ein bißchen im Abwärtstrend befinden, aber vergleichbare Volkswirtschaften Plätze gut gemacht haben wie Finnland,

Niederösterreich und Neuseeland, und uns überrundet haben. Ich glaube daher, daß wir alle, nicht nur österreichweit, sondern auch in Niederösterreich nachdenken müssen, was zu tun ist, um unseren Wirtschaftsstandort zu stärken. Und ich gebe jetzt auch ein paar Expertenmeinungen der Genfer Ökonomen wieder, was diese gemeint haben. Daß Maßnahmen vor allem in folgenden Bereichen dringend notwendig sein sollen: In den Bereichen Privatisierung, Deregulierung, Entbürokratisierung, im Bereich der Systemkosten wie Arbeitskosten, Bürokratiekosten, Infrastruktur- und Energiekosten, wobei vor allem die Reduzierung von Systemkosten eine der wesentlichen Standort sicherungsmaßnahmen ist. Und drittens der Bereich der Entwicklung neuer Technologien im Bereich der Infrastrukturpolitik aber auch in Bereichen unseres Bildungssystems, denn neue Technologien und höhere Spezialisierungsgrade und die wachsende Internationalisierung erfordern auch ein neues Qualifikationsniveau.

Wir brauchen aber auch verlässliche Rahmenbedingungen, um bestehende Unternehmungen zu neuen Investitionen zu veranlassen und potentielle Investoren zu gewinnen. Aber auch, um den heimischen Mittelstand zu stärken. Denn der Mittelstand ist, und wird es auch in Zukunft bleiben, das Rückgrat unserer Wirtschaft. Was nun die verlässlichen Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft betrifft, so möchte ich Ihnen das 23 Punkte umfassende alphabetische Sündenregister der SPÖ/ÖVP-Koalition auf Bundesebene, das von der Abschreibungsdauer für die Pkws bis hin zu den Zusatzkosten für Unternehmen durch Krankenscheineinhebung reicht, heute ersparen, um die Redezeit nicht über Gebühr in Anspruch zu nehmen. Nur eines möchte ich schon sagen, weil gerade Sie, Herr Landesrat, und vor allem die Mitglieder der ÖVP-Fraktion immer von den positiven Auswirkungen, von den positiven Wirtschaftsfolgen unseres EU-Beitrittes sprechen und diese verkünden. Mir liegt nach wie vor ein Argumentarium zum EU-Beitritt von der Politischen Akademie der Österreichischen Volkspartei vor - das ist keine Miesmacherei - worin in einer Grafik glaubhaft zu machen versucht wird, daß nach dem EU-Beitritt die Beschäftigung lautet plus 55 Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum plus 3,6 Prozent, Preise minus 5,2 Prozent. Ich nehme heute stark an, daß sich die ÖVP von diesen seinerzeitigen Aussagen bereits distanziert hat und diese seinerzeitigen Aussagen, die alle nachvollziehbar sind, die man auch genau vorlesen könnte, dem Bereich der Schönfärberei zuordnen wird. Ich meine aber, daß weder Schönfärberei noch Pessimismus unserer Wirtschaft gut tut. Ich meine daher auch

abschließend, daß nicht sehr viel Zeit mehr zur Verfügung steht, die neuen Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik unseres Landes anzunehmen. Ich meine aber auch, daß die von Experten, von den Genfer Ökonomen erarbeiteten und von mir dargestellten Maßnahmen auch auf niederösterreichischer Ebene in unserem Land einzuleiten wären. Denn ich meine, daß ohne eine Standortoffensive in unserem Land vor allem die wertschöpfenden Arbeitsplätze in rasendem Tempo verschwinden werden. Und ich hoffe sehr, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, ich hoffe wirklich, daß wir das alle sicherlich nicht wollen. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Rupp.

Abg. RUPP (SPÖ): Sehr verehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Im Rahmen der Förderungsaktion wurden 1996 über den NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds rund 433 Millionen Schilling ausbezahlt. Damit liegt das Niveau der Auszahlung geringfügig unter jenem des Jahres 1995. Die Genehmigung im Rahmen der EU-Programme, Zielgebietsprämien für Ziel 2- und Ziel 5-Gebiete, wirken sich für 1996 noch nicht aus, da es sich meist um Projekte handelt mit einem Durchrechnungszeitraum von ein bis zwei Jahren und die Auszahlung erst nach Fertigstellung erfolgen kann.

Die wichtigsten Eckpunkte der Förderungs politik waren 1996 strukturverbessernde Maßnahmen, Betriebsansiedlungen und Maßnahmen in Technologie und im Innovationsbereich. Bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Lage 1996 kann man im Nachhinein feststellen, daß der kurzfristige Rückgang in der Bauwirtschaft und in der Industrieproduktion durch den ungewöhnlich kalten Winter 1996 im Frühjahr wieder wettgemacht werden konnte. Weiters belasteten die umfangreichen Wechselkursverschiebungen des Frühjahres 1995 noch im Folgejahr die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Einzelne Wirtschaftsbereiche hatten mit spezifischen Struktur-Anpassungsproblemen zu kämpfen. Die Ostöffnung macht sich besonders in rohstoff- und lohnintensiven Gewerbe- und in Industriezweigen als Billigkonkurrenz stark bemerkbar.

In Niederösterreich steigerten acht Bereiche ihre Wertschöpfung: Industrie, Gewerbe, Energie, Handel, Verkehr, Vermögensverwaltung, öffentlicher Dienst und sonstige Dienste. Im Bundesdurchschnitt gab es nur in der Industrieproduktion

höhere Steigerungsraten. Ein Rückgang der Wertschöpfung war in Niederösterreich und in Österreich auf den Baubereich und das Beherbergungs- und Gaststättenwesen begrenzt. Der Zuwachs im öffentlichen Dienst war in Niederösterreich am stärksten mit 1,3 Prozent, im Österreichdurchschnitt betrug er 0,8 Prozent. Der stärkste Anstieg, meine sehr verehrten Damen und Herren, lag in unserem Bundesland im vierten Quartal und zwar durch die Übersiedlung unserer Landesbediensteten von Wien nach St. Pölten. Diese Entwicklung wird sich auch 1997 im ersten und zweiten Quartal fortsetzen. Der Zuwachs der Beschäftigten in der Industrie lag nur bei 0,8 Prozent, im Bundesdurchschnitt bei einem Prozent. Der Personalabbau bei Semperit hat sicherlich das Industrieergebnis stark belastet. Insgesamt läßt sich ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukt-Wachstums auf 1,4 Prozent feststellen und werden für 1997 erfreulicherweise wieder 2,2 Prozent im Durchschnitt erwartet.

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt ergab in Niederösterreich einen Gesamtbeschäftigungsstand von 500.865 im Jahresdurchschnitt. Das bedeutet ein Minus von 0,1 Prozent oder 556 Beschäftigten. Die Eindämmung der Langzeitarbeitslosigkeit war ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Ziel. Im Jahresdurchschnitt 1996 gab es 11.338 Personen mit einer Vormerkdauer von über einem halben Jahr. Die Jugendarbeitslosigkeit war auch in unserem Bundesland mit 6.024 sehr hoch und hatte gegenüber 1995 eine prozentuelle Steigerung von 12,3 Prozent oder 661 Personen zu verzeichnen. Auch die Lehrstellensituation war 1996 sehr problematisch. Im Jahresdurchschnitt waren in Niederösterreich 813 Lehrstellensuchende gemeldet, um 189 Personen oder 30,3 Prozent mehr als 1995. Ihnen standen 773 freie Lehrstellen gegenüber.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der Aussage der Regierungsklausur in Rust haben wir von allen, vom Bundeskanzler wie vom Vizekanzler und von den Sozialpartnern, gehört, daß alles unternommen werden müßte über die Sommermonate, daß hier Abhilfe geschaffen werden kann. Leider müssen wir jetzt feststellen, meine Damen und Herren, daß wir auf Bundesebene noch immer über 11.000 Lehrstellensuchende haben. Ich bin der Meinung, daß wir in diesem Punkt alle gefordert sind, Bund, Länder sowie Gemeinden. Es müßte daher ein dualer Ausbildungs- und Qualitätssicherungsfonds auf Bundesebene eingeführt werden. Mit diesen finanziellen Mitteln könnten zusätzliche Ausbildungsplätze errichtet werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß, daß von den Sozialpartnern in Niederösterreich, von den Präsidenten Ing. Reinbacher und Staudinger bestimmte Überlegungen vorbereitet worden sind mit der Zielsetzung der Herbeiführung eines Landesausgleiches zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Betrieben. Leider wurde das vom Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer, von Ing. Maderthaler dann in Abrede gestellt. Ich darf um eines ersuchen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Es sollten trotzdem alle gesetzlichen Möglichkeiten ausgelotet werden, damit zum Beispiel in unseren Ausbildungsmöglichkeiten im Ausbildungszentrum Sigmundsherberg oder Wr. Neustadt ermöglicht wird, daß auch hier Lehrlinge ausgebildet werden. Ich weiß, daß dazu derzeit die gesetzlichen Bestimmungen nicht ausreichen, daher wäre es von hier aus meine Bitte, daß wir alles daransetzen, in unserem Bundesland und auf Bundesebene eine Besserstellung zu erreichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt noch eine Möglichkeit, womit wir den Lehrstellensuchenden helfen könnten. Und zwar möchte ich hier auch einen Vorschlag machen: Die berufsbildenden Schulen in unserem Bundesland hätten sicher die Möglichkeit, wenn wir von Schülerzahlen zwischen 28 und 30 Schülern pro Klasse ausgehen und wir in vielen Bereichen in den berufsbildenden Schulen wissen, wie hoch die Schülerzahl wirklich ist, daß wir in allen diesen Schulen dann diejenigen aufnehmen, die keinen Lehrplatz bekommen. Ich glaube, das wäre eine sehr soziale Einstellung. Ich möchte zu all diesen Punkten, meine sehr verehrten Damen und Herren, einen Resolutionsantrag einbringen mit folgendem Wortlaut (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Rupp zum Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds - Jahresbericht 1996, Ltg. 616/B-8/4, betreffend Lehrlingsausbildung.

Die Lehrlingsausbildung und hier insbesondere ein entsprechendes Angebot an Ausbildungsplätzen stellt zweifellos einen der aktuellsten arbeitsmarktpolitischen Problembereiche dar. So befaßte sich auch der NÖ Landtag bereits mehrmals mit dieser Problematik, wobei es in der Folge zur Einsetzung eines Lehrlingsgipfels und einer Förderungsaktion der Gemeinden gegenüber lehrlingsausbildenden Betrieben kam. All diese Maßnahmen vermochten bisher jedoch nicht das Lehrlingsproblem

nachhaltig zu lösen. Auf Landesseite kam es zwischen der Wirtschaftskammer NÖ und der Arbeiterkammer NÖ zu einer Einigung über die Herbeiführung eines Lastenausgleiches zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Betrieben. Dabei soll es zu einer finanziellen Entlastung jener Betriebe kommen, die eine qualitativ hochstehende Ausbildung, sei es in Lehrwerkstätten oder unmittelbar im Betrieb, anbieten. Es kann jedoch nicht so sein, daß einige wenige engagierte Betriebe die Facharbeiterausbildung für die gesamte Wirtschaft, aber auch für staatliche Einrichtungen abdecken. Wenn es nicht allen Betrieben möglich ist, ein entsprechendes Ausbildungsangebot zu gewährleisten, so sollte es doch zu einem finanziellen Ausgleich innerhalb der gesamten Wirtschaft, aber auch der öffentlichen Hand kommen. Leider fand das auf NÖ Landesebene getroffene Übereinkommen über einen dualen Ausbildungs- und Qualitätssicherungsfonds auf Bundesebene bei den Vertretern der Bundeswirtschaftskammer keine Zustimmung, sodaß eine bundesweite Umsetzung bisher nicht erfolgen konnte.

Der gefertigte Abgeordnete stellt daher den Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, damit im Sinne der Antragsbegründung, dem Vorschlag der NÖ Sozialpartner folgend, es zur Schaffung eines bundesweiten dualen Ausbildungs- und Qualitätssicherungsfonds kommt."

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben die Resolution gehört. Ich kenne die Überlegungen der einzelnen Fraktionssprecher. Und es würde mir leid tun, wenn dieser Antrag nicht die Mehrheit, die Zustimmung des Hauses bekommt. Ich darf aber noch auf einen Punkt hinweisen, wie wichtig dieses Anliegen wäre: Denken wir an die Diskussion in den Sommermonaten und an das jetzt nicht Erreichte, daß trotzdem so viele Lehrstellensuchende überbleiben. Es hat dann im Frühjahr einen Antrag in vielen Gemeinden gegeben, daß die Gemeinden auf die Kommunalsteuer verzichten sollen für die Anzahl der Lehrlinge in den einzelnen Betrieben. Ich darf sagen, viele Gemeinden haben diese Beschlüsse auch herbeigeführt. Leider hat das aber trotzdem nicht dazu geführt, daß zusätzliche Lehrlinge eingestellt worden sind. Und daher glaube ich, ist es folgerichtig, daß diese Resolution heute eingebracht worden ist. Und ich darf noch einmal darauf zurückkom-

men und bitten, dem Antrag die Zustimmung zu geben.

Bei der Gesamtübersicht der Bewilligungen im Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds konnten 1996 2.267 Anträge mit einem Fördervolumen von S 1.778.000.000 beschlossen werden. Wenn man diese Förderungssummen auf die einzelnen Bezirke umlegt und zum Beispiel mit der Einwohnerzahl vergleicht, so kann man feststellen, daß es überaus aktive Bezirke gibt. Ich darf aber sagen, meine Damen und Herren, diese Feststellung möchte ich als sehr positive Anmerkung verstehen.

Abschließend darf ich berichten, daß unsere Fraktion selbstverständlich dem von der NÖ Wirtschaftsprüfungs- und SteuerberatungsgesmbH vorgelegten Jahresbericht über den Rechnungsabschluß 1996, insbesondere der Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung die Zustimmung geben wird. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Haberler.

Abg. HABERLER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich muß die Rede des Kollegen Rupp in bezug auf die Lehrlinge mit ein bißchen Verwunderung zur Kenntnis nehmen. Ich habe manchmal das Gefühl, es befinden sich hier die Regierungsparteien, in diesem Fall die Sozialdemokraten, in Opposition. Ihr seid sehr stark beteiligt an dieser Landesregierung, unterstelle ich jetzt einmal. Ihr habt in den großen Gemeinden, in der Masse auch in vielen kleinen Gemeinden in Niederösterreich sozialistische Bürgermeister. Ihr habt einen Bundeskanzler. Und Ihr redet immer nur von, wir wollten, wir sollten, wir könnten und die Kammern würden gerne usw. Und ich vermisse ganz einfach in diesem Antrag das, was man so oft vermißt in diesem Haus in bezug auf Eure Fraktion, aber auch in bezug auf die ÖVP, nämlich die konkreten Vorschläge.

Man weiß doch längst, daß nach der Probezeit ein Lehrling, wenn er keine silbernen Löffel mehr stiehlt, nicht mehr loszukriegen ist. Auch wenn er nichts arbeitet, wenn er arbeitsunwillig ist. Das ist ein Problem für viele Betriebe. Wenn ich heute fünf Lehrlinge aufnehme, ist der durchschnittlich sieben, siebeneinhalb Monate im Betrieb. Wenn da ein oder zwei "Läuse", sage ich jetzt einmal, dabei sind, die ihm vom AMS ge-

schickt werden - das passiert immer wieder, das passiert ganz bewußt, daß das AMS Sozialfälle weitervermittelt - dann legt der halt die ganze Geschichte, sprich den Betrieb lahm. Das ist eine Katastrophe. Ich kann mich gegen einen Arbeitnehmer, der nicht arbeiten will, beispielsweise wehren, indem ich ihn entlasse mit allem Drum und Dran, indem ich ihm alles zahlen muß, was ihm zusteht und dann ist das Problem erledigt. Wenn ein Lehrling zwei Monate da ist, ist die Geschichte drüber. Den habe ich drei Jahre im Betrieb sitzen oder länger, wie lange halt die Lehrzeit dauert. Und es wäre endlich einmal auch an der Zeit, dieses sogenannte Lehrlingsschutzgesetz, das nichts anderes mehr ist als ein Lehrstellenvernichtungsgesetz, unter die Lupe zu nehmen.

Liebe Freunde des Hohen Landtages! Sieben Jahre lang war ich Backhilfsmittel-Vertreter. Um vier Uhr in der Früh darf ein Bäckerlehrling anfangen. In einer normalen Bäckerei geht es um 11, 12, spätestens um 1 Uhr in der Früh los, um 11 Uhr am Abend bei vielen. Wenn der um 4 Uhr in der Früh kommt, fahren die ersten "Geiwägen" 'raus. Da ist das Brot fertig, da sind die Semmeln fertig, da werden bereits die Kornspitz' eingeschossen. Dort und da werden noch ein paar Jourgebäck oder jetzt im Prinzip die Zuckerbäckerei dann in Betrieb genommen. Einen Bäckerlehrling brauche ich um die Zeit nicht mehr. Da muß man längst einmal hergehen und die heute überholten Gesetze ändern. So eine Bäckerei kann keinen Lehrbuben, kein Lehrling mehr aufnehmen, kurz und bündig gesagt einmal.

Und überlegt einmal, wir haben eine strukturierte Wirtschaft, wo es noch viele Klein- und Mittelbetriebe gibt. Auch wenn es weniger werden, aber die Masse der Arbeitnehmer ist dort beschäftigt. Wenn der jetzt mit zwei oder drei Lehrlingen über zehn drüberspringt, was der für Auflagen zu erfüllen hat. Das sind alles Dinge, verdammt noch einmal, wo man, wie Du richtig gesagt hast, einmal den Schüssel und einmal den Klima zusammensetzen müßte mit der "roten" Kammer, der Arbeiterkammer, der "schwarzen" Kammer, der Bundeswirtschaftskammer, und wo man wirklich diese ganzen Gesetze, die irgendwann einmal in der Zwischenkriegszeit oder knapp nach dem zweiten Weltkrieg entstanden sind, durchforstet, entforstet. Indem man die Bürokratie beseitigt und die Hemmnisse, die Lehrplatzvernichtungshemmnisse einmal außer Betrieb setzt, um das Ganze beim Namen zu nennen.

Ihr habt miteinander eine erdrückende Mehrheit im Bund, Ihr habt eine erdrückende Mehrheit in diesem Haus und in praktisch allen Gemeinde-

stuben des Landes Niederösterreich mit ganz, ganz wenigen Ausnahmen. Macht keine Willenserklärungen, setzt wirklich einmal das Propeller-Mascherl mit Eurem Grinsekönig aus der Löwelstraße zusammen und die sollen einmal zu Ergebnissen kommen. Das ist in 14 Tagen durchzuziehen und dann kann der Herr Klima sein Versprechen, das er bis heute nicht eingelöst hat, nämlich daß es im Herbst keine arbeitslosen Lehrlinge geben wird, daß jeder einen Lehrplatz bekommt, endlich einmal einlösen. Weg von diesen Pseudoerklärungen, hin zu Taten, Herrschaften! *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort ist gemeldet der Herr Abgeordnete Rupp.

Abg. RUPP (SPÖ): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte um Verständnis, wenn ich mich jetzt kurzfristig noch einmal zu Wort melde. Aber das in meiner ehemaligen Funktion als Gewerkschafter. Wenn ich Dich jetzt reden gehört habe am Rednerpult, dann könnte ich mir gar nicht vorstellen, daß irgendein Unternehmer so negative Aussagen über einen Lehrling trifft. Wenn ich Deine Worte höre als Kammerrat in der Kammer für Niederösterreich, dann trittst Du voll für die Interessen der unselbständig Erwerbstätigen ein, auch für die Lehrlinge. Aber, meine Damen und Herren, es geht zu weit, wenn man da am Rednerpult steht und die Lehrlinge als "Läuse" bezeichnet. Ich glaube, das mußst Du zurücknehmen. *(Unruhe bei Abg. Haberler!)* Du hast gesagt hier vom Rednerpult, wenn das so "Läuse" sind, kann ich mir nicht vorstellen, daß man da mehr einstellt. Also bitte, distanziere Dich von Deiner Aussage, weil sonst mußt Du es in der Kammer dann machen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und den Abg. Böhm, Dirnberger und Ing. Hofbauer.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Kommerzialrat Hoffinger.

Abg. HOFFINGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Uns liegt heute der Jahresbericht 1996 über die Gebarung des NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds vor. Dieser Rechenschaftsbericht wird heuer zum 12. Mal dem NÖ Landtag vorgelegt. Die Aufgabe des Fonds besteht in der Förderung der gewerblichen Wirtschaft durch Zinsenzuschüsse, Zuschüsse und zinsbegünstigte Darlehen bei Investitionen. Die

Erträge des Wirtschaftsförderungsfonds betragen 1996 313 Millionen Schilling. Die Aufwendungen waren mit 261 Millionen beziffert und 51,7 Millionen wurden dem Stammvermögen zugewiesen. Insgesamt wurden also 2.520 Anträge gestellt und 2.267 oder 90 Prozent davon wurden bewilligt. 10 Prozent mußten auf Grund der Nichterfüllung der Förderungsrichtlinien abgelehnt werden.

(Zweiter Präsident Koczur übernimmt den Vorsitz.)

Der Jahresbericht des Fonds ist quasi die Leistungsbilanz der Wirtschaftsförderung im Jahr 1996. Er gibt Aufschluß darüber, erstens was mit den Fondsmitteln geschehen ist, zweitens wie sich die Förderaktionen des Landes entwickeln, drittens wie es um die Investitionsbereitschaft der gewerblichen Wirtschaft steht und viertens welche Investitionsziele dabei verfolgt werden.

Um es gleich vorwegzunehmen: Die Investitionsbereitschaft in der Wirtschaft war 1996 ungebrochen aktiv. Die vorrangigen Investitionsziele waren betriebliche Modernisierungsmaßnahmen zur Struktur- und Qualitätsverbesserung als entscheidende Voraussetzung für mehr Leistungsfähigkeit im globalen Wettbewerb, der der heimischen Wirtschaft natürlich hart zusetzt. Niederösterreichs Wirtschaft hat damit Mut und Risikobereitschaft bewiesen, denn 1996 war ein eher wachstumsflaues Jahr mit einer gegenüber den Vorjahren abgeschwächten Wirtschaftskonjunktur. Das Investitionsverhalten kann daher durchaus als Offensivstrategie bezeichnet werden, mit der das Ziel verfolgt wurde, die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit rechtzeitig zu erhöhen. Das durch die Landesförderung bewegte Investitionsvolumen war im Bereich der gewerblichen Wirtschaft und im Tourismus mit je drei Milliarden annähernd gleich hoch. In der Wirtschaftsförderung, wo das geförderte Investitionsvolumen 1996 gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig gestiegen ist, dominieren neben den eingangs erwähnten Modernisierungs- und Strukturverbesserungsmaßnahmen die Betriebsansiedlungs- sowie die Aktivitäten im Technologie- und Innovationsbereich. Wir haben 1996 mit Unterstützung des Landes Niederösterreich 65 neue Betriebe angesiedelt und damit knapp 1.000 neue Arbeitsplätze schaffen können. Gute zwei Drittel dieser Ansiedlungsaktivitäten entfallen auf die Gewerbe- und Wirtschaftsparks der Landesgesellschaft ECO-PLUS. Es ist bei den Betriebsansiedlungen ebenso wie bei den Betriebsneugründungen der Trend erkennbar, daß die Zahl der dabei gewonnenen Arbeitsplätze geringer war als das früher der Fall war. Das liegt

primär in den klein- und mittelständischen Unternehmungen, die in diesen Bereich investieren am Dienstleistungssektor.

Das weite Feld der Dienstleistungsberufe ist daher auch die Wachstumsbranche, auf die wir in Niederösterreich bei unseren Gründungsaktivitäten setzen. Eine Schwerpunktsetzung dieser Gründungsaktivitäten erfolgte erst kürzlich mit dem Beschluß der Landesregierung, das erfolgreich praktizierte Modell des regionalen Gründer- und Innovationszentrums in Wr. Neustadt landesweit umzusetzen und das Entstehen weiterer solcher RIZ-Projekte in den Regionen des Landes zu unterstützen. Landesrat Gabmann hat dafür erstmals im Budget 11 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Diese regionalen Zentren sind Trainings- und Aufbaucenter für Jungunternehmer mit modernen, spezialisierten Dienstleistungen, geradezu ideal, wie sich im RIZ Wr. Neustadt gezeigt hat, wo seit 1988 40 Betriebsgründungen mit 200 neuen Arbeitsplätzen auf den Weg in eine gefestigte Selbständigkeit gebracht wurden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die konjunkturelle Situation in Niederösterreich ist besser als in anderen Bundesländern. Das haben wir heute schon gehört, und ich darf es hier wiederholen. Das Wirtschaftswachstum lag 1996 bei 1,5 Prozent, österreichweit bei 1 Prozent. Die Prognosen 1997 wurden im August wieder in die Höhe prognostiziert und zwar Niederösterreich 2,2 Prozent, österreichweit 1,5 Prozent. Auch im Bereich der Bauwirtschaft liegt in den ersten zwei Quartalen Niederösterreich mit 0,4 Prozent voran. Im Bereich der Industrie ergaben Umfragen die beste Einschätzung seit zweieinhalb Jahren, nur fünf Prozent der Industriebetriebe beklagten sich über einen fallenden Auftragsbestand. Für Niederösterreich ergab sich Ende Juli im Jahresvergleich ein Beschäftigungszuwachs von 0,7 Prozent und es gibt in Niederösterreich demgemäß knapp 520.000 unselbständig Beschäftigte. Erfreulich auch die Steigerung bei den Unternehmern, 62.000, um 11.500 mehr als vor fünf Jahren. Und wenn hier gesagt wurde, ja, die sind alle aus Wien herausgezogen, kann das sicher nicht stimmen. Sondern da waren viele Niederösterreicher, junge Niederösterreicher, die hier begonnen haben.

Die Selbständigkeit ist in Österreich gemessen an der Zahl der Erwerbstätigen mit rund 6,5 Prozent im europäischen und internationalen Vergleich sehr niedrig. Deutschland verzeichnet acht Prozent, Schweden 8,7, Belgien 13 Prozent und Italien gar 22 Prozent. Was wir primär brauchen, um die Selbständigkeit zu fördern, ist eine Mentalitätsänderung. Unternehmer sein beginnt

im Kopf. Wenn wir die aufgestauten und noch auf uns zukommenden Probleme bewältigen wollen, dann brauchen wir generell mehr Risikobereitschaft, mehr Flexibilität, mehr wirtschaftliches Denken und mehr Freiraum und Beweglichkeit für unternehmerische Tätigkeit. Wir müssen daher alle Blockaden, die dem Selbständigwerden und der unternehmerischen Tätigkeit bei uns im Wege stehen, rasch aus dem Weg räumen. Ich meine damit vor allem die unzähligen Gesetze und Vorschriften, die den Weg in die Selbständigkeit und das Wirken als Unternehmer versperren bzw. zu einem bürokratischen Dschungel sondergleichen machen. Das beginnt bei den Betriebsanlagenehmigungen und reicht von den starren Arbeitszeitregelungen bis hin zu den Auflagen und Vorschriften der Lehrlingsbeschäftigung, die immer mehr Betriebe davon abhalten, Lehrlinge auszubilden. Wir brauchen eine radikale Entbürokratisierung, weil sonst die Bereitschaft, Unter-

nehmer zu werden, noch geringer wird. Und das können wir uns nicht leisten. Wir brauchen mehr Unternehmer, denn nur Unternehmer können Arbeitsplätze schaffen, da sind wir uns, glaube ich, einig. (*Abg. Dkfm. Rambossek: Die Nachfrage kann Arbeitsplätze schaffen!*) Nur Unternehmer können Arbeitsplätze schaffen!

Ich darf zum Resolutionsantrag des Kollegen Rupp kommen. Wir können, Herr Kollege Rupp, dem nicht zustimmen. Wir können dem nicht zustimmen, weil es hier schon wieder um einen Fonds geht. Wir wollen keine Fondslösung. Ich bin aber bei Dir und wir sind bereit, hier auf jeden Fall mitzugehen. (*Unruhe bei der SPÖ.*) Schau, ich darf hier zitieren. Die Lehrlinge, die Zahl der Lehrlinge, die mit neuem Schuljahr ihre praktische Ausbildung begonnen haben, hat sich in Niederösterreich im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Mit Stand 1. Oktober gab es in Niederösterreich 6.864 neu abgeschlossene Lehrverträge, um 3,5 Prozent mehr als vor einem Jahr. Also wir haben uns wirklich bemüht, auch die Unternehmer, Lehrlinge aufzunehmen, gar keine Frage. Und ich bin bei Dir, wenn es darum geht, Lehrwerkstätten zu errichten. Aber ich bin dagegen, daß man schon wieder einen Fonds gründet und Unternehmer - das ist ja fast pervers - Unternehmer sollen zahlen dafür, daß sie neue Arbeitsplätze schaffen? Da ist der Klima gefordert. Der sagt, wir wollen für die jungen Leute etwas tun. (*Abg. Dr. Bauer: Wir alle sind gefordert!*) Wir sind alle gefordert. Aber wenn der Herr Bundeskanzler sagt, alle jungen Leute bekommen einen Arbeitsplatz, dann ist er in erster Linie gefordert. Und da soll er etwas tun. Und wir werden ihm helfen, weil ich glaube, niemand in diesem Saal will, daß junge Leute zu Hause sitzen. Daher von mir aus Lehrwerkstätten, aber da muß das auch dem Staat etwas wert sein. Unsere Studenten, die bis 25 umsonst studieren, kosten auch etwas. Und daher kann man, glaube ich, auch einem Lehrling zwei oder drei Jahre hier etwas zahlen. (*Abg. Dr. Bauer: Na, ich hoffe, daß die nicht umsonst studieren, gratis vielleicht!*)

Jedenfalls, die Lohnnebenkosten erlauben es nicht mehr. Und der Herr Dr. Bauer weiß das selber, daß die Lohnnebenkosten in Österreich so hoch sind wie nirgends. (*Abg. Dr. Bauer: Nein, an 4. Stelle stehen wir!*)

Denn er schreibt selber, der Herr Klubobmann Dr. Bauer schreibt selber, "Wirtschaftsstandort Österreich - Kommentar": Die Schlußfolgerung der überhöhten Lohnnebenkosten in Österreich drängt sich auf den ersten Blick förmlich auf. Während Österreich bei den direkten Leistungslöhnen mit 125,16 nur den 12. Rang

unter den OECD-Ländern einnimmt, wird der Lohnnebenkostenanteil in Österreich von 98,1 Prozent des Leistungslohnes nur noch von Italien mit 101 Prozent übertroffen. Dr. Bauer, der muß das wissen. Daher können wir dem nicht zustimmen. Wobei ich bei Dir bin, wir reden weiter und wir werden gemeinsam versuchen.

Am Schluß möchte ich auch noch kurz auf das vom Land Niederösterreich eingeführte Beteiligungsmodell eingehen, mit dem wir bei der Finanzierung von Investitionsvorhaben der eigenkapitalschwachen Klein- und Mittelbetriebe einen neuen Weg gegangen sind. Insofern einen neuen, bisher in Österreich einzigartigen Weg der Wirtschaftsförderung, indem wir Risikokapital in Form von Landeshaftungen einsetzen. Dieses Risiko hat sich wirklich gelohnt. Von der vom NÖ Landtag bewilligten Haftungsmilliarde für das Beteiligungsmodell wurden inzwischen fast 800 Millionen für 140 Investitionsvorhaben von Klein- und Mittelbetrieben der gewerblichen Wirtschaft und des Tourismus bewilligt. Und nur in drei Fällen ist die Landeshaftung schlagend geworden. Grund für die äußerst geringe Ausfallsquote ist die strenge Prüfung der eingereichten Projekte durch den Expertenbeirat, wodurch das Risiko minimiert wird, wie die Ergebnisse ja mit Erfolg zeigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bericht über die Prüfung der Jahresabrechnung des NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds stellt den Verantwortlichen ein gutes Zeugnis aus. Die Buchführung und der Rechnungsabschluß entsprechen voll den Zielsetzungen und Aufgaben des Fonds. Der Rechnungsabschluß vermittelt ein getreues Bild der Vermögens- und der Finanzlage des Fonds, bestätigt durch den Wirtschaftsprüfer Univ.Prof. Dr. Anton Egger. Ich möchte abschließend Herrn Hofrat Dr. Schutzbier und seinen Mitarbeitern für die gewissenhafte Führung und Verwaltung des Fonds herzlich Dank sagen. Die Österreichische Volkspartei nimmt den Jahresbericht gerne zustimmend zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Dr. MAUTNER MARKHOF (ÖVP): Ich verzichte!

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Er verzichtet. Wir gelangen daher zur Abstimmung. Ich beabsichtige, als erstes über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses abstimmen zu lassen und sodann über den Resolutionsantrag

des Abgeordneten Rupp.

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses): Einstimmig angenommen!

Ich lasse nun über den Resolutionsantrag des Abgeordneten Rupp zur Lehrlingsausbildung abstimmen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Abgelehnt! *(Zustimmung SPÖ; Ablehnung ÖVP und FPÖ.)*

Ich ersuche nun den Herrn Abgeordneten Kurzreiter, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 625/H-8/4 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. KURZREITER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zur Landtagszahl 625/H-8/4, Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden - allgemeine Aktion, Erhöhung der Kredit- und Haftungsermächtigung.

Die Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden wurde mit Beschluß des Landtages von Niederösterreich am 25. Jänner 1973, Ltg. 409 mit dem ursprünglichen Zweck ins Leben gerufen, die Gemeinden bei der Erfüllung der Aufgaben als Folge der Kommunalstrukturverbesserung zu unterstützen. Die Förderung besteht aus der Übernahme der Haftung gemäß § 1356 ABGB für bei Kreditinstituten aufgenommene Darlehen und die Gewährung eines Zinsenzuschusses in der Höhe von höchstens fünf Prozent p.a. auf maximal fünf Jahre. Die Bedeckung der in der Folge erforderlichen Aufwendungen im Rahmen der Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden, allgemeine Aktion, erfolgte im Rahmen der vom Landtag zur Verfügung gestellten Mittel. Ich darf daher folgenden Antrag stellen *(liest)*:

"Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden - allgemeine Aktion, Erhöhung der Kredit- und Haftungsermächtigung.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Kredit- und Haftungsermächtigung für die Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden - allgemeine Aktion wird von S 4.600.000.000,- um S 150.000.000,- auf S 4.750.000.000,- angehoben.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, die zur Durchführung des Landtagsbeschlusses erforderlichen Maßnahmen zu treffen."

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Abstimmung vorzunehmen.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Ich danke für den Bericht und Antrag. Zu Wort ist niemand gemeldet. Wir gelangen deshalb sofort zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses):* Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Hoffinger, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 626/B-5/5 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. HOFFINGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich berichte zur Landtagszahl 626/B-5/5, Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über den Gemeindeverband für Umweltschutz und Abgabeneinhebung im Bezirk Melk.

Der Rechnungshof überprüfte im April bis Mai 1996 die Gebarung des Gemeindeverbandes für Umweltschutz und Abgabeneinhebung des Bezirkes Melk. Zu dem im November 1996 übermittelten Prüfungsergebnis gaben die NÖ Landesregierung im Februar 1997 und der Verband im Februar und März 1997 Stellungnahmen ab. Der Rechnungshof erstattete hiezu im April 1997 seine Gegenäußerung.

Der Verband mit Sitz in Mank wurde im Jahr 1974 von 35 Gemeinden des Bezirkes, damals für den Zweck der Müllentsorgung, gegründet. Ab Mitte '79 nahm er die flächendeckende Müllabfuhr in seinem Gebiet auf. Bis 1983 traten ihm auch die restlichen Gemeinden des Bezirkes Melk bei. In der Folge wurden dem Verband weitere Aufgaben übertragen. Diese umfassen zur Zeit der Gebarungsprüfung des Rechnungshofes die Abfallentsorgung für alle Mitglieder, die Luftreinhaltung fast aller Gemeinden des Bezirkes sowie die Abgabeneinhebung für je Abgabensart unterschiedlich viele Gemeinden des Bezirkes Melk. Wie der Rechnungshof vermerkt, konnte der Verband damit den ab 1. Jänner 1983 bestehenden gesetzlichen Auftrag zur Trennung, Erfassung und Behandlung der anfallenden Abfälle in seinem Bereich zufriedenstellend erfüllen. Ich stelle daher namens des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses folgenden Antrag *(liest)*:

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes über den Gemeindeverband für Umweltschutz

und Abgabeneinhebung im Bezirk Melk wird zur Kenntnis genommen."

Ich bitte, Herr Präsident, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Danke, Herr Abgeordneter, für Bericht und Antrag. Ich eröffne die Debatte. Als erster Redner zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Haberler.

Abg. HABERLER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Der Herr Berichterstatter hat schon erwähnt, es gibt eine Kurzfassung, an die man sich auch halten kann zu fortgeschrittener Stunde und sich daher auch kurz fassen kann. Ganz kurz, worum geht es? Was wurde unter anderem bekriftelt? Was bei diesem Rechnungshofbericht bekriftelt wurde, daß überhöhte Einnahmen auf der Abgabenseite da waren. Etwa unter Punkt 2, wenn ich anführen darf aus dem Kurzbericht: "Während die Abfallwirtschaftsgebühr (Restmüllgebühr) alle Aufwendungen - auch unter Berücksichtigung der Sperrmüllentsorgungskosten - in ausreichender Weise deckte, erschienen die Einnahmen aus der Abfallwirtschaftsabgabe überhöht und sollten daher nach Ansicht des Rechnungshofes gesenkt werden." Es ist, glaube ich, überhaupt ein Problem. Wenn man das in Zahlen dann hernimmt sind das 1,8 Millionen Schilling, wenn man den biogenen Anteil abzieht, in etwa fünf Prozent der Gesamteinnahmen, um die hier im Prinzip zu Lasten der Haushalte zu hoch berechnet wurde.

Ein weiteres Problem ist offenbar, daß der Verband sich herausgenommen hat, wie heißt es wortwörtlich so schön? "Der Verband nahm die Entsorgung von betrieblichen Abfällen auf hoheitsrechtlicher Basis ... vor. Da hierfür jedoch keine gesetzliche Grundlage vorhanden war, wären mit jedem Betrieb privatrechtliche Entsorgungsverträge abzuschließen." Das heißt, auch hier hat man sich mehr herausgenommen als einem zugestanden wäre.

Ich könnte jetzt den Rest auch vorlesen, aber sicherlich haben viele Herrschaften des Hohen Hauses das bereits gelesen. Es stellt sich damit für uns schon die Frage, ob man nicht prinzipiell das System der Verbände in Niederösterreich wieder einmal überdenken sollte, weil es in Wirklichkeit eine Monologie bestenfalls von zwei Parteien ist. Ist man in einem "schwarzen" Bezirk, gibt es einen "schwarzen Verbandshauptling", wie es auch mit dem Manker ÖVP-Bürgermeister Godderige etwa der Fall ist. Ist man in einem

überwiegend "roten" Bezirk, gibt es einen "roten Verbandshauptling". (Abg. Nowohradsky: *Das stimmt so sicher nicht!*)

Das ist wieder einmal der typische Nachweis - der Herr Bürgermeister meldet sich natürlich als einer dieser Häuptlinge sofort zu Wort - das ist der typische Nachweis, wie dieses Land bis in die letzte Ecke, bis in den letzten Winkel aufgeteilt wird.

Ich würde wirklich diesen Bericht zum Anlaß nehmen, weil auf der einen Seite sehr wohl festgestellt wird, daß gut gearbeitet wird, auf der anderen Seite aber wieder die üblichen parteipolitischen Probleme aufgedeckt werden, daß man das Verbandswesen im allgemeinen überdenkt. Wir werden den Bericht zur Kenntnis nehmen.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als nächster Redner zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Wöginger.

Abg. WÖGINGER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich darf zum Rechnungshofbericht als Mandatar des Bezirkes Melk Stellung nehmen. Die Aufgabenbereiche des Verbandes umfassen neben der Abgabeneinhebung die Vollziehung des Luftreinhaltegesetzes und die Abfallwirtschaft für den gesamten Bezirk Melk. Während der Rechnungshof nur zur Abfallwirtschaft kritische Anmerkungen getroffen hat, ist der Bereich der Abgabeneinhebung und auch der Luftreinhaltung ohne Wahrnehmungen oder Feststellungen geblieben. Und immerhin sind das 48 Prozent des gesamten Umfangs der Verbandsaufgaben.

Was die vom Kollegen Haberler kritisierte Abfallwirtschaftsabgabe und Abfallwirtschaftsgebühr anbelangt, so darf ich feststellen, daß die Gebührenkalkulation und Vorschreibung nach dem NÖ Abfallwirtschaftsgesetz in seiner ursprünglichen Fassung erfolgte. 1992 wurde ein neues Abfallwirtschaftsgesetz beschlossen und ab diesem Zeitpunkt hat es eine neue Situation gegeben, der der Verband noch nicht Rechnung getragen hat. Das muß hier festgestellt werden. Auch der Rechnungshof hat ja angemerkt, daß das richtiggestellt gehört. Bei dieser Korrektur, lieber Kollege Haberler, ergibt sich freilich nur eine Verlagerung. Das heißt, die Abfallwirtschaftsgebühr muß um jenen Schillingbetrag erhöht werden, um den die Abfallwirtschaftsabgabe gesenkt wird. Für die Liegenschaftseigentümer wird sich daher in der Höhe der Gesamtvorschreibung überhaupt nichts ändern. Nach Ankauf einer neuen, leistungsfähigeren EDV-Anlage im heurigen Herbst,

die Installationsarbeiten sind dafür bereits im Gange, wird die Abfallwirtschaftsabgabe entsprechend vermindert vorgeschrieben werden.

Es ist beachtlich in diesem Zusammenhang, daß trotz Indexsteigerung und Erhöhung des Altlastensanierungsbeitrages die Gebühren von Verbandsseite seit 1990 nicht erhöht wurden, sondern mit Einführung der Verpackungsverordnung um 10 Prozent gesenkt werden konnten. Und mit seinen Gebühren gehört der Verband im Bezirk Melk zu den kostengünstigsten des Landes. Der Gemeindeverband testet bereits seit 1990 verschiedene Systeme zur Einführung einer abfallmengenbezogenen Gebührengestaltung. Es gibt noch kein endgültiges Ergebnis. Jedoch hat der Verband die Erfahrung gemacht, daß bei Müllgebühren in derzeitiger Höhe die Pauschalvorsreibung je Liegenschaft noch immer die bessere Variante darstellt. Bei einem hohen Entsorgungsniveau, wie das in diesem Verband der Fall ist, macht der Bereitstellungsanteil je Liegenschaft 80 Prozent aus. Die variablen Kosten betragen nur 20 Prozent. Und bei den Versuchen des Verbandes wurde weiters festgestellt, daß bei mengenabhängigen Verrechnungsmodellen die illegalen Ablagerungen bzw. die Ablagerungen in den öffentlich aufgestellten Behältern wesentlich zunehmen.

Die bisher gewonnenen Erfahrungen haben also gezeigt, daß bei bestehendem hohem Entsorgungsniveau in Niederösterreich die Vorschreibung weiterhin pauschal erfolgen soll. Logische Konsequenz in diesem Fall wäre, den im NÖ Abfallwirtschaftsgesetz vorgesehenen Bereitstellungsanteil von 40 Prozent auf 70 bis 80 Prozent anzuheben. Dann könnte die Vorschreibung der Fixgebühren nicht nach Liegenschaften, sondern gerechterweise nach Wohnungen erfolgen. Auf 22.000 der Verrechnung zugrunde gelegten Liegenschaften im Bezirk Melk befinden sich nämlich 28.000 Wohnungen. Es könnte dann der verbleibende variable Anteil nach wohnungsspezifischen Kriterien festgelegt werden.

Der Verband Melk entsorgt auch sämtliche Gewerbebetriebe. Es ist gelungen, die Betriebe auf freiwilliger Basis zur Mülltrennung zu veranlassen. Die Entsorgung erfolgt derzeit noch im Hoheitsbereich. Ich darf auch hier feststellen, daß nach Inbetriebnahme der neuen EDV-Anlage privatrechtliche Entsorgungsverträge abgeschlossen werden, die dann auch dem vom Rechnungshof vorgeschlagenen Abrechnungssystem entsprechen werden. Nach Meinung des Verbandes gehört die Entsorgung der Betriebsabfälle in den

Pflichtbereich des NÖ Abfallwirtschaftsgesetzes aufgenommen. Es wäre dadurch gewährleistet, daß Haushalte und Betriebe gleich behandelt werden. Die Abfallbehandlung wäre dadurch viel besser kontrollierbar. Ich sage das im Hinblick auf die weitestgehende Einschränkung weiterer Altlasten.

Die gepflogene Vorgangsweise der Preisverhandlung, die auch Gegenstand einer kritischen Anmerkung war, nämlich der Preisverhandlung nach der Angebotsprüfung, hat sicherlich nicht den Vergaberichtlinien entsprochen. Es wurde jedoch immer ein günstigerer Preis erzielt.

Im Bezirk Melk erfolgt die Mülltrennung seit 1990. Von der Mülltrennung werden, wie ich das auch schon angeführt habe, sämtliche Gewerbebetriebe erfaßt. Die angeschafften bzw. geförderten 2.500 Stück 1.100 l-Behälter dienen zum überwiegenden Teil der Entsorgung der Mehrfamilienhäuser bzw. großvolumiger Wohnbauten. Und zwar nicht nur für Restmüll, sondern auch für Biomüll, Papier, Glas und die Metallentsorgung. Weiters werden auch Behälter für die hausmüllähnliche Gewerbemüllentsorgung verwendet. Hier handelt es sich jedoch um Kleingewerbebetriebe, denen meistens ein Wohnhaus angeschlossen ist. Es gibt daher im Bezirk Melk zu Recht kein einziges privatrechtliches Übereinkommen mit Betrieben, wo geförderte Behälter zur Entsorgung verwendet werden. Und bezüglich der Behälteranzahl geht der Rechnungshof unter Punkt 27.4 von der Fehlüberlegung aus, daß von den im Jahre 1994 angeschafften rund 10.000 Restmüllbehältern in der Folge nur rund 1.600 Stück aufgestellt oder ausgetauscht wurden und die restlichen rund 8.400 Stück nicht auf Lager gelegen seien. Auch habe der Verband, so sagt der Rechnungshof, keine Rechnungen über den Ankauf von rund 17.000 Stück 120 l-Behälter der Leichtfraktion vorlegen können. Richtig ist vielmehr, daß 1.600 Behälter neu aufgestellt und 8.400 Stück ausgetauscht wurden. Außerdem gibt es im ganzen Verbandsbereich keinen einzigen der angeführten 120 l-Behälter.

Schließlich möchte ich als Abgeordneter des Bezirkes Melk eines festhalten: Der in Rede stehende Verband, dessen Tätigkeit bei den Gemeinden und deren Bürgern im hohen Maße Anerkennung findet - viele Feststellungen des Rechnungshofes lassen dies auch erkennen - wird selbstverständlich den Empfehlungen des Prüfor-ganes Folge leisten. Allen Empfehlungen. Die sozialdemokratische Fraktion des Hauses wird den Bericht zur Kenntnis nehmen. Erlauben Sie mir, zum Wahrnehmungsbericht auf Grund der

durch die heurige Hochwasserkatastrophe entstandenen Nachsorgekosten einen Resolutionsantrag einzubringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Wöginger, Moser und Dkfm. Rambossek zum Wahrnehmungsbericht über den Gemeindeverband für Umweltschutz und Abgabeneinhebung im Bezirk Melk, Ltg. 626/B-5/5, betreffend Nachsorgekosten der Hochwasserkatastrophe.

Die Hochwasserkatastrophe vom Juli 1997 hat in großen Teilen Niederösterreichs zu schweren Zerstörungen und Verwüstungen geführt. Als Folge dieser Zerstörungen fielen im Zuge der Aufräumungsarbeiten in den betroffenen Gebieten große Mengen an Sperrmüll an, der nicht nur mengenmäßig, sondern vor allem gewichtsmäßig das übliche Ausmaß bei weitem überstieg. So lag das Volumsgewicht des zu entsorgenden Sperrmülls durch den hohen Wassergehalt rund 80 % über dem üblichen Volumsgewicht. Da die Deponegebühren gewichtsbezogen vorgeschrieben werden, entstanden den Gemeinden und den Gemeindeverbänden für Abfallbeseitigung unerwartet große Mehraufwendungen in diesem Bereich, die auf Grund der ohnehin knappen Mittel von diesen nicht selbst getragen werden können. Eine Umlegung dieser Mehrkosten auf die Bevölkerung im Rahmen der Abfallgebühren würde neuerlich die ohnedies bereits durch die Hochwasserkatastrophe finanziell schwer belasteten Bürger treffen. Es ist daher notwendig, von Landesseite eine Abgeltungsmöglichkeit für die Gemeinden und Gemeindeverbände zu finden.

Neben diesen Kosten der Sperrmüllbeseitigung führte die Hochwasserkatastrophe auch zu großen Schäden an Uferbefestigungen, Brücken und Sicherungsbauten, die nunmehr einer raschen Sanierung bedürfen. Ebenso sind große Mengen an Schwemmgut angefallen, deren Entsorgung neben erheblichem Arbeitsaufwand auch beträchtliche Kosten verursacht. Auch hier wurden diese Leistungen vorerst vor Ort von den Gemeinden erbracht, obwohl die finanzielle Abdeckung keineswegs gesichert ist. Obwohl im Bereich des Schutzwasserbaues bereits die notwendigen Vorarbeiten angelaufen sind, muß auch hier, insbesondere auch durch Bereithaltung entsprechender Budgetmittel, Hilfestellung geleistet werden. Daneben haben Freiwillige Feuerwehren, die außerhalb ihres Gemeindegebietes im Katastropheneinsatz standen, Anspruch auf Kostenersatz gegenüber ihrer Sitzgemeinde, sodaß einer Gemeinde

Kosten entstehen, denen keine unmittelbare Leistung für die Gemeinde gegenüberstehen. Hier scheint eine entsprechende Änderung der Grundlagen angebracht.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher den Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß

1. für die den Gemeinden und Abfallverbänden entstandenen Mehrkosten aus der Sperrmüllbeseitigung nach der Hochwasserkatastrophe eine angemessene finanzielle Abgeltung zu gewähren ist, die die Kosten zwischen dem üblichen Ausmaß der Sperrmüllentsorgung und den nunmehr angefallenen Kosten abdeckt;
2. im eigenen Bereich den Gemeinden finanzielle Hilfestellung bei den notwendigen Sanierungs- und Nachsorgearbeiten an Gerinnen, die durch die Hochwasserkatastrophe beeinträchtigt wurden, gewährt wird, wobei insbesondere der Budgetansatz für Hochwasserschutzbauten im notwendigen Ausmaß durch Umschichtungen zu erhöhen ist;
3. die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, damit den Gemeinden, wenn sie für Kostenersätze der Feuerwehren für Katastropheneinsätze außerhalb ihres Gemeindegebietes herangezogen werden, eine Überwälzung der Kosten ermöglicht wird;
4. Verhandlungen mit dem Bund aufzunehmen sind, damit den Gemeinden die Nachsorgekosten im Bereich jener Gewässer, die kompetenzmäßig dem Bund unterstehen, rasch abgegolten werden."

(Beifall bei der SPÖ.)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Moser.

Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Ich darf mir ebenfalls erlauben, zum Wirkungsbereich des Gemeindeverbandes, das heißt zum Prüfbericht des Rechnungshofes und den Wahrnehmungen über den Gemeindeverband für Umweltschutz und Abgabeneinhebung im Bezirk

Melk Stellung zu nehmen. Bevor ich dies aber tue, möchte ich zu unserem gemeinsamen Resolutionsantrag der Abgeordneten Wöginger, Moser und Dkfm. Rambossek kurz Stellung nehmen.

Ich glaube, es ist hier sicherlich ein sehr, sehr wesentliches Thema für uns als Vertreter hier im NÖ Landtag, daß jenen, die durch die Umweltkatastrophe, durch das Hochwasser entsprechend in Mitleidenschaft gezogen wurden, höhere Kosten entstehen. Und hier gerade im Bereich der Abfallentsorgung des Restmülls, des Schwemmmaterials, das durch das Hochwasser entstanden ist. Daß wir diese Kosten nicht punktuell jemanden anlasten, sondern daß hier im Rahmen dieses Resolutionsantrages infolge der angeführten Punkte sozusagen hinsichtlich der Mehrkosten im Hinblick auf die Sperrmüllentsorgung es zu einer angemessenen finanziellen Abgeltung kommen soll. Vor allem aber auch die Nachsorgearbeiten bei den Gerinnen sind für uns sehr wesentlich, um hier die Ökologie soweit als möglich natürlich wieder herzustellen. Vor allem aber das Schmutzgut zu räumen und ähnliches mehr und natürlich auch, daß die notwendigen Maßnahmen gesetzt werden in Zusammenhang mit der Abwälzung von Kosten von den Feuerwehren auf ihre Gemeinden. Vor allem dann, wenn diese Einsätze außerhalb des Gemeindegebietes erfolgten, ist es nicht einzusehen, daß die Gemeinde, die von dieser Leistung nicht direkt betroffen ist, sozusagen die Kosten für ihre Feuerwehr alleine zu tragen hat. Verhandlungen mit dem Bund sind aufzunehmen, und das ist für uns ganz wesentlich, daß die Nachsorgekosten für jene Gewässer, die kompetenzmäßig dem Bund unterstehen, hier sehr rasch abgegolten werden. Ich darf sagen, daß wir seitens der Volkspartei Niederösterreichs diesem Resolutionsantrag, der gemeinsam erarbeitet wurde, selbstverständlich zustimmen, weil wir das als sehr, sehr wichtige Maßnahme sehen.

Zum Wirkungsbereich des Gemeindeverbandes für Umweltschutz darf ich festhalten zu den Wahrnehmungen des Rechnungshofberichtes, ich glaube, wir könnten uns freuen, wenn es in allen Berichten so positive Wahrnehmungen des Rechnungshofes gäbe. Und ich darf hier schon sehr deutlich sagen, daß natürlich in einigen Bereichen, wenn ich zum Beispiel hernehme, die Aufgaben des Gemeindeverbandes für Umweltschutz sind also unter anderem die Abgabeneinhebung und die Vollziehung des Luftreinhaltegesetzes und die Vollziehung des Abfallwirtschaftsgesetzes, daß es gerade in den Bereichen Abgabeneinhebung, Vollziehung des Luftreinhaltegesetzes, welche mehr als die Hälfte

der Verbandsausgaben ausmachen, eigentlich überhaupt keine Beanstandungen, Hinweise oder ähnliches gegeben hat. Es hat lediglich bei einigen Punkten im Umweltbereich Hinweise gegeben. Wobei man hier auch deutlich sagen muß, gerade wenn der Kollege Abg. Haberler hier kritisiert, daß die Abfallwirtschaftsgebühr um fünf Prozent zu senken wäre, dann verdient das, glaube ich, ein großes Lob der Verwaltung und der Organisation dieses Abfallwirtschaftsverbandes. Denn mir fehlt zwar jetzt der Vergleich direkt von der Zahl her, aber mit 1.400,- Schilling Liegenschaftsgebühr pro Jahr dürfte dieser Verband als einer der günstigsten niederösterreichweit gelten. Und trotzdem war es möglich, trotz dieser Kosten, die - wie der Herr Kollege Wöginger vorhin schon erwähnt hat - ja viele Jahre hindurch überhaupt nicht erhöht wurden, einen Mehrerlös sozusagen, eine Kosteneinsparung zu erreichen, daß eine fünfprozentige Absenkung theoretisch möglich wäre. Aber hier wurden sehr verantwortungsvoll von den Organen dieses Verbandes Rücklagen gebildet. Ich glaube, auch das gehört zu einem ordnungsgemäßen Wirtschaften.

Lieber Herr Abgeordneter Haberler! Ich finde es wirklich extrem schwierig, wenn - ich muß das ein bißchen vorsichtig formulieren - wenn er ganz einfach hier herausgeht und sagt, die Organisation der Gemeindeverbände ist für ihn parteipolitisch bedenklich. Geschätzte Damen und Herren! Ich muß sagen, solche Aussagen sind für mich demokratiepolitisch bedenklich. Wenn hier Gemeinden, wo gewählte Gemeindevertreter ihre Vertretung im Gemeinderat wählen, diese wiederum in voller demokratischer Ausübung oder Wahrnehmung ihrer Aufgaben unter Beachtung der Möglichkeiten der Demokratie hier in einem Gemeindeverband sozusagen den Obmann und die Funktionäre wählen, wenn das dann als parteipolitisch bedenklich hingestellt wird, dann muß ich sagen, solche Äußerungen sind für mich demokratiepolitisch höchst bedenklich, Herr Haberler! (*Beifall bei der ÖVP sowie Abg. Gebert und Abg. Pietsch.*)

Der Abfallwirtschaftsverband unseres Bezirkes wurde 1974 gegründet und umfaßte damals von den 40 Gemeinden des Bezirkes 35 Gemeinden, die zum Zwecke der Müllentsorgung diesen gemeinsamen Verband gegründet haben. Und bereits wenige Jahre später sind dann auch die restlichen Gemeinden dazugekommen, sodaß also seit 1983 nun alle Gemeinden Mitglieder dieses Verbandes sind, was auch eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, daß diese Leistungen

eben für die Bürger kostengünstig erbracht werden können.

Ich darf weiters hier erwähnen, daß die Entwicklung in der Abfallwirtschaft so gestaltet wurde, daß gerade von diesem Abfallwirtschaftsverband oder Gemeindeverband im Bezirk Melk schon 1990 Überlegungen nach einer freiwilligen Mülltrennung angestellt wurden und hier sehr vorbildlich für Niederösterreich, für viele andere Regionen vorbildlich, die Entsorgungsleistung durch eine getrennte Abfallsammlung erfolgte. (*Abg. Wöginger: Das war eine Vorreiterrolle!*)

Eine großartige, nicht nur vorbildliche Vorreiterrolle und ähnliches mehr kann man natürlich hier nicht nur interpretieren, sondern das ist Tatsache und auch nachzuweisen. Seien wir stolz darauf, daß wir verantwortungsvolle Verbände haben, die immer wieder hier vorneweg versuchen, die Restmüllfrachten zu trennen. Die für die Bürger viele Informationsveranstaltungen abgehalten haben, schon lange bevor es das NÖ Abfallwirtschaftsgesetz auch tatsächlich vorgeschrieben hat.

Ich darf hier feststellen, wie der Rechnungshof vermerkte, konnte der Verband damit den ab Jänner 1993 bestehenden gesetzlichen Auftrag zur getrennten Erfassung und Behandlung des anfallenden Abfalles in seinem Bereich zufriedenstellend erfüllen. Das deswegen, weil schon einige Jahre vorher mit diesen Leistungen begonnen wurde.

Ich darf jetzt weiters hier anführen, das ist schon gesagt worden, daß im Zusammenhang mit der Bewertung des Sperrmülls hinsichtlich der Finanzierung sich ja in Wirklichkeit trotz des Aufzeigens des Rechnungshofes nur eine Verschiebung des Schillingbetrages ergeben wird zwischen Abfallwirtschaftsabgabe und Abfallwirtschaftsgebühr. Das ist von Dir, Herr Kollege, schon angesprochen worden. Tatsache ist, daß hier vielleicht doch verwaltungsvereinfacht gearbeitet wurde, wenn dieser Bescheid nicht zusätzlich jedem Haushalt bisher ausgestellt wurde. Besonders positiv darf ich erwähnen, daß im Zusammenhang mit der mengenmäßigen Überlegung der Gebührengestaltung hier der Bezirk ebenfalls sehr weit vorne liegt. So konnte bereits 1992 ein elektronisches Modell zur Erfassung von Müllmengen erprobt werden. Was natürlich auch dazu geführt hat, daß hier klar aufgezeigt wird, daß im Zusammenhang mit der Gebührengestaltung es notwendig ist, die Fixkosten und variablen Kosten gegenüberzustellen. Dies wäre nämlich - und Herr Kollege Wöginger hat es angesprochen - die Möglichkeit im NÖ Abfallwirtschaftsgesetz vorzusehen, nicht nur zu 40 Prozent, sondern

mehr. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß bis zu 70 oder 80 Prozent der Kosten tatsächlich als Fixkosten zuzuordnen sind. Nämlich dann, wenn ein weit ausgereiftes Abfallentsorgungssystem in einem Bezirk funktioniert. Sodaß also, wie es in unserem Bezirk der Fall ist, Restmüll, Biomüll, Kunststoff und Papier direkt in den Tonnen am Haus getrennt entsorgt wird. In den Kleinsammelzentren für Altglas, also Weißglas und Buntglas, und Kleinmetalle, und flächendeckend natürlich einige Male jährlich Alttextilien, Sperrmüll und Eisenschrott. Vor allem der Häckseldienst und die Entsorgung der Problemstoffe durch die Einrichtung einer Problemstoffsammelstelle ebenfalls in jeder Gemeinde qualifizieren das Entsorgungsangebot als sehr gut. Unter diesen Voraussetzungen ist es möglich, in Einbeziehung der Fixkosten, wenn diese bei etwa 70 Prozent liegen würden, daß die flexible Gestaltung der Gebühren durch verschiedene Maßnahmen eben kostengünstiger erfolgen könnte. Indem vor allem unterschiedliche Behältergrößen zur Anwendung im Rahmen der variablen Kosten kommen können und die Entsorgungsturnusse in verschiedenen Intervallen zur Abrechnung gelangen. Damit wäre ganz einfach ein wesentlich größerer Spielraum sozusagen anfallsbezogen oder müllmengenbezogen möglich, ohne daß wir Gefahr liefen, daß Materialien, Reststoffe oder ähnliches irgendwo verschwinden.

Zu der von Abgeordneten Haberler angesprochenen hoheitsrechtlichen Verwertung des gewerblichen Mülls: Ich darf sagen, ich darf das sehr positiv anführen, daß also ohne privatwirtschaftlicher Verträge es ganz einfach möglich war, auch der gewerblichen Wirtschaft dieses Entsorgungsmodell anzubieten. Und daß das auch angenommen wurde. Ein Beispiel dafür, daß dann, wenn die Organisation optimal funktioniert, diese Dienstleistung nicht nur für die Kommunen angeboten wird, sondern auch von der Privatwirtschaft sehr gerne davon Gebrauch gemacht wird. Weil es sich um eine leistungsbezogene, effiziente und kostengünstige Entsorgungsvariante auch für die Betriebe handelt.

Abschließend darf ich zur finanziellen Lage des Verbandes feststellen, die Abfallwirtschaftsgebühren und Abfallwirtschaftsabgaben wurden trotz Indexsteigerungen und wesentlicher Erhöhung der Altlastensanierungsbeiträge nicht angehoben, sondern mit Einführung der Verpackungsverordnung um 10 Prozent gesenkt. Und die zweckgebundenen Rücklagen dienen zur Wiederbeschaffung der Müllbehälter. Weiters sind auf Grund der neuen Deponieverordnung Vorkehrungen für eine bessere Behandlung des Abfalles

hier sehr vorsorglich vom Gemeindeverband für Umweltschutz getroffen worden. Ich darf hier an dieser Stelle wirklich allen Verantwortlichen, dem Obmann und dem Funktionärsteam dieses Gemeindeverbandes, aber vor allem auch dem leitenden Beschäftigten, dem damaligen Direktor Karl Kalteis, aber auch dem jetzigen Direktor und Geschäftsführer Alois Hubmann mit seinem Team, mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich danken, daß diese Arbeit wirklich so effizient in unserem Bezirk durchgeführt wird. Und ich wünsche und hoffe, daß auch in Zukunft diese Leistung für unsere Umwelt so effizient und für die Bürger kostengünstig erbracht werden kann. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. HOFFINGER (ÖVP): Ich verzichte!

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Er verzichtet. Wir kommen daher zur Abstimmung, zunächst über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses und sodann über den Resolutionsantrag. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses):* Einstimmig angenommen!

Es liegt ein gemeinsamer Resolutionsantrag der Abgeordneten Wöginger, Moser und Dkfm. Rambossek zu diesem Geschäftsstück vor. Er betrifft die Nachsorgekosten der Hochwasserkatastrophe. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Kautz, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 631/W-12/2 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. KAUTZ (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf zu Ltg. 631/W-12/2 berichten. Es handelt sich hier um das Wohnungsförderungsgesetz, um eine Änderung, die notwendig wurde, da auch die NÖ Bauordnung geändert wurde.

§ 32a NÖ Wohnungsförderungsgesetz knüpft an unter anderem an das Vorliegen einer rechtskräftigen Benützungsbewilligung nach § 111 NÖ Bauordnung 1976 als ein den Anspruch auf die zeitliche Grundsteuerbefreiung begründendes Tatbestandsmerkmal.

Wenn ein Wohnhaus fertiggestellt wurde, mußte auch eine Benützungsbewilligung erteilt werden. Nachdem in der neuen NÖ Bauordnung das geändert wurde, ist es notwendig, auch das Wohnungsförderungsgesetz zu ändern. Ich darf daher namens des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses folgenden Antrag stellen (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Wohnungsförderungsgesetzes wird genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen."

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Ich danke dem Herrn Abgeordneten für Bericht und Antrag. Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (*FPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Diese Änderung des NÖ Wohnungsförderungsgesetzes hinsichtlich des Anspruches der Bürger auf eine zeitlich begrenzte Grundsteuerbefreiung stellt eine Anpassung an die geänderte Gesetzeslage durch die NÖ Bauordnung dar. In diesem Zusammenhang sage ich Herrn Landesrat Hans Jörg Schimanek ein wirkliches Dankeschön. Ein Danke dafür, daß es ihm in kurzer Zeit gelungen ist, eine Bauordnung zu schaffen, die den Stempel Bürgernähe trägt.

Bei der Neuordnung, bei der Neuorientierung im Baurecht 1996 ist es zu einer Ausweitung der bewilligungsfreien Bauvorhaben gekommen. Aber auch eine Erleichterung in der Durchführung des Bauverfahrens wurde erreicht, indem den Bauwerbern, den bauausführenden Architekten und den Baumeistern mehr Eigenverantwortung übertragen wurde und als Folge weniger Behördentätigkeit gegeben ist. Darauf baut die heutige Gesetzesvorlage zur Änderung des NÖ Wohnungsförderungsgesetzes auf, nämlich daß es nicht mehr der Erteilung einer Benützungsbewilligung durch die Baubehörde bedarf.

Hohes Haus! Wie aus dem § 32a Abs.4 sowohl in der alten als auch in der neuen Fassung hervorgeht, besteht ein Recht auf Grundsteuerbe-

freiung nur so lange, als Rückzahlungen des Förderungsdarlehens erfolgen. Wir meinen dazu insbesondere angesichts der immer knapper werdenden Budgetmittel, angesichts der leeren Kassen der öffentlichen Hand, daß man den Fall nicht außer acht lassen kann, außer acht lassen sollte, der gegebenenfalls den Bürgern, der Bevölkerung die Möglichkeit gibt, Förderungsdarlehen zu günstigen Bedingungen vorzeitig zurückzuzahlen. In einem solchen Fall sollte unserer Meinung nach die Grundsteuerbefreiung aufrechtbleiben. Wir regen daher an, daß, sollte es zu einer Aktion vorzeitiger Rückzahlung von Förderungsdarlehen zu günstigen Bedingungen kommen, diesbezüglich rechtzeitig Vorsorge getroffen wird. Ich gehe bei meinen Überlegungen, bei unseren Überlegungen davon aus, daß, wenn gegebenenfalls unsere fleißigen Landsleute ihr Erspartes an den Landeshaushalt abliefern, sie nicht im Gegenzug steuerlich bestraft werden sollten.

Ich möchte aber noch auf ein Faktum bei der Eigenheimwohnbauförderung anlässlich dieser heutigen Gesetzesnovellierung aufmerksam machen. Gemäß den gesetzlichen Voraussetzungen wie auch gemäß der Grundlage für die Basisförderung heißt es und ich zitiere: Bei der Einreichung darf die Benützungsbewilligung gemäß § 111 der NÖ Bauordnung 1976 in der geltenden Fassung noch nicht erteilt worden sein. Es muß eine aufrechte Baubewilligung bestehen. Hohes Haus! Auch diesbezüglich bedarf es einer Änderung der Voraussetzungen zur möglichen Erlangung eines Darlehens, bedarf es einer Anpassung an die NÖ Bauordnung 1996. Aber auch die Bestimmungen für die Wohnbauförderung im Mehrfamilien-Neubaubereich sowie im Gruppenwohnbau sollten an die NÖ Bauordnung 1996 angepaßt werden.

Zusammengefaßt, Hohes Haus, heißt dies, daß die heutige Novellierungsvorlage nicht die einzige Bestimmung ist, die zu ändern ist. Zusammengefaßt heißt das, es bedarf weiterer Änderungen im NÖ Wohnungsförderungsgesetz, es bedarf weiterer Änderungen in der NÖ Wohnungsförderungsverordnung. Und diese sollte man ganz einfach im Interesse der Sache nicht auf die lange Bank schieben. Die heutige Novellierung, die heutige Anpassung an die Bauordnung 1996 ist nur eine Teilanpassung. Vielleicht sollte sich der dafür zuständige Landesrat auch mit den anderen Paragraphen befassen und hier eine Änderung, an die NÖ Bauordnung angepaßt, herbeiführen. Danke schön. (*Beifall bei der FPÖ.*)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als nächster Redner gelangt Herr Abgeordneter Knotzer zu Wort.

Abg. KNOTZER (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Mit der Vorlage, mit der beantragten Änderung des NÖ Wohnungsförderungsgesetzes gehen wir den Weg einer weiteren Verwaltungsvereinfachung. Schon die NÖ Bauordnung 1996 brachte mit 1. Jänner 1997 eine Verwaltungsvereinfachung und eine Entbürokratisierung. Brachte vor allem für die Gemeinden in vielen Bereichen eine Erleichterung, aber auch für den Bürger und für die Bürgerin, wenn sie entsprechende Bauvorhaben beabsichtigt haben. Bereits jetzt, mit der heute vorgeschlagenen und zu beschließenden weiteren Modifizierung, darf ich darauf hinweisen,

daß bereits bei Vorliegen einer Fertigstellungsanzeige der Anspruch auf eine 20jährige Grundsteuerbefreiung besteht. Vorher war es erst nach der Benützungsbewilligung möglich, diese zu erhalten.

Mit der Umstellung der NÖ Wohnbauförderung auf Zinsenzuschuß statt der Direktdarlehen konnten jährlich statt bisher 2.000 Wohnungen über 4.000 gebaut und gefördert werden. Für den Ein- und Zweifamilienhausbau gibt es ab 1. Jänner 1998 die sogenannte Öko-Förderung. Das "Bauen mit der Sonne" wird besonders gefördert und es besteht die Möglichkeit, bis zu 178.000,- Schilling zusätzlich als zinsenloses Darlehen auf 25 Jahre von seiten des Landes Niederösterreich zu erhalten. Für den Einfamilienhausbau. Beim Mehrfamilienwohnhausbau gibt es derzeit nur einen Zuschlag von 200,- Schilling pro Quadratmeter, das sind bei einer 70 m²-Wohnung - das ist ja derzeit die größte geförderte Einheit - 14.000,- Schilling pro Wohneinheit. Sicher sind die zusätzlichen energiesparenden Maßnahmen damit nicht abgedeckt oder nicht abzudecken. Das Bauen würde wesentlich teurer kommen und die Rückzahlungen oder Mieten für die Wohnungsmieter wären wieder wesentlich höher. Wir wollen, wie seinerzeit das "Dreiliterauto" belächelt wurde, aber heute schon gar nicht mehr so weit entfernt ist, wollen wir auch als Vision und als zukünftige Vorstellung im großvolumigen Wohnbau die "Dreiliterwohnung" haben. Das heißt, auch im Energiebereich, aber auch in vielen anderen Bereichen wollen wir die Betriebskosten für die Mieter wesentlich reduzieren. Das heißt, mit energiesparenden Maßnahmen, mit Maßnahmen in verschiedenen anderen Bereichen, die zusätzlich gefördert werden sollen, wäre es möglich, den Bereich der Betriebskosten auf die Hälfte zu senken. Wir stellen uns vor, mit diesen Förderungsmaßnahmen diese Öko-Energiesparhäuser auch im großvolumigen Bereich durchzusetzen. Die Neumieter hätten dadurch leistbare Wohnungen, wenn das durch ein zusätzliches Förderungsmodell ermöglicht wäre.

Genauso, ich habe das schon einige Male hier im Hohen Haus gesagt bzw. noch in Wien im Hohen Haus, die Valorisierung der Einkommensgrenzen bei der Superförderung. Wir haben diese seit 1993 gleich belassen. Es haben sich jedoch auch im Einkommensbereich einige Verschiebungen ergeben, sodaß man ungefähr sagen kann, man müßte hier einmal, um auf den Stand von 1993 zu kommen, um 15 Prozent anheben und dann eine Valorisierung einschieben. Bei der Superförderung, also bei jenen, die geringe Einkommen haben. Und bei der Superförderung sind

auch gewisse Härten wegzunehmen. Wenn heute mit der prozentuellen Nur-Einprozentstufe, wenn heute einer um 400,- Schilling mehr verdient, so bekommt er um 500,- Schilling weniger Superförderung. Also diese Dinge sind oft nicht verständlich. Und die Bürgermeister, egal welcher Fraktion, die im Wohnbaubereich auch immer wieder die Leute beraten, und auch die Abgeordneten wissen, daß diese Härte oder diese nicht einsehbaren Stufen sicher abgeflacht werden müssen oder zusätzliche Stufen eingezogen werden sollen. Das kostet wahrscheinlich in der Endkonsequenz gar nicht mehr, sondern es bringt verständnisvollere Förderungsmöglichkeiten.

Was natürlich uns auch immer wieder, vor allen den Gemeindevertretern und jenen, die im Wohnbaubereich zu tun haben, am Herzen liegt, sind die Großfamilien. Jene Familien, die zwei und mehr Kinder haben. Gerade die brauchen größere Wohnungen und finden mit 70 Quadratmeter vielleicht dort oder da nicht das Auslangen. Sie haben aber nicht die Einkommensverhältnisse, um die höhere Finanzierung auch dann infolge der Miete oder Rückzahlung abgeben zu können. Leider konnten wir uns hier nicht auf einen gemeinsamen Resolutionsantrag einigen. Ich darf daher einen Resolutionsantrag der Abgeordneten Knotzer, Dkfm. Rambossek zwecks Modifizierung des NÖ Wohnungsförderungsmodells 1993 einbringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Knotzer und Dkfm. -Rambossek zu Ltg. 631/W-12/2, betreffend Änderung des NÖ Wohnungsförderungsgesetzes betreffend Modifizierung des NÖ Wohnbauförderungsmodells 1993.

Das Instrument der Wohnbauförderung dient primär dazu, den Familien erschwingliche Wohnungen anbieten zu können und damit das Grundbedürfnis 'Wohnen' in zeitgerechter und familien-gerechter Form für alle Einkommensschichten ~~leist-leist~~bar zu machen. Darüber hinaus verfolgt die Wohnbauförderung nicht nur sozialpolitische, sondern auch wirtschaftspolitische Ziele, insbesondere werden durch den gezielten Einsatz von Förderungsmitteln zahlreiche Arbeitsplätze erhalten und geschaffen. Zweifelsohne hat das Fördermodell 1993 wichtige Impulse zur Belebung der Bauwirtschaft geschaffen und die Sicherung von dringenden Wohnbedürfnissen für die NÖ Familien ermöglicht. Im Laufe der Zeit ist es allerdings notwendig geworden, das bestehende

Förderungsmodell, das für diese Legislaturperiode gilt, an die geänderten Rahmenbedingungen und Bedürfnisse anzupassen sowie die Wünsche und vor allem die finanziellen Möglichkeiten der Förder-swerber in den Richtlinien zu berücksichtigen.

Folgende Grundsätze sollen bei dem neu zu bearbeitenden nachfolgenden Förderungsmodell berücksichtigt werden:" - Und hier konnten wir uns nicht einigen, *berücksichtigt werden* oder eine andere Formulierung.

- "1. Ökologische Maßnahmen sollen im Förderungsmodell auch stärker aufgenommen bzw. berücksichtigt werden, um auch eine Reduktion der laufenden Betriebskosten eines Hauses zu erreichen." - Das habe ich ausführlich erwähnt.
- "2. Im großvolumigen Sanierungsbereich" - also der Altstadtsanierung - "soll die Förderqualität verbessert werden. Da die Gesamtbelastung in absoluten Zahlen im Sanierungsbereich relativ gering ist, würde selbst eine deutliche Verbesserung der Förderqualität für das Landesbudget nur marginale Auswirkungen nach sich ziehen.
3. Da die Einkommenshöhen für den Bezug der Superförderung seit 1993 gleichgeblieben sind, sollen diese analog zu den Preissteigerungsraten valorisiert werden. Weiters sollen Zwischenförderungsstufen bei der Superförderung eingezogen werden.
4. Neben den bisher vorhandenen Förderstufen (35, 50 und 70 m²) soll eine praxisbezogene Erhöhung der förderbaren Wohnfläche erfolgen, um den Bedürfnissen einer Großfamilie besser entsprechen zu können; darüber hinaus soll eine Annuitätenförderung gewährt werden.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher den Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die nötigen Maßnahmen zu setzen, um die oben geforderten Ziele zu erreichen."

Ich darf Sie ersuchen, meinem Resolutionsantrag zuzustimmen im Interesse unserer Bürger in Niederösterreich. (*Beifall bei der SPÖ.*)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Hofbauer.

Abg. Ing. HOFBAUER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Vorlage zur Novelle zur Änderung des Wohnungsförderungsgesetzes stellt eine weitere Verbesserung in der Effizienz der Wohnbauförderung in Niederösterreich dar. Der Entfall der Verpflichtung zur Vorlage des Kollaudierungsbescheides in Anlehnung an die Novelle zur NÖ Bauordnung vereinfacht ganz wesentlich die Abrechnung der Förderungsanträge. Dies gilt sowohl für den Hausbauer, für den Einfamilienhausbauer als auch bei der Althausanierung. Ich glaube aber, daß eine sehr wesentliche Verbesserung der Wohnbauförderung in den letzten Wochen von Landesrat Mag. Edmund Freibauer eingeführt wurde. Die erfolgreiche Periode der NÖ Wohnbauförderung mit dem Freibauer-Modell wird mit dem ökologischen Aspekt deutlich verbessert.

Landesrat Mag. Edmund Freibauer hat mit seinem Antrag, der in der Regierung bereits beschlossen wurde und mit 1. Jänner 1998 in Kraft treten soll, mehreren Forderungen Rechnung getragen. Insbesondere für jenen Hausbauer, der sehr umweltbewußt bauen will, Maßnahmen in sein Einfamilienhaus einbauen will, die dem ökologischen Aspekt Rechnung tragen, ist eine wesentliche finanzielle Hilfe vorgesehen. Der Energieaufwand zur Raumheizung wird durch Verbesserung der Gebäudehülle deutlich reduziert und damit auch der CO₂-Ausstoß in Niederösterreich verringert. Wir haben damit einen wohl kleinen, aber doch sehr wesentlichen Beitrag zur Erreichung des Toronto-Zieles geleistet. Freibauer hat bei der Wohnbauförderung nicht nur von Umweltschutz geredet, sondern mit seiner Regierungsvorlage einen klaren Beitrag zur Verbesserung der Umweltsituation geleistet. Bedenken wir, daß zum Beispiel durch die Raumheizung in Österreich im Jahr 19 Millionen Tonnen CO₂ in die Luft abgeblasen werden, so ist jede Reduktion des Hausbrandes eine deutliche Verbesserung. Und wenn wir die dabei erzeugte Energie in unseren Häusern besser nützen, haben wir einen wesentlichen Impuls auch in Richtung der Verbesserung der Umwelt gesetzt.

Ich glaube aber, daß es nicht oft genug gesagt werden kann, daß der Wohnbau in Niederösterreich der wesentliche Motor auch der Bauwirtschaft ist. In den fünf Jahren der Laufzeit des Freibauer-Modells wurden bereits 66.000 Einfami-

lienhäuser oder Wohneinheiten neu geschaffen. Und wenn man bedenkt, daß im gleichen Zeitraum 44.000 Althausanierungen durchgeführt wurden, so haben wir in Summe 110.000 Wohnungen neu errichtet und verbessert und damit in der Wohnqualität unserer Bürger einen sehr wesentlichen Beitrag geleistet.

Bedenkt man, daß dabei ein Betrag von etwa 90 Milliarden Schilling der NÖ Bauwirtschaft zugeführt wurde, so bestätigt uns das in unseren Maßnahmen zur Beschäftigung in der Bauwirtschaft. Pro Jahr ist das ein Betrag von 18 Milliarden Schilling, der nur mit einem Förderumfang von sechs Millionen initiiert werden kann. Ich glaube daher, daß gerade die Bauwirtschaft in den nächsten Jahren so adaptiert und angepaßt werden muß, daß wir im Wohnbau eine Fortführung dieses Modells zum Wohle unserer Bürger und unserer Wohnungssuchenden finden.

Der von meinem Vorredner eingebrachte Resolutionsantrag beinhaltet einige Passagen, die für mich einen gewissen Rückschritt im Bereich der Verwaltungsvereinfachung und einer sehr bürgernahen Abwicklung darstellen. Ich erlaube mir daher, einen Resolutionsantrag einzubringen, der wohl eine Veränderung herbeiführen soll, aber im gleichen Atemzug gewährleistet, daß die Verwaltungsvereinfachung eine sehr bürgernahe Abwicklung auch in Zukunft gewährleisten wird (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Ing. Hofbauer und Ing. Dautzenberg zur Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Wohnungsförderungsgesetzes, Ltg. 631/W-12/2, betreffend Modifizierung des NÖ Wohnbauförderungsmodells 1993.

Das Instrument der Wohnbauförderung dient primär dazu, den Familien erschwingliche Wohnungen anbieten zu können und damit das Grundbedürfnis 'Wohnen' in zeitgerechter und familiengerechter Form für alle Einkommenschichten leistbar zu machen.

Die Landesregierung hat ein Fördermodell für die Jahre 1993 bis 1997 beschlossen. Dieses Fördermodell hat wichtige Impulse zur Belebung der Bauwirtschaft geschaffen und die Sicherung von dringenden Wohnbedürfnissen für die NÖ Familien ermöglicht. Bereits im Jahre 1996 wurde beschlossen, dieses Fördermodell für die Jahre 1998 bis 2002 zu verlängern. Es wird jedoch notwendig sein, auf Grund der Erfahrungen mit dem

bisherigen Fördermodell einige Anpassungen der Richtlinien auf folgenden Gebieten

- ökologischer Wohnbau
- Superförderungstabelle
- Wohnungsbedarf
- Einkommensgrenzen
- Förderungskategorien vorzunehmen.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung tätig zu werden."

Ich ersuche die Abgeordneten des Hohen Hauses, diesem Resolutionsantrag die Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Ing. Dautzenberg.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. KAUTZ (SPÖ): Ich verzichte!

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Er verzichtet. Wir gelangen daher zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses sowie nachfolgend über die Resolutionsanträge abstimmen.

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses): Einstimmig angenommen!

Wir kommen nunmehr zum Antrag der Abgeordneten Knotzer und Dkfm. Rambossek betreffend Modifizierung des NÖ Wohnbauförderungsmodells 1993. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Ich bitte die Herren, das mitzukontrollieren. Es dürfte meiner Meinung nach Stimmgleichheit vorherrschen. Nein, der Antrag ist abgelehnt! *(Zustimmung SPÖ, FPÖ; Ablehnung ÖVP, LIF.)*

Ich lasse nunmehr über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Ing. Hofbauer und Ing. -Dautzenberg betreffend die Modifizierung des NÖ Wohnbauförderungsmodells 1993 abstimmen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, LIF; Ablehnung SPÖ, FPÖ.)*

Wir gelangen nunmehr zur Verhandlung der Anfragebeantwortung zu Zahl Ltg. 611/A-4/46, Top ten-Regionen in Europa. Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. -Dautzenberg.

(Präsident Mag. Romeder übernimmt den Vorsitz.)

Abg. Ing. DAUTZENBERG (LIF): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich habe mir erlaubt, heute einen Antrag auf diese Diskussionsrunde zu stellen, weil ich der Meinung ... *(Unruhe im Hohen Hause. - Zwischenruf bei Abg. Dr. Bauer.)*

Ich meine, eine sehr unangebrachte Bemerkung, Herr Klubobmann. Ich meine, daß es erforderlich ist, daß die Kultur der Anfragenbeantwortung einmal diskutiert wird. Um so mehr, als es ja auch darum geht, daß gerade, wir haben heute das Gesetz verabschiedet über die Bezahlung, über die Einnahmen der Abgeordneten und ich glaube - ich habe es auch hier zu diesem Zeitpunkt gesagt - daß es notwendig ist, daß wir sehr offen und korrekt gegenüber der Bevölkerung auftreten.

Niederösterreich als ein Land, das Erfolg hat, hat es sicher nicht notwendig, daß irgendwelche Schattenspiele abgehalten werden. Und wie ich das erstmal gehört habe, daß der Herr Landeshauptmann die Top ten-Regionen erwähnt und Niederösterreich hier dazuzählt, habe ich mich eigentlich sehr gefreut und habe dann aber sorgfältig, wie man eben ist, nachgeschaut, wie wird das eingeordnet? Nichts gefunden. Daraufhin habe ich mir erlaubt, an den Landeshauptmann eine Anfrage zu stellen, die klar lautet: Welche Regionen innerhalb Europas zählen Sie gegenwärtig zu den Top ten? Zweite Frage: Welche Kriterien ziehen Sie dafür heran, um die Top ten-Regionen innerhalb der EU zu bestimmen? Drittes: An welche Stelle reihen Sie Niederösterreich gegenwärtig bei Anwendung dieser Kriterien? Sind also drei simple Fragen, die natürlich am Gebiet des Tennis musterhaft beantwortet werden können. Indem es sich um EU-Fragen handelt, etwas schwieriger. Die Antwort, die ich bekommen habe, ist Ihnen zugegangen, sind zwei Seiten eines Elaborats mit einer Lobeshymne auf Niederösterreich. Zugegebenermaßen richtig, aber keine einzige Beantwortung der Frage. Weil es geht dann so los: "Die Entwicklung Niederösterreichs in den letzten Jahren weist nach oben." Wissen wir. Also, die Frage habe ich nie gestellt. "Dies zeigen insbesondere die Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten, die unser Bundesland jeweils an der Spitze im Vergleich zu

allen anderen österreichischen Bundesländern und dem Bund zeigen." Habe ich nie gestellt diese Frage.

Also für mich ergibt sich jetzt folgendes: Erstens: Vielleicht habe ich den falschen Brief bekommen, die falsche Antwort. Zweitens: Man will mich verulken. Oder drittens, was auch möglich wäre: Der Herr Landeshauptmann hat keine Ahnung. Diese drei Möglichkeiten bieten sich. Das müßte man sich jetzt einmal wirklich überlegen, welche davon wirklich die griffige ist.

Nun, nachdem der Herr Landeshauptmann mit seiner ganzen Mannschaft, die dem Land viel Geld kostet, nicht in der Lage ist, so eine einfache Anfrage zu beantworten, habe ich mich damit beschäftigt und habe, relativ schnell eigentlich fündig geworden, einen Überblick bekommen. Es gibt keine Einteilung für Regionen. Es ist so, daß zum Beispiel das EU-Parlament - ich habe in Brüssel nachgefragt, ich habe mich bei dem Europaparlament erkundigt - daß es zum Beispiel so ist, daß nur die Länder Finnland, Griechenland, Deutschland, Spanien, Niederlande und Großbritannien eine Möglichkeit für eine regionale Beurteilung bieten. Alle anderen Staaten geben keine Daten ab, die eine regionale Beurteilung zulassen. Damit entspricht die Beurteilung der nationalen Datenflut. Also eine Zuordnung auf Regionen ist nicht möglich. Warum mir das so interessant erscheint ist, weil das Volk es ja nicht notwendig hat, daß man es in irgendein Ziel hineinführt, das es eigentlich derzeit noch gar nicht gibt. Dazu ist Niederösterreich viel zu gut. Mir ist es viel zu gut dafür. Dem Herrn Landeshauptmann nicht.

Ich darf auch noch einmal anführen, daß ich dann weiter geforscht habe. Da bin ich draufgekommen, daß zum Beispiel beim Bruttoinlandsprodukt gibt es eine Reihung, da ist Wien an sechster Stelle, Salzburg an zwanzigster Stelle. Und hier wird es wieder gefährlich. Weil der Herr Landeshauptmann behauptet nämlich ständig, wir sind schon in den Top ten. Also entweder ist das eine Unwahrheit, oder er ist falsch informiert. Die falsche Information nehme ich mit Sicherheit an, sonst würde ich nicht so einen Brief kriegen, so eine Antwort.

Ich kann des weiteren auch darauf hinweisen, daß es wahrscheinlich besser wäre, als sich mit Mustereinstufungen - ich meine jetzt nicht den Tennisspieler, sondern die musterhaften Einstufungen der Top ten - zu beschäftigen, wenn man sich damit beschäftigen würde, daß Niederöster-

reich die Gelder aus der EU zurückbekommt, die wir einbezahlt haben. Da liegen wir nämlich nur um zwei Zehntel hinter Oberösterreich an vorletzter Stelle, in Österreich. Und das ist ja auch nicht beruhigend. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Und zwar ... Naja, in Österreich gesehen sind wir unter den Top ten. Gottseidank haben wir nur neune. (*Heiterkeit und Unruhe im Hohen Hause.*)

Es ist aber sicher darauf zurückzuführen, dieses Unwissen des Herrn Landeshauptmannes ist sicher darauf zurückzuführen, daß er sich natürlich in den Ausschuß der Regionen wählen hat lassen und nicht ein einziges Mal dort war. (*LH Dr. Pröll: Was nicht stimmt!*)

Na, bitte, da ist die Liste aus der EU, bitte. (*LH Dr. Pröll: Das ist eine Lüge!*)

Ja, Gottseidank, Herr Landeshauptmann. Ist sehr gut, daß Sie das sagen. Weil letztes Mal, wie ich zum Beispiel über die Wiesel-Busse gesprochen habe, haben Sie auch g'sagt, die sind nicht gefördert. Steht nicht im Protokoll, obwohl 's am Tonband, das wir uns angehört haben, d'rauf ist - ist auch eine verdächtige Sache. (*Abg. Uhl: Na, des gibt's net!*)

Ja, es ist ganz lustig. Es ist halt fad, wenn man sich was wirklich anschaut. Steht nicht im Protokoll, steht nicht im Protokoll, am Tonband ist's drauf, wir haben es uns angehört. (*LH Dr. Pröll: Ihnen billige ich zu, daß Sie bemüht sind, die Wahrheit zu sagen; was Sie jetzt gesagt haben ist -unwahr!*)

Gut, da muß man bitte der österreichischen Delegation dort die Rüge erteilen, ich habe hier die Liste ...

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich darf ganz kurz unterbrechen. Wenn hier angesprochen wird ein Protokoll und ein Tonband, dann darf ich nur darauf verweisen, daß alle Klubs und Fraktionen auch immer das Rohprotokoll bekommen, um hier auch entsprechend Stellung nehmen zu können, wenn Sie subjektiv der Meinung sind, daß irgend etwas nicht protokolliert ist. Muß auch in diesem Fall gewesen sein. Ich bitte daher, von solch' einem Vorwurf Abstand zu nehmen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Abg. Ing. DAUTZENBERG (*LIF*): Sehr geehrter Herr Präsident! Auch wenn ich Abstand nehme, ändert es nichts an den Fakten!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Wir werden das auch entsprechend überprüfen!

Abg. Ing. DAUTZENBERG (LIF): Und wenn der Herr Landeshauptmann behauptet, daß er dort war, es sind ja die Daten hier, und wenn das falsch ist, dann muß ich mich entschuldigen. Aber ich kann nur nach Protokollen vorgehen.

(LH Dr. Pröll: Herr Abgeordneter, Sie brauchen sich weder zu entschuldigen, sondern ich bitte Sie nur, das zur Kenntnis zu nehmen, was ich hier sage. Es ist jederzeit nachprüfbar, wann, wie oft ich im Ausschuß der Regionen war und das ist ja überhaupt kein Problem, das nachzuprüfen!) Jänner, März, Juni nicht, laut meinen Unterlagen. (Unruhe im Hohen Hause.)

So schaut es aus, es tut mir leid. Aber an und für sich ist ja das auch nicht so weltbewegend. (Unruhe im Hohen Hause.) Weil ich glaube kaum, daß Sie dort versucht hätten, meine Fragen zu beantworten. Im Ausschuß der Regionen. Daß Sie Unterlagen bekommen. Das glaube ich nicht. (Unruhe und Heiterkeit im Hohen Hause.) Damit hilft es uns eh nichts, damit hilft es uns eh nichts. (LH Dr. Pröll: Dort haben Sie auch keine Fragen zu stellen!)

Ah, ich habe sie an Sie gestellt. (Abg. Dr. Strasser: Du hast eine Behauptung aufgestellt, die jetzt auf einmal gar nicht mehr wichtig ist. Was ist dann an Deinen Behauptungen wichtig?)

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wenn Sie bis jetzt nicht mitgekommen sind, will ich das ganze Hohe Haus nicht so lange belasten, daß ich 's Ihnen erkläre. Aber wir können dann auf einen Kaffee gehen, das ist kein Problem. (Beifall bei der FPÖ.) Das ist kein Problem, wirklich nicht.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß ich daher den Antrag an den Landtag stelle, die Beantwortung meiner Anfrage nicht zur Kenntnis zu nehmen, weil es wirklich eine Verhöhnung ist, wenn man zwei Seiten Elaborat über die guten Seiten Niederösterreichs bekommt, wenn man drei klare Fragen stellt. Danke schön.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gratzner. (Beifall bei Abg. Ing. Dautzenberg.)

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn man sich auf die Anfragebeantwortungen des Landeshauptmannes nicht verlassen kann, aber zumindestens kann man sich darauf verlassen, wenn eine Kamera aufgebaut wird, dann ist der Herr Landeshauptmann nicht weit.

(Beifall bei der FPÖ und Abg. Ing. Dautzenberg. - Heiterkeit im Hohen Hause.)

Ich möchte auch in dieselbe Kerbe schlagen wie der Herr Abgeordnete Ing. Dautzenberg, weil es wirklich so ist. Wenn man sich die Fragestellung anschaut und die Antwort, so hat die Antwort eigentlich im Prinzip nichts mit der Fragestellung zu tun. Und das ist ja nicht das erste Mal. Es ist uns schon so gegangen, daher haben auch wir einmal eine Anfragebeantwortung hier herinnen verlangt. Zu uns ist ja der Herr Landeshauptmann damals nicht gekommen. Heute ist er hier. Aber es ist, wenn man sich die Antwort hier durchliest, es ist ja schön, die Geschichte über Niederösterreich. Und es ist auch erfreulich, über Niederösterreich Positives zu berichten. Und es ist auch erfreulich, wenn die niederösterreichischen Politiker Niederösterreich zu einer Top ten-Region führen wollen. Das ist ja überhaupt keine Frage. (Beifall bei Abg. der ÖVP.)

Aber es wäre halt auch für die Bürger des Landes und auch für uns Abgeordnete ganz interessant, wie man denn diese Top ten definiert. Denn wir erleben halt im Rahmen der EU, des Beitrittes, und wenn es jetzt um den Euro geht, so vieles an Werbung und so wenig an konkreten Informationen. Und wie uns vor 1994 vieles erzählt worden ist, so wird uns jetzt wieder viel erzählt. Und da gibt es halt einfach den Begriff der Top ten. Und wenn man sich das anschaut, es ist interessant, was drinnen steht, aber es ist nicht wirklich eine Definition, die uns befriedigend Antwort erteilt. Und ich sehe schon, wie es weitergeht. Weil wir haben zufällig halt einmal zugespielt bekommen die Euro-Initiative der Bundesregierung und die Unterlage der Firma Puplico, die den Zuschlag erhielt. Und diese 50 Millionen teure Werbung - ich habe mir nur ein Kapitel herausgenommen, wie es nächstes Jahr wieder weiter gehen wird, die Euro-Werbung - und das stößt genau da rein - es geht alles nur um Werbung, keine konkrete Information, keine Zahlen, Werbung, alles ist nur Werbung.

Der Euro zum Angreifen, der Euro am Würstelstand, der Euro am Stammtisch, der Euro an der Tankstelle, der Euro in der Trafik. Und womit wird uns nächstes Jahr die Regierung überraschen? Wir geben den Menschen einen fiktiven Euroschein in die Hand, auf dessen Rückseite abzulesen ist, was man am Würstelstand, im Wirtshaus, an der Tankstelle oder in der Trafik alles dafür bekommt. Umsetzung, Kooperation mit den Austria Tabakwerken, Mineralölwirtschaft, Lekkerland ist gleich Tankstellenshops, Fachver-

band für Gastronomie. Damit wissen wir, was uns nächstes Jahr wieder von der Bundesregierung ... Das ist nur ein kleiner Ausschnitt. Es werden die Leute für dumm verkauft. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Das ist ja keine Information. Unter dem leiden wir ja in dem Land. Es gibt keine Information, es gibt nur Werbung, das ist alles nur Werbung. Und genauso ist es zur Zeit, wenn es um diese Top ten-Region geht. Das hört sich gut an, das hört sich erfreulich an. Wenn es wirklich dieses Ziel gibt, wollen wir es gemeinsam erreichen. Aber wenn danach gefragt wird, dann ersuchen wir den Landeshauptmann, auch eine konkrete Antwort zu geben und nicht wieder in Werbefloskeln zu verharren. Daher werden wir auch dem Antrag von Herrn Abgeordneten Dautzenberg zustimmen. (*Beifall bei der FPÖ und Abg. Ing. Dautzenberg.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muß feststellen, daß tatsächlich auf die Fragen, die gestellt wurden, keine Antwort gegeben wurde. Es wurde in einem sehr allgemeinen Teil dargelegt, daß hier Bemühungen stattfinden. Ich sage dazu, diese Bemühungen, in diese Richtung zu gehen, eine gute Region zu sein, erfolgreich zu sein, sind eine allgemeine Zielsetzung politischen Handelns. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel. Und es wurde auch in der Zusammenfassung festgestellt, daß unser Bestreben, zu einer Spitzenregion Europas zu werden, so zusammengefaßt werden kann, Vertrauen in unsere Region gewinnen, Vertrauen für die Produkte aus dieser Region und damit Gewinn von internationaler Anerkennung. In dieser Form kann man ja das alles voll und ganz akzeptieren, weil es eben sehr allgemein formuliert ist und weil es tatsächlich gilt, in diese Region Vertrauen zu gewinnen. Das haben wir übrigens, das braucht man nicht zu gewinnen. Aber es geht eigentlich darum, daß immer Schlagworte verwendet werden. Ich habe das schon anlässlich der Budgetdebatte dargelegt, daß man zwar immer wieder von Top ten spricht, aber nicht genau sagt, was sind die Kriterien der Top ten?

Ich muß ja, um etwa ein Ziel zu erreichen, sagen, was muß ich tun, um dieses Ziel zu erreichen, wo stehe ich? Und wenn ich hier feststelle, eine ganz außer Zweifel stehende Statistik, nämlich der "report on economic and social cohesion 1996" weist uns auf am 5. Rang von 200 Regionen bei der Beschäftigung, bei der Arbeitslosigkeit. Also ein guter Rang, eine ausgesprochen

gute Wertung. Ich meine, daß es hier tatsächlich ein Ranking ist, worauf wir stolz sein können. Es ist auch so, daß das Bruttoinlandsprodukt in Niederösterreich rascher wächst als in Österreich. Es ist auch so, daß die Beschäftigung mit 1,8 Prozent Steigerung besser wächst als im übrigen Österreich mit 1,2.

Wenn ich aber die wirklichen Fragen, auf die es ankommt, stelle, nämlich was ist eine Top ten-Region? Zum Beispiel gibt es hier die Regelung, wonach man NUTS I-Regionen unterscheidet und NUTS II-Regionen. In diesen NUTS II-Regionen kann man wiederum Unterscheidungen treffen anhand der Arbeitslosigkeit, diese ist ein Kriterium, oder aber die Frage des Wohlstandes (gemessen am BIP und KKS). Und wenn ich messe über die Fragen des Wohlstandes, so stelle ich fest, daß wir in Niederösterreich einen sehr durchschnittlichen Wert belegen. Annähernd, nicht mehr, bitte - und das ist aus dem Ranking ersichtlich - nicht mehr als etwa den Durchschnitt in Europa. Das heißt, da sind wir mehr als 90 Stellen zurückgereiht. In der Arbeitslosigkeit, das sagte ich bereits, sind wir durchaus in einer sehr guten Situation. Wobei aber diese Frage der Sampleauswahl und auch die Frage der vergleichbaren Quoten überhaupt eine war, die hier, glaube ich, eine wirklich solide Vergleichsbasis nicht zuläßt.

Aber zurück zum Bruttoinlandsprodukt: Wir haben also in Niederösterreich etwa gleiche Kaufkraftparität, gemessen an den Regionen, an die man gar nicht denkt, daß sie so gut sind wie wir. Die Kaufkraftstandards zum Beispiel liegen bei uns bei rund 17.000 ECU, in Griechenland liegt der Wert bei 10.000 ECU, in Luxemburg liegt er bei 28.000 ECU. Nur um das auch einmal zu sagen, wie groß die Differenzen sind. Da liegen die einen bei 60, 65 Prozent des Durchschnittes, die anderen bei 169 Prozent des Durchschnittes von 100. Das bedeutet für mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß schon gesagt werden muß, daß wir weit davon entfernt sind. Wenn ich also die Betrachtung nach Regionen auf NUTS I zum Beispiel abstütze, liegt das ähnlich. Und es gibt genaue Rankings der Regionen. Die Regionen liegen in einer Bandbreite etwa bis 170, 190, und die untersten liegen um die etwa 50 herum vom Durchschnitt 100.

Das heißt, wir haben in Wirklichkeit eine Position, wo es einer tatsächlichen Anstrengung bedarf, um nur einigermaßen den Durchschnitt zu erreichen. Wenn ich also überlege, daß wir zum Beispiel in der Region Wien das Ranking 145 haben, in Niederösterreich aber 87 und Burgen-

land 64, während Ostösterreich insgesamt 112 hat, dann sieht man also daraus die außergewöhnliche Position von Wien. Und da meine ich, daß wir uns da anstrengen müßten, um nur annähernd österreichischen Durchschnitt zu erreichen. Weil auch da liegen wir um 30 Prozent darunter.

Daher sage ich, ich bin sehr stolz darauf, daß wir in für mich wesentlichen Fragen der Beschäftigung und der Arbeitslosenquote so gut liegen. Übrigens, von zehn Plätzen liegen fünf österreichische Bundesländer in diesem Ranking. Das heißt, daß auf dem ersten und dem dritten Platz zum Beispiel österreichische Bundesländer sind. Das ist eine gute Position und wir sind stolz darauf. Aber man sollte doch sagen, daß es nicht genügt, immer wieder zu sagen "Top ten", und das war's. Wenn man also keine, wirklich keine zusätzlichen Maßnahmen setzt, die das Erreichen eines österreichischen Durchschnittes erreichbar machen. Und darüber hinaus möchte ich meinen, daß eine mittlere Position von 200, 250 EU-Regionen wahrlich nicht eine berauschende Position ist. Das heißt, wir sollten viel mehr den Schluß ziehen, in den Punkten, wo wir gut sind, auch gut zu bleiben, und Maßnahmen setzen, um dort, wo viel Aufholbedarf besteht, eben entsprechende Positionsverbesserungen zu erreichen.

Und insofern bleibt natürlich eines erhalten, nämlich für mich ausschließlich ein Begriff, der mehr eine Marketingstrategie darstellt als tatsächlicher Realität entspricht. Und das ist es, worauf ich eigentlich abzielen wollte. Weil ich meine, daß wir das Problem Wirtschaft mit guten Ratschlägen aus der Werbebranche nicht wirklich gut bewältigen werden, sondern viel mehr durch gute Strategien in Technologie, in innovativen Bereichen, in der Herstellung von Infrastrukturen. Das ist der Weg und nicht, wenn eine Marketingfirma sagt, verwendet das recht oft, es werden schon ein paar glauben.

In dem Sinn, Herr Landeshauptmann, würde ich Sie auffordern, hier einen Weg zu suchen und gemeinsam zu finden, der diesem Bemühen gerecht wird. Und viel weniger Wert darauf zu legen, ausschließlich in Werbekatalogen oder mit Werbekriterien die Menschen von Niederösterreich weiter zu strapazieren mit den Begriffen von Top ten, wo wir nicht einmal in Österreich den Durchschnitt erreichen. Wo wir 30 Prozent darunter liegen. Wo wir rund an der Stelle 100 von allen Regionen liegen und in Wahrheit etwas vorgegaukelt wird, wovon wir Meilen entfernt sind.

Wobei ich also abschließend sagen möchte, wir sind durchaus als Niederösterreicher bereit

anzuerkennen und zu sagen, das ist eine allgemeine Zielsetzung, der wir uns durchaus auch verpflichtet fühlen. Aber man soll nicht so tun, als wäre das so gleichsam auf Knopfdruck einfach zu erreichen. Das wollte ich sagen. Und die Antwort, Herr Landeshauptmann, sollte zumindest versucht haben, dieses Bemühen, wo nachgemessen werden soll, zu enthalten. Und ich glaube, das ist deshalb leicht, weil die Statistiken liegen vor. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Ing. -Dautzenberg.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dirnberger.

Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Ing. Dautzenberg hat gemeint, wir sollten das Volk nicht in ein Ziel einführen, das es nicht gibt. Meine Damen und Herren! "Top ten" - unser Weg führt zum Ziel. Denn diese Frage ist nicht eine bloße Anhäufung von Ziffern, Statistiken und Vergleichen - wir haben diese Ziffernstatistik nicht zu scheuen - sondern die Chance eines jeden einzelnen Niederösterreichers, einer jeden einzelnen Niederösterreicherin, eine neue Qualität in allen Lebensbereichen tatsächlich zu erleben. Und in diesem Sinne möchte ich den Antrag stellen, die Anfragebeantwortung des Herrn Landeshauptmannes Dr. Pröll zur Kenntnis zu nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Die Wortmeldungen sind erschöpft. Ich darf daher zur Abstimmung kommen. Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg hat den Antrag gestellt, die Anfragebeantwortung nicht zur Kenntnis zu nehmen. Herr Abgeordneter Dirnberger hat den Antrag gestellt, die Anfragebeantwortung zur Kenntnis zu nehmen. Der weitergehende Antrag ist der Antrag des Herrn Ing. Dautzenberg. Ich darf über den Antrag, die Anfragebeantwortung nicht zur Kenntnis zu nehmen, als erstes abstimmen lassen. *(Nach Abstimmung darüber): Abgelehnt! (Zustimmung FPÖ, LIF; Ablehnung ÖVP, SPÖ.)*

(Nach Abstimmung über den Antrag des Abg. Dirnberger): Angenommen! (Zustimmung ÖVP, Abg. Dr. Bauer, Abg. Uhl/beide SPÖ; Ablehnung übrige SPÖ, FPÖ, LIF.)

Die Tagesordnung ist erledigt, die Sitzung ist geschlossen. Danke.

(Schluß der Sitzung um 22.33 Uhr.)

Sitzungsbericht

54. Sitzung der Tagung 1997/98 der XIV. Gesetzgebungsperiode
des Landtages von Niederösterreich

Donnerstag, den 9. Oktober 1997
